

Pleines, Heiko (2005): Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004, LIT-Verlag

<https://www.lit-verlag.de/publikationen/politikwissenschaft/58179/ukrainische-seilschaften>

Heiko Pleines

## Ukrainische Seilschaften

Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004

Reihe: **Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa**



**19,90 € \***

inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten

● Derzeit nicht verfügbar

Merken

ISBN:	978-3-8258-8283-7
Band Nr.:	19
Jahr:	2005
Seiten:	200
Bindung:	broschiert
CHF:	19,90

### Beschreibung

#### Klappentext

Bis zum Ende der Amtszeit von Präsident Leonid Kutschma im Jahre 2004 bestand in der Ukraine ein umfassender Reformstau, der allgemein auf die informelle Einflussnahme von Großunternehmern, sogenannten Oligarchen, zurückgeführt wurde. Das vorliegende Buch entwickelt einen analytischen Rahmen für die Untersuchung informeller Einflussnahme und wendet diesen dann in drei Fallstudien auf die Oligarchen, die Kohlelobby und die Agrarlobby an. Damit entsteht sowohl ein detailreiches Bild politischer Entscheidungsfindung in der Ukraine als auch eine systematische Analyse informeller Einflussnahme auf Politik.

# Inhaltsverzeichnis

VORWORT .....	9
1.EINLEITUNG .....	11
2. DER UKRAINISCHE REFORMSTAU .....	17
2.1 Energieverschwendung in großem Stil .....	18
2.2 Die Frage der Erdgasschulden .....	19
2.3 Korruption in der Erdgasindustrie .....	23
2.4 Zahlungsrückstände .....	26
2.5 Abschreckung ausländischer Investoren .....	28
2.6 Resümee.....	32
3. DIE UKRAINE IM OSTEUEROPÄISCHEN KONTEXT. EIN ANALYTISCHER RAHMEN .....	35
3.1 Wirtschaftsakteure .....	35
3.2 Strategien der Einflussnahme .....	41
3.3 Der analytische Rahmen .....	47
3.4 Akteurskonstellationen.....	49
3.5 Untersuchungsaufbau .....	54
4. DER FORMELLE POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSPROZESS .....	57
4.1 Der politische Konflikt um die Verfassung .....	57
4.2 Der politische Entscheidungsprozess.....	60
4.3 Das Parlament .....	62
4.4 Der Präsident.....	64
4.5 Die Regierung.....	68
4.6 Manipulation der Verfassungsordnung durch den Präsidenten .....	70
5. FALLSTUDIE 1: DIE OLIGARCHEN .....	75
5.1 Die ukrainischen Oligarchen im Überblick.....	75
5.2 Clans als regionale Seilschaften der Oligarchen .....	84
5.3 Der direkte Draht zum Präsidenten .....	85
5.4 Der Einzug ins Parlament .....	87
5.5 Resümee: Die Oligarchen als politische Akteure .....	91

<b>6. FALLSTUDIE 2: DIE KOHLE-CONNECTION</b> .....	95
6.1 Die Proteste der Bergleute.....	99
6.2 Die roten Direktoren als heimliche Strippenzieher.....	102
6.3 Die Donetsker Holdings als neue Strippenzieher .....	104
6.4 Die Zusammenführung in einer regionalen Seilschaft.....	106
6.5 Die Übernahme der nationalen Regierung.....	109
6.6 Die Weltbank als externes Gegengewicht.....	114
6.7 Resümee: Viel Bewegung, wenig Reform .....	117
<b>7. FALLSTUDIE 3: DIE AGRARLOBBY</b> .....	121
7.1 Die landwirtschaftlichen Betriebe .....	124
7.2 Die konservative Agrarlobby .....	127
7.3 Die Übernahme des Agrarministeriums .....	130
7.4 Aufstieg und Fall der Bauernpartei.....	133
7.5 Resümee.....	136
<b>8. RESÜMEE: INFORMELLE EINFLUSSNAHME, DEMOKRATIE UND POLITISCHE KULTUR</b> .....	141
8.1 Der Einfluss von Wirtschaftsakteuren auf die ukrainische Politik .	141
8.2 Informelle Einflussnahme und Demokratie .....	145
8.3 Zur Kulturabhängigkeit informeller Einflussnahme .....	148
<b>9. AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE</b> .....	155
9.1 Post-sowjetische Entwicklung im Überblick .....	155
9.2 Politisches System .....	155
9.3 Korruption.....	160
9.4 Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik .....	161
9.5 Fallstudie Energiesektor .....	162
9.6 Oligarchen und Clans .....	163
9.7 Kohlebergbau und Kohlelobby .....	164
9.8 Landwirtschaft und Agrarlobby.....	166
<b>10. ANHANG: DATEN UND FAKTEN</b> .....	169
10.1 Wirtschaftsentwicklung .....	170
10.2 Politische Akteure .....	178
10.3 Wirtschaftsakteure .....	190

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1: Mittel der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse.....	42
Tabelle 3.2: Anteil der Firmen, die angeben, von Korrumpierung der Institution betroffen zu sein.....	46
Tabelle 4.1: Die Ministerpräsidenten der Ukraine 1992–2004 .....	69
Tabelle 6.1: Die regionale Zusammensetzung der ukrainischen Kohleproduktion 1990–2002.....	95
Tabelle 6.2: Staatliche Subventionszahlungen an den Kohlebergbau 1992–2003 .....	97
Tabelle 6.3: Die Streiks der Bergleute im ukrainischen Vergleich 1994–2001.....	99
Tabelle 6.4: Die großen Holdings mit Interesse am Kohlebergbau (Stand: 2003) .....	106
Tabelle 6.5: Regierungsmitglieder mit direkter Zuständigkeit für die Kohleindustrie 1992–2004 .....	111
Tabelle 7.1: Agrarsubventionen 1991–2003 (PSE in %).....	123
Tabelle 7.2: Landwirtschaftsminister und stellv. Ministerpräsidenten mit Zuständigkeit für Agrarfragen .....	131
Tabelle 10.1: Entwicklung der ukrainischen Volkswirtschaft 1991–2003 .....	170
Tabelle 10.2: Die ukrainische Volkswirtschaft im internationalen Vergleich (2001) .....	172
Tabelle 10.3: Die ukrainische Landwirtschaft 1990–2003 .....	174
Tabelle 10.4: Industrieproduktion nach Branchen 1990–2000.....	175
Tabelle 10.5: Der ukrainische Kohlebergbau 1990–2002 .....	176
Tabelle 10.6: Die Regionen der Ukraine (2002) .....	177
Tabelle 10.7: Die Präsidenten der Ukraine 1991–2004 .....	178
Tabelle 10.8: Die Ministerpräsidenten der Ukraine 1990–2004 .....	178
Tabelle 10.9: Ergebnisse der Präsidentenwahl 1994.....	179
Tabelle 10.10: Ergebnisse der Präsidentenwahl 1999.....	180
Tabelle 10.11: Ergebnisse der Präsidentenwahl 2004.....	181
Tabelle 10.12: Ergebnisse der Parlamentswahl 1994.....	182
Tabelle 10.13: Ergebnisse der Parlamentswahl 1998.....	184
Tabelle 10.14: Ergebnisse der Parlamentswahl 2002.....	186
Tabelle 10.15: Fraktionen und Abgeordnetengruppen im ukrainischen Parlament (1993–2004).....	188
Tabelle 10.16: Die Unternehmensholdings der Oligarchen (2004).....	190
Tabelle 10.17: Streiks in der Ukraine 1991–2002.....	197
Tabelle 10.18: Die Streiks der Bergleute im ukrainischen Vergleich 1994–2001.....	197
Tabelle 10.19: Zentrale Protestaktionen der Bergleute 1992–2003.....	198



## Vorwort

Das vorliegende Buch ist im Rahmen des Forschungsprojektes „Wirtschaftseliten und Politik“ an der Forschungsstelle Osteuropa (Bremen) entstanden. Das Projekt untersucht den Einfluss von Wirtschaftsakteuren auf die Politik für vier post-sozialistische Länder. Hier werden nun die Ergebnisse für die Ukraine in einer vergleichenden Perspektive präsentiert.<sup>1</sup>

Das Forschungsprojekt war nur möglich dank der institutionellen Unterstützung durch die Forschungsstelle Osteuropa. Hierfür sei insbesondere Direktor Wolfgang Eichwede herzlich gedankt. Einen zentralen Beitrag zum Entstehungsprozess des Buches haben auch die Institute geleistet, an denen ich im Rahmen des Projektes längere Forschungsaufenthalte durchführen durfte. Das Kiewer Institute for Economic Research and Policy Consulting sowie das Davis Center for Russian and Eurasian Studies der Harvard University haben ein sehr konstruktives Arbeitsumfeld geboten.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei all denen, die sich in vielen Diskussionen mit meinen Thesen und Fallstudien auseinandergesetzt haben – namentlich Margarita Balmaceda (Seton Hall University), Marshall Goldman (Davis Center, Harvard University), Lars Handrich (Deutsche Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung), Andreas Heinrich (Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management, Universität Bremen), Juri Miroschnitschenko (Weltbank-Büro Kiew), Kerstin Zimmer (Universität Frankfurt/M.).

Besonderer Dank gilt auch Julia Kusznir und Matthias Neumann, die durch organisatorische Unterstützung sowohl das Projekt als auch die Buchproduktion erheblich erleichtert haben.

Bremen, Januar 2005

Heiko Pleines

---

<sup>1</sup> Die Fallstudien zu Russland wurden bereits veröffentlicht als: Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, Münster 2003.



## 1. Einleitung

Als die Ukraine im Jahre 1991 in einem Referendum mit großer Mehrheit für die nationale Unabhängigkeit stimmte, war ein zentrales Motiv die Hoffnung auf einen Wirtschaftsboom nach dem Austritt aus der Sowjetunion und dem Ende der ineffizienten Planwirtschaft. Diese Hoffnung wurde auch von vielen westlichen Experten geteilt, die auf den vergleichsweise modernen Maschinenbau und das Potential der ukrainischen Landwirtschaft verwiesen. Anstelle des erhofften Aufschwungs erlebte die Ukraine jedoch wie alle post-kommunistischen Länder nach dem Ende der Planwirtschaft eine Wirtschaftskrise.

Mitte der 1990er Jahre als sich in vielen mittelosteuropäischen Ländern langsam ein Wirtschaftsaufschwung abzeichnete, trat in der Ukraine der neue Präsident Leonid Kutschma mit einem ehrgeizigen Reformplan an, der auch die Ukraine zurück auf den Wachstumspfad bringen sollte. Die meisten Reformen wurden jedoch nicht umgesetzt. Der Wirtschaftspolitik fehlte eine klare Richtung. Die Wirtschaftskrise ging weiter. Sie mündete in der Finanzkrise von 1998, die zu einer deutlichen Abwertung der nationalen Währung führte.

Ende 1999 begann die Ukraine mit der Ernennung von Wiktor Juschtschenko zum Ministerpräsidenten erneut einen Versuch, radikale Wirtschaftsreformen umzusetzen. Wieder wurde ein umfassendes Reformprogramm erarbeitet, das endlich Wirtschaftswachstum bringen sollte. Erneut blieben die meisten Reformprojekte im politischen Prozess hängen. Nach nur 18 Monaten wurde die Regierung Juschtschenko durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt. Die folgenden Regierungen verzichteten auf ambitionierte Reformvorhaben. Erst mit der Wahl Juschtschenkos zum Präsidenten im Dezember 2004 begann ein neuer Versuch umfassender Reformen.

Im Ergebnis sah sich die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit mit einem enormen Reformstau konfrontiert. Zentrale Wirtschaftsreformen, die für die Schaffung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft unverzichtbar sind, können aufgrund politischer Konflikte nicht verabschiedet werden. Politische Auseinandersetzungen haben Reformprojekte über Jahre verzögert und verwässert, obwohl die Ukraine nach dem Ende der Sowjetunion eine Wirtschaftskrise durchlebte, die politischen Handlungsbedarf offensichtlich machte.

Von 1991 bis 1998 sank das ukrainische Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach der offiziellen Statistik um insgesamt 60%. Der folgende Wirtschaftsaufschwung ist mit jährlichen Wachstumsraten von 7% sicher beachtlich. Im Ergebnis ist das BIP der Ukraine aber 2004 immer noch um ein Drittel niedriger als im letzten Jahr der Sowjetunion. Das entspricht eindeutig nicht den Hoffnungen, die im Dezember 1991 mit der nationalen Unabhängigkeit verknüpft wurden. Und es macht die Ukraine zum wirtschaftlichen Schlusslicht unter allen post-sozialistischen Ländern, die nicht durch kriegerische Auseinandersetzungen gelitten haben.<sup>2</sup>

Noch deutlicher werden die ukrainischen Probleme im internationalen Vergleich. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt das BIP zu Kaufkraftparität<sup>3</sup> in der Ukraine 4.350 US-Dollar. Selbst in Russland ist es mit 7.100 US-Dollar deutlich höher. In Deutschland liegt es bei 25.350 US-Dollar. Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise sind gravierend. So muss etwa ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung mit weniger als 4 US-Dollar pro Tag auskommen.<sup>4</sup>

Der Frage nach den Ursachen von Reformstaus in osteuropäischen Ländern mit einer dramatischen Wirtschaftskrise hat sich Joel Hellman<sup>5</sup> gewidmet. Er geht von der Feststellung aus, dass Widerstand gegen weitergehende Wirtschaftsreformen in post-sozialistischen Staaten nicht von den klassischen Verlierern dieser Reformen, also etwa Arbeitslosen oder Rentnern, kam, sondern im Gegenteil von den ersten Reformgewinnern, wie Betriebsdirektoren oder Bankern. Diese frühen Reformgewinner profitierten vor allem von den Wettbewerbsverzerrungen, die in der Anfangsphase der Wirtschaftsreformen entstanden. Direktoren konnten in der Privatisierung bevorzugt Kontrolle über ihr Unternehmen gewinnen. Banken konnten durch Spekulationsgeschäfte in unregulierten Finanzmärkten erhebliche Gewinne machen. Lokale Bürokraten konnten Firmen vor Konkurrenz schützen, um einen Anteil von deren Monopolrente zu erhalten.

In der Frühphase der Wirtschaftsreformen erhielten diese Gruppen also die Möglichkeit, hohe Gewinne zu erzielen, die von der Gesamtgesellschaft

---

<sup>2</sup> Einen Überblick über die Wirtschaftsentwicklung der Ukraine gibt Tabelle 10.1 im Anhang.

<sup>3</sup> Die Kaufkraftparität bestimmt den internationalen Warenwert des BIP und nicht seinen Wert bei einer Umrechnung zum aktuellen Wechselkurs.

<sup>4</sup> Einen Überblick über die ukrainische Volkswirtschaft im internationalen Vergleich gibt Tabelle 10.2 im Anhang.

<sup>5</sup> Hellman, Joel S.: *Winners take all. The politics of partial reform in postcommunist transition*, in: *World Politics* 1/1998, S.203–234.

finanziert wurden. Eine konsequente Fortsetzung der Wirtschaftsreformen setzt diesen Möglichkeiten ein Ende. Nach der ersten Phase der Wirtschaftsreformen besteht der entscheidende Interessenkonflikt bezüglich der Fortführung der Reformpolitik nach Hellman also nicht zwischen politischen Entscheidungsträgern und klassischen Reformverlierern, etwa in Form streikender Arbeiter, sondern zwischen politischen Entscheidungsträgern und den Gewinnern der ersten Reformphase. Der Ausgang dieses Konflikts bestimmt nach Hellman maßgeblich über die weitere volkswirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Staates. Gelingt es den Gewinnern der ersten Reformphase, eine konsequente Fortsetzung der Reformen zu verhindern, so ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung schlechter, als wenn Reformen gar nicht erst begonnen worden wären. Eine konsequente Fortsetzung der Reformen hingegen führt zu dem volkswirtschaftlich besten Ergebnis.<sup>6</sup>

Nach Hellman liegt die Erklärung für den ukrainischen Reformstau also im Einfluss wirtschaftlicher Lobbies, die als „Krisengewinnler“ eine Gesundung der Wirtschaft durch umfassende Reformen verhindern wollen. Während es für die Ukraine gute Analysen des formellen politischen Systems und Entscheidungsprozesses gibt,<sup>7</sup> ist der Einfluss dieser wirtschaftlichen Interessen auf die Politik bisher nur in Ansätzen untersucht worden. Es gibt einige Studien, die Hellmans These explizit auf die Ukraine anwenden, allerdings die Einflussnahme der Wirtschaftsinteressen als gegeben voraussetzen und nicht näher beschreiben.<sup>8</sup> Darüber hinaus gibt es eine sehr

---

<sup>6</sup> Hellman steht damit im Kontext des von Lange/Garrett (Lange, Peter / Garrett, Geoffrey: *The politics of growth. Strategic interaction and economic performance in the advanced industrial democracies 1974–1981*, in: *Journal of Politics* 1985, S.792–827) begründeten Ansatzes, Wirtschaftswachstum durch Machtkonstellationen und strategische Interaktion zwischen Politikern und Interessengruppen zu erklären. Ausführlicher zu diesem und weiteren Ansätzen: Obinger, Herbert: *Die Politische Ökonomie des Wirtschaftswachstums*, in: Obinger, Herbert / Wagschal, Uwe / Kittel, Bernhard (Hg.): *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*, Opladen 2003, S.113–148.

<sup>7</sup> Neuere Arbeiten sind z.B.: Helmerich, Martina: *Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure*, Berlin 2003; Bos, Ellen: *Das politische System der Ukraine*, in: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen 2002, S.447–488; Ott, Alexander: *Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine*, Köln 1999; Kuzio, Taras et.al. (eds.): *State and institution building in Ukraine*, New York 1999. Siehe auch den ausführlicheren Überblick in der Bibliographie am Ende des Buches.

<sup>8</sup> Puglisi, Rosaria: *The rise of the Ukrainian oligarchs*, in: *Democratization* 3/2003, S.99–123; Aslund, Anders: *Why has Ukraine returned to economic growth?*, IER Working Paper No.15, Kiew 2002 (veröffentlicht im Internet unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)); Wittkowsky, Andreas: *Regional, sectoral and state actors in Ukraine. The struggle against hard budget constraints*,

kleine Zahl von Fallstudien, die sich in der Regel auf besonders einflussreiche Unternehmer, die so genannten Oligarchen, konzentrieren.<sup>9</sup> Der Schwerpunkt dieser Fallstudien liegt auf Portraits einzelner Wirtschaftsakteure. Ihre Einflussnahme auf die Politik und damit ihre vermutete Verantwortung für den Reformstau wird nur in Ansätzen erfasst.

Die vorliegende Arbeit möchte nun zur Erklärung des ukrainischen Reformstaus in der Wirtschaftspolitik ein volleres Bild der politischen Einflussnahme von Wirtschaftsinteressen zeichnen. Die zentrale Frage ist dabei, welche wirtschaftlichen Interessen mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolg Einfluss auf die Politik nehmen.

Dazu soll im folgenden zweiten Kapitel das Ausmaß des Reformstaus ausführlicher beschrieben werden. Am Beispiel des Energiesektors wird aufgezeigt, welche drängenden Wirtschaftsprobleme anstehen und wie die Politik bisher darauf reagiert hat. Es wird deutlich, dass die Politik in vielen Bereichen eher Teil des Problems als Teil der Lösung ist.

Ausgehend von der Hellman-These, die für diese Situation vorrangig Wirtschaftslobbies verantwortlich macht, werden im dritten Kapitel die zentralen Wirtschaftsakteure vorgestellt. Dabei wird die ukrainische Situation zum besseren Verständnis mit drei weiteren osteuropäischen Ländern verglichen. Russland als eines dieser Länder gehört nach der Einordnung von Hellman zur selben Gruppe wie die Ukraine. Die beiden anderen Länder, Polen und Tschechien, stellen nach Hellman jedoch Erfolgsmodelle für vergleichsweise konsequente Wirtschaftsreformen dar. Parallel zur Beschreibung der relevanten Wirtschaftsakteure wird in diesem Kapitel der analytische Rahmen für die vorliegende Arbeit eingeführt.

Anschließend wird im vierten Kapitel der formelle politische Entscheidungsprozess beschrieben. Hier werden die Kompetenzen der einzelnen politischen Akteure aufgezeigt und es wird deutlich, wo Wirtschaftsakteure ansetzen müssen, wenn sie in der Ukraine Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen wollen.

---

in: Segbers, Klaus (Hg.): *Explaining post-Soviet patchworks*, vol.3, Aldershot 2001, S.246–264.

<sup>9</sup> Zimmer, Kerstin: *The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass*, in: Tatur, Melanie (ed.): *The making of regions*, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348; Rosaria Puglisi: *The Rise of the Ukrainian Oligarchs*, in: *Democratization* 3/2003, S.99–123; Kowall, Tina / Zimmer, Kerstin: *Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen*, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 42 (2002).

Die konkrete Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die Politik wird dann in den folgenden drei Kapiteln anhand von Fallstudien analysiert. Ausgewählt wurden dabei mit den Oligarchen, dem Kohlebergbau und der Agrarlobby, die einflussreichsten Wirtschaftsakteure, die eindeutig für Reformblockaden verantwortlich sind. Gleichzeitig erlauben die Fallstudien eine Analyse verschiedener Strategien der Einflussnahme. Alle Akteure setzen auf Seilschaften mit den verantwortlichen Politikern. Die Mittel zur Herstellung und Aufrechterhaltung dieser Seilschaften sind aber unterschiedlich. Die Oligarchen verwenden politische Korruption als ein zentrales Mittel. Der Kohlebergbau hingegen hat wiederholt offenen Druck und Protestaktionen genutzt, um auf der politischen Bühne zu bleiben. Die Agrarlobby wiederum rechnet mit der persönlichen Verbundenheit ihrer Vertreter.

Das abschließende achte Kapitel resümiert dann die Ergebnisse der Fallstudien, um die Hellman-These für die Ukraine einer zusammenfassenden Bewertung zu unterziehen. Unter Bezug auf das dritte Kapitel werden die Ergebnisse in den osteuropäischen Kontext eingeordnet. Am Ende des Buches finden sich eine thematische sortierte Bibliographie sowie ein umfangreicher Anhang mit Daten zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine.



## 2. Der ukrainische Reformstau

In diesem Kapitel soll das Ausmaß des ukrainischen Reformstaus in der Wirtschaftspolitik ausführlicher beschrieben werden. Am Beispiel des Energiesektors soll gezeigt werden, welche drängenden Wirtschaftsprobleme anstehen und wie die Politik bisher darauf reagiert hat. Auf diese Weise soll verdeutlicht werden, dass die Politik in vielen Bereichen eher Teil des Problems als Teil der Lösung ist.

Der Energiesektor wurde hier als Beispiel ausgewählt, weil er für die ukrainische Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Zum einen ist eine zuverlässige Energieversorgung – sei es Treibstoff für Verkehr und Landwirtschaft, Strom für Industriebetriebe oder Erdgas für die Beheizung von Wohnhäusern – unverzichtbar für ein entwickeltes Land. Zum anderen ist der Energiesektor als größte Industriebranche der Ukraine auch aufgrund seines Beitrages zum Bruttosozialprodukt, zu Beschäftigung und Steuerzahlungen von Gewicht. Am Beispiel des Energiesektors lassen sich die zentralen Herausforderungen für die ukrainische Wirtschaftspolitik anschaulich beschreiben. Im Einzelnen sind dies:

*Ineffizientes Wirtschaften:* Als Folge der sowjetischen Planwirtschaft sind Produktionsprozesse ineffizient und basieren auf einem verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen und Energie. Fehlender Wettbewerb und sehr begrenzte Möglichkeiten der Schuldeneintreibung erlauben eine Beibehaltung dieser ineffizienten Produktionsprozesse. Dies erhöht die Produktionskosten und hat außerdem erhebliche ökologische Konsequenzen.

*Abhängigkeit von Russland:* Ebenfalls als Folge der sowjetischen Planwirtschaft sind die ukrainische und die russische Volkswirtschaft eng miteinander verflochten. Die Ukraine ist dabei unter anderem von russischen Erdgas- und Erdöllieferungen abhängig. Seitdem Russland für seine Rohstofflieferungen Weltmarktpreise verlangt, hat die Ukraine hohe Schulden für Importe angehäuft. Der resultierende Konflikt mit Russland hat sowohl zu wirtschaftlichen als auch zu politischen Krisen geführt.

*Marktverzerrungen:* Staatliche Regulierung von Preisen und Marktzugang begrenzen Wettbewerb und führen zu Korruption. Weitverbreitete Zahlungsrückstände, nicht zuletzt verursacht durch von staatlicher Seite erzwungene Lieferungen an insolvente Kunden und Schulden staatlicher Einrichtungen, erschweren gewinnorientiertes Wirtschaften zusätzlich. Die erforderliche Restrukturierung der Wirtschaft wird auf diese Weise vermieden. Verlustbringende Betriebe werden künstlich am Leben gehalten.

Versorgungsengpässe werden nicht behoben. Potentielle Investoren – insbesondere aus dem Ausland – werden abgeschreckt.

## 2.1 Energieverschwendung in großem Stil

In der sowjetischen Planwirtschaft wurden die Preise für Energieträger extrem niedrig angesetzt. Sowjetische Industriebetriebe bezahlten für ihren Energieverbrauch zeitweise weniger als ein Zehntel des Weltmarktpreises. Dementsprechend bestanden keine Anreize, Energie zu sparen. Zudem waren sowjetische Produktionsprozesse sehr energieintensiv. Die Anwendung von in westlichen Ländern üblichen Technologien könnte den Energieverbrauch um etwa ein Drittel reduzieren.<sup>10</sup>

Nach dem Ende der Sowjetunion erhöhten russische Energielieferanten bis Mitte der 1990er Jahre ihre Preise für Exporte in die Ukraine auf Weltmarktniveau. Auch ukrainische Energieproduzenten verlangten höhere Preise. Eine schnelle Umstellung der sowjetischen Produktionsprozesse auf einen niedrigeren Energieverbrauch war aber nicht möglich.<sup>11</sup> Die wenigsten Unternehmen besaßen ausreichend finanzielle Mittel, um sich die entsprechende Technik leisten zu können. Stattdessen fanden ukrainische Betriebe eine andere Lösung: Sie bezogen weiter Energie, bezahlten aber einfach nicht. Die angehäuften Schulden für verbrauchte Energie beliefen sich so Ende 2003 auf über 3 Mrd. US-Dollar.<sup>12</sup>

Der Staat ergriff keine effektiven Maßnahmen, um diese Entwicklung zu stoppen. Die Nichtzahlung von Energielieferungen wurde akzeptiert. Staatliche Energieproduzenten wurden oft sogar gezwungen, insolvente Kunden weiter zu beliefern. Zwar wurde 1996 ein ehrgeiziges nationales

---

<sup>10</sup> Martinot, Eric: Energy Efficiency and Renewable Energy in Russia, in: Energy Policy, 26. September 1998, S. 907. Siehe auch Opitz, Petra: Energy Politics in Ukraine, in: Altmann, Franz-Lothar / Lampe, John (Hg.): Energy and the Transformation Process in Southeast Europe, Gütersloh 2000, S.214–216.

<sup>11</sup> Da viele Betriebe aufgrund der postsowjetischen Wirtschaftskrise ihre Produktion deutlich verringerten, ging auch der Energieverbrauch zurück. Während das offizielle ukrainische Bruttoinlandsprodukt (BIP) aber von 1992 bis 1995 um etwa 50% fiel, ist der Energieverbrauch im selben Zeitraum nur um 35% zurückgegangen. Selbst unter der Annahme, dass die Schattenwirtschaft in der Ukraine zwischen 1992 und 1995 um einen Anteil von 33% am offiziellen BIP gewachsen ist, ist damit kein Rückgang des Energieverbrauchs pro produzierter BIP-Einheit zu verzeichnen.

<sup>12</sup> Siehe dazu den unten folgenden Abschnitt 2.4 zu Zahlungsrückständen.

Energiesparprogramm verabschiedet, dem Staat fehlten aber die finanziellen Mittel zu seiner Umsetzung.

Als Folge davon ist die Nachfrage nach energiesparender Technologie in der Ukraine gering. Der internationale Konzern ABB, der bereits seit 1993 in der Ukraine entsprechende Anlagen vertrieb, verließ Anfang 2000 frustriert das Land. Projekte zur Reduzierung des Energieverbrauchs werden mittlerweile fast ausschließlich in Kooperation mit internationalen Kreditgebern, wie der Weltbank oder dem TACIS-Programm der EU, umgesetzt. Diese Projekte verstehen sich aber nur als „Modellversuche“ und bleiben ohne ukrainische Nachahmung wirkungslos. Damit ergibt sich die paradoxe Situation, dass die Ukraine Energie verschwendet, während die Bevölkerung des Landes gleichzeitig im Winter aufgrund fehlender Erdgasvorräte in schlecht beheizten Wohnungen frieren muss und wegen Strommangel zeitweise im Dunkeln sitzt.

Die Produktion von Energie in großem Umfang und mit veralteter Technik hat außerdem fatale ökologische Konsequenzen. Die Ukraine ist der weltweit achtgrößte Produzent von Kohlendioxid. Der ukrainische Energiesektor ist verantwortlich für fast 50% der giftigen Emissionen der Industrie des Landes. Die Produktion von Atomenergie mit veralteten Reaktoren sowjetischen Typs bedeutet außerdem ein schwer einschätzbares Risiko.<sup>13</sup>

## 2.2 Die Frage der Erdgasschulden

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine weiterhin auf Energieimporte aus Russland angewiesen.<sup>14</sup> Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines aus Russland kommen, hat die Ukraine auch kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren.<sup>15</sup> Die Unfähigkeit der Ukraine, für

---

<sup>13</sup> Ausführlichere Darstellungen der Umweltproblematik finden sich bei: International Energy Agency (IEA): *Energy Policies of Ukraine*, Paris 1996; Gusar, M. G.: *Konceptija radykal'noho zmenšennja vykydiv okysliv sirky na TES Ukrajiny*, in: *Energetyka i elektrifikacija* 3/1996, S.9–13, sowie Mnatasakanian, R.: *Environmental Legacy of the Former Soviet Republics*, Edinburgh 1992.

<sup>14</sup> Die Ukraine bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Rußland. Die heimische Produktion deckt nur 15% bzw. 25% des Bedarfs.

<sup>15</sup> Die Ukraine bezieht schon seit sowjetischen Zeiten Gas aus Turkmenistan, ist dabei aber auf das russische Pipeline-Netz angewiesen. (Siehe dazu Sagers, Matthew J.: *Turkmenistan's Gas Trade. The Case of Exports to Ukraine*, in: *Post-Soviet Geography and Economics* 2/1999, S.142–149). Öl aus Aserbaidshan wird in geringen Mengen seit 1997 unter Umgehung

russische Energielieferungen zu zahlen, hatte vor allem in der Gasindustrie dramatische Folgen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 40% der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung<sup>16</sup> gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine „normale“ Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht, bis sie 1995 Weltmarktniveau erreichten. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischen Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Gebäude wurden nicht geheizt, die Straßenbeleuchtung blieb abgeschaltet.

Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Der größte Teil der russischen Gasexporte geht durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Gasentnahmen zu entschärfen.<sup>17</sup>

---

Russlands über das Schwarze Meer in die Ukraine verschifft. Die entsprechende Fährverbindung ist aber sehr kostenintensiv. (Siehe dazu Klid, Bohdan: Caspian Sea Oil and Ukraine's Quest for Energy Autonomy, in: *Geopolitics of Energy* 10/1998, S.6–12).

<sup>16</sup> Bis 1997 führte die russische Regierung für Gazprom die Verhandlungen über die Begleichung der ukrainischen Schulden. Der ukrainische Staat übergab 1995 die Verantwortung für die meisten Gasimporte an Privatfirmen und ist für die seitdem angehäuften ukrainischen Gasschulden nicht direkt zahlungspflichtig.

<sup>17</sup> Der Gesamtwert des gestohlenen Gases soll sich bis zum Frühjahr 2000 auf etwa 1 Mrd. US-Dollar summiert haben (NIS Observed 23. August 2000). Die ukrainische Seite hat im

Zum anderen kann sie erhebliche Transitgebühren verlangen. Als Reaktion auf Gazproms Preiserhöhungen setzte die Ukraine 1993 und 1996 die Transitgebühren herauf.

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem Kompromiss. Die Ukraine erhielt seitdem über die Hälfte ihrer Gasimporte als Transitgebühr.<sup>18</sup> Zusätzlich werden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen auf der Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten demgegenüber anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.<sup>19</sup>

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Gas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle.<sup>20</sup> Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle, zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten soll. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Ver-

---

Sommer 2000 erstmals umfangreiche Gasdiebstähle zugegeben, ohne aber eine Zahl für den Gesamtumfang zu nennen (Reuters 9. Juni 2000).

<sup>18</sup> Diese Regelung galt bis Ende 2004.

<sup>19</sup> Ausführlichere Überblicke über die russisch-ukrainischen Energiebeziehungen bieten D'Anieri, Paul J.: *Economic interdependence in Ukrainian-Russian relations*, New York 2000; Pleines, Heiko: *Energy in Ukraine*, London 1998; Balmaceda, Margarita: *Gas, Oil and the Linkages Between Domestic and Foreign Policies. The Case of Ukraine*, in: *Europa-Asia Studies* 2/1998, S.257–286.

<sup>20</sup> *Turkistan Newsletter* 25. April 2000.

handlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber bisher nicht erzielt werden.<sup>21</sup>

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfrage erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse macht. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Millionen US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen soll. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hat die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, wird aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten.<sup>22</sup>

An der grundsätzlichen Pattsituation zwischen Gazprom und der Ukraine wird sich voraussichtlich auf absehbare Zeit nichts ändern. Gazprom exportiert derzeit jährlich etwa 130 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas durch die Ukraine und möchte seine Exporte nach Europa in Zukunft deutlich ausweiten. Um seine Exportpläne ohne die Ukraine zu verwirklichen, würden Gazprom im Jahre 2010 Kapazitäten von deutlich mehr als 70 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr fehlen. Hinzu kommt, dass der Bau neuer Pipelines mit erheblichen Kosten verbunden ist. Die Erhöhung der Kapazität der Jamal-Pipeline um 30 Mrd. m<sup>3</sup> würde mit etwa 1 Mrd. US-Dollar zu Buche schlagen.<sup>23</sup> Wenn das Transitgeschäft der Ukraine also durch alternative Pipelines durchaus geschmälert werden kann, so wird die Ukraine doch auf absehbare Zeit das zentrale Transitland für russische Gasexporte nach Europa bleiben.

Die Frage ist deshalb für die nächsten Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus vor allem, ob der Gastransit durch die Ukraine wie in der Vergangenheit in Form eines „kalten Energiekrieges“ erfolgt oder ob – etwa über eine Beteiligung von Gazprom an der ukrainischen Gasindustrie – kooperativere Wege der Zusammenarbeit gefunden werden.<sup>24</sup> Die ukraini-

---

<sup>21</sup> Den aktuellen Stand analysiert: Saprykin, Vladimir: Subjekt oder Objekt? Die Ukraine und der Gastransit in die EU, in: Osteuropa 9–10/2004, S.250–262.

<sup>22</sup> Russia Morning Comment (UFG) 11. August 2004.

<sup>23</sup> Einen Überblick über Gazproms Exportpläne bietet: Götz, Roland: Rußlands Erdgas und die Energiesicherheit der EU, SWP-Studie S12, Berlin 2002; Heinrich, Andreas: The European natural gas market in the next decades, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4/1999, S.526–542.

<sup>24</sup> Dazu: Institute for Economic Research: Is the Ukrainian-Russian gas consortium in the economic interest of Ukraine?, Advisory Paper S33, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)).

sche Regierung hat eine derartige Kooperation bisher verhindert. Gleichzeitig hat sie wenig getan, um durch eine Senkung des Gasverbrauchs eine langfristige Lösung anzustreben. Die staatliche Regulierung des Gasmarktes hat vielmehr dazu geführt, dass ukrainische Gasimporteure trotz der katastrophalen Situation immense Gewinne einstreichen konnten.

### 2.3 Korruption in der Erdgasindustrie

Der ukrainische Staat übertrug die Verantwortung für Gasimporte 1995 an private Firmen, um nicht direkt für weitere Schulden gegenüber den Gaslieferländern haftbar zu sein. Dementsprechend übernimmt der ukrainische Staat bei Gasimportgeschäften auch keine Bürgschaften. Es wurde jedoch eine staatliche Regulierung der Gasimporte eingeführt, die im Wesentlichen in der Zuweisung von Importquoten an einzelne Firmen bestand. Auf diese Weise dominierten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vier Unternehmen die ukrainischen Gasimporte: EESU (Edini Energetitschni Systemy Ukrainy), Interhaz und Itera-Ukraina wurden zu den wichtigsten privaten Gasimporteuren. Zusätzlich erhält das für den Gastransit zuständige staatliche Unternehmen (früher Ukrhazprom, jetzt Naftohaz Ukrainy) russische Gaslieferungen als Transitgebühr. Der ukrainische Staat regulierte aber nicht nur den Gasimport, sondern auch den Gasvertrieb auf dem Binnenmarkt. Jeder Gaslieferant erhielt seine Kunden zugeteilt, so dass nach Regionen und Kundengruppen aufgeteilte Monopole entstanden.

Das Geschäft auf dem ukrainischen Gasmarkt erscheint auf den ersten Blick extrem unattraktiv, da ukrainische Gasverbraucher eine sehr schlechte Zahlungsmoral haben. Ihre gesamten Schulden wurden Ende 1999 auf etwa 1 Mrd. US-Dollar geschätzt. Den privaten ukrainischen Gasimporteuren gelang es aber trotzdem, erhebliche Gewinne zu machen, indem sie ihren Lieferanten in Russland und Turkmenistan noch weniger bezahlten, als sie von ihren ukrainischen Kunden erhielten.

Diese Gewinne konnten die privaten Gasimporteure aber nur mit Hilfe staatlicher Unterstützung realisieren. Der ukrainische Staat musste ihnen eine Importquote genehmigen, musste ihnen dann relativ zahlungskräftige Gasverbraucher als Kunden zuteilen und zusätzlich garantieren, dass die Gasproduzenten, d.h. vor allem Russlands Gazprom, ihre Zahlungsforderungen nicht durchsetzen konnten. Um diese Vorzugsbehandlung durch

den Staat zu erhalten, waren die Gasimporteure zu vielem bereit, wie die Lazarenko-Affäre demonstriert.<sup>25</sup>

Nach einem Bericht der Financial Times hat Pawlo Lazarenko in seiner Amtszeit als ukrainischer Ministerpräsident 1996/97 vom ukrainischen Gasimporteur EESU insgesamt mindestens 72 Mio. US-Dollar an Bestechungsgeldern erhalten.<sup>26</sup> Lazarenko half EESU dafür, zu einem der führenden ukrainischen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 10 Mrd. US-Dollar zu werden.<sup>27</sup> Als Lazarenko 1997 aus seinem Amt als Ministerpräsident entlassen wurde, leitete sein Nachfolger, Walerij Pustowojtenko, eine umfassende Untersuchung der Geschäfte von EESU ein, die erste Vorwürfe zur Folge hatten.

Im Dezember 1998 wurde Lazarenko in der Schweiz unter dem Vorwurf der Geldwäsche verhaftet. Nach Berichten schweizerischer Ermittler hat Lazarenko insgesamt 880 Mio. US-Dollar an ukrainischen Staatsgeldern veruntreut. Auf Kautionsfreilassung, floh Lazarenko anschließend in die USA, wo er umgehend verhaftet und wegen Geldwäsche von 114 Mio. US-Dollar Bestechungsgeldern aus seiner Amtszeit angeklagt wurde. Lazarenko wurde Ende Juni 2000 in der Schweiz in Abwesenheit wegen Geldwäsche verurteilt. Er befindet sich weiterhin in den USA, wo er im Juli 2004 von der Jury für schuldig befunden wurde.<sup>28</sup>

Die Präsidentin der Firma EESU, Julia Tymoschenko, wechselte nach der Entlassung Lazarenkos als Ministerpräsident in die Politik. Sie trat als Parlamentsabgeordnete der Partei Hromada bei und versuchte zusammen mit Lazarenko die Partei zur führenden Opposition gegen Präsident Kutschma aufzubauen. Ende 1999 wurde Julia Tymoschenko in der Reformregierung von Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko ukrainische Vize-Ministerpräsidentin mit besonderer Verantwortung für Energiefragen. Anfang 2001 leitete die ukrainische Staatsanwaltschaft wegen ihrer Aktivitäten als Präsidentin von EESU ein Ermittlungsverfahren gegen Tymoschenko ein. Mitte Januar wurde sie aus der Regierung entlassen und einen Monat später verhaftet. Nach ihrer Freilassung, die allerdings nicht zur

---

<sup>25</sup> Vgl. auch: Ukraine. Am Gängelband der Gasbarone, in: OSTinWEST, 9. August 1999, S.18–20.

<sup>26</sup> Financial Times 6. Juni 2000.

<sup>27</sup> Ein Unternehmensportrait findet sich in Kapitel 5 zu den Oligarchen.

<sup>28</sup> Tully, Andrew: Lazarenko money-laundering trial opens, RFE/RL 16. März 2004; Kaminski, Matthew: The strange career of Pavlo Lazarenko, Wall Street Journal 17. Mai 2004; AP 3. Juni 2004.

Einstellung aller Ermittlungsverfahren führte, organisierte Tymoschenko eine neue Oppositionspartei. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 unterstützte sie die Kandidatur von Wiktor Juschtschenko. Nach seinem Sieg wurde sie von ihm zur Ministerpräsidentin ernannt.

Mit der Schaffung der staatlichen Öl- und Gasholding Naftohaz Ukrainy begann die ukrainische Regierung im Sommer 1999 einen Versuch, die Korruption in der Gasindustrie unter Kontrolle zu bringen. Zum einen wurde die Aufsicht über private Unternehmen und ihre Zahlungsströme intensiviert, zum anderen sollte der Anteil des staatlichen Unternehmens am Gasmarkt auf 85% erhöht werden. Die Einrichtung eines staatlichen Quasi-Monopols scheint aber im ukrainischen Fall wenig geeignet, Korruption zu bekämpfen. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist, dass eine Prüfung der Unternehmensfinanzen durch die staatliche Rechnungsprüfungskammer nicht vorgesehen wurde. Auch die Skandale der folgenden Jahre bestätigen diese Einschätzung.

Dem ersten Leiter von Naftohaz, Ihor Bakai, wurde in Medienberichten vorgeworfen mehrere Millionen US-Dollar aus dem Erdgasgeschäft unterschlagen und ins Ausland transferiert zu haben. Es wurde der Verdacht geäußert, dass ein Teil der Gelder für politische Werbekampagnen von Präsident Kutschma genutzt wurde. Aufgrund der Korruptionsvorwürfe nahmen die USA Bakai in eine schwarze Liste von Personen auf, denen kein Einreisevisum erteilt wird. Im Sommer 2000 wurde Bakai entlassen. Erst mehr als zwei Jahre später, im Februar 2003, kündigte die ukrainische Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Bakai an. Das Verfahren wurde aber offensichtlich verschleppt und brachte keine Ergebnisse. Im Sommer 2003 wurde Bakai von Präsident Kutschma zum Leiter des Regierungskomitees für Wasserressourcen ernannt. Naftohaz schloss unter seinem neuen Leiter, Juri Boiko, im Dezember 2002 mit der ungarischen Scheinfirma Eural TransGas einen umfangreichen Liefervertrag für turkmenisches Erdgas. Die Operation der ungarischen Scheinfirma soll in Kooperation mit Simon Mogilevitsch organisiert worden sein, der als einflussreiches Mitglied der organisierten Kriminalität gilt. Nach heftiger Kritik an übermäßigen Gewinnen von Eural TransGas wurde die ungarische Scheinfirma zum Jahresanfang 2005 durch ein gemeinsames ukrainisch-russisches Unternehmen ersetzt.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Eine ausführliche Zusammenfassung der Vorwürfe gegen Naftohaz findet sich bei: Kupchinsky, Roman: Naftohaz Ukrainy. A study in state-sponsored corruption, RFE/RL Organi-

## 2.4 Zahlungsrückstände

Neben Korruption sind Zahlungsrückstände ein zentrales Problem der ukrainischen Wirtschaft und ganz besonders auch der Energiewirtschaft. Die Schulden ukrainischer Verbraucher für Energielieferungen betragen Ende 2003 zusammengerechnet über 3 Mrd. US-Dollar.<sup>30</sup> Wenn Bezahlungen erfolgen, so oft nicht in Bargeld sondern mit Bartergeschäften, d.h. durch die Lieferung von Produkten. Obwohl es keine Anzeichen dafür gibt, dass ukrainische Energieunternehmen in Bartergeschäften übervorteilt werden,<sup>31</sup> stellen diese doch ein Problem dar. Die Energieunternehmen erhalten nämlich dadurch nicht genug Bargeld, um ihren eigenen Zahlungsverpflichtungen, vor allem Löhne und Steuern, nachzukommen. Auch fehlt Geld für Modernisierungsinvestitionen, insbesondere für die Anschaffung moderner westlicher Technik.<sup>32</sup>

Die eigentliche Ursache für die Zahlungsrückstände ist die Tatsache, dass die ukrainischen Energieverbraucher über ihre Verhältnisse leben, d.h. mehr Energie konsumieren als sie bezahlen können. Die marktwirtschaftliche Lösung wäre eine Einstellung der Energieversorgung bei Nichtzahlung und eine Eintreibung der Schulden auf dem Rechtsweg, notfalls in einem Konkursverfahren. Aus dieser Sicht betrachtet, ist das Problem der Zahlungsrückstände weniger eine Nichtzahlungskrise als vielmehr eine Krise des Rechtssystems, das keine effektive Schuldeneintreibung ermöglicht.

Das Problem der Zahlungsrückstände ist aber vielschichtiger als es diese einfache Betrachtung nahe legt. Ein wesentliches Problem liegt darin, dass staatliche Abnehmer zu den Hauptschuldnern gehören. Diese Abnehmer erfüllen für das Land zentrale Funktionen. Die Problematik einer Abschaltung der Energieversorgung von Krankenhäusern oder staatlichen Transportunternehmen ist offensichtlich. Dieses Wissen verstärkt bei den entspre-

---

zed Crime and Terrorism Watch, fünfteiliger Bericht, Prag Juli/August 2003. Eine Aktualisierung findet sich bei: Russia Morning Comment (UFG) 30. Juli 2004.

<sup>30</sup> Institute for Economic Research: Ukrainian steam coal. Not competitive or just mismanaged?, Advisory Paper T19, Kiew 2003, S.6 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)).

<sup>31</sup> Marin, Dalia / Kaufmann, Daniel / Gorochowkij, Bogdan: Barter in Transition Economies. Competing Explanations Confront Ukrainian Data, WDI (William Davidson Institute) Working Paper Nr. 287, Washington 2000, S.12–14.

<sup>32</sup> Zur Barterwirtschaft in der Ukraine siehe Marin, Dalia / Schnitzer, Monika: Disorganization and Financial Collapse, CEPR (Centre for Economic Policy Research) Discussion Paper Nr. 2245, London 1999.

chenden Verbrauchern aber häufig auch die „Immunität“ gegen Zahlungsforderungen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass ein großer Teil der Landwirtschaft und der Industrie des Landes bei einer Begleichung seiner Energieschulden Bankrott gehen würde, was erhebliche soziale Konsequenzen hätte, nicht nur wegen der resultierenden Massenentlassungen, sondern auch weil derartige Unternehmen oft einen großen Teil der sozialen Infrastruktur betreiben.

Das Problem der Zahlungsrückstände ist also schwer lösbar. Es ist aber gleichfalls offensichtlich, dass es durch Warten nur verschärft wird, da die Schuldenberge weiter wachsen. Die verschiedenen ukrainischen Regierungen haben aber in der Regel das Problem nicht einfach ignoriert, sondern aktiv zu seiner Verschärfung beigetragen. Zum einen ist der Staat selber in seiner Rolle als Energieverbraucher oder Arbeitgeber wenig vorbildlich und hat erhebliche Schulden angehäuft. Zum anderen hat der Staat seinen Einfluss auf die mehrheitlich von ihm kontrollierten Energieversorger genutzt, um Lieferungen auch an insolvente Kunden zu erzwingen.<sup>33</sup>

Die reformorientierte Regierung unter Wiktor Juschtschenko erhöhte dann Anfang 2000 im Rahmen von „Notstandsmaßnahmen“ den Druck auf die Energieverbraucher. Die Kontrolle über die Zahlungsmoral der Kunden staatlicher Energieversorger wurde verschärft. Barterzahlungen wurden verboten, und säumige Zahler mussten verstärkt mit Liefereinstellungen rechnen. Nach Angaben der Regierung bezahlten Gasverbraucher im Sommer 2000 nicht nur für alle aktuellen Lieferungen, sondern bauten auch ihre Schulden ab. Über 40% der anstehenden Elektrizitätsrechnungen, im August dann sogar 70%, wurden in Bargeld bezahlt, während es im Januar 2000 nur 15% gewesen waren. Die ukrainische Vize-Ministerpräsidentin mit besonderer Verantwortung für Energiefragen, Julia Tymoschenko, erklärte die Krise des Energiesektors damit für beendet.<sup>34</sup>

Diese Erfolgsmeldung erfolgte sicher auch im Hinblick auf die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen Kredit in Höhe von 2,6 Mrd. US-Dollar. Trotzdem zeigt sie, wie wenig selbst die reformorientierte ukrainische Regierung bereit war, sich den Problemen zu stellen. Auf die Erklärung, Barterzahlungen seien verboten worden, folgt als

---

<sup>33</sup> Eine umfassendere Diskussion der Rolle des Staates bieten: Bagratian, Hrant / Gürgen, Emine: Payment Arrears in the Gas and Electric Power Sectors of the Russian Federation and Ukraine, IMF Working Paper Nr. 97/162, Washington 1997.

<sup>34</sup> Reuters 23. Juli 2000; *Energo* (NewsBase) 33/2000, S. 6.

Erfolgsmeldung eine Erhöhung des Anteils von Barzahlungen für Stromlieferungen auf 70%. Was im Umkehrschluss bedeutet, dass immer noch 30% der Lieferungen entweder mit nun illegalen Bartergeschäften oder gar nicht bezahlt wurden. Bezeichnenderweise gab die Regierung keinen umfassenden Überblick über die Zahlungssituation im Energiesektor, sondern beschränkte sich auf ausgewählte Zahlen. So wurde erst später bekannt, dass im Jahre 2000 nur 50% der Erdgaslieferungen bezahlt wurden, was die Erfolgsmeldungen weiter relativiert.<sup>35</sup>

In den folgenden Jahren verbesserte sich – wahrscheinlich vor allem als Folge des Wirtschaftsaufschwungs – die Zahlungsmoral der Energiekonsumenten deutlich. 2003 wurden so im Schnitt 90% der Energielieferungen bezahlt. Die alten Schulden wurden jedoch nicht abgebaut. Insgesamt hatten allein die Endverbraucher von Strom bis Ende 2003 Schulden von über 2 Mrd. US-Dollar angehäuft. Es zeigt sich deutlich, dass der Ukraine das Problem der Zahlungsrückstände erhalten bleiben wird, solange gegen säumige Schuldner nicht konsequent Konkursverfahren eingeleitet werden. Und solange der Staat seine eigenen Schulden nicht begleicht, fehlt die Legitimation für konsequentes Durchgreifen.<sup>36</sup>

## 2.5 Abschreckung ausländischer Investoren

Die ukrainische Wirtschaft hat einen sehr hohen Bedarf an Investitionen, zum einen weil viele Produktionsanlagen bereits seit Jahrzehnten in Betrieb sind und häufig schlecht gewartet werden, zum anderen aber auch weil die sowjetische Technik in vielen Bereichen ineffizient war und ersetzt werden müsste. Dies gilt insbesondere für den Energiesektor. Um die eigene Öl- und Gasproduktion zu erhöhen und damit die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, müssen in der Ukraine neue Vorkommen erschlossen werden. Dies erfordert erhebliche Mittel und ist aufgrund der komplizierten geologischen Bedingungen häufig nur mit westlicher Technik möglich. Da die Ukraine weder die nötigen finanziellen Mittel noch die entsprechende Technik besitzt, ist sie auf ausländische Investoren angewiesen.

---

<sup>35</sup> Eastern Economist Daily 1. März 2001, S.1.

<sup>36</sup> Einen prägnanten Überblick über die Schuldensituation in der Elektrizitätswirtschaft gibt: Institute for Economic Research: Ukrainian steam coal. Not competitive or just mismanaged?, Advisory Paper T19, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)).

Eine Reihe ausländischer Energiefirmen hat schon sehr früh Interesse am ukrainischen Öl- und Gasgeschäft gezeigt. Am aktivsten war Shell. 1996 gewann die Firma die erste Lizenz für Probebohrungen im ukrainischen Teil des Schwarzen Meeres. Ukrainische Auflagen bezüglich der Kooperation mit der staatlichen Firma Tschornomornaftohaz, bezüglich des zu verwendenden Anteils ukrainischer Technik, bezüglich der Besteuerung usw. hatten aber zur Folge, dass Shell sich bisher nur mit der ukrainischen Staatsverwaltung, nicht aber mit der Suche nach Öl beschäftigt hat.

Ab 1997 bemühte sich Shell auch um eine Beteiligung am ukrainischen Gasleitungsnetz. Der Konzern versprach insgesamt 1,5 Mrd. US-Dollar zu investieren. Der ukrainischen Gaslobby gelang es jedoch, ihr lukratives Geschäft vor fremdem Einfluss zu schützen. Im Frühjahr 2000 als die ukrainische Regierung Pläne erwog, Teile des Gasleitungsnetzes in Konzession an ein internationales Konsortium zu geben, erhöhte Shell sein Investitionsangebot auf 2 Mrd. US-Dollar.<sup>37</sup> Wenn unverbindliche Investitionsversprechen auch sicher mit Vorsicht zu bewerten sind, so ist doch offensichtlich, dass die ukrainische Regierung wenig unternahm, die Ernsthaftigkeit des Angebotes von Shell zu prüfen.

Auf Druck des russischen Erdgasmonopolisten Gazprom sah sich die Ukraine dann im Herbst 2002 gezwungen, der Gründung eines internationalen Gaskonsortiums zuzustimmen, das das ukrainische Leitungsnetz betreiben soll. Neben den russischen und ukrainischen Partnern, Gazprom und Naftohaz, soll auch ein westliches Unternehmen in das Konsortium einbezogen werden. Aufgrund seiner Beteiligung an Gazprom war der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas einer der ersten Kandidaten. Die Verhandlungen über das Konsortium haben aber bisher noch zu keinen Ergebnissen geführt.<sup>38</sup>

Noch deutlicher werden die Probleme ausländischer Investoren am Beispiel der britischen JKK Oil & Gas Plc, der es gelang, auf dem ukrainischen Gasmarkt aktiv zu werden. Mit Hilfe eines Kredits der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gründete die britische Firma 1994 gemeinsam mit zwei ukrainischen Partnern das joint venture Poltava

---

<sup>37</sup> Vedomosti 6. März 2000.

<sup>38</sup> Eine wirtschaftliche Einschätzung der Konsortiumspläne gibt: Institute for Economic Research: Is the Ukrainian-Russian gas consortium in the economic interest of Ukraine?, Advisory Paper S33, Kiev 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)). Zu den Verhandlungen über die Gründung des Konsortiums siehe: NewsBase FSU Oil&Gas Monitor 13. Dezember 2003 und 30. Januar 2004.

Petroleum Company (PPC), das in der Region Poltawa Gas produziert. 1996 als das Geschäft richtig angelaufen war, erhielt der Zwischenhändler von PPC vom Staat keine Lizenz zum Gasvertrieb. Dem joint venture fehlten offensichtlich die Kontakte und vielleicht auch die Erfahrung mit Korruption, um sich gegen die Lobbies der ukrainischen Gasimporteure behaupten zu können. Als Folge konnte PPC bis zum Frühjahr 1997 kein Gas verkaufen. Erst als der staatliche Gaskonzern Ukrhazprom verstärkt in das joint venture integriert wurde, erhielt PPC wieder Gasverbraucher zugeteilt.<sup>39</sup> Anfang 2001 sah sich JKK erneut Problemen ausgesetzt, als die staatliche ukrainische Vermögensverwaltung versuchte, den britischen Teilhaber de facto zu enteignen.<sup>40</sup> Erst nach einigen Monaten und der persönlichen Intervention des britischen Premierministers Tony Blair konnte JKK seine Eigentumsrechte behaupten. Trotz dieser Probleme vergrößerte JKK seinen Anteil an PPC und weitete in den folgenden Jahren sein Engagement in der Ukraine erfolgreich aus.<sup>41</sup>

Auch russische Investoren, die in die ukrainische Energiewirtschaft investieren wollten, sahen sich erheblichen Widerständen ausgesetzt. Ähnlich wie Shell konnte auch Gazprom bisher nicht auf dem ukrainischen Gasmarkt Fuß fassen, obwohl der russische Konzern aufgrund der ukrainischen Schulden ein beachtliches Druckmittel besitzt. Russischen Ölfirmen hingegen gelang es Ende der 1990er Jahre, Teile der ölverarbeitenden Industrie der Ukraine zu übernehmen. Die Ukraine hat erhebliche Raffineriekapazitäten, die umfangreiche Exporte ermöglichen würden. Die Raffinerien sind jedoch auf russische bzw. kasachische Rohöllieferungen angewiesen. Dortige Produzenten verkaufen ihr Rohöl aber lieber auf dem Weltmarkt, wo sie höhere Einnahmen erzielen, und beliefern ansonsten ihre eigenen Raffinerien. Da die Kapazität der Raffinerien auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion das Angebot an Rohöl deutlich übersteigt, sank die Auslastung der ukrainischen Raffinerien auf etwa 25%.

Um die Rohölversorgung zu verbessern, schien die Integration russischer oder auch kasachischer Ölproduzenten in die ukrainische ölverarbeitende Industrie sinnvoll. Aus „sicherheitspolitischen Erwägungen“ lehnte die Ukraine jedoch eine Beteiligung russischer Investoren an Privatisierungsauktionen lange Zeit ab. Nur Tatneft, der einzige russische Ölproduzent ohne

---

<sup>39</sup> Pleines, Heiko: *Energy in Ukraine*, London 1998, S.86.

<sup>40</sup> *Energobiznes* 12/2001, S.16–18; *Financial Times* 21. März 2001.

<sup>41</sup> *NewsBase FSU Oil&Gas Monitor* 29. März 2002, 3. Oktober 2003 und 13. Januar 2004.

eigene Raffinerie, konnte über ein joint venture mit der ukrainischen Kremenschug Raffinerie eine feste Bindung herstellen. Die Raffinerie, die per Pipeline direkt mit den Ölfeldern von Tatneft verbunden ist, war dementsprechend die einzige in der Ukraine, die einen weitgehend normalen Betrieb aufrechterhalten konnte.

Die katastrophale Lage der ukrainischen Raffinerien und das Scheitern aller Pläne, kurzfristig größere Mengen Rohöl aus Zentralasien zu importieren, hatten ein Umdenken zur Folge. Mit der Übernahme einer Aktienmehrheit an der Odessa Raffinerie durch Lukoil konnte im Frühjahr 1999 erstmals eine russische Ölfirma direkte Anteile an einer ukrainischen Raffinerie erwerben. Damit war für die ölverarbeitende Industrie der Widerstand gegen ausländische Investoren gebrochen und im folgenden Jahr engagierten sich weitere russische und kasachische Investoren. Die ukrainische Regierung machte dabei grundsätzlich Auflagen bezüglich des Mindestumfangs der Belieferung der Raffinerie mit Rohöl und bezüglich vorzunehmender Modernisierungsinvestitionen.<sup>42</sup>

Während in der ölverarbeitenden Industrie also Ende der 1990er Jahre eine Öffnung für ausländische Investitionen stattfand, blieb die ukrainische Elektrizitätswirtschaft ausländischen Investoren weiterhin verschlossen. Grundlage für die Beteiligung strategischer Investoren wäre eine Privatisierung der Stromproduzenten. Sowohl der Widerstand des ukrainischen Managements dieser Unternehmen, das wohl nicht zu unrecht um seinen Einfluss fürchtet, als auch das staatliche Interesse, an zentralen Energieversorgern eine Aktienmehrheit und damit die Unternehmenskontrolle zu behalten, haben bisher größere Privatisierungen verhindert. Ein Reformplan für die Elektrizitätswirtschaft, den die ukrainische Regierung im April 2000 präsentierte, wurde von der Weltbank wegen der vorgesehenen de-facto-Renationalisierung der bereits privatisierten Stromnetzbetreiber abgelehnt.<sup>43</sup> Privatisiert wurden bisher nur regionale Stromnetzbetreiber. Die meisten von ihnen gingen in dubiosen Privatisierungen an inländische Bieter.

---

<sup>42</sup> Puglisi, Rosaria: Clashing agendas? Economic interests, elite coalitions and prospects for cooperation between Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 6/2003, pp.827–845. Zur ukrainischen ölverarbeitenden Industrie siehe Pleines, Heiko: *Energy in Ukraine*, London 1998, S.128–134. Zur Beteiligung russischer und kasachischer Investoren siehe *Russische Direktinvestitionen in der Ukraine*, DIW Wochenbericht 37/2001, S.583–588 (im Internet veröffentlicht unter [www.diw.de](http://www.diw.de)).

<sup>43</sup> Den' 29. April 2000. Einen Überblick gibt: Blockierer und Absahner, in: *OSTinWest* 23/1999, S.24–28.

Einzigste Ausnahme war die Privatisierung von sechs Betreibern im Jahre 2001, die von Firmen aus den USA und der Slowakei gewonnen wurde. Dies ist bisher das einzige Engagement von ausländischen Investoren in der ukrainischen Elektrizitätswirtschaft geblieben.<sup>44</sup>

Die Ursachen für das weitgehende Ausbleiben ausländischer Investitionen in der Ukraine sind vielfältig. Es lassen sich aber für den Energiesektor drei Kernprobleme identifizieren. Erstens hat die staatliche Überregulierung des Energiemarktes zur Folge, dass Außenseiter ohne „besondere Beziehungen“ zu Staatsbehörden von ihren ukrainischen Konkurrenten häufig diskriminiert werden. Zweitens lehnen viele ukrainische Unternehmen eine Zusammenarbeit mit westlichen Firmen ab, da sie ihr eigenes Geschäftsgebaren in Frage stellen würde. Drittens haben viele ukrainische Politiker Angst vor einem Ausverkauf des aus ihrer Sicht für die „nationale wirtschaftliche Sicherheit“ des Landes zentralen Energiesektors an westliche oder russische Interessen.

## 2.6 Resümee

Die Situation des ukrainischen Energiesektors kann zusammenfassend als katastrophal bezeichnet werden. Die Ukraine durchleidet immer wieder Energiekrisen, die vor allem durch Stromausfälle und im Winter durch die Einschränkung der Wohnraumbeheizung gekennzeichnet sind. Die Verwendung veralteter Technik führt nicht nur zu Ineffizienz, sondern erhöht das Unfallrisiko dramatisch und hat erhebliche ökologische Konsequenzen. Eine nachhaltige Verbesserung der Lage, die nur durch umfangreiche Investitionen erreicht werden könnte, ist nicht in Sicht.

Das sowjetische Erbe stellte sicher eine schwere Belastung dar. Viele der aktuellen Probleme haben ihre Wurzeln im verschwenderischen Umgang der sowjetischen Planwirtschaft mit Energie, basierend auf den reichen Vorkommen in Sibirien und Zentralasien. Energieintensive Produktionsprozesse, veraltete Technik und die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen waren für die unabhängige Ukraine die Folge.

Anstatt eine Lösung dieser Probleme anzugehen, hat die ukrainische Wirtschaftspolitik aber eher zu einer Intensivierung der Krise geführt. Ursache hierfür ist vor allem der Reformstau in der Wirtschaftspolitik. Die nur teilweise und zögerliche Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbe-

---

<sup>44</sup> IMF: Country Report Ukraine 03/173, Washington 2003, S.60–61.

dingungen führte zu erheblichen Marktverzerrungen. Das Fehlen eines konsequenten und durchsetzbaren Insolvenz- und Konkursrechts ist so eine wesentliche Ursache für die immensen Zahlungsrückstände. Die staatliche Regulierung des Gasmarktes hatte ausufernde Korruption zur Folge. Fehlende gesetzliche Garantien haben ausländische Investoren bisher weitgehend abgeschreckt.

Im vorliegenden Buch soll die Verantwortung politisch einflussreicher Wirtschaftsakteure für diesen Reformstau und die resultierende Wirtschaftskrise untersucht werden. Im folgenden Kapitel werden deshalb die relevanten Wirtschaftsakteure vorgestellt und es wird ein analytischer Rahmen zur Erfassung ihres politischen Einflusses entwickelt.



### **3. Die Ukraine im osteuropäischen Kontext. Ein analytischer Rahmen**

Ausgehend von der Hellman-These, die wie in der Einleitung dargestellt die politische Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren für Reformstaus in postsozialistischen Ländern verantwortlich macht, werden in diesem Kapitel die zentralen Wirtschaftsakteure analysiert. Dabei wird die ukrainische Situation zum besseren Verständnis mit drei weiteren osteuropäischen Ländern verglichen. Russland als eines dieser Länder gehört nach der Einordnung von Hellman zur selben Gruppe wie die Ukraine. Die beiden anderen Länder, Polen und Tschechien, stellen nach Hellman jedoch Erfolgsmodelle für vergleichsweise konsequente Wirtschaftsreformen dar. Parallel zur Beschreibung der relevanten Wirtschaftsakteure wird in diesem Kapitel der analytische Rahmen für die vorliegende Arbeit entwickelt.

In einem ersten Schritt werden dazu die wesentlichen nicht-staatlichen Akteure, vorrangig Wirtschaftsakteure, vorgestellt. Anschließend werden die von ihnen verfolgten Strategien der Einflussnahme aufgeführt, bevor abschließend die Akteurskonstellation auf staatlicher Seite erfasst wird. Damit werden drei Ziele verfolgt. Erstens wird die Auswahl der Fallstudien konkreter Einflussnahme begründet, die in den Kapiteln 5 bis 7 folgen. Zweitens wird ein Überblick über den für die Fallstudien relevanten Forschungsstand gegeben. Drittens wird der gesellschaftliche Kontext umrissen, in dem die Fallstudien stehen. Dies ist die Grundlage für die in Kapitel 8 erfolgende Einschätzung der Ergebnisse.

#### **3.1 Wirtschaftsakteure**

In allen vier hier betrachteten Ländern, der Ukraine, Russland, Polen und Tschechien, führte das Ende des sozialistischen Systems zu einem erheblichen Wandel in der Organisation gesellschaftlicher Interessen. Zum einen gab es eine Reihe von Interessen, die vorher nicht existierten bzw. nicht organisiert waren, zum anderen mussten bereits existierende Organisationen sich umstrukturieren, um neue Aufgaben in einem neuen Umfeld wahrnehmen zu können und sie mussten unter Umständen mit einem Legitimationsdefizit aufgrund ihrer Nähe zum alten System kämpfen. Die Bedingungen für die jeweiligen Interessenorganisationen im Bereich der Wirtschaftspolitik unterschieden sich dabei zwischen den post-sozialistischen Ländern teilweise erheblich.

Staatlich organisierte *Gewerkschaften* existierten in allen hier betrachteten Ländern. In Polen organisierte sich jedoch bereits Anfang der 1980er Jahre mit Solidarnosc eine unabhängige Gegen-Gewerkschaft. Sie wurde 1989 zum zentralen Akteur des Regimewandels. Gewerkschaftsführer Lech Walesa wurde Staatspräsident. Solidarnosc formte die Regierung. Auch die ehemals sozialistische Gewerkschaft OPZZ überstand den Regimewechsel erfolgreich. Im politischen System blieben die beiden Gewerkschaften bis 2001 präsent. 1993–97 war die OPZZ an der Regierung beteiligt, 1997–2001 erneut Solidarnosc. Beide Gewerkschaften verloren jedoch im Verlauf der 1990er Jahre an Rückhalt in der Bevölkerung und ihre akkumulierte Mitgliederzahl sank von 6 auf knapp über 3 Millionen. Im 2001 gewählten Parlament waren die Gewerkschaften nicht mehr vertreten.<sup>45</sup> Während sich in Polen also ein Gewerkschaftsdualismus etablierte, blieb die Nachfolgeorganisation des sozialistischen Gewerkschaftsverbandes ČMKOS in der Tschechischen Republik ohne Konkurrenz. Auch sie hatte mit deutlich sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen.<sup>46</sup>

Anfang der 1990er Jahre bildeten sich sowohl in Polen als auch in der Tschechischen Republik Gremien, die Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Akteure der staatlichen Wirtschaftspolitik zusammenbrachten, um wirtschaftspolitische Konzepte zu diskutieren. Dieser als Tripartismus diskutierte Ansatz brachte den Gewerkschaften jedoch in beiden Ländern nur geringe Einflussmöglichkeiten, da die Gremien vorrangig beratende Funktionen hatten. Gegen Ende der 1990er Jahre waren die Gremien in beiden Ländern nicht mehr funktions- bzw. beschlussfähig.<sup>47</sup> Die nach demselben Prinzip geschaffene russische Sozialpartnerschaft blieb aufgrund umstrittener Repräsentationsansprüche und mangelnder Kompetenzen von vorneherein ohne Einfluss auf den politischen Prozess.<sup>48</sup>

---

<sup>45</sup> Einen guten Überblick geben: Deppe, Rainer / Tatur, Melanie: Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Ungarn und Polen, Frankfurt/M. 2002, S.94–134, 221–248.

<sup>46</sup> Für einen Überblick siehe: Pollert, Anna: Labor and trade unions in the Czech Republic 1989–2000, in: Crowley, Stephen / Ost, David (Hg.): Workers after workers' states, Lanham 2001, S.13–36.

<sup>47</sup> Siehe etwa: Deppe, Rainer / Tatur, Melanie: Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Ungarn und Polen, Frankfurt/M. 2002, S.228–234 und Myant, Martin / Slocock, Brian / Smith, Simon: Tripartism in the Czech and Slovak Republics, in: Europe-Asia Studies 4/2000, S.723–739.

<sup>48</sup> Ashwin, Sarah / Clarke, Simon: Russian trade unions and industrial relations in transition, Basingstoke 2003, S.132–178.

In Russland entstanden Anfang der 1990er Jahre unabhängige Gewerkschaften in Opposition zur staatsnahen sozialistischen Gewerkschaft. Im Gegensatz zur Solidarnosc in Polen erreichten sie aber keinen landesweiten Einfluss. Sie konnten nur im Bergbau eine Mehrheit der Arbeiter organisieren, während die staatsnahe Nachfolgeorganisation der sozialistischen Gewerkschaft in der gesamten russischen Wirtschaft präsent blieb. Beide Gewerkschaften konnten jedoch keinen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse gewinnen. Allein die vorwiegend spontan entstandenen Bergarbeiterproteste zwischen 1989 und 1998 lieferten den Gewerkschaften Möglichkeiten zur Konsultation mit staatlichen Entscheidungsträgern. Konflikte zwischen den beiden Gewerkschaften, ein geringer Organisationsgrad und Abhängigkeit von den Betriebsleitungen verhinderten jedoch eine Verstetigung dieser Konsultationen außerhalb der Streikperioden und damit eine kontinuierliche Beteiligung an wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen.<sup>49</sup>

Die Situation der ukrainischen Gewerkschaften war ähnlich. Auch hier konnten Gewerkschaften sich grundsätzlich nicht als relevante Akteure auf der politischen Ebene etablieren. Auch hier gewann eine alternative Gewerkschaft vor allem im Bergbau Bedeutung. Auch hier versuchten die Bergarbeiter bis Ende der 1990er Jahre durch Proteste Einfluss auf die nationale Politik zu nehmen. Im Gegensatz zu Russland war in der Ukraine die nationale Politik aber kaum zu Konsultationen bereit und versuchte die Kohlekrise als regionales Problem darzustellen.<sup>50</sup>

Während die staatlichen Gewerkschaften und im polnischen Fall auch die alternative Gewerkschaft bereits im sozialistischen System existierten, mussten *Unternehmerverbände* nach dem Ende des Sozialismus völlig neu organisiert werden. Erste Folge war in allen Ländern eine Vielzahl kleiner, schlecht organisierter Verbände. Mangelnde Erfolge einerseits bzw. nachge-

---

<sup>49</sup> Ebd., S.36–72.

<sup>50</sup> Pleines, Heiko: The political economy of coal industry restructuring in Ukraine, IER Working Paper 26 (2004), im Internet unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua), in Produktion; Kubicek, Paul: Civil Society, Trade Unions and Post-Soviet Democratisation. Evidence from Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/2002, S.603–624, hier: S.614–621; Pankow, Włodzimierz / Kopatko, Evghenii: Workers and unions in postcommunist Ukraine, in: Crowley, Stephen / Ost, David (Hg.): *Workers after workers' states*, Lanham 2001, S.181–198; Kubicek, Paul: Unbroken ties. The state, interest associations and corporatism in post-Soviet Ukraine, *Ann Arbor* 2000, S.98–118; Pleines, Heiko: *Energy in Ukraine*, London 1998, S.97–107; Crowley, Stephen: *Between class and nation. Worker politics in the new Ukraine*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 1/1995, S.43–69.

fragte Beratungsdienstleistungen und eine Beteiligung an staatlich organisierten Gremien andererseits führten bis Mitte der 1990er zu einer gewissen Konsolidierung. In der Tschechischen Republik wurde eine Konföderation der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände (KZPS) geschaffen. Daneben gab es aber ein halbes Dutzend unabhängig agierender Wirtschaftsverbände von nationaler Bedeutung. In Polen etablierten sich insgesamt fünf landesweite Verbände, die aber aufgrund mangelnder Koordination untereinander und unterschiedlicher Interessen keinen nennenswerten Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse erreichten. In Russland wurde der RSPP zum zentralen Unternehmerverband. Da die einflussreichsten russischen Unternehmer aber als individuelle Akteure ihre Interessen vertraten, blieb auch sein Einfluss begrenzt. In der Ukraine formten und übernahmen verschiedene Unternehmensgruppen eigene Parteien, so dass die politische Vertretung durch einen Wirtschaftsverband auch hier kaum Interesse fand. Der zentrale Unternehmerverband (USPP) blieb deshalb weitgehend einflusslos.<sup>51</sup>

*Sektoralen Interessengruppen* oder auch individuellen Großunternehmern gelang es in verschiedenen Bereichen, Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse zu gewinnen. In allen Ländern blieb über den Regimewechsel hinweg eine einflussreiche Agrarlobby bestehen, die in Polen<sup>52</sup>, Russland und der Ukraine über eine politische Partei auch im Parlament vertreten war.<sup>53</sup> In Polen, Russland und der Ukraine gelang es

---

<sup>51</sup> Zur Ukraine siehe: Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluß von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr.42 (2002), S.5–20 und Kubicek, Paul: Unbroken ties. The state, interest associations and corporatism in post-Soviet Ukraine, Ann Arbor 2000, S.118–132. Zu den anderen Ländern exemplarisch: Otte, Thomas: Die Vertretung der polnischen Unternehmen innerhalb des Sozialen Dialogs durch die nationalen Arbeitgeberkonföderationen, in: Osteuropa Wirtschaft 1/2003, S.41–63; Frye, Timothy: Capture or exchange? Business lobbying in Russia, in: Europe-Asia Studies 7/2002, S.1017–1036; Myant, Martin: Employers' interest representation in the Czech Republic, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 4/2000, S.1–20; Stykow, Petra: Staat, Verbände und Interessengruppen in der russischen Politik, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden in Transformationsprozessen, Opladen 1999, S.137–179.

<sup>52</sup> Neben der traditionellen Bauernpartei (PSL) ist seit 2001 auch die agrarisch-konservative Protestbewegung Samoobrona im nationalen Parlament vertreten.

<sup>53</sup> Zur Ukraine siehe die Fallstudie in Kapitel 7. Zu den anderen Ländern exemplarisch: Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, Münster 2003, S.272–286; Szczerbiak, Aleks: The Polish Peasant Party. A mass party in postcommunist Eastern Europe?, in: East European Politics and Societies 3/2002, S.554–588; Blažek, Petr:

außerdem im Kohlebergbau einer Koalition aus Betriebsleitern und Branchengewerkschaften bis Ende der 1990er Jahre staatliche Restrukturierungsprogramme zu blockieren und vermehrte staatliche Subventionen zu mobilisieren.<sup>54</sup> Sowohl in der Tschechischen Republik als auch in Russland manipulierten Banken über Korruptionsnetzwerke wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse vor allem im Bereich der Privatisierung. Sie verloren ihren Einfluss allerdings mit den Finanzkrisen 1997 bzw. 1998.<sup>55</sup> In Russland konnten auch Unternehmer aus der Erdöl- und Erdgaswirtschaft als individuelle Akteure Wirtschaftspolitik beeinflussen.<sup>56</sup> In der Ukraine waren es hingegen häufig branchenübergreifende Zusammenschlüsse regionaler Unternehmen, die gemeinsam mit politischen Akteuren ihrer Region Einfluss auf die nationale Politik nahmen.<sup>57</sup>

Während also selbst die traditionellen Verbände von Unternehmern und Beschäftigten mit organisatorischen Schwächen zu kämpfen hatten und in der Regel nur begrenzten Zugang zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen fanden, erreichten andere nationale nicht-staatliche Akteure überhaupt keinen nennenswerten Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Weder Verbraucherverbände, noch Umweltschutzorganisationen oder Vertreter weiterer sozialer Gruppen, wie etwa Arbeitslose oder Rentner, erreichten eine organisatorische Stärke, die sie in einem der hier betrachteten Länder zu relevanten Akteuren in der Wirtschaftspolitik gemacht hätte.<sup>58</sup>

---

Reprezentace zemědělských zájmu v politickém systému České republiky. Ekonomiké (profesní) zájmové skupiny, in: Politologická revue 1/2002, S.22–38.

<sup>54</sup> Zur Ukraine siehe die Fallstudie in Kapitel 6 („Fallstudie 2: Die Kohle-Connection“). Zu den anderen Ländern exemplarisch: Deppe, Rainer / Tatur, Melanie: Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Ungarn und Polen, Frankfurt/M. 2002, S.240–248; Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, Münster 2003, S.287–302.

<sup>55</sup> Siehe etwa: Barnes, Andrew: Comparative theft. Context and choice in the Hungarian, Czech, and Russian transformations 1989–2000, in: East European Politics and Societies 3/2003, S.533–565.

<sup>56</sup> Siehe etwa: Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, Münster 2003, S.208–255.

<sup>57</sup> Siehe die Fallstudie zu den Oligarchen in Kapitel 5.

<sup>58</sup> Eine systematische Analyse für Transformationsstaaten im allgemeinen bieten: Merkel, Wolfgang: Civil society and democratic consolidation in Central and Eastern Europe, in: Central European Political Science Review No.10 (Winter 2002) und Kraus, Peter: Assoziationen und Interessenrepräsentationen in neuen Demokratien, in: Merkel, Wolfgang / Sand-schneider, Eberhard (Hg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden in Transformationsprozessen, Opladen 1999, S.23–44.

Erheblichen Einfluss erreichten jedoch zum Teil *ausländische Akteure*. Internationaler Währungsfonds und Weltbank gaben in der ersten Phase der post-sozialistischen Wirtschaftstransformation Reformmodelle vor, deren Umsetzung sie vor allem durch positive Anreize in Form von Beratungsleistungen und Vorzugskrediten zu erreichen suchten. Die Welthandelsorganisation (WTO) stellte bestimmte Bedingungen für eine Mitgliedschaft, die vor allem eine Liberalisierung des Außenhandels und den Abbau von Subventionen bedeuten. Die Europäische Union schließlich machte die Übernahme des *acquis communautaire*, des gemeinsamen Regelwerks in allen Politikbereichen, zur Aufnahmebedingung für Polen und die Tschechische Republik. Waren die Bedingungen für einen IWF-/Weltbank-Kredit bzw. die zukünftige Mitgliedschaft in WTO oder EU einmal akzeptiert, entstanden erhebliche Sachzwänge, die den Spielraum nationaler Akteure und damit auch die Einflussmöglichkeiten nationaler nicht-staatlicher Akteure auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse erheblich einschränkten. Besonders gilt dies für Polen und die Tschechische Republik aufgrund ihrer Beitrittsverhandlungen mit der EU.<sup>59</sup>

Ebenfalls an Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse interessiert waren ausländische Investoren. Westliche Investoren, die in Polen und der Tschechischen Republik dominierten, konzentrierten sich auf konkrete Vergünstigungen für ihr Investitionsprojekt. Im tschechischen Fall wurden sie bei Privatisierungen teilweise in Korruptionsnetzwerke verwickelt. In Russland konnten ausländische Investoren keinen erkennbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse gewinnen. In der Ukraine gelang es Ende der 1990er Jahre einigen russischen Unternehmen Zugang zu relevanten Netzwerken in der Politik zu erhalten. Ihr Einfluss blieb aber weitestgehend auf die Ölindustrie beschränkt.<sup>60</sup>

---

<sup>59</sup> Eine neuere Studie präsentiert: Steves, F.: Poland and the international system. External influences on democratic consolidation, in: *Communist and Post-Communist Studies* 3/2001, S.339–352. Ähnliche Einschränkungen der Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik werden im Rahmen des Globalisierungsparadigmas auch für westliche Industriestaaten unterstellt. Siehe etwa: Zürn, Michael: *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt/M. 1998.

<sup>60</sup> Siehe dazu die Darstellung im vorhergehenden Kapitel 2.

### 3.2 Strategien der Einflussnahme

Empirische Untersuchungen haben eine Vielzahl von Mitteln der Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure auf politische Entscheidungsprozesse aufgezeigt.<sup>61</sup> Einen Überblick über die einzelnen Mittel gibt Tabelle 3.1 auf der nächsten Seite. Neben der direkten Beeinflussung staatlicher Akteure steht die indirekte Beeinflussung über die öffentliche Meinung oder über das Rechtssystem. Ergänzend wurden Maßnahmen zur Steigerung der eigenen Handlungsfähigkeit aufgenommen. Zu beachten ist bei der direkten Beeinflussung staatlicher Akteure die Grenze zwischen legalen Formen und der illegalen politischen Korruption.

Zusammenfassend lassen sich die hier aufgeführten Mittel der Einflussnahme auf Politik zu vier Lobbyismus-Strategien und korrespondierenden Typen von Austauschmustern zusammenfassen. Im Rahmen einer kooperativen Strategie werden vor allem Informationen und Meinungen ausgetauscht sowie Maßnahmen abgestimmt. Im Falle einer legalen Vereinnahmungsstrategie versuchen Lobbyisten vorrangig durch legale Spenden, durch die Implementation von loyalen Verbündeten in relevanten staatlichen Organisationen und durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten staatlicher Akteure direkten Einfluss auf politische oder administrative Entscheidungsprozesse zu gewinnen. Bei der illegalen Vereinnahmungsstrategie stehen dagegen illegale Zahlungen (politische Korruption) im Vordergrund. Die konfrontative Strategie schließlich versucht, staatliche Akteure vor allem durch Mobilisierung der öffentlichen Meinung, aber unter Umständen auch durch rechtsstaatliche Mittel unter Druck zu setzen. Ausgetauscht werden dann vorrangig Drohungen. Alle vier Strategien sind in post-sozialistischen Staaten zur Beeinflussung der Wirtschaftspolitik zur Anwendung gekommen.

---

<sup>61</sup> Hier berücksichtigt wurden: Frye, Timothy: Capture or exchange? Business lobbying in Russia, in: *Europe-Asia Studies* 7/2002, S.1017–1036, hier: S.1027–1028; Karpowicz, Ewa: Lobbying w wybranych krajach – zarys uwarunkowań prawnych i działań praktycznych, in: *Przegląd Sejmowy* 3/2000, S.51–76; Peregudov, Sergej P. / Lapina, Natal'ja Ju. / Semenenko, Irina S.: *Gruppy interesov i rossijskoe gosudarstvo*, Moskau 1999, S.214–255; Baumgartner, Frank R. / Leech, Beth L.: *Basic interests. The importance of groups in politics and in political science*, Princeton/NJ 1998, S.152; Kollman, Ken: *Outside lobbying*, Princeton/NJ 1998, S.35; Ball, Alan R. / Millard, Frances: *Pressure politics in industrial societies*, Basingstoke 1986, S.65–80.

Tabelle 3-1: Mittel der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse

*Direkte Beeinflussung staatlicher Akteure:*

- Persönliche Kontakte/Beratungen mit staatlichen Akteuren;
- Informationen an staatliche Akteure geben (Daten/Statistiken, Stellungnahmen, Gutachten, Vorlagen für staatliche Gesetze/Verordnungen);
- Auftritte/Mitarbeit in Beratungskommissionen von Legislative und Exekutive;
- Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen;
- Legale Spenden an Parteien oder Politiker;
- Illegale Zahlungen an Parteien, Politiker oder Bürokraten (politische Korruption).

*Mobilisierung der öffentlichen Meinung:*

- Informationen an Massenmedien geben (Interviews, Daten/Statistiken, Stellungnahmen, Gutachten);
- Bezahlte Werbekampagnen durchführen;
- Massenaktionen organisieren (Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Boykotte, Streiks, Referenden).

*Beschreiten des Rechtsweges:*

- Klage gegen staatliche Gesetze/Vorschriften;
- Prozess gegen staatliche Akteure.

*Steigerung der eigenen Handlungsfähigkeit:*

- Koalitionsbildung mit weiteren nicht-staatlichen oder auch staatlichen Akteuren;
- Steigerung der eigenen Finanzkraft;
- Schaffung einer Massenorganisation;
- Gründung – formal unabhängiger – Frontorganisationen für verschiedene Aufgaben (scheinbar neutrale Expertenurteile, zusätzliche Spenden an Parteien und Politiker, angeblich nicht gewollte Radikalisierung der öffentlichen Debatte, Mobilisierung zusätzlicher Geldmittel).

In *Polen* verfolgten die Gewerkschaften bis 2001 in der Regel eine legale Vereinnahmungsstrategie, vor allem indem sie eigene Akteure in staatlichen

Entscheidungsgremien wie Parlament und Regierung an prominenter Stelle etablierten. Im Falle der Solidarnosc war diese Strategie jedoch Gegenstand interner Kontroversen. In der ersten Phase der Regierungsbeteiligung nach 1989 entstand schnell ein Interessenkonflikt zwischen den liberalen Reformern in der staatlichen Exekutive und der gewerkschaftlichen Basis, die als gesellschaftliche Gruppe von den Reformfolgen besonders negativ betroffen war. Die zunehmende Kluft zwischen Solidarnosc-Vertretern in der staatlichen Exekutive und der Gewerkschaftsorganisation führte zum Bruch, gefolgt von einem Übergang der Solidarnosc zu einer konfrontativen Strategie geprägt durch Massenstreiks und anschließend zum teilweisen Rückzug aus der Politik. Solidarnosc verfolgte nun, während die rivalisierende Gewerkschaft OPZZ sich an der Regierung beteiligte, eine (widerwillig) kooperative Strategie im Rahmen des Tripartismus. Mit dem von ihr maßgeblich gestalteten Wahlbündnis AWS trat die Solidarnosc jedoch 1997 wieder in die Politik ein und konnte durch ihren Wahlsieg erneut auf eine legale Vereinnahmungsstrategie setzen, indem sie als Regierungspartner bis 2001 staatliche Politik selber gestaltete.<sup>62</sup>

Die Agrarlobby und der Kohlebergbau verfolgten in Polen ebenfalls vorrangig eine legale Vereinnahmungsstrategie, die auf informellen Netzwerken und im Falle der Agrarlobby zusätzlich auf der Interessenvertretung durch eine politische Partei beruhte. Falls die Vereinnahmungsstrategie jedoch nicht die gewünschten Ergebnisse brachte, wurde kurzfristig zu einer Konfrontationsstrategie gewechselt, die durch massenhafte Proteste bzw. Streiks gekennzeichnet war.<sup>63</sup> Die polnischen Unternehmerverbände hingegen verfolgten alle eine kooperative Strategie, die professionell und stark an westliche Vorbilder angepasst war.<sup>64</sup>

In der *Tschechischen Republik* setzten sowohl Gewerkschaftsbund als auch Unternehmerverbände auf eine Kooperationsstrategie im Rahmen eines

---

<sup>62</sup> Einen prägnanten Überblick über diese Entwicklungen geben: Deppe, Rainer / Tatur, Melanie: Rekonstitution und Marginalisierung, Frankfurt/M. 2002, S.221–240.

<sup>63</sup> Szczerbiak, Aleks: The Polish Peasant Party. A mass party in postcommunist Eastern Europe?, in: East European Politics and Societies 3/2002, S.554–588; Deppe, Rainer / Tatur, Melanie: Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Ungarn und Polen, Frankfurt/M. 2002, S.240–248.

<sup>64</sup> McMenamin, Ian: How 'post-communist' are business interest associations in Poland?, Conference paper, BASEES annual conference, Cambridge 02. April 2000.

wenig einflussreichen Tripartismus.<sup>65</sup> Eine erfolgreiche Vereinnahmungsstrategie gelang im Bereich der Wirtschaftspolitik nur den Banken, indem sie über Korruptionsnetzwerke eine Vorzugsbehandlung im Privatisierungsprozess sicherten und eine effiziente Bankenaufsicht verhinderten.<sup>66</sup> Wie im polnischen Fall setzte auch in der Tschechischen Republik die Agrarlobby auf eine Kombination aus legaler Vereinnahmungsstrategie und gezielten Protesten gegen konkrete Politikmaßnahmen. Ihr Erfolg war jedoch begrenzt.<sup>67</sup>

In *Russland* dominierte eine illegale Vereinnahmungsstrategie durch Korruptionsnetzwerke die erfolgreiche Einflussnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse. Unternehmen aus dem Bankensektor und der Erdöl- und Erdgasindustrie sicherten sich auf diese Weise eine Vorzugsbehandlung. Die Agrarlobby erreichte ihre wirtschaftspolitischen Ziele über eine legale Vereinnahmungsstrategie durch Positionierung loyaler Anhänger insbesondere im Agrarministerium und im Parlament. Nur der Kohlebergbau, ähnlich wie in Polen vertreten durch ein Bündnis aus Betriebsleitern und Belegschaften, verfolgte konsequent eine Konfrontationsstrategie. Die übrigen Akteure, darunter sowohl Unternehmerverbände als auch Gewerkschaften, verfolgten eine kooperative Strategie.<sup>68</sup>

In der *Ukraine* setzten die einflussreichsten nicht-staatlichen Akteure auf eine Kombination aus legaler Vereinnahmungsstrategie über enge Kooperation mit politischen Parteien und illegaler Vereinnahmungsstrategie über Korruptionsnetzwerke. Dabei handelte es sich um meist branchenübergreifende regionale Holdinggesellschaften, die eng mit der regionalen politischen Elite verflochten waren.<sup>69</sup> Ähnlich wie in Russland setzte auch in der Ukraine die Agrarlobby auf eine legale Vereinnahmungsstrategie<sup>70</sup> und der

---

<sup>65</sup> Myant, Martin / Slocock, Brian / Smith, Simon: Tripartism in the Czech and Slovak Republics, in: *Europe-Asia Studies* 4/2000, S.723–739.

<sup>66</sup> Appel, Hilary: Corruption and the collapse of the Czech transition miracle, in: *East European Politics and Societies* 3/2002, S.528–553 und Reed, Quentin: Corruption in Czech privatization, in: Kotkin, Stephen / Sajo, Andras (eds): *Political corruption in Transition*, Budapest 2002, S.261–286.

<sup>67</sup> Blažek, Petr: Reprezentace zemědělských zájmu v politickém systému České republiky. Ekonomiké (profesní) zájmové skupiny, in: *Politologická revue* 1/2002, S.22–38 und Myant, Martin: Employers' interest representation in the Czech Republic, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 4/2000, S.1–20, hier: S.5–9.

<sup>68</sup> Pleines, Heiko: *Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära*, Münster 2003.

<sup>69</sup> Siehe die Fallstudie zu den Oligarchen in Kapitel 5.

<sup>70</sup> Siehe die Fallstudie zur Agrarlobby in Kapitel 7.

Kohlebergbau auf eine Konfrontationsstrategie<sup>71</sup>. Durch regionale Verflechtungen wurden aber Landwirtschaft und Kohlebergbau teilweise auch in die Netzwerke regionaler Holdinggesellschaften integriert.<sup>72</sup>

Die Strategien nicht-staatlicher Akteure zur Beeinflussung der Wirtschaftspolitik unterscheiden sich also zwischen den vier Ländern deutlich. Während in Polen die legale Vereinnahmungsstrategie zentral war für die Beeinflussung wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse, war es in Russland eine illegale Vereinnahmungsstrategie und in der Ukraine die parallele Verwendung von legaler und illegaler Vereinnahmungsstrategie. In der Tschechischen Republik dominierte eindeutig eine Kooperationsstrategie, was die Vermutung nahe legt, dass nicht-staatlichen Akteuren das Potential für eine legale Vereinnahmungsstrategie fehlte. Nur durch Korruption konnten sie sich größeren Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse erkaufen.

Neben länderbedingten lassen sich aber auch gruppenspezifische Unterschiede ausmachen. Unternehmerverbände sind in allen Ländern schwach entwickelt und auf eine Kooperationsstrategie beschränkt. Dasselbe gilt, mit Ausnahme des polnischen Sonderfalls, für die Gewerkschaften. Konfrontationsstrategien zur Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik sind in allen drei Ländern Ausnahmen geblieben. Am größten noch scheint die Protestneigung im Kohlebergbau und in der Landwirtschaft gewesen zu sein.<sup>73</sup> Erfolg mit einer legalen Vereinnahmungsstrategie hatten vor allem gut organisierte Wirtschaftsbranchen wie die Landwirtschaft. Eine illegale Vereinnahmungsstrategie wurde systematisch verfolgt von Unternehmen mit starker Finanzkraft, also Banken, im russischen Fall zusätzlich Rohstoffproduzenten und im ukrainischen Fall Holdinggesellschaften.

Die Bedeutung der illegalen Vereinnahmungsstrategie mit Hilfe von Korruptionsnetzwerken soll nun noch etwas ausführlicher diskutiert werden. Sie umfasst nur die systematische Korruption von politischen Entscheidungsträgern. Ausgeschlossen sind damit nicht nur Einzelfälle sondern vor allem auch die Korruption von Bürokraten der unteren Ebenen (Alltagskor-

---

<sup>71</sup> Siehe die Fallstudie zur Kohlelobby in Kapitel 6.

<sup>72</sup> Eine gute Fallstudie hierzu bietet: Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass, in: Tatur, Melanie (ed.): The making of regions, Bd.2, Opladen 2003, S.231–348.

<sup>73</sup> Die allgemein geringe Protestneigung in den post-sozialistischen Staaten Osteuropas (im Vergleich zu lateinamerikanischen Transformationsstaaten) analysiert: Greskovits, Bela: The political economy of protest and patience, Budapest 1998.

ruption). Dementsprechend bilden illegale Vereinnahmungsstrategien als Teil der politischen Korruption nur eine Untergruppe der Korruption und lassen keine direkten Rückschlüsse auf das gesamte Ausmaß von Korruption in einem Land zu.

Die Bedeutung von illegalen Vereinnahmungsstrategien, bezeichnet als „state capture“, ist für osteuropäische Staaten im Business Environment and Enterprise Performance Survey (BEEPS) 1999 von Weltbank und EBRD empirisch erfasst worden. In einer repräsentativen Umfrage wurden Unternehmer u.a. gefragt, ob ihre Geschäftstätigkeit durch den Kauf politischer Entscheidungen beeinflusst würde, wobei die befragten Unternehmer sowohl Täter als auch Opfer sein konnten. Die Ergebnisse aufgegliedert nach relevanten politischen Institutionen zeigt Tabelle 3.2.

Tabelle 3-2: Anteil der Firmen, die angeben, von Korrumpierung der Institution betroffen zu sein

	Parlament	Nationale Exekutive	Zentralbank	Gerichte	Parteien
Polen	13%	10%	6%	18%	10%
Tschechische Republik	18%	11%	12%	9%	6%
Russland	35%	32%	47%	27%	24%
Ukraine	44%	37%	37%	26%	29%

Quelle: Hellman, Joel S. / Jones, Geraint / Kaufmann, Daniel: „Seize the state, seize the day“. State capture, corruption, and influence in transition, World Bank Policy Research Working Paper 2444, Washington 2000, S.9.

Es zeigt sich deutlich das höhere Ausmaß an politischer Korruption in Russland und der Ukraine, das darauf zurückzuführen ist, dass in einer ganzen Reihe von Politikfeldern Unternehmen eine illegale Vereinnahmungsstrategie verfolgten. Ebenso wird aber deutlich, dass selbst in Russland und der Ukraine die Mehrheit der Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit nicht durch politische Korruption beeinträchtigt sah. Von den durch Korrumpierung politischer Entscheidungsträger betroffenen russischen und ukrainischen Unternehmern waren aber immerhin etwa 55% selbst Täter.<sup>74</sup> Die geringere Bedeutung illegaler Vereinnahmungsstrategien in Polen und

<sup>74</sup> Hellman, Joel S. / Schankerman, Mark: Intervention, corruption and state capture. The nexus between enterprises and the state, in: Economics of Transition 3/2000, S.545–567, hier: S.555.

der Tschechischen Republik zeigt neben den deutlich niedrigeren Werten in Tabelle 3.2 auch die Tatsache, dass von den von korrumpierten politischen Entscheidungen betroffenen Unternehmen in Polen nur 25% und in der Tschechischen Republik 33% selber an Korruption beteiligt waren, also selber eine illegale Vereinnahmungsstrategie verfolgten. Während also Ende der 1990er Jahre im russischen Fall auf der nationalen Ebene etwa 15% der Unternehmen systematisch eine illegale Vereinnahmungsstrategie verfolgten, waren es in Polen und der Tschechischen Republik weniger als 5%.<sup>75</sup>

### 3.3 Der analytische Rahmen

Wie erfolgreich nicht-staatliche Akteure wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse beeinflussen können, hängt von drei zentralen Faktoren ab: Regeln, Ressourcen und Netzwerkposition.<sup>76</sup>

Bei *Regeln* ist zu unterscheiden zwischen allgemeinen Regeln, die für alle nicht-staatlichen Akteure verbindliche Verhaltensvorgaben festlegen und akteursspezifischen Regeln, die einzelne Akteure oder Akteursgruppen gezielt bevorzugen oder benachteiligen. Allgemeine Regeln finden sich zum Beispiel in Gesetzen zu Lobbyismus oder Parteienfinanzierung, die etwa die Grenzen zwischen legalen und illegalen Vereinnahmungsstrategien festlegen. Relevante akteursspezifische Regeln gab es in Polen und der Tschechischen Republik im Rahmen des Tripartismus. Die hier einbezogenen Akteure besaßen besondere Informations-, Konsultations- und teilweise sogar Entscheidungsprivilegien im Bereich der Wirtschaftspolitik.

Um die Rolle von Regeln besser einschätzen zu können, ist es hilfreich, zu unterscheiden zwischen formellen Regeln, die rechtlich bindend sind, informellen (aber legalen) Regeln, die von den beteiligten Akteuren selber formuliert werden und illegalen Regeln, die den formellen Regeln zuwiderlaufen, wie z.B. im Falle von Korruption.<sup>77</sup>

Die für Einflussnahme auf Wirtschaftspolitik relevanten *Ressourcen* sind abhängig von der gewählten Strategie. Im Rahmen einer Kooperationsstra-

---

<sup>75</sup> ebd.

<sup>76</sup> Das grundsätzliche Interesse an einer Einflussnahme wird als gegeben vorausgesetzt, da nicht interessierte Akteure hier nicht in die Analyse einbezogen worden sind.

<sup>77</sup> Siehe dazu z.B.: Lauth, Hans-Joachim: Informelle Institutionen politischer Partizipation, in: Lauth, Hans-Joachim / Liebert, Ulrike (Hg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratien-Vergleich, Opladen 1999, S.61–84, hier: S.64–65.

ategie sind vor allem (exklusive) Informationen und Expertise von Bedeutung. Für eine legale Vereinnahmungsstrategie sind zusätzlich Finanzmittel relevant. Bei beiden Strategien kann der Zugang zu Massenmedien hilfreich sein, um die eigene Sichtweise auch über diesen (Um)weg an die politischen Akteure heranzutragen oder um ihnen in Wahlkämpfen Unterstützung zukommen zu lassen. Im Rahmen einer illegalen Vereinnahmungsstrategie sind frei verfügbare, unkontrollierte, finanzielle Mittel erforderlich, um nicht nachweisbare Zahlungen an staatliche Akteure leisten zu können. Die Konfrontationsstrategie setzt eine Massenbasis voraus, die zu Protesten mobilisiert werden kann. Um den Mobilisierungsgrad und den öffentlichen Druck auf staatliche Akteure zu erhöhen, ist außerdem Zugang zu Massenmedien von großer Bedeutung.<sup>78</sup>

Einflussnahme auf Wirtschaftspolitik setzt also grundsätzlich Kontrolle über Ressourcen voraus. Je größer die verfügbaren Ressourcen sind, desto größer ist *ceteris paribus* auch das Einflusspotential. Gleichzeitig begrenzt die Ressourcenausstattung die Wahl der möglichen Strategien. Ohne Massenbasis erscheint eine Konfrontationsstrategie wenig Erfolg versprechend. Ohne frei verfügbare finanzielle Ressourcen ist eine illegale Vereinnahmungsstrategie nicht möglich.

Die Einflussmöglichkeiten nicht-staatlicher Akteure hängen aber auch von ihren Kontakten zu staatlichen Entscheidungsträgern ab. Die Qualität dieser Kontakte soll hier in Anlehnung an Burt als *Netzwerkposition* bezeichnet werden. Dabei werden zwei zentrale Kriterien benutzt: Erstens die Zahl der direkten und indirekten Kontakte, d.h. die Gesamtzahl der relevanten Akteure mit denen Absprachen möglich sind. Zweitens die Möglichkeit, staatliche Akteure gegeneinander auszuspielen. Diese Möglichkeit ergibt sich dann, wenn staatliche Akteure nicht miteinander kooperieren. Gibt es keinen Informationsaustausch zwischen staatlichen Akteuren, können nicht-staatliche Akteure unter Berufung auf den einen staatlichen Akteur den anderen beeinflussen. Befinden sich staatliche Akteure sogar in einem Konflikt, können sich nicht-staatliche Akteure mit einem staatlichen Akteur gegen den anderen verbünden. Sind also zwei staatliche Akteure entweder durch gegenseitige Ignorierung oder durch Rivalität voneinander

---

<sup>78</sup> Eine Ausnahme ist der Fall einer Konfrontationsstrategie allein auf Grundlage juristischer Mittel. Dies setzt aber einen (zumindest vermuteten) Rechtsverstoß staatlicher Akteure (und eine unabhängige Justiz) voraus. Einzige erforderliche Ressource wäre in diesem Fall juristische Kompetenz.

isoliert, können nicht-staatliche Akteure als „lachende Dritte“ die staatlichen Akteure gegeneinander ausspielen. Zwischen den staatlichen Akteuren besteht – in der Terminologie von Burt – eine strukturelle Lücke.<sup>79</sup>

Werden alle für ein Politikfeld relevanten Akteure zusammengenommen, ergibt sich aufgrund der Kontakte zwischen ihnen ein Politikfeldnetzwerk.<sup>80</sup> Die Kontakte in einem Politikfeldnetzwerk müssen dabei keinesfalls kooperativ sein. Im Gegenteil: Das Konzept der strukturellen Lücken basiert gerade auf der Annahme, dass rivalisierende Akteure in Politikfeldnetzwerken um Einfluss kämpfen. Das Politikfeldnetzwerk bildet damit die Arena der Auseinandersetzungen. Hier können sich Akteure verbünden, um ihre Interessen zu vertreten. Dabei sind auch dauerhafte Bündnisse möglich. Ein dauerhaftes formelles Bündnis ist etwa die Bildung einer politischen Partei oder eines Verbandes. Wird ein solches Bündnis nicht formell gebildet, sondern besteht nur informell, so soll es als Seilschaft bezeichnet werden. Sowohl formelle als auch informelle Bündnisse nehmen als kollektive Akteure an den Entscheidungsfindungsprozessen in Politikfeldnetzwerken teil.

### 3.4 Akteurskonstellationen

Die Netzwerkposition der Akteure wird also bestimmt durch die Anzahl ihrer relevanten Kontakte und die Möglichkeiten der Manipulation durch strukturelle Lücken. Da die formale politische Entscheidungskompetenz immer bei staatlichen Akteuren liegt, sind strukturelle Lücken zwischen staatlichen Akteuren für die Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure von besonderer Bedeutung. Strukturelle Lücken zwischen staatlichen Akteuren sind in Demokratien in der Regel auf eine von zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens können sie im politischen System angelegt sein, indem etwa

---

<sup>79</sup> Burt, Ronald S.: *Structural holes. The social structure of competition*, Cambridge/MA 1992. Eine knappe Darstellung bezogen auf politische Entscheidungsprozesse gibt: Pleines, Heiko: *Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära*, Münster 2003, S.30–66.

<sup>80</sup> Relevant sind dabei die Akteure, die in ihrer Interaktion das Politikfeld gestalten (policy network), im Unterschied zur größeren Gruppe derer, die sich für die Entwicklung des Politikfeldes interessieren, aber nicht unbedingt Einfluss nehmen können (policy community). Ausführlicher zur Frage der Definition von Politikfeldnetzwerken: Howlett, M. / Ramesh, M.: *Policy subsystem configurations and policy change*, in: *Policy Studies Journal* 3/1998, S.466–481, hier: S.468–469 und Urban, Franz / König, Thomas: *Informationsaustausch in politischen Netzwerken*, in: Jansen, D. / Schubert, K. (Hg.): *Netzwerke und Politikproduktion*, Marburg 1995, S.111–131, hier: S.111.

sowohl Parlament als auch Präsident direkt von der Bevölkerung gewählt werden und deshalb konkurrierenden politischen Lagern angehören können. In einem Zwei-Kammern-Parlament kann eine strukturelle Lücke zwischen den beiden Kammern entstehen, da beide nach unterschiedlichen Kriterien besetzt werden, so dass konfligierende Parteien jeweils eine der Kammern dominieren können. Auch die Festschreibung einer formal unabhängigen Zentralbank schafft eine potentielle strukturelle Lücke, indem sie ein zentrales wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium vom Einfluss anderer staatlicher Akteure isoliert. Zweitens können strukturelle Lücken zwischen staatlichen Akteuren die Folge machtpolitischer Konstellationen sein, etwa in einer Regierungskoalition, in der interne Konflikte existieren, oder in einem Parlament mit unsicheren Mehrheiten zwischen rivalisierenden Fraktionen.

Ein gutes Beispiel für eine Vielzahl struktureller Lücken zwischen für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse relevanten staatlichen Akteuren ist die *Ukraine*. Die ersten beiden Präsidenten, Leonid Krawtschuk (1991–1994) und Leonid Kutschma (1994–2004) sicherten ihre Machtposition, in dem sie mehrere rivalisierende politische Lager in die Regierung integrierte. Dies schuf zum einen strukturelle Lücken innerhalb der Regierung und zum anderen eine strukturelle Lücke zwischen Regierung und Präsident. Gleichzeitig bestand eine strukturelle Lücke zwischen Exekutive und einer starken Opposition im Parlament. Dieser Konflikt führte immer wieder zu Machtpробen und mehrfach auch zu schwerwiegenden politischen Krisen. Durch die intensive Verwendung einer legalen Vereinnahmungsstrategie erlangten Unternehmer in vielen Fällen politische Ämter, so dass die Grenzen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren extrem fließend wurden. Aus wirtschaftlichen Rivalitäten resultierende strukturelle Lücken beeinflussten so auch die politische Konstellation.<sup>81</sup>

In *Russland* existierten unter Präsident Boris Jelzin (1991–99) ebenfalls etliche strukturelle Lücken zwischen staatlichen Akteuren. Der Präsident befand sich im Konflikt mit dem Parlament. Gleichzeitig besetzte er die Regierung grundsätzlich so, dass rivalisierende Lager um Einfluss stritten, also durch eine strukturelle Lücke getrennt waren. In der Legislative gab es eine strukturelle Lücke zwischen den beiden Kammern, der Duma und dem Föderationsrat als Vertretungsorgan der Regionen. Innerhalb der Duma gab

---

<sup>81</sup> Zu formalem Entscheidungsfindungsprozess und Akteurskonstellationen in der Ukraine siehe die Darstellung im folgenden Kapitel.

es mit wechselnden Mehrheiten Konflikte zwischen rivalisierenden Fraktionen. Die Gouverneure als Vertreter der Regionen entwickelten häufig eine eigene Position. Auch die Zentralbank war in ihrer Politik unabhängig. Aufgrund der Vielzahl rivalisierender staatlicher Akteure hatten nicht-staatliche Akteure, die auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen wollten, eine große Chance, einen staatlichen Akteur zu finden, der ihre Position in der Auseinandersetzung mit anderen staatlichen Akteuren unterstützte. Ergebnis waren informelle (und oft auch illegale) Einflussnahmen von Unternehmern, sowie eine Blockade wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse in den Politikfeldern, in denen die Kooperation des Parlaments unverzichtbar war.<sup>82</sup>

Als Vladimir Putin zum Jahresanfang 2000 Nachfolger Jelzins wurde, änderte sich die Situation erheblich. Putin gelang es innerhalb kurzer Zeit die Mehrzahl der strukturellen Lücken zwischen staatlichen Akteuren zu schließen. Die Regierung trat relativ schnell als weitgehend geschlossenes Team in Abstimmung mit dem Präsidenten auf. Durch eine personelle Umbesetzung wurde auch die Kooperation mit der Zentralbank verbessert. Nach den Dumawahlen vom Dezember 1999 gelang es Putin in der Duma eine pragmatische Mehrheit für seine Politik zu finden. Die staatlichen Akteure auf der nationalen Ebene agierten damit weitgehend geschlossen. Eine wirtschaftspolitisch relevante strukturelle Lücke verblieb allein zwischen nationalen und regionalen Akteuren. Der Einfluss nicht-staatlicher Akteure auf die Wirtschaftspolitik wurde sowohl durch die neue Geschlossenheit staatlicher Akteure als auch durch gezielte Maßnahmen zur Einschüchterung der „Oligarchen“ deutlich zurückgedrängt.<sup>83</sup>

Eine noch größere Geschlossenheit erreichten staatliche Akteure in der *Tschechischen Republik* unter Ministerpräsident Vaclav Klaus (1992–97). Die Regierung agierte nach außen einheitlich und besaß eine Mehrheit im Parlament. Nicht-staatliche Akteure, die auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen wollten, sahen sich dementsprechend einer geschlossenen – und vergleichsweise abweisenden – Front staatlicher

---

<sup>82</sup> Zu formalem Entscheidungsfindungsprozess und Akteurskonstellationen unter Jelzin siehe: Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, Münster 2003, S.92–127 und 369–408.

<sup>83</sup> So auch: Gel'man, Vladimir: Russia's elites in search of consensus. What kind of consolidation?, in: Steen, Anton / Gel'man, Vladimir (Hg.): Elites and democratic development in Russia, London 2003, S.29–50 und Steen, Anton: Political elites and the new Russia, London 2003, hier vor allem S.146–152.

Akteure gegenüber. Nur im Falle der Korruptionsnetzwerke im Bereich der Privatisierung konnten nicht-staatliche Akteure Einfluss gewinnen. Unter Umständen wurde aber auch hier die Haltung staatlicher Akteure zentral koordiniert.

Mit dem Sturz der Regierung Klaus änderte sich die Konstellation wirtschaftsbezogener Politikfeldnetzwerke grundlegend. Die Minderheitsregierung unter Milos Zeman (1998–2002) musste aufgrund des Tolerierungsabkommens mit der Partei von Klaus erhebliche Rücksichten nehmen. Um die strukturelle Lücke zwischen Regierung und Parlament zu schließen, war sie auf Kompromissbereitschaft angewiesen. Dadurch entstand gleichzeitig eine strukturelle Lücke zwischen kompromissbereiten und kooperationsunwilligen Kräften in der Regierung. Nicht-staatliche Akteure konnten die Schwäche der Regierung nutzen, um Einfluss zu nehmen. Der Agrarlobby gelang es so, den Agrarminister zu stellen. Zentrale Folge der strukturellen Lücken zwischen staatlichen Akteuren war aber eine weitgehende Blockade wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse, die sowohl staatlichen als auch nicht-staatlichen Akteuren nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten ließ.<sup>84</sup>

Den schnellsten Wandel in den Akteurskonstellationen auf staatlicher Seite gab es in *Polen*. Die von Solidarnosc gebildete Reformregierung, in der Wirtschaftspolitik gruppiert um Leszek Balcerowicz, agierte nach ihrem Amtsantritt 1989 ursprünglich – ähnlich wie die Regierung von Klaus in der Tschechischen Republik – als isoliertes Technokratenteam. Durch ihre radikalen Wirtschaftsreformen verlor sie jedoch schnell die Unterstützung der gewerkschaftlichen Basis. Gleichzeitig entwickelten sich strukturelle Lücken in der Beziehung zum Präsidenten Lech Walesa, der eine alternative Krisenbewältigungsstrategie vertrat, und zum Parlament, in dem die Regierung keine Mehrheit besaß.

Im Ergebnis kam es 1993 zum Machtwechsel. Die neue sozialdemokratisch orientierte Koalitionsregierung besaß eine Mehrheit im Parlament. Die Regierung war handlungsfähig, musste dazu aber nicht-staatliche Interessengruppen integrieren, insbesondere die Gewerkschaften<sup>85</sup> und die Agrarlob-

---

<sup>84</sup> Zu formalem Entscheidungsfindungsprozess und Akteurskonstellationen in der Tschechischen Republik 1992–2002 siehe: Barnes, Andrew: Comparative theft. Context and choice in the Hungarian, Czech, and Russian transformations 1989–2000, in: *East European Politics and Societies* 3/2003, pp.533–565; Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen System Osteuropas*, Opladen 2002, S.239–272.

<sup>85</sup> Die OPZZ war an der Regierung beteiligt. Die Solidarnosc wurde über die Schaffung des tripartistischen Gremiums zu einer (widerwilligen) Kooperation gebracht.

by<sup>86</sup>. Auch Industrieunternehmen konnten über Einfluss auf die Regierung Schutz vor Wettbewerbsdruck erhalten. Das heißt, die Regierung sicherte ihre Mehrheitsfähigkeit durch die Integration einer Vielzahl von Interessengruppen, denen jeweils Zugeständnisse gemacht wurden, um Loyalität zu gewinnen und damit das Aufbrechen einer strukturellen Lücke zu verhindern. Folge waren eine aktive Sozialpolitik und umfangreiche Einflussnahme von Wirtschaftsunternehmen, die auf eine Vereinnahmungsstrategie setzten.

Mit den Parlamentswahlen von 1997 kam wieder eine konservativ-liberale Regierungskoalition unter Beteiligung der *Solidarnosc* an die Macht. Die ideologische Umorientierung in der Wirtschaftspolitik führte zum Konflikt mit den vorher favorisierten nicht-staatlichen Interessengruppen. Die Regierung realisierte einige liberale Wirtschafts- und Sozialreformen. Dabei entstand in der Regierung eine strukturelle Lücke zwischen konservativen *Solidarność*-nahen Regierungsmitgliedern und den Liberalen um *Balcerowicz*. Gleichzeitig sah sich die Regierung häufig in Opposition zum sozialdemokratischen Präsidenten *Aleksander Kwaśniewski*. Vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise verloren die Regierungsparteien die Parlamentswahlen 2001 eindeutig und wurden von einem sozialdemokratischen Wahlbündnis abgelöst.<sup>87</sup>

Bezüglich der nicht-staatlichen Akteure in den hier betrachteten post-sozialistischen Staaten bedeutet dieses Ergebnis, dass Kontrolle über Ressourcen eine notwendige Bedingung der Einflussnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse war, dass aber die Akteurskonstellation auf Seiten staatlicher Entscheidungsträger darüber entschied, wieweit dieser Einfluss reichte. Dabei lassen sich drei Fälle unterscheiden:

(1) Einheitlich agierende staatliche Akteure konnten nicht-staatliche Akteure grundsätzlich auf eine beratende Rolle, also eine kooperative Strategie, beschränken. Das heißt, wenn es dem Leiter der Exekutive gelang, die grundsätzliche Loyalität aller zentralen staatlichen Akteure zu gewinnen, wie dies bei *Klaus*, *Putin* und zu Beginn seiner Amtszeit auch bei *Balcerowicz*

---

<sup>86</sup> Die politische Partei der Agrarlobby, die *PSL*, war Mitglied der Regierungskoalition.

<sup>87</sup> Zu formalem Entscheidungsfindungsprozess und Akteurskonstellationen in Polen 1989–2001 siehe: *Ziemer, Klaus / Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens*, in: *Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen 2002, S.185–238; *Orenstein, Mitchell: Out of the red*, Ann Arbor 2001, S.25–60.

wicz der Fall war, hatte er erhebliche Gestaltungsspielräume weitgehend unabhängig von der Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure.

(2) Entstanden jedoch strukturelle Lücken zwischen staatlichen Akteuren, so eröffneten sie Ansatzpunkte für eine Vereinnahmungsstrategie von Seiten nicht-staatlicher Akteure. Auch Konfrontationsstrategien hatten in diesem Fall größere Erfolgsaussichten. Konnten strukturelle Lücken im Rahmen von Kompromissen geschlossen werden, wie etwa in Polen (1993–97) sowie bezüglich der Politikbereiche die die Exekutive autonom gestalten konnte in Russland (1994–99) und in der Ukraine, entstanden vergleichsweise geschlossene Politikfeldnetzwerke, die zentrale nicht-staatliche Akteure inkorporierten.

(3) Existierte allerdings eine unüberbrückbare strukturelle Lücken zwischen mindestens zwei zentralen staatlichen Akteuren, wie in der Ukraine, in Russland (1994–99) oder in Tschechien (1998–2002) zwischen Exekutive und Legislative, war das Ergebnis eine Blockade wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse soweit das Parlament nicht umgangen werden konnte.

### 3.5 Untersuchungsaufbau

Zusammenfassend lässt sich damit für die hier betrachteten Länder folgendes konstatieren. Die Zahl der für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse relevanten Interessenverbände ist vergleichsweise gering. Ihre Einflussmöglichkeiten sind mit wenigen Ausnahmen auf eher beratende Maßnahmen beschränkt. Ausnahmen existieren vor allem dort, wo bereits im sozialistischen System Einflussmöglichkeiten vorhanden waren, konkret bei der Agrarlobby, im Kohlebergbau und bei den polnischen Gewerkschaften. Für die Ukraine bedeutet dies, dass die Agrarlobby und der Kohlebergbau als Fallstudien für die Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die Politik ausgewählt werden.

Erfolgreiche Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure außerhalb von Verbänden erfolgt vorrangig über individuelle Vereinnahmungsstrategien mit einer starken illegalen Komponente. Dieser Aspekt soll hier mit einer Fallstudie zum Einfluss von Oligarchen erfasst werden. Die in diesem Buch vorgestellten Fallstudien erfassen damit die zentralen Wirtschaftsakteure, die in der Ukraine Einfluss auf die Politik genommen haben und beschreiben gleichzeitig die verschiedenen Strategien der Einflussnahme von legaler

Vereinnahmung durch die Agrarlobby, illegaler Vereinnahmung durch die Oligarchen und Konfrontation im Falle des Kohlebergbaus.

Unter Bezugnahme auf den hier vorgestellten analytischen Rahmen sollen deshalb im Folgenden Strategien und Einflusspotential von Oligarchen, Kohlebergbau und Agrarlobby in Fallstudien detailliert untersucht werden. Vorher wird jedoch der formelle politische Entscheidungsprozeß vorgestellt, um die möglichen Ansatzpunkte für die Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren aufzuzeigen.



## 4. Der formelle politische Entscheidungsprozess

Um ihre Interessen in der Politik durchzusetzen, müssen sich Wirtschaftsakteure Zugang zum politischen Entscheidungsprozess verschaffen. Dabei können sie zum einen versuchen, die offiziellen staatlichen Akteure in ihrem Interesse zu beeinflussen, zum anderen können sie auch versuchen, selbst politische Ämter zu übernehmen. Um zu erklären, bei welchen staatlichen Akteuren bzw. Ämtern die Wirtschaftseliten mit ihrer Einflussnahme ansetzen, muss der formelle politische Entscheidungsprozess betrachtet werden.

Gleichzeitig soll in diesem Kapitel gezeigt werden, dass die ukrainischen Wirtschaftseliten sich bei ihrer Einflussnahme auf die Politik nicht mit einem festen formellen Regelsystem konfrontiert sehen, dessen Vorschriften sie akzeptieren müssen oder maximal manipulieren können. Die Verfassungsordnung der Ukraine ist seit dem Ende der Sowjetunion vielmehr fortwährend Gegenstand politischer Kontroversen gewesen, die die formellen Entscheidungsfindungsregeln regelmäßig in Frage gestellt haben. Hinzu kommt, dass die Wirtschaftseliten seit Ende der 1990er Jahre selber zentrale Akteure in der Kontroverse um die Verfassungsreform sind. Das heißt, Wirtschaftsakteure haben bei der Gestaltung des politischen Systems, dass die Objekte ihrer Einflussnahme definiert, eine erhebliche Rolle gespielt.

In diesem Kapitel wird deshalb einleitend der Konflikt um die Verfassung beschrieben. Anschließend wird die grundsätzliche Regelung des politischen Entscheidungsfindungsprozesses vorgestellt, wie sie sich im Laufe der Verfassungsreformen entwickelt hat und die wichtigsten politischen Akteure werden kurz portraitiert. Abschließend wird die Verfassungswirklichkeit der Ukraine insbesondere unter dem Aspekt der Manipulierbarkeit politischer Entscheidungsprozesse beschrieben. Dieses Kapitel steckt damit in zweierlei Hinsicht den Rahmen für die folgenden Fallstudien konkreter Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die Politik ab: Erstens beschreibt es den formellen politischen Entscheidungsprozess, der von den Wirtschaftsakteuren beeinflusst werden muss. Zweitens werden die von dieser Einflussnahme betroffenen politischen Akteure portraitiert.

### 4.1 Der politische Konflikt um die Verfassung

Nach der Souveränitätserklärung richtete das ukrainische Parlament bereits im Herbst 1990 eine Verfassungskommission ein. Die von der Kommission in den folgenden Jahren vorgelegten Verfassungsentwürfe fanden jedoch alle

keine ausreichende Unterstützung. Die wesentliche Ursache hierfür waren die Versuche der zentralen politischen Akteure, im Verfassungsentwurf jeweils die eigenen Kompetenzen auszuweiten. 1992–93 dominierte dabei der Konflikt zwischen Präsident und Ministerpräsident. Nachdem der 1994 gewählte Präsident Leonid Kutschma die Regierung unter seine Kontrolle gebracht hatte, verhinderte vor allem sein Machtkampf mit dem Parlament eine Einigung im Verfassungsstreit. Statt einer neuen Verfassung erhielt die Ukraine so regelmäßige Reformen der alten sowjetischen Bestimmungen. Aus dieser Flickschusterei ergaben sich Unstimmigkeiten und Legitimationsdefizite.<sup>88</sup>

Um die Blockade zwischen Parlament und Präsident zu überwinden, wurde Ende 1994 eine gemeinsame Verfassungskommission von Legislative und Exekutive eingerichtet. Da ein grundsätzlicher Kompromiss nicht gefunden werden konnte, einigte sich die Kommission im Frühjahr 1995 auf eine Übergangsversion in Form eines einfachen Gesetzes. Um hierfür die Zustimmung des Parlaments zu erhalten, drohte der Präsident mit einem Referendum, in dem die Bevölkerung entweder dem Präsidenten oder dem Parlament das Vertrauen aussprechen sollte. Um diese Eskalation zu vermeiden, stimmte die Mehrheit der Abgeordneten im Juni 1995 für den Verfassungsvertrag, der der Übergangsverfassung eine einjährige Gültigkeit zugestand.

Erst 20 Tage nach Ablauf der Übergangsverfassung verabschiedete das ukrainische Parlament in einer 16-stündigen Sitzung am 28. Juni 1996 mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit eine endgültige Verfassung. Erneut war der Konflikt um die Verfassung eskaliert, erneut hatte der Präsident mit einem Referendum gedroht und das Parlament lenkte im letzten Moment ein. Der Konflikt um die Verfassung war damit jedoch nicht beendet. Bereits wenige Tage nach der Verabschiedung der endgültigen Verfassung erklärten sowohl führende Parlamentsabgeordnete als auch Präsident Kutschma, dass sie weit reichende Verfassungsänderungen anstrebten.

Ein ernsthafter Versuch, die Verfassung umfassend zu reformieren, wurde aber erst 1999 von Präsident Kutschma in Angriff genommen. Nach seiner Wiederwahl setzte er für das Frühjahr 2000 ein Referendum über weit reichende Verfassungsänderungen an, deren zentrales Ziel es war, die

---

<sup>88</sup> Einen Überblick über die Vielzahl der Änderungen gibt: Frenzke, Dietrich: Die Entwicklung des ukrainischen Verfassungsrechts von 1978 bis 1995, in: Osteuropa Recht 4/1995, S.338–397.

Position des Präsidenten zu stärken und die Vollmachten des Parlaments einzuschränken. Nachdem das Verfassungsgericht zwei Fragen für unzulässig erklärt hatte, konzentrierte sich das Referendum auf zusätzliche Möglichkeiten der Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten und auf die Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer. Mit Hilfe einer umfassenden Medienkampagne erreichte Kutschma eine überwältigende Zustimmung zu seinen Referendumsvorschlägen und brachte anschließend ein entsprechendes Verfassungsänderungsgesetz in das Parlament ein. Das Parlament lehnte das Gesetz jedoch ab.

Im Jahre 2002 lebte dann die Diskussion um eine Verfassungsreform wieder auf. Zuerst lehnte Präsident Kutschma fünfmal in Folge mit seinem Veto eine vom Parlament auf den Weg gebrachte Reform des Wahlrechts ab. Anschließend kündigte er selber umfassende Vorschläge für eine Neugestaltung des politischen Systems an, die er im Juni 2003 als Verfassungsänderungsgesetz ins Parlament einbrachte. In einer fundamentalen Kehrtwende unterstützte Kutschma nun eine Stärkung des Parlaments, das weitgehend die Kontrolle über die Regierung übernehmen sollte.

Der neue Vorschlag löste im Parlament kontroverse Debatten aus, in deren Verlauf Abgeordnete wiederholt die Rednerbühne blockierten und Tumulte provozierten. Die um Wirtschaftsakteure geformten präsidentennahen Parlamentsfraktionen versuchten mehrfach, die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für jeweils leicht abgewandelte Versionen des Verfassungsänderungsgesetzes zu finden. Im April 2004 scheiterte das Reformprojekt nur knapp in der letzten Lesung, weil völlig unerwartet einige Abgeordnete ihren Austritt aus Fraktionen des präsidentennahen Lagers erklärten. Im Juni wurde der kaum veränderte Vorschlag erneut ins Parlament eingebracht. Nachdem im September weitere Abgeordneten aus dem präsidentennahen Lager ausschieden, hatte die Verfassungsänderung aber keine Aussicht mehr auf Erfolg. Trotz regelmäßiger Kontroversen blieb die Verfassung von 1996 damit bis zum Ende von Kutschmas Amtszeit weitgehend unverändert.

Die Kontroversen zeigen jedoch deutlich, dass die Verfassung nicht als übergeordnetes Regelwerk akzeptiert wurde, sondern immer wieder Gegenstand politischer Kalkulationen war. Die Verfassung wurde als Instrument zur kurzfristigen Machtsicherung gesehen. Solange Kutschma seines Amtes sicher war, also nach seiner Wahl 1994 und nach seiner Wiederwahl 1999, setzte er sich für eine Stärkung seiner Kompetenzen als Präsident ein, um

seine Abhängigkeit vom Parlament zu reduzieren. Als er dann befürchtete, das Präsidentenamt in den Wahlen von 2004 an die Opposition zu verlieren, schlug er eine Schwächung des Präsidenten zugunsten des Parlaments vor – vor allem wohl in der Hoffnung, hier mit Hilfe von Unternehmerparteien eine dauerhafte Mehrheit erhalten zu können. Die politische Opposition, die sich bis 2002 vehement für eine Schwächung der Vollmachten des Präsidenten eingesetzt hatte, reagierte auf Kutschmas Vorstoß ihrerseits ebenfalls mit einer Kehrtwende. Sie wehrte sich nun gegen eine Stärkung des Parlaments zu lasten des Präsidenten.

Die Verfassung bestimmte damit nicht einfach die Regeln der Einflussnahme auf Politik, sondern ihre Gestaltung wurde selber regelmäßig Gegenstand politischer Einflussnahme. Im Konflikt um die Präsidentschaftswahl 2004 wurde die Einigung über eine Verfassungsreform so zentraler Bestandteil des politischen Kompromisses. Um eine Wiederholung der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl zu erreichen, lenkte die Opposition im Dezember 2004 ein und akzeptierte eine Schwächung der verfassungsgemäßen Vollmachten des Präsidenten.<sup>89</sup>

## 4.2 Der politische Entscheidungsprozess

Trotz fortwährender Diskussionen um Verfassungsänderungen ist die formale politische Ordnung der Ukraine bis zum Ende der Amtszeit Kutschmas stabil geblieben. Nach dem anfänglichen Kompromiss sahen sich die Akteure in der Politik während der gesamten Präsidentschaft Kutschmas mit denselben formellen Regeln politischer Entscheidungsfindung konfrontiert.

Nach diesen Regeln können nationale Gesetze vom Präsidenten, von Parlamentsabgeordneten, von der Regierung und von der Nationalbank eingebracht werden (Art.93 der ukrainischen Verfassung von 1996). Ein Gesetz, das keine Verfassungsänderung vorsieht, kann vom Parlament mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden und wird dann an den Präsidenten

---

<sup>89</sup> Zu den Debatten um die Verfassung siehe: Wachsmuth, Ralf / Fiebrig, Sebastian: Die Ukraine sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen. Die Reform der ukrainischen Verfassung. Eine endlose Geschichte?, Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2004 (veröffentlicht im Internet unter: [http://www.kas.de/publikationen/2004/4802\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2004/4802_dokument.html)); Harasymiw, Bohdan: Post-communist Ukraine, Edmonton 2002, S.35–79; Vorndran, Oliver: Die Entstehung der ukrainischen Verfassung, Berlin 2000; Wolczuk, Kataryna: The politics of constitution making in Ukraine, in: Kuzio, Taras (Hg.): Contemporary Ukraine, Armonk 1998, S.118–138.

weitergeleitet. Der Präsident hat ein Vetorecht, das jedoch vom Parlament mit einer Zweidrittel-Mehrheit überstimmt werden kann. Ein verfassungsänderndes Gesetz benötigt direkt die Zustimmung von zwei Dritteln der Parlamentsabgeordneten.

Präsidentialerlasse müssen sich im Rahmen der Verfassung und der geltenden Gesetze bewegen (Art.106). Regierungsverordnungen sind Präsidentialerlassen untergeordnet. Eine Reihe zentraler Politikfelder, im Bereich der Wirtschaftspolitik etwa die Regelung von Eigentum und Tätigkeit von Unternehmern, Staatsfinanzen, Außenwirtschaftsbeziehungen und Sozialleistungen, müssen durch Gesetze geregelt werden und liegen deshalb außerhalb der legislativen Kompetenz der Exekutive (Art.92).

Die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit einer Rechtsnorm kann vom Präsidenten, von einem Zehntel der Parlamentsabgeordneten, vom Obersten Gericht, vom Parlamentsbeauftragten für Menschenrechte und vom Parlament der Krim beim Verfassungsgericht beantragt werden (Art.148–150). Da die Verfassungsordnung in der gesamten Amtszeit Kutschmas umstritten blieb, fällte das Verfassungsgericht mehrfach Entscheidungen, die Einfluss auf die politischen Machtkämpfe hatten. Es besaß jedoch keine Bedeutung für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse. Die Interessen von Wirtschaftsakteuren wurden durch das Verfassungsgericht dementsprechend nur indirekt berührt.<sup>90</sup>

Eine alternative Möglichkeit der politischen Entscheidungsfindung sind Referenden. Diese können auf Antrag von 3 Millionen wahlberechtigten Bürgern aus mindestens zwei Dritteln der ukrainischen Regionen beantragt werden (Art.72). Einige Politikbereiche, in der Wirtschaftspolitik die Besteuerung und der Staatshaushalt, können allerdings nicht zum Gegenstand eines Referendums gemacht werden (Art.74). Bisher ist erst ein Referendum durchgeführt worden, das sich auf Initiative Kutschmas im Frühjahr 2000 mit Vorschlägen einer Verfassungsreform zur Stärkung der Rolle des Präsidenten befasste.

---

<sup>90</sup> Zur politischen Rolle des Verfassungsgerichts siehe: Brown, Trevor / Wise, Charles: Constitutional courts and legislative-executive relations. The case of Ukraine, in: Political Science Quarterly 1/2004, S. 143–69; Helmerich, Martina: Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie, Berlin 2003, S.71–76; Futey, Bohdan: Comments on the law on the constitutional court of Ukraine, in: Harriman Review 1/1997, S.15–23.

Relevante politische Entscheidungsträger im legislativen Prozess sind damit das Parlament, der Präsident und die Regierung.<sup>91</sup> Diese sollen in den folgenden Abschnitten kurz portraitiert werden.

### 4.3 Das Parlament

Das ukrainische Parlament, das offiziell Oberster Rat (in der Sowjetunion auf Russisch: Werchownij Sowjet, in der Ukraine auf ukrainisch: Werchow-na Rada) heißt, umfasst 450 Abgeordnete (Volksdeputierte) und wird von der Bevölkerung alle vier Jahre am letzten Sonntag im März gewählt (Art.76, 77). Das Wahlrecht ist dabei regelmäßig geändert worden.

Traditionell galt in der Sowjetunion die absolute Mehrheitswahl in Einzelwahlkreisen. Bei den Wahlen im Frühjahr 1990 wurde die kommunistische Partei eindeutig bevorzugt, da eine vollständige Demokratisierung des Wahlvorgangs noch nicht vollzogen worden war. Bei den folgenden Wahlen im Frühjahr 1994 galt weiterhin die absolute Mehrheitswahl in Einzelwahlkreisen, allerdings unter formell weitgehend demokratischen Bedingungen. Hinzu kam die Forderung einer Mindestwahlbeteiligung von 50%. Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1998 wurde dann nur noch die Hälfte der Abgeordneten in Einzelwahlkreisen bestimmt, während die andere Hälfte der Parlamentsmandate über Parteilisten auf Grundlage des Verhältniswahlrechts mit einer Sperrklausel von 4% vergeben wurde. Die Forderung einer Mindestwahlbeteiligung wurde aufgegeben. Vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 2002 scheiterte das Parlament mit der Einführung des allgemeinen Verhältniswahlrechts am Veto des Präsidenten. Bei den Parlamentswahlen 2002 galt damit weitgehend dieselbe Regelung wie 1998.<sup>92</sup> Erst 2004 wurde

---

<sup>91</sup> Zum politischen System der Ukraine siehe: Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S.469–514; Papadoulis, Konstantinos: Institutional relationships in Ukraine. A stable polity?, in: Communist and Post-Communist Studies 4/2004, S.547–562; Wise, C.R. / Brown, T.L.: The separation of powers in Ukraine, in: Communist & Post-Communist Studies 1/1999, S.23–44; Ott, Alexander: Wer hat die reale Macht in der Ukraine?, Berichte des BIOst 31/1997; Futey, Bohdan: Comments on the constitution of Ukraine, in: East European Constitutional Review 2/1996, S.29–34.

<sup>92</sup> Einen Überblick über die Entwicklung des Wahlrechts gibt: Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S.469–514, hier: S.492–496. Siehe auch: Herron, Erik S.: Political actors, preferences and election rule re-design in Russia and Ukraine, in: Democratization 2/2004, S.41–59 und Birch, Sarah: The likely effects of electoral reform in Ukraine, in:

dann durch ein neues Wahlgesetz das allgemeine Verhältniswahlrecht eingeführt.

Die große Bedeutung der Direktmandate im ukrainischen Wahlrecht hat nicht zu einer Stärkung der kaum entwickelten politischen Parteien beigetragen. Die Schwäche von Parteien und die große Zahl von unabhängigen Abgeordneten aus Einzelwahlkreisen haben dazu geführt, dass sich im ukrainischen Parlament kaum stabile Fraktionen entwickelt haben. Außer den Kommunisten und den Sozialisten hat es keine Partei geschafft, in allen drei seit 1994 gewählten Parlamenten vertreten zu sein. Viele Fraktionen haben nicht einmal eine Legislaturperiode lang Bestand gehabt. Innerhalb jeder der drei Legislaturperioden seit 1994 hat über die Hälfte der Abgeordneten die Fraktion gewechselt.<sup>93</sup>

Trotz dieser Instabilität lassen sich die einzelnen Fraktionen – im Gegensatz zu individuellen Abgeordneten – grundsätzlich politischen Lagern zu rechnen. Viele Fraktionen sind darüber hinaus auch direkt mit konkreten Interessengruppen verbunden.

Die stärkste Kraft im linken Lager sind die Kommunisten als Nachfolgeorganisation der sowjetischen Einheitspartei. Neben ihnen haben sich die gemäßigeren Sozialisten etablieren können. Beide Parteien sind seit 1994 kontinuierlich im Parlament vertreten, allerdings mit stark schwankender Fraktionsgröße.

Das rechte Lager wurde in den 1990er Jahren von der ukrainischen Nationalbewegung dominiert. Hier konnte sich längerfristig vor allem die Volksbewegung Ruch etablieren. Daneben war auch die rechts-liberale Partei Hromada Mitte der 1990er Jahre im Parlament vertreten. Gegen Ende der 1990er Jahre fielen aber beide Parteien aufgrund schwindender Unterstützung in der Bevölkerung und interner Konflikte auseinander. Seit den Parlamentswahlen von 2002 vertritt vor allem die Partei „Unsere Ukraine“ des ehemaligen Ministerpräsidenten Wiktor Juschtschenko das rechte Lager. Daneben hat sich die Partei von Julia Tymoschenko als de-facto-Nachfolgerin von Hromada etablieren können.

---

Ukrainian Review 1/1997, S.12–29. Einen Überblick über die Ergebnisse der Parlamentswahlen geben die Tabellen 10.12 bis 10.14 im Anhang.

<sup>93</sup> Einen Überblick über die Entwicklung der Fraktionen gibt Tabelle 10.15 im Anhang. Eine systematische Analyse der Instabilität von Fraktionen findet sich bei: Herron, Erik S.: Causes and consequences of fluid faction membership in Ukraine, in: Europe-Asia Studies 4/2002, S.625–639.

Während die Parlamentsvertretung des linken und des rechten Lagers spätestens seit den Wahlen von 1994 eindeutige Konturen aufweist, ist das politische Zentrum von einer Vielzahl häufig wechselnder und meist relativ kleiner Fraktionen vertreten worden. Als „Partei der Macht“, die einflussreiche Politiker um Präsident Kutschma unterstützte, etablierte sich nach internen Reformen 1996 die Volksdemokratische Partei. Ihre erste Aufgabe war die Unterstützung des Präsidenten im Konflikt um die Verfassung.

Aber bereits 1998 begann das politische Zentrum sein Gesicht deutlich zu wandeln, als Großunternehmer anfangen, präsidentennahe Parteien zu fördern bzw. zu schaffen. Anstelle der schwach entwickelten politischen Parteien übernahmen nun von Wirtschaftskapital geförderte PR-Parteien die Kontrolle über das politische Zentrum im Parlament. Erste Beispiele hierfür waren die Übernahme der Vereinigten Sozialdemokraten und der Grünen Partei durch Unternehmer, die Erscheinungsbild und Programmatik der beiden Parteien grundlegend änderten. In Folge der Parlamentswahlen von 2002 zogen weitere Unternehmerparteien in das Parlament ein. Mit der Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch nahe stehenden Partei „Regionen der Ukraine“ war gleichzeitig wieder eine klassische Partei der Macht im Parlament vertreten.<sup>94</sup>

Die Bereitschaft der Abgeordneten zu spontanen Fraktionswechseln und taktische Bündnisse zwischen Fraktionen auch aus verschiedenen politischen Lagern haben aber eine Prognose der Kräfteverhältnisse im Parlament regelmäßig ad absurdum geführt. Zahlen über Fraktionsgrößen und daraus resultierende Mehrheitsverhältnisse sind im ukrainischen Parlament immer nur eine Momentaufnahme gewesen, deren Gültigkeit für die nächste Abstimmung niemand vorhersagen konnte.

#### 4.4 Der Präsident

Dem Präsidenten kommt im politischen System der Ukraine eine starke Bedeutung zu, da er zum einen prägend am legislativen Prozess mitwirkt

---

<sup>94</sup> Die Unternehmerparteien werden im folgenden Kapitel zu den Oligarchen ausführlicher vorgestellt. Einen Überblick über die Entwicklung der Fraktionen im Parlament gibt Tabelle 10.15 im Anhang. Zur Struktur des politischen Zentrums siehe: Protsyk, Oleh / Wilson, Andrew: Centre politics in Russia and Ukraine, in: Party Politics 6/2003, S.703–727. Zur Entwicklung des Parlaments: Whitmore, Sarah: State building in Ukraine. The Ukrainian parliament 1990–2003, Routledge 2004. Zur Entwicklung des ukrainischen Parteiensystems siehe: Ott, Alexander: Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998, Köln 1999.

und zum anderen zentrale Kontrollinstanz der Regierung ist. Er wird alle fünf Jahre am letzten Sonntag im Oktober direkt vom Volk gewählt, wobei maximal eine Wiederwahl möglich ist. Eine Amtsenthebung des Präsidenten ist nur möglich unter dem Vorwurf einer Straftat oder Landesverrats. In diesem Fall muss der Straftatbestand vom Obersten Gericht bestätigt werden, das Verfassungsgericht muss die Korrektheit des Verfahrens bestätigen und abschließend müssen drei Viertel der Parlamentsabgeordneten der Amtsenthebung zustimmen. (Abschnitt V der ukrainischen Verfassung von 1996)

Zum ersten Präsidenten der Ukraine wurde im Dezember 1991 Leonid Krawtschuk gewählt. Aufgrund des politischen Patts zwischen Präsident und Ministerpräsident kam es bereits im Sommer 1994 zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, die der ehemalige Ministerpräsident Leonid Kutschma gewann. Bei der turnusmäßigen Wahl im Herbst 1999 sicherte Kutschma seine Wiederwahl. Obwohl das Verfassungsgericht Kutschma eine dritte Amtszeit zugestand, da seine erste Amtszeit vor der Einführung der Befristung begonnen habe, kandidierte der bei der Bevölkerung weitgehend diskreditierte Präsident im Herbst 2004 nicht. Sein Nachfolger wurde Wiktor Juschtschenko.<sup>95</sup>

Durch Präsidialerlasse kann der Präsident auch im Bereich der Wirtschaftspolitik Rechtsnormen setzen. Je mehr dieser Bereich aber bereits durch Gesetze geregelt ist, umso weniger Spielraum bleibt für Präsidialerlasse, die ja Gesetzen nicht widersprechen dürfen. Da die Parlamentsmehrheit in den 1990er Jahren der Wirtschaftspolitik der Exekutive weitgehend ablehnend gegenüberstand, blieben viele Wirtschaftsreformen im Gesetzgebungsverfahren stecken. Von der Exekutive eingebrachte Gesetzesentwürfe wurden vom Parlament abgelehnt oder grundlegend überarbeitet. Vom Parlament verabschiedete Gesetze blockierte der Präsident mit seinem Vetorecht. Im Ergebnis wurden zentrale wirtschaftspolitische Projekte, wie etwa die Privatisierung, die Liberalisierung des Energiemarktes oder die Steuerreform, jahrelang überhaupt nicht in Angriff genommen.<sup>96</sup>

Da den ukrainischen Präsidenten eine starke Machtbasis, etwa in Form einer Regierungspartei, fehlte, haben sie immer die Unterstützung einer

---

<sup>95</sup> Einen Überblick über die Amtsperioden und Wahlergebnisse geben die Tabellen 10.7 bis 10.11 im Anhang.

<sup>96</sup> Protsyk, Oleh: Ruling with decrees. Presidential decree making in Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 5/2004, S.637–660.

breiten Koalition verschiedener Kräfte benötigt, um Wahlen zu gewinnen und politisch handlungsfähig zu bleiben. Im Ergebnis waren die ukrainischen Präsidenten bisher eher Vermittler zwischen rivalisierenden Interessengruppen, denn autonome Gestalter von Politik.

Programmatisch versuchten die Präsidenten in Wahlkämpfen deshalb das politische Zentrum zu besetzen, um Stimmen aus verschiedenen Lagern einwerben zu können. Das ukrainische Wahlsystem fördert diese Strategie. Da die beiden Kandidaten, die in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl gewinnen, in der zweiten Runde gegeneinander antreten, kann der Kandidat der Mitte damit rechnen, in der zweiten Runde viele Stimmen aus den Lagern zu erhalten, die in der ersten Runde unterlegen waren. Denn für die Anhänger dieser Lager ist ein Kandidat der Mitte immer noch besser als ein Kandidat aus einem rivalisierenden Lager.

In der Personalpolitik bedeutete die Abhängigkeit von einer breiten Koalition unterschiedlicher Interessengruppen, dass die Besetzung politischer Schlüsselposition in der Exekutive, das heißt vor allem in der Regierung und der Präsidialverwaltung, sorgfältig austariert werden musste. Jede Gruppe musste mit einer ausreichenden Zahl von Ämtern vorsorgt werden. Gleichzeitig durfte keine Gruppe so stark werden, dass sie andere Gruppen aus der Koalition drängen konnte und damit die Machtbasis des Präsidenten schwächte.<sup>97</sup>

Der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, sah sich vor allem mit politisch und ethnisch definierten Lagern konfrontiert. Auf der politischen Seite stand die Nationalbewegung gegen die Kommunisten. Auf der ethnischen Seite stand die pro-westliche ukrainische Nationalbewegung gegen die pro-russischen alten Eliten und die Autonomiebestrebungen der Krim und teilweise auch der Ostukraine. Die Kooperation mit diesen Gruppen erreichte Krawtschuk, indem er Vertreter aller Lager – mit Ausnahme der Autonomiebewegung der Krim – in seine Regierung integrierte. Da die Interessenkonflikte zwischen diesen Lagern sehr ausgeprägt waren, führte Krawtschuks Strategie zu häufigen Personalwechseln und

---

<sup>97</sup> Zur Rolle des Präsidenten im politischen System der Ukraine siehe: Rjabčuk, Mykola: Die Ukraine am Scheideweg, in: Osteuropa 1/2005, S.4–14; D’Anieri, Paul: Leonid Kuchma and the personalization of the Ukrainian presidency, in: Problems of Post-Communism 5/2003, S.58–65; Kudrjačenko, Andrij: Das Institut der Präsidentschaft in der Ukraine, in: Osteuropa Recht 4/1997, S.329–340.

letztlich zum offenen Konflikt, der 1994 in vorgezogenen Präsidentschaftswahlen mündete.

Zum Zeitpunkt der Wahlen zeichneten sich in der politischen Kräftekonstellation zwei grundsätzliche Änderungen ab. Erstens verloren die in Parteien organisierten Bewegungen ihre Bedeutung für die Koalition um den Präsidenten. Die Nationalbewegung wurde aufgrund einer weit reichenden öffentlichen Enttäuschung mit den Ergebnissen der Unabhängigkeit und aufgrund ihrer organisatorischen Schwäche zu einer nur noch regional in der Westukraine relevanten Kraft. Die Kommunisten schieden aufgrund ihrer Fundamentalopposition zum post-sowjetischen politischen und wirtschaftlichen System der Ukraine aus der Gruppe der koalitionsfähigen Kräfte aus. Zweitens begann gleichzeitig der Aufstieg der Oligarchen, die umfangreiche Beteiligungen in der Wirtschaft und auch im Medienbereich erwarben und in ihrem wirtschaftlichen Eigeninteresse versuchten Politik zu beeinflussen.<sup>98</sup>

Diese neue Kräftekonstellation prägte die politische Strategie des 1994 gewählten neuen Präsidenten Leonid Kutschma. Sein politisches Kalkül konzentrierte sich nicht mehr auf politische Lager, wie sie im Parlament weiter vertreten waren, sondern auf regionale Seilschaften. Das Muster der Kooperation war dabei komplexer als unter Krawtschuk. Vertreter der politischen Elite einer Region wurden in nationale Ämter nach Kiew berufen. Mit Hilfe ihrer neu gewonnenen Kompetenzen konnten diese Politiker dann die Unternehmer fördern, mit denen sie durch Seilschaften verbunden waren. Die Politiker scheinen dafür in der Regel am Gewinn der Unternehmer über politische Korruption beteiligt worden zu sein. Die regionalen Seilschaften nutzten ihren Einfluss auf Massenmedien und auf die politische Stimmung in ihrer Region, um die öffentliche Meinung zugunsten des Präsidenten zu beeinflussen.<sup>99</sup>

Gleichzeitig wurde unter Kutschma die Präsidialverwaltung zu einem zentralen Vorbereitungsorgan für politische Entscheidungen ausgebaut. Abgeschlossen wurde dieser Prozess Ende 1996 mit dem Präsidialerlass „Über die Administration des Präsidenten der Ukraine“, der die Leitung der

---

<sup>98</sup> Einen Überblick über die politische Konstellation unter Krawtschuk geben z.B.: Helmerich, Martina: *Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie*, Berlin 2003, S.77–98; Pleines, Heiko: *Die Nationalbewegung als politische Kraft in der Ukraine*, in: *Osteuropa* 10–11/1997, S. 1053–1065.

<sup>99</sup> Siehe dazu ausführlich das folgende Kapitel zu den Oligarchen.

Präsidialverwaltung allen Mitgliedern der Exekutive gegenüber für weisungsbefugt erklärte. Die Präsidialverwaltung wurde damit zu einer „zweiten Regierung“. Im Bereich der Wirtschaftspolitik etwa sprach Kutschma sich – und damit der Präsidialverwaltung – bereits 1994 per Erlass die Zuständigkeit zu, die er dann fallweise an die Regierung delegieren konnte. Da der Präsidialapparat vom Präsidenten weitgehend unabhängig gestaltet werden konnte,<sup>100</sup> waren Struktur und Entscheidungsprozesse weniger eindeutig definiert als in den durch die Verfassung regulierten und offiziell in den formellen politischen Entscheidungsprozess integrierten Organen.<sup>101</sup>

Kutschmas Wunschkandidat für seine Nachfolge, Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch, wurde bei den Präsidentschaftswahlen 2004 vor allem im zweiten Wahlgang durch massive Wahlfälschungen bevorzugt. Der unterlegene Oppositionskandidat, Wiktor Juschtschenko, organisierte daraufhin Massenproteste, um eine Wahlwiederholung durchzusetzen. Ergebnis war ein politischer Konflikt, der die Machtbalance zwischen den politischen Akteuren erneut veränderte. Der politische Kompromiss, der im Dezember 2004 erreicht wurde, sah nicht nur die Wiederholung der manipulierten Stichwahl vor, sondern auch eine Verfassungsänderung, die die Machtposition des Präsidenten erheblich schwächte.<sup>102</sup>

## 4.5 Die Regierung

Die ukrainische Regierung, offiziell als Ministerkabinett bezeichnet, ist formal sowohl vom Präsidenten als auch vom Parlament abhängig. Der Ministerpräsident kann vom Präsidenten nur mit Zustimmung des Parlaments ernannt werden. Sowohl Präsident als auch Parlament können alleine die Absetzung der Regierung beschließen. Innerhalb der Exekutive ist die Regierung jedoch dem Präsidenten explizit untergeordnet. Sie muss die Programme des Präsidenten umsetzen. Gleichzeitig sind Regierungsverordnungen gegenüber Präsidialerlassen nachrangig. (Abschnitt VI der ukrainischen Verfassung)

---

<sup>100</sup> Die Verfassung gestattet dem Präsidenten die Einrichtung von „Organen und Diensten, die die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Pflichten und Vollmachten gewährleisten“ (Art.106, Abs.28), ohne weitere Konkretisierungen vorzunehmen.

<sup>101</sup> Zur Präsidialverwaltung: Harasymiw, Bohdan: *Post-communist Ukraine*, Edmonton 2002, S.118–134.

<sup>102</sup> Rjabčuk, Mykola: *Die Ukraine am Scheideweg*, in: *Osteuropa* 1/2005, S.4–14.

In der Praxis ist es dem Präsidenten aufgrund seiner direkten Kontrolle über die Arbeit der Regierung weitgehend gelungen, den Einfluss des Parlaments auszuschalten. Gleichzeitig hat Kutschma mit seinem Veto gesetzliche Regelungen der Regierungsarbeit verhindert und stattdessen mit Präsidialerlassen die Rahmenbedingungen für die Regierungsorganisation geschaffen. Der Präsident hat das Recht, die Tagesordnung der Regierung zu bestimmen und bei Kabinettsitzungen sind grundsätzlich Mitarbeiter der Präsidialverwaltung als Vertreter des Präsidenten anwesend.

Die Regierung wurde in ihrer Handlungsfähigkeit zusätzlich dadurch geschwächt, dass der Präsident regelmäßig Vertreter rivalisierender Lager integrierte. Stellvertretende Ministerpräsidenten, die jeweils für bestimmte Politikbereiche zuständig waren, und Minister verstanden sich dementsprechend vorrangig als Vertreter bestimmter Interessen (etwa ihres Ressorts, ihres politischen Lagers oder ihrer Wirtschaftsbranche) in der Exekutive und nicht als Teil einer geschlossenen Regierung. Gleichzeitig wurden alle Regierungsämter regelmäßig umbesetzt. In den ersten zwölf Jahren der Unabhängigkeit amtierten so beispielsweise insgesamt zehn Ministerpräsidenten (siehe Tabelle 4.1).<sup>103</sup>

Tabelle 4-1: Die Ministerpräsidenten der Ukraine 1992–2004

Witold Fokin	Dezember 1990 – September 1992
Leonid Kutschma	Dezember 1992 – September 1993
Juchym Swjahilsky	September 1993 – Juni 1994
Witalij Massol	Juni 1994 – März 1995
Jewhen Martschuk	März 1995 – Mai 1996
Pawlo Lasarenko	Mai 1996 – Juli 1997
Walerij Pustowoitenko	Juli 1997 – Dezember 1999
Wiktor Juschtschenko	Dezember 1999 – Mai 2001
Anatolij Kinach	Mai 2001 – November 2002
Wiktor Janukowytsch	November 2002 – Dezember 2004

<sup>103</sup> Zur Rolle der Regierung im politischen System der Ukraine siehe: Papadoulis, Konstantinos: Institutional relationships in Ukraine. A stable polity?, in: *Communist and Post-Communist Studies* 4/2004, S.547–562; Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *die politischen Systeme Osteuropas*, 2. Auflage, Opladen 2004, S.469–514, hier S. 476–484; Protsyk, Oleh: Troubled semi-presidentialism. Stability of the constitutional system and cabinet in Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 7/2003, S.1077–1095; Harasymiw, Bohdan: *Post-communist Ukraine*, Edmonton 2002, S.134–152.

## 4.6 Manipulation der Verfassungsordnung durch den Präsidenten

Die Verfassungsordnung der Ukraine ist durch ein weitgehendes Kräftegleichgewicht zwischen Präsident und Parlament gekennzeichnet. Da sowohl Parlamentsabgeordnete als auch Präsident direkt von der Bevölkerung gewählt werden, können Parlamentsmehrheit und Präsident rivalisierenden politischen Lagern angehören. Eine derartige Pattsituation hat in der Ukraine zu einer weitgehenden Blockade politischer Entscheidungsprozesse geführt.

Präsident Kutschma versuchte diese Pattsituation 1995/96 und 1999/2000 durch eine Verfassungsänderung aufzulösen, die seine Kompetenzen gegenüber dem Parlament vergrößerte. Beide Male weigerte sich das Parlament aber, seiner eigenen Schwächung zuzustimmen. 1996 kam es so zum Verfassungskompromiss und 2000 zur Beibehaltung der alten Regelung. Eine Ausweitung der verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidenten ist seitdem nicht mehr diskutiert worden.

Stattdessen bemühte sich Kutschma bereits seit 1998 um die Schaffung einer eigenen Mehrheit im Parlament. Unterstützt wurde er hierbei von ihm nahe stehenden Politikern und Unternehmern, die sich in politischen Parteien engagierten und diese auf eine präsidientennahe Linie brachten. Zusätzlich wurden massiv Abgeordnete präsidientenkritischer Fraktionen abgeworben. Im Ergebnis erreichte das präsidientennahe Lager im Parlament ab 2000 eine äußerst wacklige Mehrheit, die mehrfach auseinanderbrach, aber regelmäßig wieder hergestellt wurde. Die Schaffung einer Parlamentsmehrheit veranlasste Präsident Kutschma dann wohl 2003 dazu, sich für die Stärkung des Parlaments gegenüber dem Präsidenten einzusetzen. Die von Kutschma vorgeschlagene Verfassungsänderung konnte aber nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit im Parlament finden, da das rechte Lager sie blockierte, in der Hoffnung selber den nächsten Präsidenten stellen zu können. Die Pattsituation zwischen Parlament und Präsident wurde dementsprechend in der Verfassung nicht aufgelöst.

In der Verfassungswirklichkeit gelang es jedoch Präsident Kutschma seine politischen Entscheidungskompetenzen schrittweise auszuweiten. Zentral war dabei seine de facto gesicherte Kontrolle über die Regierung, die es ihm erlaubte auch ohne Zustimmung des Parlaments Politik zu gestalten. Dabei setzte sich Kutschma zunehmend über verfassungsmäßige Grenzen hinweg.

Seit einer „autoritären Wende“<sup>104</sup> Ende der 1990er Jahre sprachen Beobachter deshalb regelmäßig von einer Gefährdung der Demokratie. Zur Beschreibung des politischen Systems der Ukraine benutzten sie Begriffe wie „Pseudo-Demokratie“<sup>105</sup>, „Klientelismus“<sup>106</sup>, „autoritäre Präsidialherrschaft“<sup>107</sup>, „Wahl-Autoritarismus“<sup>108</sup> oder „Wettbewerbs-Autoritarismus“<sup>109</sup>.

Derartige Diagnosen werden in der Regel mit vier zentralen Merkmalen der politischen Strategie Kutschmas begründet, die eng miteinander verbunden sind. Erstens sind Massenmedien, die dem Präsidenten kritisch gegenüberstehen, schrittweise ausgeschaltet worden.<sup>110</sup> Zweitens sind Wahlkämpfe systematisch manipuliert worden. Dabei haben nicht nur die Medien sondern auch staatliche Behörden umfassende Werbung für präsidientennahe Kandidaten betrieben und um Stimmen oft mit konkreten materiellen Anreizen geworben.<sup>111</sup> Drittens gab es immer wieder Vorwürfe weit reichender politischer Korruption. Sowohl Privatunternehmer als auch Leiter staatlicher Betriebe sollen Wahlkämpfe mit großen Summen illegal unterstützt haben.<sup>112</sup> Eine interne Untersuchung hat ergeben, dass der Ministerpräsident und seine Stellvertreter in fast der Hälfte aller Fälle, Anfragen entgegen den formellen Vorschriften eine Vorzugsbehandlung

---

<sup>104</sup> Helmerich, Martina: Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie, Berlin 2003, S.120.

<sup>105</sup> Harasymiw, Bohdan: Post-communist Ukraine, Edmonton 2002, S.427.

<sup>106</sup> Birch, Sarah: Nomenklatura Democratization. Electoral clientelism in post-Soviet Ukraine, in: Democratization 4/1997, S.40–62; Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass, in: Tatur, Melanie (Hg.): The making of regions, Wiesbaden 2004.

<sup>107</sup> Ott, Alexander: Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft?, Berichte des BIOst 17/2000.

<sup>108</sup> D’Anierie, Paul: Democracy unfulfilled. The establishment of electoral authoritarianism in Ukraine, in: Journal of Ukrainian Studies 1–2/2001, S.13–35.

<sup>109</sup> Way, Lucan: The sources and dynamics of competitive authoritarianism in Ukraine, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 1/2004, S.143–161.

<sup>110</sup> Druker, Jeremy / Cox, Dean: Under assault. Ukraine’s news media and the 2004 presidential elections. Freedom House Special Report, Update June 2004 (im Internet veröffentlicht unter <http://www.freedomhouse.org/research/specreports/ukmedia604.pdf>) und Nikolayenko, Olena: Press freedom during the 1994 and 1999 presidential elections in Ukraine: a reverse wave?, in: Europe-Asia Studies 5/2004, S.661–686.

<sup>111</sup> Zimmer, Kerstin: Wahlen als Business. Betrachtungen zur Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 60 (2004), S.35–40; Kubicek, Paul: The limits of electoral democracy in Ukraine, in: Democratization 2/2001, S.117–139; Birch, Sarah: Nomenklatura Democratization. Electoral clientelism in post-Soviet Ukraine, in: Democratization 4/1997, S.40–62.

<sup>112</sup> Siehe zum Beispiel die im zweiten Kapitel geschilderten Fälle.

einräumen.<sup>113</sup> Viertens wurde der Justiz vorgeworfen, sich für die Ausschaltung präsidienkritischer Politiker instrumentalisieren zu lassen. Geheime Mitschnitte von Dienstgesprächen Kutschmas zeigen, wie Strafverfolgungsbehörden systematisch dazu angehalten wurden, politische Zustimmung für den Präsidenten zu erpressen und belastendes Material gegen politische Gegner zu erstellen.<sup>114</sup>

Diese vier Aspekte fügen sich zu einer Strategie politischer Machterhaltung zusammen. Nach D'Anieri bedeuten sie, dass „die formellen Regeln genutzt werden, um informelle Machtausübung zu legitimieren“.<sup>115</sup> Konkret heißt dies: Politische Macht wird in der Ukraine durch Wahlen vergeben, die weitgehend frei und fair durchgeführt werden, also den Wahlsiegern politische Legitimität verleihen. Gleichzeitig wird aber das Umfeld in dem die Wahlen stattfinden, also die Medienlandschaft, der Wahlkampf und politische Gegenkandidaten, durch informelle und häufig auch illegale Aktivitäten soweit manipuliert, dass das erwünschte Wahlergebnis bereits im Vorfeld sichergestellt wird. Dabei werden demokratische Prinzipien massiv verletzt.

Diese Kombination aus autoritärer Manipulation und formeller demokratischer Legitimation über Wahlen ist das zentrale Merkmal des ukrainischen politischen Systems, das es als hybrid also weder rein demokratisch noch rein autoritär kennzeichnet. Für Kutschma bedeutete dieser hybride Charakter des Systems eine permanente Gefährdung seiner Macht. Um die formelle demokratische Legitimation aufrecht zu halten, konnte er weder das Parlament auflösen, noch Wahlen ignorieren.

Diese Abhängigkeit von der Unterstützung durch das Parlament und durch die Wahlbevölkerung führte dazu, dass Kutschma Strategien entwickelte, beide zu manipulieren. Um diese Manipulationen durchzuführen, benötigte er Helfer, Geld und Zugang zu Massenmedien. Er brauchte

---

<sup>113</sup> Syroyid, O. / Yashyna, J.: Analiz wchidnoi korespondencii u Sekretariati Kabinetu Ministriv wid centralnich organiw wikonavtschoi wladi ustanow ta organizacii, unveröffentlichtes Manuskript, Kiew 2004. Der Autor dankt Transparency International für eine Zusammenfassung des Manuskripts.

<sup>114</sup> Darden, Keith: Blackmail as a tool of state domination. Ukraine under Kuchma, in: *East European Constitutional Review* 2/2001, S.67–71.

<sup>115</sup> D'Anieri, Paul: Leonid Kuchma and the personalization of the Ukrainian presidency, in: *Problems of Post-Communism* 5/2003, S.58–65, hier: S.60. Dazu auch: Rjabčuk, Mykola: Die Ukraine am Scheideweg, in: *Osteuropa* 1/2005, S.4–14; Way, Lucan: The sources and dynamics of competitive authoritarianism in Ukraine, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 1/2004, S.143–161.

eigene Vertreter im Parlament, die über Kooperationsangebote, Geldzahlungen und Drohungen Mehrheiten organisierten und er brauchte Unterstützer, die Wahlkämpfe und Imagekampagnen finanzierten und umsetzten. Ein Bündnis mit ausgewählten Wirtschaftsakteuren konnte dem Präsidenten deshalb helfen, seine politische Macht zu stabilisieren. Gleichzeitig musste er den Interessen der Wirtschaftsakteure entgegen kommen, wollte er sie in ein Bündnis integrieren.

Zum politischen Konflikt führten die Manipulationen demokratischer Spielregeln durch das Kutschma-nahe Lager bei den Präsidentschaftswahlen 2004 als der im zweiten Wahlgang unterlegene Kandidat der Opposition, Wiktor Juschtschenko, Massenproteste gegen Wahlfälschungen organisierte. Juschtschenko versuchte anschließend Verbündete auf der politischen Bühne zu finden, um seinen Machtanspruch durchzusetzen. Vor allem durch die Eilentscheidung des Obersten Gerichtes, die Verkündung des amtlichen Endergebnisses nicht zuzulassen, bekam Juschtschenko die Möglichkeit, andere Akteure auf seine Seite zu ziehen. So gelang es ihm bei zwei zentralen Abstimmungen, über die Empfehlung zur Annullierung des Wahlergebnisses und über ein Misstrauensvotum gegen die Regierung, die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten zu gewinnen. Außerdem scherten zwei der großen Fernsehsender aus der Kutschma-Allianz aus. Die von Kutschma gewählte Strategie der Machterhaltung über Manipulation formeller Regeln verlor damit ihre Wirksamkeit. Er musste sich auf Verhandlungen mit Juschtschenko und auf die Wiederholung der Stichwahl einlassen, die dann zum Sieg Juschtschenkos führte.

In den folgenden drei Kapiteln wird analysiert, wie Kutschmas Strategie der Machterhaltung über Manipulationen funktionierte und welche Rolle Wirtschaftsinteressen dabei spielten. Zum einen werden dadurch politische Entscheidungsprozesse in der Politik – am Beispiel der Wirtschaftspolitik – erklärbar. Zum anderen wird deutlich mit welcher Erbschaft sich der Nachfolger Kutschmas auseinandersetzen muss. Denn existierende Seilschaften und etablierte informelle Regeln engen die Handlungsspielräume des neuen Präsidenten erheblich ein.



## 5. Fallstudie 1: Die Oligarchen

### 5.1 Die ukrainischen Oligarchen im Überblick

Die Karriere der ukrainischen Oligarchen folgte einem weitgehend einheitlichen Muster. Mit dem Beginn marktwirtschaftlicher Reformen begannen eine Reihe von Unternehmern in einer gesetzlichen Grauzone und teilweise auch durch illegale Aktivitäten erhebliche Gewinne zu erwirtschaften. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeiten bildeten dabei zum einen Handelsaktivitäten und zum anderen Finanzgeschäfte. In beiden Fällen waren große Gewinne nur mit Hilfe politischer Unterstützung möglich. Regulierungs- und Kontrollbehörden mussten ein Auge zudrücken. Die Nationalbank gab Vorzugskredite. Staatliche Unternehmen wurden als Kunden gewonnen.

Bei Handelsaktivitäten konnten zum Beispiel Metalle auf dem ukrainischen Markt zu subventionierten Preisen gekauft werden und dann anschließend im Ausland zu Weltmarktpreisen verkauft werden. Die Gewinnspanne lag hier bei bis zu 900%. Ein Beispiel für erfolgreiche Finanzgeschäfte waren Zentralbankkredite an ukrainische Banken, die nur mit 2 Promille des üblichen Satzes verzinst wurden. Indem sie die Zentralbankkredite zum normalen Zinssatz an Kunden weitergaben, konnten diese Banken im Prinzip die gesamten Zinseinnahmen für sich behalten. Oft nutzten sie die Zentralbankkredite auch für spekulative Geschäfte, die größere Gewinnspannen versprachen.<sup>116</sup>

Einige dieser Unternehmer nutzten ihre Gewinne, um Unternehmensbeteiligungen zu erwerben. Zum einen übernahmen sie im Zuge der Privatisierung staatliche Unternehmen. Zum anderen benutzten Handelsfirmen die Schulden ihrer Kunden, um deren Unternehmen im Rahmen von Konkursverfahren unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch hier war staatliche Unterstützung unverzichtbar. Die Privatisierung wurde in vielen Fällen durch die zuständigen staatlichen Behörden manipuliert. Auch die Konkursverfahren waren häufig zugunsten der Handelsunternehmen beeinflusst.

Die Unternehmer, die auf diese Weise erhebliche Unternehmensbeteiligungen erwarben, wurden im Folgenden als Oligarchen bezeichnet. Sie verkörpern die frühen Reformgewinner, denen Hellman in seiner These unterstellt, weitere Wirtschaftsreformen im Interesse der eigenen Gewinne

---

<sup>116</sup> Puglisi, Rosaria: The rise of the Ukrainian oligarchs, in: *Democratization* 3/2003, S.99–123, hier: S.104–105.

verhindert zu haben. Einige von ihnen schufen Holdinggesellschaften, in denen alle ihre Unternehmen zusammengefasst wurden. Andere verwalteten ihre Beteiligungen persönlich, ohne eine einheitliche Verwaltungsstruktur aufzubauen. In diesem Fall wird von informellen Holdinggesellschaften gesprochen, die nur über einen gemeinsamen Eigentümer verbunden sind, aber rechtlich keine Einheit bilden.

In den meisten Fällen erwarben die Oligarchen alle Unternehmen, derer sie habhaft werden konnten. Im Ergebnis waren ihre Holdings ein Sammelurium unterschiedlichster Unternehmen. Die Zusammenfassung in einer Verwaltungsstruktur brachte deshalb häufig kaum Effizienzgewinne, da die Unternehmen *de facto* weiterarbeiteten wie vor der Übernahme. Im Laufe der 1990er Jahre entwickelten jedoch einige Holdings Investitionsschwerpunkte und versuchten hier systematisch Beteiligungen zu erwerben. Durch Konzentrationsprozesse und durch die Vereinigung von Zuliefer-, Produktions- und Absatzbereich konnten sie Synergieeffekte erreichen. Dabei konzentrierten sich die Oligarchen auf die wenigen Branchen, die in der Ukraine mit Gewinn wirtschafteten. Dies waren vor allem die Metallindustrie und die Öl- und Gasindustrie sowie Teile des Maschinenbaus und der Nahrungsmittelindustrie.

Die Profitabilität der meisten Unternehmen blieb jedoch stark abhängig von einer staatlichen Vorzugsbehandlung. Gleichzeitig blieben die Oligarchen aufgrund der juristischen Fragwürdigkeit einiger ihrer Geschäftstätigkeiten und auch vieler ihrer Unternehmensübernahmen angreifbar. Im Ergebnis lösten sich einige der Holdings genau so schnell wieder auf, wie sie entstanden waren. In der Regel war ihre Auflösung die Folge des Karriereendes ihrer politischen Beschützer.

Insgesamt lassen sich bisher drei Phasen der Entwicklung von Holdinggesellschaften der Oligarchen unterscheiden. Vom Ende der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre erwarben die Oligarchen ihr Startkapital und ihre ersten Unternehmensbeteiligungen. In der zweiten Phase, die etwa die zweite Hälfte der 1990er Jahre umfasst, gingen einige der Holdinggesellschaften der Oligarchen unter, als ihre politischen Verbündeten ihre Ämter verloren, während andere expandierten. In der dritten Phase, die Ende der 1990er Jahre begann, stabilisierten sich die verbliebenen Holdinggesellschaften, indem sie ihren politischen Einfluss vergrößerten. Ein Weg dazu war die Übernahme von Massenmedien. Fast alle Oligarchen erwarben so Zeitungen und einige auch Fernsehsender. Ein anderer Weg war das direkte

politische Engagement über die Kandidatur für einen Parlamentsitz und die Übernahme von Parteiämtern. Gleichzeitig gelang es den meisten Oligarchen, weitere Unternehmensbeteiligungen im Bereich der Industrie zu erwerben.<sup>117</sup>

Im Jahre 2003 hielten von Oligarchen geschaffene Holdings so Anteile an sechzehn der 100 größten ukrainischen Unternehmen, an zehn davon besaßen sie die Mehrheit. Diese zehn Unternehmen allein hatten 2003 einen deklarierten Umsatz von zusammen 2,3 Milliarden US-Dollar.<sup>118</sup> Anfang 2004 wurde jedoch kein einziger Ukrainer in die Forbes-Liste der Milliardäre aufgenommen.<sup>119</sup>

Im Folgenden sollen die Oligarchen und ihre Holdings kurz portraitiert werden. Die Darstellung beginnt dabei mit drei Oligarchen, deren Holdings in der zweiten Phase zusammenbrachen: Jewgenij Schtscherban, Julia Tymoschenko und Konstantin Grigorischin. Anschließend werden die Oligarchen vorgestellt, die in der dritten Phase ihren Einfluss konsolidieren konnten.

*Jewgenij Schtscherban* begann seine wirtschaftliche Karriere Ende der 1980er Jahre in der Region Donetsk mit Handelsunternehmen. Hierbei arbeitete er mit Wolodimir Schtscherban zusammen. Ursprünglich vertrieben die Schtscherbans Lebensmittel, Treibstoffe und Metalle. Wolodimir Schtscherban engagierte sich in der Politik und wurde 1994 zum Gouverneur der Region Donetsk gewählt.

Durch die resultierenden politischen Kontakte gelang den Schtscherbans der Einstieg in den Energiehandel. Ihre Kontrolle über Energielieferungen benutzten sie, um Druck auf metallverarbeitende Betriebe auszuüben. Ihr Engagement im Energiesektor und ihr Plan der Schaffung einer Holding im Bereich der Metallindustrie stießen aber auf heftigen Widerstand konkurrierender Wirtschaftsinteressen. Weder die alten Direktoren der staatlichen Metallbetriebe noch die Oligarchen aus dem damals einflussreicheren Dnipropetrovsk waren bereit, die Expansion der Schtscherbans zu akzeptieren.

---

<sup>117</sup> Einen Überblick über die Unternehmensbeteiligungen der Oligarchen gibt Tabelle 10.16 im Anhang.

<sup>118</sup> Alle Zahlen basieren auf Unternehmensangaben und entstammen: *Investicionnaja Gazeta: Top-100*, Kiew 2003.

<sup>119</sup> Zum Vergleich: Für Russland wurden insgesamt 26 Milliardäre aufgelistet. *Forbes special issue: Billionaires*, 15. März 2004, S.126–128.

Der Konflikt eskalierte in gewalttätigen Auseinandersetzungen, die zeigten, dass die Oligarchen in der ersten Entwicklungsphase enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität entwickelt hatten. Eine Reihe von Auftragsmorden an rivalisierenden Geschäftsleuten war die Folge. Ende 1996 wurde auch Jewgenij Schtscherban Opfer eines Auftragsmordes. Wolodimir Schtscherban war kurz vorher als Gouverneur entlassen worden.<sup>120</sup>

*Julia Tymoschenko* leitete zusammen mit Familienangehörigen die Holding United Energy Systems of Ukraine (Edini Energetschni Systemy Ukrainy – EESU), die 1991 als kleines Privatunternehmen in Dnipropetrowsk gegründet wurde. Die Expansion des Unternehmens begann, nachdem Leonid Kutschma 1995 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte. Insbesondere der von 1996 bis 1997 amtierende Ministerpräsident Pawlo Lazarenko wurde zum Förderer der Holding. Er machte die Firma von Tymoschenko durch eine Vorzugsbehandlung bei der Vergabe von Import- und Vertriebslizenzen quasi über Nacht zu einem der größten Erdgashändler der Ukraine. Im Gegenzug erhielt er von Tymoschenko Bestechungsgelder in Millionenhöhe.

Die Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft nutzte Tymoschenko zum Erwerb von Unternehmensbeteiligungen im Metallbereich. Während die Schtscherbans hier scheiterten, erreichte EESU 1996 einen Anteil von etwa 10% an der ukrainischen Stahlproduktion und einen Anteil von 25% an der ukrainischen Produktion von Pipelines. Der Jahresumsatz der Holding belief sich in diesem Jahr nach Firmenangaben auf etwa 10 Milliarden US-Dollar, wobei der Gashandel einen Anteil von etwa einem Viertel hatte.

Mit der Entlassung von Lazarenko als Ministerpräsident verlor Tymoschenko 1997 jedoch ihre Verbindung in die Politik. Lazarenkos Nachfolger, Walerij Pustowoitenko, leitete umgehend ein Untersuchungsverfahren wegen Korruption gegen Tymoschenko ein. Die Geschäftstätigkeiten von EESU wurden durch monatelange Durchsuchungen von Geschäftsräumen erschwert. Die Lizenzen für den Erdgashandel wurden nicht erneuert. Der Einstieg in die Pipeline-Produktion wurde rückgängig gemacht. Die Holding brach damit zusammen.

---

<sup>120</sup> Zimmer, Kerstin: ‚Einheit, Eintracht und Wiedergeburt‘. Zur Rolle und Relevanz des ‚Donecker Clans‘, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42 (2002), S.22–49, hier:S.26–27; Varfolomeyev, Oleg: Rival clans mix business, politics, and murder, in: Transition 4. April 1997.

Julia Tymoschenko wechselte in die Politik und wurde Ende 1999 ukrainische Vize-Ministerpräsidentin mit besonderer Verantwortung für Energiefragen. Anfang 2001 leitete die ukrainische Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen sie ein. Mitte Januar wurde sie aus der Regierung entlassen und einen Monat später verhaftet. Nach ihrer Freilassung organisierte Tymoschenko eine der führenden ukrainischen Oppositionsparteien. Mehrere Ermittlungsverfahren gegen sie laufen weiterhin.<sup>121</sup>

*Konstantin Grigorischin*, ein russischer Geschäftsmann, fand erst 1995 einen Zugang zu größeren Finanzströmen, die ihm den Aufbau einer ukrainischen Holding erlaubten. Er engagierte sich im ukrainisch-russischen Handel mit nuklearen Brennstäben. Sein Partner auf ukrainische Seite war dabei der staatliche Betreiber der Atomkraftwerke. Die Einnahmen nutzte Grigorischin um sich 1998 an der Teilprivatisierung regionaler Stromnetze zu beteiligen. Er übernahm die Kontrolle über 5 der insgesamt 27 Betreiberfirmen.

In den folgenden Jahren gründete Grigorischin die Holding Metallurgija, die Beteiligungen in der Metallindustrie erwarb. Die Kontrolle über die Stromlieferungen an die Metallbetriebe war dabei von Vorteil. Seit Ende 2000 sah sich Grigorischin aber politischem Druck ausgesetzt. Bei einigen zentralen Privatisierungen wurde er benachteiligt. Anfang 2002 wurde ihm die Zweckentfremdung von Finanzmitteln der Stromfirmen vorgeworfen, an denen der Staat immer noch einen Anteil hielt. Grigorischin wurde vorübergehend inhaftiert. Das von Grigorischin eingesetzte Management wurde auf staatlichen Druck ausgewechselt. Damit geriet die Holding in finanzielle Probleme. Die zentrale Unternehmensbeteiligung in der Metallindustrie musste zur Sanierung der Finanzen verkauft werden. Im folgenden Jahr verlor die Holding die Kontrolle über weitere Unternehmen und schied damit aus der Gruppe der großen Holdings aus.<sup>122</sup>

Neben diesen drei Oligarchen, die in der zweiten Phase mit dem Aufbau einer stabilen Holding scheiterten, gibt es noch zwei Oligarchen, die ihre Holdings weitgehend auf den Medienbereich beschränkten: Wadim Rabinowitsch und Oleksandr Wolkow. Das wirtschaftliche Gewicht ihrer

---

<sup>121</sup> Pleines, Heiko: *Energy in Ukraine*, London 1998, S. 137. Siehe auch die Darstellung in Kapitel 2.

<sup>122</sup> Fedorow, Aleksej: *Gruppa Konstantina Grigorischina*, in: *Investicionnaja Gazeta* 3. September 2002, S.12–13; Maskalewitsch, Igor: *Inwentarizacija oligarchitscheskoj sobstvenosti*, in: *Zerkalo Nedeli* 23. August 2003, S.6.

Holdings ist gering. Sowohl gemessen am Umsatz als auch am Gewinn liegen sie weit hinter den anderen Oligarchen zurück. Durch die Konzentration auf den Medienbereich konnten sie aber zeitweise erheblichen politischen Einfluss gewinnen.

*Wadim Rabinowitsch* begann seine Unternehmerkarriere wie viele der ukrainischen Oligarchen im Handel. Er benutzte dazu die in der Schweiz registrierte Holding Rico Kapital, die vor allem mit Luxusgütern handelte. Zusätzlich engagierte er sich an den internationalen Finanzmärkten. Gleichzeitig wurde ihm wiederholt vorgeworfen in Waffen- und Drogenschmuggel verwickelt zu sein.

Seine Einnahmen benutzte Rabinowitsch, um in der Ukraine systematisch Massenmedien zu übernehmen. Ende der 1990er Jahre umfasste seine Medienholding den nationalen Fernsehsender 1+1 sowie die Nachrichtenagentur UNIAR und etliche Zeitungen. Zu diesem Zeitpunkt geriet Rabinowitsch unter politischen Druck. Der ukrainische Geheimdienst verwies ihn 1999 vorübergehend aus der Ukraine. Sein politischer Einfluss ging damit deutlich zurück. In einem langen juristischen Konflikt verlor er die Kontrolle über den Fernsehsender 1+1, das Kernstück seiner Medienholding.<sup>123</sup>

*Oleksandr Wolkow* bezog sein Kapital aus dem Handel mit Erdöl und Kohle sowie Spekulationen im Devisengeschäft, wobei er aufgrund guter Kontakte zu staatlichen Firmen und Aufsichtsbehörden eine Vorzugsbehandlung erhielt. Die Gelder wurden im Ausland gewaschen. Er konzentrierte seine Geschäftstätigkeit aber von Anfang an auf den Mediensektor, so dass hier von einem strategischen Investitionsplan ausgegangen werden kann. Bereits 1992 gründete Wolkow den Fernsehsender Gravis. Später erwarb er Anteile an weiteren Fernsehsendern (ICTV und 1+1) und einen der führenden Radiosender (Ewropa Plus).

Im Präsidentschaftswahlkampf 1994 war Wolkows Gravis der einzige private Fernsehsender der den späteren Gewinner Leonid Kutschma unterstützte. Wolkow wurde der zentrale PR-Berater Kutschmas und leitete seine Wahlkampagne im Präsidentschaftswahlkampf 1999.

Genau wie Rabinowitsch geriet auch Wolkow Ende der 1990er Jahre unter politischen Druck. Anfang 1999 wurde in Belgien gegen ihn ein

---

<sup>123</sup> Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42 (2002), S.5–20, hier: S.12.

Verfahren wegen Geldwäsche eingeleitet. Die USA forderten daraufhin Wolkows politische Neutralisierung. Die Reformen der Regierung Juschtschenko im Energiesektor brachten Wolkow im Jahr 2000 um seine zentrale Finanzquelle. Anfang 2002 nahm auch die ukrainische Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Wolkow auf. Die Ermittlungen liefen aber anscheinend sehr schleppend an. Über den weiteren Verlauf wurden keine konkreten Angaben gemacht.<sup>124</sup>

Wenn Rabinowitsch und Wolkow aufgrund ihrer Medienbeteiligungen auch weiterhin politischen Einfluss haben, so werden sie doch in der Regel nicht als „echte“ Oligarchen betrachtet, da ihnen die entsprechende Wirtschaftskraft fehlt und sie durch politische Skandale seit 1999/2000 ihren direkten Zugang zu Präsident Kutschma weitgehend verloren haben. Politisch einflussreiche Unternehmer, die zumindest zwei der 100 größten ukrainischen Unternehmen kontrollieren, lassen sich fünf Holdings zuordnen: „Dynamo Kiew“, Industrial Union of Donbas, Interpipe, Privatbank und System Capital Management.<sup>125</sup>

„Dynamo Kiew“ ist keine formal registrierte Holding, sondern der Spitzname für die von Hryhorij Surkis, dem langjährigen Präsidenten des Fußballvereins Dynamo Kiew, kontrollierte Unternehmensgruppe. Surkis erhielt sein Startkapital durch Erdölimporte, für die er staatliche Lizenzen bekam. Seit 1998 erwarb er – häufig über ausländische Scheinfirmen – Beteiligungen in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbranchen von der Lebensmittelindustrie und den Finanzsektor bis hin zur Gastronomie. Der Fußballverein Dynamo Kiew gehört ihm ebenfalls. Er erwarb auch Anteile an wichtigen Massenmedien. Trotz einiger größerer Erwerbungen ist „Dynamo Kiew“ die wirtschaftlich schwächste Oligarchen-Gruppe, die ihren Einfluss wohl vor allem der Kontrolle über Massenmedien verdankt. Im Gegensatz zu den reinen Medien-Oligarchen Rabinowitsch und Wolkow besitzt „Dynamo Kiew“ aber aus der Geschäftstätigkeit ausreichend finanzielle Mittel, um neben der Ressource „Medieneinfluss“ auch die Ressource „finanzielle Unterstützung“ in größerem Umfang bei der Einflussnahme auf Politik einsetzen zu können.

---

<sup>124</sup> ebd.; Wittkowsky, Andreas: *The Ukrainian disease: rent seeking, the debt economy, and chances to harden budget constraints*, GDI, Berlin 2000, S.13.

<sup>125</sup> Einen Überblick über die zentralen Unternehmensbeteiligungen der Holdings gibt Tabelle 10.16 im Anhang.

Der politische Schutzpatron von „Dynamo Kiew“ ist Wiktor Medwetschuk, der 1998 als Parlamentsabgeordneter mit Unterstützung von Surkis die Leitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPUo) übernahm. 2002 wurde Medwetschuk Leiter der Präsidentialadministration.<sup>126</sup>

Die *Industrial Union of Donbas* (Industrialnij Sojuz Donbassa – ISD) wurde 1995 von regionalen Eliten in Donetsk gegründet. In den folgenden Jahren gelang es ihr in Nachfolge der Schtscherbans die Kontrolle über die Erdgasversorgung der Region Donetsk zu übernehmen. Seit 1998 benutzte ISD die resultierenden Finanzströme, um sich in der Metallindustrie zu engagieren. Im Gegensatz zu den Schtscherbans war die Holding hier erfolgreich. Sie erwarb Stahlproduzenten in der gesamten Ostukraine und begann auch sich in der Eisenerz- und Kohleproduktion zu engagieren. Im Rahmen einer umfassenden Investitionsstrategie übernahm ISD die Kontrolle über die gesamte Produktionskette der Stahlindustrie und stieg auch in den Maschinenbau ein. ISD erwarb aber auch Beteiligungen in der Lebensmittelindustrie, dem Transportwesen und der Gastronomie.

ISD wird nach außen durch seinen Leiter Serhij Taruta präsentiert. Die tatsächliche Eigentümerstruktur der Holding ist aber unklar. Als offizielle Eigentümer fungieren fünf staatliche und private Strukturen, darunter z.B. die Akademie der Wissenschaften der Ukraine und die Donetzkener Industrie- und Handelskammer. Es ist davon auszugehen, dass ISD von Teilen der wirtschaftlichen und politischen Elite von Donetsk kontrolliert wird, die nach dem Sturz der Schtscherbans an die Macht kamen und aus Angst vor Attentaten ihre Position als Eigentümer verschleiern wollten.<sup>127</sup>

*Interpipe* hat wie die meisten Holdings Unternehmensbeteiligungen in den unterschiedlichsten Branchen erworben, ohne eine erkennbare Investitionsstrategie zu verfolgen. Der Aufstieg der Holding begann 1997. Der Schwerpunkt des Engagements liegt aber eindeutig in der Metallindustrie und insbesondere in der Röhrenproduktion, in der der Leiter der Holding,

---

<sup>126</sup> Gongalskij, Dmitrij: Dinamo Kiev. Grappa iz vysšego obščestva, in: Investicionnaja Gazeta 11. März 2003, S.12–13; Varfolomejev, Oleg: Kuchma's men line up for presidential election, in: Russia and Eurasia Review 12/2003; Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42 (2002), S.5–20, hier: S.11–12.

<sup>127</sup> Zimmer, Kerstin: ‚Einheit, Eintracht und Wiedergeburt‘. Zur Rolle und Relevanz des ‚Donecker Clans‘, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42 (2002), S.22–49, hier: S.30–32. Siehe auch die Fallstudie zur Kohlelobby in Kapitel 7.

Wiktor Pintschuk, seine berufliche Karriere begann. Im Medienbereich bestehen Beteiligungen an drei nationalen Fernsehsendern sowie einer Tageszeitung. Die Holding mit Sitz in Dnipropetrowsk wird von Wiktor Pintschuk kontrolliert. Pintschuk ist der Schwiegersohn von Präsident Kutschma und seit 2000 auch offizieller Berater des Präsidenten. Er hat enge Verbindungen zu Serhij Tyhypko, der von 1997 bis 2001 in der Regierung für Wirtschaftsfragen zuständig war und anschließend die Leitung der Zentralbank übernahm.<sup>128</sup>

Die *Privatbank* wurde 1992 von Serhij Tyhypko in Dnipropetrowsk gegründet. Durch Finanzspekulationen und mit Unterstützung der Zentralbank konnte die Bank eine der erfolgreichsten Banken in der Ukraine werden. Mit dem Wechsel von Tyhypko in die Politik und seiner Allianz mit Interpipe wurde die Privatbank von Igor Kolomojskij übernommen. Im Zuge der Privatisierungen, bei denen sie systematisch bevorzugt wurde, wuchs die Holding der Bank zu einer der größten der Ukraine. Sie konzentrierte ihre Beteiligungen auf die Metallindustrie und die Erdölindustrie, erwarb aber auch Firmen in etlichen anderen Branchen, wie der chemischen Industrie, der Lebensmittelindustrie und dem Baubereich.<sup>129</sup>

*System Capital Management* fasst seit 2000 die Unternehmensbeteiligungen von Rinat Achmetow zusammen. Achmetow übernahm 1995 die Handelsfirmen des Donetsk-Unternehmers Ahat Bragin, nachdem dieser im Konflikt um die Schtscherbans einem Attentat zum Opfer gefallen war. In den folgenden Jahren gelang Achmetow die Integration in die neue Elite der Region Donetsk. In enger Kooperation mit der Industrial Union of Donbas erwarb er bedeutende Firmen der Metallindustrie. Zusätzlich engagierte er sich in der Lebensmittelindustrie, der Gastronomie und dem Finanzsektor. Ihm gehört auch der Fußballverein Schachter Donetsk.<sup>130</sup>

---

<sup>128</sup> Varfolomejev, Oleg: Kuchma's men line up for presidential election, in: *Russia and Eurasia Review* 12/2003; Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: *Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa* 42 (2002), S.5–20, hier: S.12.

<sup>129</sup> Maskalevič, Igor': Inventarizacija oligarchičeskoj sobstvennosti, in: *Zerkalo Nedeli* 23. August 2003, S.6.

<sup>130</sup> Vovk, Sergej: System Capital Management. Komandnyj punkt, in: *Investicionnaja Gazeta* 25. März 2003, S.12–13; Zimmer, Kerstin: ‚Einheit, Eintracht und Wiedergeburt‘. Zur Rolle und Relevanz des ‚Donecker Clans‘, in: *Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa* 42 (2002), S.22–49, hier: S.29–30. Siehe auch die Fallstudie zur Kohlelobby in Kapitel 7.

## 5.2 Clans als regionale Seilschaften der Oligarchen

In der Regel wird davon ausgegangen, dass die Oligarchen in der ukrainischen Politik nicht individuell agieren, sondern sich zu regionalen Clans zusammengeschlossen haben, die Akteure aus Wirtschaft und Politik vereinigen.<sup>131</sup> Dabei werden für die Ukraine drei regionale Clans mit Einfluss auf der nationalen Ebene unterschieden. Erstens der Dnipropetrowsker Clan, der im Bereich der Wirtschaft von den Holdings Interpipe und Privatbank repräsentiert wird und in der Politik neben Präsident Kutschma mehrere Ministerpräsidenten gestellt hat. Zweitens der Donetsker Clan, der auf Seiten der Wirtschaft die Holdings der Industrial Union of Donbas und System Capital Management umfasst und auf der politischen Seite die Regionalverwaltung von Donetsk und seit Ende 2002 Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch, den ehemaligen Gouverneur von Donetsk. Drittens wird häufig noch der Kiewer Clan genannt, der wirtschaftlich die „Dynamo Kiew“-Gruppe stellt und in der Politik vor allem durch Medwedtschuk vertreten wird. Nach einer Analyse der ukrainischen *InvestGazeta* kamen 2003 insgesamt 49% der Wirtschaftseliten aus einer dieser drei Regionen.<sup>132</sup>

Es ist sicher zutreffend, dass auch alle Oligarchen, die die 1990er Jahre erfolgreich überstanden haben, ihre Karriere in einer dieser drei Regionen begonnen haben und politische Unterstützung vor allem von Politikern ihrer Region erhalten haben. Dabei sind enge und intransparente Beziehungen entstanden, die häufig politische Korruption beinhalten. Der Begriff des Clans kann aber eine Geschlossenheit und Kontinuität suggerieren, die in dieser Form nicht gegeben ist.

Es gab innerhalb der regionalen Netzwerke von Wirtschaft und Politik immer wieder Machtkämpfe und auch erhebliche Machtverschiebungen. Julia Tymoschenko etwa scheiterte nicht zuletzt an Konkurrenten aus der eigenen Region. Während mit Pawlo Lazarenko der eine Ministerpräsident aus Dnipropetrovsk ihr großer politischer Schutzherr wurde, brachte mit

---

<sup>131</sup> Einen analytischen Rahmen hierfür entwickelt: Oosterbaan, Gwynne: *Clan based politics in Ukraine and the implications for democratization*; in: Micgiel, John S. (Hg.): *Perspectives on political and economic transitions after communism*, New York 1997, S.213–234.

<sup>132</sup> Im einzelnen: Kiew 26%, Donetsk 15%, Dnipropetrovsk 8%. Danach folgen Odessa mit 6%, Luhansk und Lwiw mit jeweils 5%. Die übrigen 20 Regionen der Ukraine haben alle einen Anteil von deutlich weniger als 5%. (*Investicijonaja Gazeta: Top-100*, Kiew 2003, S.109). Einen Überblick über die Wirtschaftskraft der Regionen gibt Tabelle 10.6 im Anhang.

Walerij Pustowojtenko der nächste Ministerpräsident aus Dnipropetrowsk ihr Wirtschaftsimperium zu Fall. Bezogen auf die Geschlossenheit der Akteure scheint der Clan-Begriff deshalb noch am ehesten auf Donetsk zuzutreffen, wo die regionalen Akteure zumindest offene Auseinandersetzungen untereinander und Bündnisse mit Vertretern rivalisierender Regionen vermieden haben.

Gleichzeitig ist Donetsk aber ein gutes Beispiel dafür, dass die ukrainischen Clans sehr instabil sind. So hat sich die Zusammensetzung des „regionalen Clans“ im Verlauf nur eines Jahrzehnts drei Mal fundamental gewandelt. Während in einer ersten Phase die Direktoren staatlicher Großbetriebe dominierten und auch politische Positionen besetzten, folgten anschließend die Schtscherbans, die auf Seiten der Wirtschaft neue kommerzielle Strukturen repräsentierten und in der Politik selber Funktionen übernahmen. Schließlich entstanden mit der Industrial Union of Donbas und System Capital Management zwei Industrieholdings, die mit einer nun erstmals autonom entstandenen politischen Elite ein enges regionales Netzwerk eingingen.<sup>133</sup>

Aufgrund dieser Einwände gegen den Begriff des Clans, soll hier von Seilschaften gesprochen werden. Regionale Seilschaften müssen dabei weder die gesamte Elite einer Region umfassen, noch müssen sie über die Zeit stabil bleiben. In diesem Sinne kann über die Ukraine gesagt werden, dass die Oligarchen ihre Verbindungen in die nationale Politik in der Regel mit Hilfe ihrer Seilschaften aus der eigenen Region gebildet haben. Regionale Politiker haben den Oligarchen Zugang zur nationalen Politik verschafft. Im Ergebnis sind in der nationalen Politik vor allem Unternehmer aus den Regionen präsent, die auch politisches Gewicht haben. Während sie ihre Einflussnahme anfangs auf die Exekutive konzentrierten, gewann gegen Ende der 1990er Jahre die Repräsentanz im Parlament für die Oligarchen zunehmend an Bedeutung.

### 5.3 Der direkte Draht zum Präsidenten

Die deutlich werdende Schwäche politischer Bewegungen und der gleichzeitige wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen Mitte der 1990er Jahre prägten

---

<sup>133</sup> Eine detaillierte Beschreibung bietet: Kerstin Zimmer: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbas, in: Melanie Tatur (ed.): The making of regions, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348. Siehe dazu auch die ausführlichere Darstellung in der Fallstudie zum Kohlebergbau (Kapitel 7).

die politische Strategie des 1994 gewählten neuen Präsidenten Leonid Kutschma. Sein politisches Kalkül konzentrierte sich nicht mehr auf politische Lager, wie sie im Parlament weiter vertreten waren, sondern auf regionale Seilschaften. Vertreter der politischen Elite einer Region wurden in nationale Ämter nach Kiew berufen. Mit Hilfe ihrer neu gewonnenen Kompetenzen konnten diese Politiker dann die Unternehmer fördern, mit denen sie durch Seilschaften verbunden waren. Die Politiker scheinen dafür in der Regel am Gewinn der Unternehmer über politische Korruption beteiligt worden zu sein. Die regionalen Seilschaften nutzten ihren Einfluss auf Massenmedien und auf die politische Stimmung in ihrer Region, um die öffentliche Meinung zugunsten des Präsidenten zu beeinflussen.

Auf diese Weise profitierten alle Beteiligten vom Arrangement. Die regionalen Politiker erhielten einflussreiche Positionen auf der nationalen Ebene und Bestechungszahlungen der Unternehmer. Die Unternehmer erhielten eine Vorzugsbehandlung durch die Politik, die ihnen immense Gewinne bescherte. Und der Präsident erhielt Unterstützung für seinen Wahlkampf. Entscheidend für den Präsidenten war nun, dass er so viele regionale Seilschaften integrierte, dass deren vereinigte Wahlkampfhilfe ausreichte, um die Präsidentschaftswahl zu gewinnen.<sup>134</sup>

Gleichzeitig musste der Präsident seine Position als zentraler Vermittler in diesem System sichern, um das Aufkommen eines internen Konkurrenten um das Präsidentenamt zu vermeiden. Dies hatte zur Folge, dass hohe Ämter häufig umbesetzt wurden, um keinen Konkurrenten heranwachsen zu lassen und durch regelmäßige Umverteilungen alle regionalen Seilschaften bedienen zu können. Klassisches Beispiel hierfür ist das Amt des Ministerpräsidenten. In der zehnjährigen Amtszeit von Präsident Kutschma amtierten sieben Ministerpräsidenten. Die Mehrheit von ihnen kam aus Dnipropetrowsk und gehörte damit zur regionalen Seilschaft Kutschmas. Zum Anfang der Amtszeit Kutschmas stellten alte sowjetische Seilschaften den Ministerpräsidenten. Gegen Ende der zweiten Amtszeit gelang einer Seilschaft aus Donetsk der Zugriff auf das Amt des Ministerpräsidenten. Der einzige Ministerpräsident ohne Verbindungen zu einer einflussreichen

---

<sup>134</sup> Einen Überblick über die politische Konstellation unter Kutschma gibt z.B.: Puglisi, Rosaria: The rise of the Ukrainian oligarchs, in: Democratization 3/2003, S.99–123.

Seilschaft war der reformorientierte Wiktor Juschtschenko von Ende 1999 bis Frühjahr 2001.<sup>135</sup>

Neben dem Amt des Ministerpräsidenten wurden auch viele Ministerposten, vor allem die mit Kompetenz im Wirtschaftsbereich, unter den regionalen Seilschaften aufgeteilt. Mit der Berufung von Medwedtschuk, dem strategischen Partner der Kiewer Dynamo-Gruppe, zum Leiter der Präsidentialverwaltung im Jahre 2002 wurde auch dieses Amt Teil des Ämterpokers der regionalen Seilschaften. Nähe zum Präsidenten erreichten regionale Seilschaften häufig auch über die Ernennung ihrer Vertreter zu persönlichen Beratern. Dabei kamen nicht nur regionale Politiker zum Zuge, sondern auch Oligarchen selber. Insbesondere in seine Wahlkampfteams holte Kutschma auch direkt Oligarchen mit Medieneinfluss.<sup>136</sup>

## 5.4 Der Einzug ins Parlament

Gegen Ende der 1990er Jahre hatte sich der Zugang der Oligarchen zur politischen Macht stabilisiert. Es kam zwar weiterhin zu Auf- und Abstiegen, aber diese waren nunmehr Teil des Austarierungsprozesses durch den Präsidenten und nicht mehr eine grundsätzliche Gefährdung für das System der Machtverteilung und seine zentralen Teilnehmer. Die regionalen Seilschaften hatten ihre Struktur und ihre Verbindungen zur nationalen Exekutive gefestigt. Diese Stabilität war aber abhängig von der Person des Präsidenten.

Hieraus ergaben sich für die regionalen Seilschaften Ende der 1990er Jahre zwei zentrale Probleme. Erstens musste die Wiederwahl Kutschmas bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999 gesichert werden, um zu verhindern, dass ein neuer Präsident die alten Seilschaften mit (durchaus berechtigten) Korruptionsvorwürfen an die Staatsanwaltschaft übergab. Zweitens konnte der Präsident als Leiter der Exekutive den regionalen Seilschaften zwar erhebliche Vorteile verschaffen, seine Handlungsmöglich-

---

<sup>135</sup> Ein Überblick über die Ministerpräsidenten und ihre Zuordnung zu Seilschaften findet sich in Tabelle 10.8 im Anhang.

<sup>136</sup> Zum Einfluss der Oligarchen auf die Exekutive siehe: Puglisi, Rosaria: The rise of the Ukrainian oligarchs, in: *Democratization* 3/2003, S.99–123, hier: S.111–115; Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluß von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: *Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa* 42 (2002), S.5–20, hier: S.13–14.

keiten wurden aber durch die Opposition des Parlaments erheblich eingeschränkt.

Beide Probleme legten die Gründung von Parteien nahe. Mehr noch als Massenmedien konnten Parteien dazu dienen, Wähler für den Präsidenten zu mobilisieren. Gleichzeitig konnten präsidentennahe Parteien im Parlament die Opposition zum Präsidenten aufbrechen. Über die Schaffung einer präsidentennahen Mehrheit im Parlament konnten die Oligarchen also zum einen Kutschma einen politischen Dienst erweisen, der seine Gunst auch über den erfolgreichen Wahlkampf hinaus permanent sicherte. Zum anderen bekamen sie damit neben dem Zugang zu Regierungsämtern einen zweiten Kanal, über den sie politische Entscheidungsprozesse direkt im eigenen Interesse gestalten konnten. Hinzu kam die Tatsache, dass die Immunität der Parlamentsabgeordneten vor Strafverfolgung für viele Oligarchen eine Rückversicherung gegen Korruptionsvorwürfe darstellte.

Die Vielzahl der Parteigründungen durch Oligarchen zeigt dabei erneut, dass die Beschränkung auf drei regionale Clans zur Erklärung der ukrainischen Politik zu kurz greift. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1999 wurden insgesamt sechs Parteien von Oligarchen dominiert, obwohl die führenden Donetsker Oligarchen sich zu diesem Zeitpunkt an der Parteibildung noch gar nicht beteiligten.

Drei Parteien, die von regionalen Seilschaften dominiert wurden, schieden schon vor der Präsidentschaftswahl 1999 aus dem Kutschma-Lager aus. Die traditionelle Interessenvertretung der Dnipropetrowsker Wirtschaftseliten war die *Volksdemokratische Partei der Ukraine (NDPU)*. Als ihr Vorsitzender, Walerij Pustowojtenko, 1998 Ministerpräsident wurde, galt die Partei als zentrale Interessenvertretung regionaler Seilschaften. Parteiinterner Widerstand gegen die erneute Präsidentschaftskandidatur Kutschmas und Pustowojtenkos Entlassung als Ministerpräsident führten jedoch 1999 zum Bedeutungsverlust der Partei. Die traditionelle Interessenvertretung der Donetsker Wirtschaftseliten war die *Liberale Partei*. Mit dem ehemaligen Gouverneur Wolodimir Schtscherban als Vorsitzenden begab sich die Partei jedoch bereits 1996 in Opposition zu Präsident Kutschma. Als Pawlo Lazarenko 1997 von Präsident Kutschma als Ministerpräsident entlassen wurde, gründete er die Oppositionspartei *Hromada*. Nachdem Lazarenko im Ausland unter dem Vorwurf der Geldwäsche verhaftet wurde, brach seine Partei auseinander.

Die Kutschma-nahen Oligarchen gruppierten sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1999 um vier politische Parteien. Die *Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPUo)* wurde 1998 von Vertretern der Kiewer Dynamo-Gruppe übernommen. Wiktor Medwedtschuk wurde Parteivorsitzender und schwor die ehemals gemäßigt oppositionelle Partei auf eine Kutschma-treue Linie ein. Dieselbe Strategie verfolgte Medienoligarch Wadim Rabinowitsch mit der *Grünen Partei der Ukraine (ZPU)*. Durch großzügige Parteifinanzierung konnte er die Personalpolitik der Partei bestimmen. Über die Parteiliste der Grünen zogen so zwölf Unternehmer in das 1998 gewählte Parlament ein. Die Gründung der *Arbeitspartei der Ukraine (TPU)* wurde im Frühjahr 1999 von der Dnipropetrowsker Holding Interpipe gesponsert. Der Leiter der Holding, Wiktor Pintschuk, wurde Parlamentsabgeordneter. Parteivorsitzender wurde der politische Patron der Holding, Serhij Tyhypko. Ebenfalls 1999 entstand die *Demokratische Union (DS)*. Im Parteivorstand waren führende Mitglieder aus Kutschmas Wahlkampfteam vertreten, darunter Medienoligarch Oleksandr Wolkow und der damalige Leiter der Staatsfirma Naftohaz Ukrainy Ihor Bakai.

Die vier Kutschma-nahen Oligarchenparteien bewirkten Ende 1999 eine deutliche Kräfteverschiebung im politischen System der Ukraine. Durch einen gut finanzierten Wahlkampf sicherten sie die Wiederwahl von Präsident Kutschma. Gleichzeitig warben sie im Parlament in großem Umfang Abgeordnete oppositioneller Fraktionen ab. Anfang 2000 stellten die pro-präsidentiellen Parteien erstmals eine Mehrheit im Parlament, die sie nutzten, um Vertreter der linken Opposition aus ihren Ämtern zu verdrängen.

Der nächste große Test für die präsidentennahen Oligarchen-Parteien wurden die Parlamentswahlen 2002. Die regionale politische Führung von Donetsk, die bereits 1999 in ihrer Region politische Unterstützung für Kutschma mobilisiert hatte, gründete nun die *Partei der Regionen*. Während die Oligarchen-Parteien 1998 einzeln angetreten waren, schlossen sich die meisten von ihnen 2002 mit anderen präsidenten-nahen Parteien zum Wahlblock „Für eine einig Ukraine“ zusammen. Die Werbekampagne des Blocks wurde zu großen Teilen von der Arbeiterpartei der Ukraine organisiert, hinter der die Holding Interpipe des Oligarchen Pintschuk steht. Neben dem Wahlblock war die SDPUo die zweite große Oligarchen-Partei bei den Parlamentswahlen. Die SDPUo betrieb den mit Abstand teuersten

Wahlkampf. Mit geschätzten 2,1 Mio. US-Dollar gab sie fast fünfmal soviel aus wie die führende Oppositionspartei. Die Grüne Partei und die Demokratische Union stellten sich ebenfalls als Einzelparteien zur Wahl, schafften aber nicht den Einzug ins Parlament. Ein klares Zeichen für den Einflussverlust der Medienoligarchen Rabinowitsch und Wolkow.

Zusätzlich zu ihren eigenen Parteien unterstützten die Oligarchen insgesamt neun Pseudo-Parteien, die im Wahlkampf das Programm der Oppositionsparteien imitierten, um Protestwähler zu neutralisieren. Die Pseudo-Parteien, die alle an der 4%-Hürde scheiterten, erhielten zusammen immerhin 13% der abgegebenen Stimmen. Alle von den Oligarchen finanzierten Parteien investierten zusammen etwa 5,5 Mio. US-Dollar in ihren Wahlkampf.

Trotzdem erreichten die präsidentennahen Parteien im neuen Parlament nur einen Stimmenanteil von knapp einem Drittel. Genau wie Anfang 2000 warben die Oligarchen-Parteien auch im neuen Parlament den Fraktionen der Oppositionsparteien in großem Umfang Abgeordnete ab. Im Ergebnis gelang es ihnen, eine relativ stabile pro-präsidentielle Mehrheit zu bilden.<sup>137</sup>

Während die Oligarchen also ursprünglich parallel zu den formellen Entscheidungsfindungsorganen über ihre persönliche Nähe zum Präsidenten Einfluss auf die Politik nahmen, gelang es ihnen mit dem Einzug ins Parlament ihren Einfluss zum Teil zu formalisieren und innerhalb der formellen Entscheidungsfindungsorgane zu wirken. Die Oligarchen wurden damit aber nicht einfach zum Bestandteil des formellen Systems. Die

---

<sup>137</sup> Zum Einfluss von Oligarchen auf politische Parteien siehe: Zimmer, Kerstin: Wahlen als Business. Betrachtungen zur Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr.60 (2004), S.35–40; Puglisi, Rosaria: The rise of the Ukrainian oligarchs, in: *Democratization* 3/2003, S.99–123, hier: S.109–115; Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluß von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42 (2002), S.5–20, hier: S.14–17. Zur Rolle von Parteien und Parlament im politischen Machtkampf siehe: Kowall, Tina: Experimente mit der Macht. Die Ukraine vor einer Verfassungsänderung, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr.60 (2004), S.52–55; Protsyk, Oleh / Wilson, Andrew: Centre politics in Russia and Ukraine. Patronage, power and virtuality, in: *Party Politics* 6/2003, S.703–727; Wilson, Andrew: Ukraine's 2002 elections. Less fraud, more virtuality, in: *East European Constitutional Review* 3/2002; D'Anieri, Paul: Leonid Kuchma and the personalization of the Ukrainian presidency, in: *Problems of Post-Communism* 5/2003, S.58–65; Herron, Erik S.: Causes and consequences of fluid faction membership in Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/2002, S.625–639; Kubicek, Paul: The limits of electoral democracy in Ukraine, in: *Democratization* 2/2001, S.117–139.

informelle Einflussnahme über persönliche Kontakte zur Exekutive war vielmehr weiterhin von zentraler Bedeutung.

Der Einfluss der Oligarchen lässt sich direkt durch die Schwäche der formellen Entscheidungsträger erklären. Da dem Präsidenten eine eigene Machtbasis, etwa durch eine eigene politische Partei oder aber auch einen eigenen Familienclan fehlte, musste er sich durch politische Zugeständnisse eine eigene Klientel schaffen. Diese Klientel musste vor allem seine Wiederwahl sichern können. Der Aufstieg der Oligarchen war deshalb nur möglich, weil die Kontrolle über Finanzmittel und Massenmedien zur Wählermobilisierung ausreichte. Politische Parteien waren weder in der Lage, die entsprechenden Mittel in ausreichendem Umfang zu mobilisieren, noch konnten sie sich auf die Parteibindung ihrer Wähler verlassen. Diese Schwäche der politischen Parteien ermöglichte den Oligarchen dann auch die Ausweitung ihres politischen Einflusses durch die Übernahme zentraler Parlamentsfraktionen.

Trotz dieses Eintritts in die formelle Sphäre des politischen Systems blieben die Oligarchen dabei, politische Entscheidungsprozesse über Geldzahlungen zugunsten ihrer privaten Geschäftsinteressen zu manipulieren. Sie trugen damit nicht zur Stärkung der formellen Akteure bei, indem sie einflussreichere politische Parteien schufen, sondern sie untergruben den formellen Entscheidungsprozess, indem sie demokratische Abstimmungsverfahren durch Stimmenkauf pervertierten und über ihre persönliche Nähe zum Präsidenten das Prinzip der Gewaltenteilung einschränkten.

## 5.5 Resümee: Die Oligarchen als politische Akteure

Der wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen begann mit den marktwirtschaftlichen Reformen Anfang der 1990er Jahre. Über politische Korruption sicherten sich die Oligarchen eine Vorzugsbehandlung durch staatliche Behörden, die ihnen große Gewinne bescherte. Als ernstzunehmende Akteure auf der politischen Bühne erschienen die Oligarchen jedoch erst Mitte der 1990er Jahre. Über ihre Seilschaften mit regionalen Politikern gelang es ihnen, nun systematisch Unternehmensbeteiligungen zu erwerben und Holdings aufzubauen. Auf diese Weise wurden die Oligarchen von Spekulanten und Händlern zu den größten privaten Eigentümern der ukrainischen Wirtschaft. Diese Wirtschaftskraft, die sie auch zur Übernahme von Massenmedien nutzten, verstärkte ihre Bedeutung für die Politik. Denn neben der Ressource „Finanzkraft“ besaßen sie nun auch die Ressour-

ce „Einfluss auf die öffentliche Meinung“. Mit diesen beiden Ressourcen konnten sie den Ausgang von Wahlen erheblich beeinflussen.

Die regionalen Seilschaften aus Oligarchen und ihnen nahe stehenden Politikern prägten die politische Landschaft der Ukraine seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Der erste Beweis eines zentralen Einflusses von Oligarchen auf die nationale Politik – im Unterschied zu einer zentralen Abhängigkeit von der nationalen Politik, wie sie etwa noch bei Tymoschenko zu erkennen war – wurde die Unterstützung der Wiederwahl von Präsident Kutschma und die Herstellung einer präsidentennahen Parlamentsmehrheit 1999/2000. Vor allem mit der Übernahme politischer Parteien wurden die Oligarchen selber zu Gestaltern von Politik. Der Unterschied zwischen Wirtschaft und Politik verwischte zusehends. Politische Karrieren wurden zur wesentlichen Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg und unternehmerischer Erfolg wurde in politische Karrieren umgesetzt. Die ukrainischen Oligarchen brachten die (legale und illegale) Vereinnahmungsstrategie damit zur Perfektion.

In diesem Sinne waren sie erfolgreicher als die russischen Oligarchen, die vorrangig auf eine illegale Vereinnahmungsstrategie setzten und deshalb politische Akteure zwar kontrollieren konnten, aber nur in ganz wenigen Ausnahmefällen selber an die Stelle politischer Akteure traten. Indem der russische Präsident Vladimir Putin die staatlichen Akteure disziplinierte und die strukturellen Lücken zwischen ihnen schloss, konnte er deshalb den Einfluss der Oligarchen entscheidend zurückdrängen.<sup>138</sup> In der Ukraine ist eine derartige Strategie nicht so einfach umzusetzen, da Oligarchen bereits zu staatlichen Akteuren geworden sind und erst aus diesen Positionen entfernt werden müssten, bevor ein Zusammenschluss staatlicher Akteure zu einer gemeinsamen Front gegen die Oligarchen möglich wäre.

Da die ukrainischen Oligarchen und ihre regionalen Seilschaften jedoch untereinander rivalisierten, existierten zwischen ihnen strukturelle Lücken, die der Präsident als „lachender Dritter“ instrumentalisieren konnte. Präsident Kutschma konnte so als Vermittler zwischen den rivalisierenden Seilschaften die formale Kontrolle behalten. Seine inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik wurden aber durch die Aufgabe eines permanenten Interessenausgleichs zwischen den Seilschaften stark eingeschränkt. Mit ihrem massiven Eintritt ins Parlament erlangten die regiona-

---

<sup>138</sup> Siehe dazu den Ländervergleich in Kapitel 3.

len Seilschaften ab 2000 zusätzlich Einfluss auf die strukturelle Lücke zwischen Präsident und Parlament. Die Oligarchen gewannen damit ein zusätzliches Druckmittel gegenüber Kutschma, der in vielen Bereichen auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen war.

Die Entwicklung der engen Verflechtung zwischen Oligarchen und Politik in der Ukraine soll in der folgenden Fallstudie zur „Kohle-Connection“ anhand der Donetsker Seilschaften noch einmal ausführlich analysiert werden.



## 6. Fallstudie 2: Die Kohle-Connection

Der ukrainische Kohlebergbau ist im Donbas konzentriert, der im Wesentlichen die Regionen Donetsk und Luhansk in der Ostukraine umfasst. Kohle wurde hier bereits im 19. Jahrhundert gefördert. In der Sowjetunion wurde die Kohle aus dem Donbas dann einer der zentralen Motoren der forcierten Industrialisierung. Die ukrainische Kohleproduktion stieg von 23 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 84 Millionen Tonnen 1940. In den 1950er Jahren wurde zusätzlich die Förderung im Kohlerevier Lwiw-Wolyn (Westukraine) und im Dnieper Braunkohlerevier (Zentralukraine) aufgenommen. Im Laufe der 1960er Jahre stieg die ukrainische Kohleproduktion auf 200 Millionen Tonnen im Jahr und verharrte auf diesem Niveau bis zum Ende der 1980er Jahre.

Die Krise der sowjetischen Planwirtschaft, das Ende der Sowjetunion und der folgende Wirtschaftskollaps führten zu einem Einbruch der ukrainischen Kohleförderung. Bis 1996 sank sie auf nur noch 71 Millionen Tonnen. Anschließend stabilisierte sie sich bei etwa 80 Millionen Tonnen im Jahr.<sup>139</sup> Der Donbas blieb dabei das Zentrum der Kohleproduktion, wie Tabelle 6.1 zeigt.

Tabelle 6.1: Die regionale Zusammensetzung der ukrainischen Kohleproduktion 1990–2002

Region (Kohlerevier)	1990	1995	2000	2002
Dnipropetrowsk (Donbas)	6%	12%	11%	12%
Donetsk (Donbas)	49%	55%	55%	53%
Luhansk (Donbas)	32%	25%	27%	30%
<i>Donbas insgesamt</i>	<i>87%</i>	<i>92%</i>	<i>93%</i>	<i>95%</i>
Dnipropetrowsk (Dnieper)	2%	3%	2%	1%
Kirowohrad (Dnieper)	5%	1%	1%	1%
<i>Dnieper insgesamt</i>	<i>7%</i>	<i>4%</i>	<i>3%</i>	<i>2%</i>
Lwiw (Lwiw-Wolyn)	5%	3%	3%	2%
Wolyn (Lwiw-Wolyn)	1%	1%	1%	1%
<i>Lwiw-Wolyn insgesamt</i>	<i>6%</i>	<i>4%</i>	<i>4%</i>	<i>3%</i>
Ukraine insgesamt	100%	100%	100%	100%
Entsprechend in Mio. Tonnen	165	84	81	82

Quelle: eigene Berechnung nach Daten des Ukrainischen Staatlichen Komitees für Statistik.

<sup>139</sup> Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Kohlebergbaus seit 1990 gibt Tabelle 10.5 im Anhang.

Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft sah sich der ukrainische Kohlebergbau aber nicht nur mit einem Produktionseinbruch konfrontiert sondern auch mit einer niedrigen Profitabilität. Die Ursachen hierfür waren vielfältig:

Da das größte ukrainische Kohlerevier, der Donbas, bereits seit 150 Jahren ausgebeutet wird, sind die geologischen Bedingungen der verbliebenen Kohlevorräte vergleichsweise schlecht. Die Kohleflöze liegen in großer Tiefe und sind vergleichsweise klein. Aufgrund hoher Schwefel- und Ascheanteile ist die Kohle außerdem von geringerer Qualität.

Die Verwendung veralteter sowjetischer Technik erhöht die Produktionskosten und führt immer wieder zu Unfällen. Etwa 80% der ukrainischen Kohlezechen sind seit mindestens 20 Jahren nicht mehr nennenswert modernisiert worden. Die Ukraine hat die weltweite höchste Rate bei Grubenunglücken und Arbeitsunfähigkeit von Bergleuten. Seit Mitte der 1990er Jahre sterben jedes Jahr etwa 200 bis 300 Bergleute bei Grubenunglücken.

Die meisten Kohlezechen werden weiterhin vom alten sowjetischen Management geleitet. Der nationale Kohlemarkt wird staatlich reguliert. Im Ergebnis sind marktwirtschaftliche Reformen im Kohlebergbau nicht nachvollzogen worden.

Aus sozialpolitischen Gründen haben die Kohlezechen in der Sowjetunion deutlich mehr Arbeiter beschäftigt, als zur Produktion erforderlich waren. Gleichzeitig waren die Zechen verantwortlich für soziale Einrichtungen zur Betreuung ihrer Belegschaft, wie Kindergärten, Freizeitanlagen und Sanatorien. Diese soziale Verantwortung belastet die finanzielle Lage der Zechen erheblich.

Die ukrainische Wirtschaftspolitik hat seit Mitte der 1990er Jahre versucht, die nationale Währung zu stabilisieren. Der hohe Wechselkurs hat bis zur Finanzkrise 1998 und erneut seit 2002/03 die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Kohle geschwächt. Dies wirkte sich nicht nur auf Exporte aus, sondern machte polnische und russische Kohle auf dem ukrainischen Markt zeitweise billiger als einheimische Kohle.

Die Folgen dieser ungünstigen Bedingungen lassen sich an einigen Zahlen demonstrieren. Auf dem Höhepunkt der ukrainischen Kohlekrise Mitte der 1990er Jahre produzierte ein ukrainischer Bergmann im Durchschnitt 105 Tonnen Kohle im Jahr, während ein polnischer Bergmann 400 Tonnen

produzierte und ein britischer sogar 2.000.<sup>140</sup> Die Produktionskosten pro Tonne Kohle erreichten dabei in der Ukraine 50 US-Dollar als der Weltmarktpreis bei 35 US-Dollar lag. Polen und Russland konnten beide für unter 40 US-Dollar produzieren.<sup>141</sup> Die ukrainischen Kohlezechen erwirtschafteten deshalb fast alle Verluste und waren von staatlicher Unterstützung abhängig. Einen Überblick über die direkten staatlichen Subventionen für den Kohlebergbau gibt Tabelle 6.2.

Tabelle 6.2: Staatliche Subventionszahlungen an den Kohlebergbau 1992–2003

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
In Mio. US-\$	625	1.241	1.215	259	760	990	900	410	348	348	348	510
In % des BIP	2,6	3,8	3,2	0,7	1,6	2,0	2,1	1,3	1,1	0,9	0,9	1,2

Anmerkungen: Aufgeführt werden die tatsächlich geleisteten Subventionen. Diese Angaben unterscheiden sich teilweise erheblich von den ursprünglich im Staatshaushalt vorgesehenen Subventionsleistungen. Die Umrechnung der Subventionen in US-Dollar erfolgte zum Durchschnittswert des Wechselkurses für das entsprechende Jahr. Aufgrund der Hyperinflation der frühen 1990er Jahre und der drastischen Abwertung der ukrainischen Währung nach der Finanzkrise 1998 sind die Werte in US-Dollar nur begrenzt miteinander vergleichbar. Als zusätzlicher Indikator für den Umfang der Kohlesubventionen wurde deshalb ihr Anteil am BIP aufgeführt.

Quellen: DIW (Berlin), Weltbank (Büro Kiew).

Als die direkten Subventionen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre reduziert wurden, kompensierte der Staat einen Teil der Verluste durch indirekte Subventionen, vor allem indem er Schulden der Kohlezechen tolerierte.<sup>142</sup> Der Kohlebergbau wurde so zu einem Zentrum der Nichtzahlungskrise. Ende 1996 hatten die Zechen Schulden von umgerechnet 2,6 Milliarden US-Dollar angehäuft, während Kohlekonsumenten gleichzeitig

<sup>140</sup> World Bank: Ukraine. Coal industry restructuring sector report, Washington 1996 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)), S.1.

<sup>141</sup> Lunina, I. / Chirščauzen, K. fon (Chr. v. Hirschhausen): Restrukturizacija ugol'noj promyšlennosti. Evropejskii opyt i situacija v Ukraine, in: Voprosy ekonomiki 5/1998, S.90–102, hier: S.95.

<sup>142</sup> Eine detaillierte Analyse indirekter Subventionen und ihrer Entlastungseffekte gibt: Legeida, Nina: Implicit subsidies in Ukraine, IER Working Paper 10 (2001) (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)).

den Zechen etwa 1,4 Milliarden US-Dollar schuldeten. 2003 standen die Schulden der Zechen immer noch bei gut 2 Milliarden US-Dollar, während sich die Schulden der Kohleabnehmer auf 0,9 Milliarden US-Dollar beliefen.

Neben der Verschuldung führten auch Barterzahlungen, d.h. Zahlungen mit Gütern anstelle von Geld, zu erheblichen Problemen. Der Anteil von Barterzahlungen erreichte in der Kohleindustrie 1997 mit 80% sein Maximum. Da ihnen Bargeld fehlte, waren die Kohlezechen nicht mehr in der Lage, Löhne und Steuern zu bezahlen. Mit der folgenden Abwertung der nationalen Währung und dem anschließenden Wirtschaftsaufschwung verbesserte sich die Situation erheblich. Barterzahlungen sanken kontinuierlich. 2002 lag ihr Anteil bereits bei unter 20% und im folgenden Jahr verloren sie endgültig an Bedeutung.<sup>143</sup>

Die Krise der Kohleindustrie hatte auch soziale Konsequenzen. Drei Aspekte sind dabei von besonderer Bedeutung. Erstens wurde ein großer Teil der Bergleute entlassen. Die Zahl der Beschäftigten in der ukrainischen Kohleindustrie hat sich in den letzten 15 Jahren fast halbiert. Unter den Bedingungen der post-sowjetischen Wirtschaftskrise hatten Bergleute kaum Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Zweitens wurden den weiterhin Beschäftigten aufgrund der Nichtzahlungskrise ihre Löhne nicht regelmäßig ausgezahlt. 1998 hatten die Kohlezechen gegenüber ihren Beschäftigten Lohnschulden in Höhe von fast 1 Milliarde US-Dollar angehäuft. Im Jahre 2003 standen die Lohnschulden im Kohlebergbau immer noch bei 0,2 Milliarden US-Dollar, was im Durchschnitt sechs Monatslöhnen der Beschäftigten entsprach. Drittens waren die Kohlebetriebe auch für einen großen Teil der sozialen Infrastruktur verantwortlich. Ihre Finanzkrise führte damit gleichzeitig zum Zusammenbruch von Teilen des Gesundheitssystems, der Kinderbetreuung und der Freizeitanlagen.<sup>144</sup>

---

<sup>143</sup> Alle Daten stammen vom Ukrainischen Staatskomitee für Statistik.

<sup>144</sup> Die sozialen Folgen der Kohlekrise analysieren am Beispiel zweier Bergbaustädte: Haney, Michael / Shkaratan; Maria: Mine Closure and its Impact on the Community. Five Years After Mine Closure in Romania, Russia and Ukraine, World Bank Policy Research Working Paper No. 3083, Washington 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)). Einen Überblick über Förderprogramme für entlassene Bergleute gibt: Wittkowsky, Andreas u.a.: Neue Wege geberfinanzierter Arbeitsmarktpolitik in der Ukraine, Berichte und Gutachten des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Berlin 2000, S.55–75 (im Internet veröffentlicht unter [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)).

## 6.1 Die Proteste der Bergleute

Verglichen mit anderen sozialen Gruppen ist das Protestpotential der ukrainischen Bergleute extrem hoch. Obwohl sie nur 5% der Beschäftigten stellen, waren sie in den 1990er Jahren für mehr als die Hälfte aller Streiks verantwortlich. Und sie waren die einzigen, die regelmäßig Demonstrationen und auch Maßnahmen zivilen Ungehorsams (wie die Blockade von Straßen und Eisenbahnschienen) organisierten. Einen Überblick über die Streikaktivitäten der ukrainischen Bergleute gibt Tabelle 6.3.<sup>145</sup>

Tabelle 6.3: Die Streiks der Bergleute im ukrainischen Vergleich 1994–2001

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Teilnehmende Bergleute in Tausend	24	48	109	49	51	25	19	5
Anteil am ukrainischen Gesamtwert	19%	83%	64%	42%	52%	60%	90%	71%
Verlorene Arbeitsstunden im Bergbau in Tausend	568	1.424	12.712	5.567	6.831	2.819	2.161	183
Anteil am ukrainischen Gesamtwert	20%	88%	74%	57%	65%	80%	96%	62%
Produktionsausfall im Kohlebergbau (Mio. US-\$)	5	15	77	51	47	15	6	1
Anteil am ukrainischen Gesamtwert	27%	98%	89%	91%	93%	96%	99%	87%

Anmerkung: Zahlen für 1992 und 1993 liegen nicht vor.

Quelle: Ukrainisches Staatskomitee für Statistik, eigene Berechnungen.

Das hohe Protestpotential der ukrainischen Bergleute lässt sich vor allem mit ihrer Geschlossenheit erklären. Diese Geschlossenheit wiederum lässt sich auf eine Reihe von Faktoren zurückführen. Erstens wurden die Bergleute in der Sowjetunion von der offiziellen Propaganda als Arbeiterelite glorifiziert. Diese Anerkennung und die harten Arbeitsbedingungen unter Tage förderten bei den Bergleuten ein Gefühl der Gemeinschaft und ein

<sup>145</sup> Ausführlichere Angaben finden sich in den Tabellen 10.17 bis 10.19 im Anhang.

„Elitebewusstsein“. Zweitens erleichterte die geographische Konzentration der Kohleindustrie im Donbas die Entwicklung einer einheitlichen Organisation. Drittens blieben die Kohlebetriebe nach dem Ende der Sowjetunion alle in Staatsbesitz. Dementsprechend war die nationale Regierung der zentrale Ansprechpartner für die Bergleute. Während sich die Beschäftigten privater Betriebe mit ihren Protesten gegen die Unternehmensleitung wandten und deshalb keine nationale Organisation benötigten, waren die meisten anderen Gruppen von Staatsbeschäftigten über das ganze Land verstreut und hatten es deshalb schwerer als die Bergleute, gemeinsame Aktionen zu koordinieren.

Die resultierenden Protestaktionen der Bergleute lassen sich in drei Phasen einteilen:

- Massenstreiks in Reaktion auf die Wirtschaftskrise (1989–93);
- Massenstreiks in Reaktion auf staatliche Reformmaßnahmen (1995–98);
- Maßnahmen zivilen Ungehorsams durch eine radikalisierte Minderheit (seit 1999).

Ende der 1980er Jahre reagierten die Bergleute in der Ukraine, Russland und Kasachstan mit Massenstreiks auf die Krise der sowjetischen Planwirtschaft. 1989 und erneut 1991 legten sie die Produktion in allen großen sowjetischen Kohlerevieren lahm. Da die sowjetischen Gewerkschaften als Teil des sowjetischen Systems diskreditiert waren, gründeten die Bergleute ihre eigene unabhängige Gewerkschaft (in der Ukraine: NPHU). Nach dem Ende der Sowjetunion kam es 1993 erneut zu Massenstreiks in der Ukraine und in Russland. In beiden Ländern konzentrierten sich die Forderungen der Bergleute auf Lohnerhöhungen. Sie reagierten damit auf den Status- und Einkommensverlust, den die marktwirtschaftlichen Reformen ausgelöst hatten.

In der Ukraine wurde der Streik der Bergleute von der NPHU unterstützt, die sich zum zentralen Koordinator der Proteste entwickelte. Die ehemals staatliche Gewerkschaft der Bergleute, PRUP, sah sich nun gezwungen, die Proteste ebenfalls zu unterstützen, wenn sie ihre Mitglieder nicht verlieren wollte. Der Streik erhielt auch die Unterstützung der Leiter der Kohlebetriebe und der regionalen politischen Führung von Donetsk. Beiden Gruppen gelang es, die Bergleute zur Unterstützung ihrer eigenen Forderungen zu veranlassen. Die Bergleute verlangten so von der nationalen Regierung nicht nur Lohnerhöhungen sondern auch vermehrte Subventionen für die Kohlebetriebe und regionale Autonomie für den Donbas.

Präsident Leonid Krawtschuk reagierte auf den Druck, indem er den Bürgermeister von Donetsk und ehemaligen Zechendirektor Juchim Zwjahilskij zum Ministerpräsidenten ernannte. Gemeinsam mit Zwjahilskij übernahmen eine Reihe von Politikern aus dem Donbas Regierungsämter in Kiew.<sup>146</sup>

Als die nächste ukrainische Regierung unter dem neuen Präsidenten Leonid Kutschma gemeinsam mit der Weltbank ein Restrukturierungsprogramm für die Kohleindustrie erarbeitete, das umfangreiche Zechenschließungen vorsah, reagierten die Bergleute mit einer neuen Welle von Massendemonstrationen und Protestmaßnahmen wie die Blockade von Straßen und Eisenbahnstrecken. Erst im Sommer 1998 gelang es der Regierung, die Protestbewegung der Bergleute zu schwächen. Sie nutzte dabei die Rivalität zwischen den beiden Gewerkschaften der Bergleute. Die gemäßigte PRUP wurde durch Zugeständnisse zur Aufgabe der Proteste bewegt. Gewerkschaftsführer erhielten Regierungsämter, darunter die Position eines stellvertretenden Kohleministers. Der Leiter der PRUP wurde Parlamentsabgeordneter und trat später der präsidentennahen Fraktion „Regionen der Ukraine“ bei. PRUP erhielt zusätzliche staatliche Gelder für die Gewerkschaftsarbeit.

Während die gemäßigte PRUP so inkorporiert wurde, setzte die Regierung radikalere Bergleute systematisch unter Druck. Der Leiter der NPHU, Mychaylo Wolyneć, beklagte sich wiederholt darüber, dass er von staatlichen Organen beschattet würde und seine Familie regelmäßigen Drohungen ausgesetzt sei. Dieser Druck machte die NPHU zu einem Verbündeten der politischen Opposition gegen Präsident Kutschma. Im Sommer 2001 wurde die NPHU Mitglied im Wahlblock von Julia Tymoschenko. Wolyneć wurde Mitglied der Parlamentsfraktion des Blocks. Gleichzeitig setzte die NPHU ihre Unterstützung für radikale Protestmaßnahmen von Bergleuten

---

<sup>146</sup> Zum Massendemonstration der ukrainischen Bergleute von 1993 siehe: Crowley, Stephen: Hot coal, cold steel, Ann Arbor 1997, S.173–181; Borisov, Vadim: Zabastovka kak forma aktivnosti trudjaščichsja v period provedenija ekonomičeskich reform (na primere zabastovki w Donbasse, 1–20 ijunja 1993 g.), Moskau 1993 ([www.csv.warwick.ac.uk/fac/soc/complab/studs-article1.doc](http://www.csv.warwick.ac.uk/fac/soc/complab/studs-article1.doc)).

fort. So wurden etwa im Sommer 2002 wiederholt staatliche Gebäude in Kiew blockiert und Hungerstreiks organisiert.<sup>147</sup>

Da die ukrainischen Bergleute organisatorisch in zwei rivalisierende Gewerkschaften gespalten blieben, gelang es ihnen nicht, die zentralen politischen Entscheidungsträger, d.h. vor allem die nationale Regierung, langfristig unter Druck zu setzen. Auch fehlte den Bergleuten die organisatorische Kompetenz, um die Umsetzung der staatlichen Versprechen angemessen zu überwachen. Die Massenproteste der Bergleute wurden so von der Regierung „ausgesessen“. Waren die Streiks vorbei, fehlte den Bergleuten eine Interessenvertretung, die ihre Forderungen in regelmäßigen Konsultationen und über öffentliche Stellungnahmen in die Politik einbringen konnte. Ein kontinuierlicher Verhandlungsprozess zwischen Regierung und Bergleuten kam deshalb nicht zustande.

Diese organisatorische Schwäche der Bergleute konnten andere Akteure ausnutzen und die Proteste der Bergleute in ihrem Interesse instrumentalisieren. Indem sie sich zu Sprachrohren der Bergleute erklärten, konnten die Betriebsleiter der Kohlebetriebe, die so genannten roten Direktoren, und die politische Elite des Donbas den Druck der Protestaktionen in ihrem eigenen Interesse nutzen.

## 6.2 Die roten Direktoren als heimliche Strippenzieher

Die meisten Direktoren der ukrainischen Kohlebetriebe hatten ihre Position bereits in der sowjetischen Planwirtschaft erhalten und sahen ihre zentrale Aufgabe in der Erhöhung staatlicher Subventionen für ihren Betrieb. Die Proteste der Bergleute konnten für dieses Ziel gut instrumentalisiert werden, indem die Bergleute überzeugt wurden, dass zu geringe staatliche Leistungen die Ursache der Kohlekrise seien und gleichzeitig der Regierung suggeriert wurde, dass erhöhte Subventionen zum umgehenden Ende der Proteste führen würden. In vielen Fällen wurden die zusätzlichen Subventionen

---

<sup>147</sup> Einen Überblick über die Protestaktionen gibt Tabelle 10.19 im Anhang. Zur Strategie der Gewerkschaften siehe: Dodonov, Boris: Can trade unions protect Ukrainian miners' rights?, in: RFE/RL (Un)Civil Societies 4. September 2002 (im Internet veröffentlicht unter [www.rferl.org](http://www.rferl.org)); Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass, in: Tatur, Melanie (Hg.): The making of regions, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348, hier: S.296–308 und 317–320.

jedoch nicht an die Bergleute weitergegeben, sondern durch das Management unterschlagen.<sup>148</sup>

Eine von der Weltbank veröffentlichte Studie stellte so fest: Das staatliche Subventionssystem für den Kohlebergbau „versucht dringende Probleme einzelner Zechen oder Lohnrückstände und Nichtzahlungskrise durch ein umfassendes allgemeines Unterstützungsprogramm zu lösen. Die willkürliche Zuweisung von Staatsgeldern, das Fehlen von Kontrollmechanismen und chronische Unterfinanzierung sind typisch für dieses System. Im Ergebnis verringert das staatliche Unterstützungssystem Anreize für Maßnahmen zur Effizienzverbesserung der Kohleproduktion und fördert beim Management eine parasitäre Haltung.“<sup>149</sup> Klassischer Ausdruck dieser parasitären Haltung ist der Versuch vieler Direktoren die Regierung und nicht die eigene Misswirtschaft für Lohnrückstände verantwortlich zu machen. Die Direktoren haben so die Bergleute ermutigt, gemeinsam gegen Lohnrückstände zu protestieren und die Problematik damit auf die politische Ebene zu verlagern. Diese Strategie hat häufig funktioniert, indem die Regierung durch erhöhte Subventionszahlungen de facto ihre Verantwortung akzeptierte.

Wenn die Protestaktionen der Bergleute allerdings eskalierten und die Kohleproduktion längerfristig lahm zu legen drohten, ohne die erwünschten zusätzlichen Subventionen zu erreichen, distanzieren sich die Betriebsleiter häufig von den Protesten. Als die Regierung Mitte der 1990er Jahre begann, die gemäßigte Gewerkschaft PRUP zu inkorporieren und radikalere Bergleute zu isolieren, ermutigte sie die Betriebsleiter, ihrer Strategie zu folgen. Einige Betriebsleiter setzten dementsprechend Streikleiter in ihrem Betrieb unter Druck und verklagten sie vor Gericht.

Obwohl die Regierung als Eigentümer der Kohlebetriebe die Betriebsleiter nach eigenem Ermessen ernennen und entlassen konnte, gelang es ihr nie, die Kohlebetriebe vollständig unter Kontrolle zu bringen. Viele Direk-

---

<sup>148</sup> Fonkich, Kateryna: Rent Seeking and Interest Groups under Institutions of Transition: The Case of Ukraine, Paper to the International Conference on Institutions in Transition, Slovenia, 22–24 June 2000, S.29–32. 2002 wurden insgesamt 1.300 Fälle von Unterschlagungen im Kohlebergbau aufgedeckt. Der Gesamtschaden belief sich auf fast 5 Millionen US-Dollar. (Den' 17 January 2003)

<sup>149</sup> Center for Economic Development, Coal Consulting Center, Donetsk Analytical Center: The major problems of development of the coal sector and the Donbass region, Concise report, draft version, Kiew 2003, S.10, (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)).

toren konnten ungehindert Mittel ihres Betriebes unterschlagen und damit dem Staat als Eigentümer erhebliche Einnahmen vorenthalten. Gleichzeitig boykottierten die Direktoren Mitte der 1990er Jahre erfolgreich die Integration ihrer Betriebe in staatlich gelenkte Kohle-Holdings.

### 6.3 Die Donetsker Holdings als neue Strippenzieher

Die größten Abnehmer ukrainischer Kohle sind die Elektrizitätswirtschaft und die Stahlindustrie, die zusammen für etwa zwei Drittel des gesamten Verbrauchs verantwortlich sind. Da die Elektrizitätswirtschaft Kohle für die Verstromung benötigt, während die Stahlindustrie qualitativ höherwertige Kokskohle nachfragt, sind die Märkte für diese beiden Abnehmergruppen getrennt. Die Nichtzahlungskrise in der Stromwirtschaft betrifft deshalb nur die Produzenten von Stromkohle. In Reaktion auf die finanziellen Probleme hat die nationale Regierung hier eine staatliche Vermarktungsgesellschaft geschaffen, die die Zahlungsmoral der Stromproduzenten verbessern soll.<sup>150</sup>

Ganz anders entwickelte sich der Markt für Kokskohle, als die Metallindustrie Ende der 1990er Jahre aufgrund steigender Weltmarktpreise und der drastischen Abwertung der ukrainischen Währung begann, erhebliche Gewinne im Export zu erwirtschaften. Seit 1998 haben die großen Holdings, die in der Metallindustrie engagiert sind, versucht, die Kontrolle über ihre Zulieferer in der Kohleindustrie zu übernehmen. Zwei Holdings gelang es im Zuge der Privatisierung jeweils eine Zeche zu übernehmen. Da die übrigen Kohlebetriebe jedoch im Staatsbesitz verblieben, war die Übernahme einer direkten Kontrolle nicht möglich. Die Holdings begannen stattdessen, Kohlebetrieben Kredite für den Erwerb von Fördertechnik zu gewähren. Die Fördertechnik wurde teilweise zu erheblich überhöhten Preisen geliefert und brachte die Kohlebetriebe in finanzielle Abhängigkeit von den Holdings. Diese finanzielle Abhängigkeit wurde dann benutzt, um die Betriebsleitungen mit der Androhung von Konkursverfahren unter Druck zu setzen. Auf diese Weise haben die Holdings einen erheblichen Einfluss auf staatliche Kohleproduzenten gewinnen können. In etlichen Fällen ist es ihnen über Konkursverfahren sogar gelungen, das Management

---

<sup>150</sup> Zur Problematik des Stromkohlemarktes siehe: Institute for Economic Research: Ukrainian steam coal. Not competitive or just mismanaged?, Advisory Paper T19, Kiew 2003, S.6 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)).

der Kohlebetriebe auszuwechseln.<sup>151</sup> Einen Überblick über das Engagement der Holdings gibt Tabelle 6.4.

Alle diese Holdings haben als Kohleabnehmer ein Interesse an staatlichen Subventionen für den Kohlebergbau, da die staatlichen Subventionen den Kohlepreis reduzieren. Gleichzeitig haben sie aufgrund der kreditfinanzierten Lieferung von Fördertechnik auch ein direktes Interesse an der finanziellen Situation der Kohlebetriebe. Da die im Verkokungsbereich aktiven Holdings alle ihren Sitz in der Region Donetsk haben, haben sie eine Seilschaft mit der Donetsker Regionalverwaltung entwickelt.

Von 1992 bis 1994 hatte vor allem Kontsern Energo, damals noch ein Kohlehändler, gute Verbindungen in die regionale Politik. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden dann die neuen Holdings der Donetsker Oligarchen, insbesondere die Industrial Union of Donbas (ISD) und seit 2000 auch System Capital Management (SKM), einflussreicher. Im Kohlegeschäft arbeiten diese beiden Holdings mit ARS zusammen, wie Kontsern Energo ein Kohlehändler der frühen 1990er Jahre, der später Verkokungsanlagen erwarb. ARS liefert Koks für die Metallbetriebe von SKM. Das Management von SKM ist im Vorstand von ARS vertreten. Der Leiter von ARS, Ihor Gumenjuk, nennt den Besitzer von SKM, Rinat Achmetow, seinen „besten und engsten Freund“.<sup>152</sup> Im Jahre 2000 vereinigten ARS und ISD ihre Produzenten von Fördertechnik in der gemeinsam geleiteten Holding Ukruglemasch. Die neue Holding wurde der führende Anbieter von Fördertechnik für den ukrainischen Kohlebergbau. SKM und ISD koordinieren ihre Aktivitäten auf dem Metallmarkt und leiten einige Metallbetriebe gemeinsam. Die drei zentralen Vertreter der Donetsker Metallindustrie im Kohlebergbau arbeiten also eng zusammen und vertreten ihre Interessen gemeinsam.<sup>153</sup>

---

<sup>151</sup> Institute for Economic Research and Policy Consulting: Price distortions in the Ukrainian coal sector and how to overcome them, Policy Advice Paper O21, Kiew 2001, S.10–12 (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)); InwestGazeta 19. November 2002, S.12; Bogatov, Oleg: Recent developments in the Donbass' coal industry, analysis for the University of Sunderland, Kiew 2001 (im Internet veröffentlicht unter [www.sunderland.ac.uk/~os0hva/bog.htm](http://www.sunderland.ac.uk/~os0hva/bog.htm)).

<sup>152</sup> Interview in Donetskie Nowosti 19. Dezember 2002.

<sup>153</sup> Portraits dieser Holdings finden sich bei: Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbas, in: Tatur, Melanie (Hg.): The making of regions, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348, hier: S.274–294; InwestGazeta 19. November 2002, S.12–13 (zu ARS), 26. November 2000, S.13 (zu Kontsern Energo), 25. März 2003, S.12–13 (zu SKM); Bogatov, Oleg: Recent developments in the Donbass' coal industry, analysis

Tabelle 6.4: Die großen Holdings mit Interesse am Kohlebergbau (Stand: 2003)

Holding (Firmensitz)	Kohlezechen	Kohlehändler	Verkokungs- anlagen	Stahlwerke
ARS (Donetsk)	Zeche ,Komsomolec Donbas'	ARS	Awdeewskij KKhZ Donetskkoks Zaporozhkoks Charkovskij KKhZ	Partnerschaft mit System Capital Management
Industrial Union of Donbas (Donetsk)	Keine	Donetsk Industrial Union	Alshewsiyj KKhZ	3 Stahlwerke 2 Röhren- werke
Kontsern Energo (Donetsk)	Zeche ,Krasnoar- mejskaja – Zapadnaja' 2 russische Zechen	Kontsern Energo	Jasinowskij KKhZ	Donetskstal
Privatbank (Dnipro- petrowsk)	keine	keines	Bagleikoks Dneprokoks Dneprodzerzhinskij KKhZ	4 Stahlwerke
System Capital Management (Donetsk)	keine	Danko Partnerschaft mit Embrol	Markokhim Partnerschaft mit ARS	Anteile an 6 Metallbe- trieben

Quelle: InwestGazeta: Top 100, Kiew 2003; InwestGazeta 22.10.2002, S.12–13 (zu Verkokungsanlagen); InwestGazeta 26.11.2002, S.13; Delowaya stolica 28.7.2003, S.8 (zum Kontsern Energo).

## 6.4 Die Zusammenführung in einer regionalen Seilschaft

Die zentralen Kohleregionen in der Ukraine sind Donetsk und Luhansk, die gemeinsam das ukrainische Donbas formen und für etwa drei Viertel der ukrainischen Kohleproduktion verantwortlich sind.<sup>154</sup> Trotzdem dominiert der Kohlebergbau die regionale Wirtschaft im Donbas nicht. Sein Anteil am regionalen BIP liegt bei nur 15% für Luhansk und 10% für Donetsk.

---

for the University of Sunderland, Kiew 2001 (im Internet veröffentlicht unter [www.sunderland.ac.uk/~os0hva/bog.htm](http://www.sunderland.ac.uk/~os0hva/bog.htm)).

<sup>154</sup> Siehe Tabelle 6.1.

Zentraler Wirtschaftszweig ist vielmehr die Metallindustrie, die in Donetsk und Luhansk für fast ein Drittel der regionalen Wirtschaftsproduktion verantwortlich ist. Da Donetsk mit einem Anteil von 12% am ukrainischen BIP im Vergleich zu Luhansk mit einem Anteil von 4% die bei weitem größere Wirtschaftskraft hat, hat Donetsk traditionell die politische Vertretung des Donbas in der nationalen Politik übernommen.<sup>155</sup>

Im Zuge der Bergarbeiterstreiks Ende der 1980er Jahre erlangten die Direktoren der Kohlebetriebe Einfluss in der regionalen Politik von Donetsk. Als die Ukraine 1992 unabhängig wurde, versuchten sie für ihre Region weitgehende Autonomie zu erreichen. So gelang es ihnen, das Ukrainische Staatskomitee für die Kohleindustrie nach Donetsk zu holen. Die Verantwortung für die Kohleindustrie des Landes lag damit de facto bei den Kohledirektoren von Donetsk. 1993 benutzte die politische Führung von Donetsk den Bergarbeiterstreik, um den Druck auf das Zentrum weiter zu erhöhen. Im Ergebnis wurde der Bürgermeister von Donetsk und ehemalige Zechendirektor Juchim Zwjahilskij zum Ministerpräsidenten ernannt.

Als Leonid Kutschma im folgenden Jahr die Präsidentschaftswahl gewann, ersetzte er die Regierungsmitglieder aus Donetsk mit Politikern aus seiner Region Dnipropetrowsk. In Donetsk brachte der Fall von Zwjahilskij eine neue Generation von Oligarchen an die Macht. Mit Wolodimir Schtscherban wurde ihr Vertreter zum Gouverneur der Region gewählt.<sup>156</sup> Der Konflikt mit regionalen Seilschaften aus Dnipropetrowsk und interne Machtkämpfe schwächten jedoch den Einfluss Schtscherbans. Auf der nationalen Ebene spielte Donetsk keine Rolle mehr. Ende 1996 wurde Schtscherban von Kutschma entlassen und durch Jurij Poljakow, einen Verbündeten der Dnipropetrowsker Seilschaft von Ministerpräsident Lazarenko, ersetzt.<sup>157</sup> Damit hatten die Eliten von Donetsk sogar ihren

---

<sup>155</sup> Zur Wirtschaftsstruktur der Regionen siehe: Kačan, Evhen (Hg.): *Rozmiščennja produktivnich sil Ukrajinjy*, Kiew 2002. Zur Kohleindustrie in Donetsk siehe: Amoša, A.I. u.a.: *Analityčeskaja zapiska o rabote ugoľnoj promyšlennosti Donetskoj oblasti v 2002 godu i perspektivach ee raboty v 2003 godu*, Donetsk 2003. Zur Wirtschaftskraft der Regionen im nationalen Vergleich siehe Tabelle 10.6 im Anhang.

<sup>156</sup> Ein Portrait der politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten von Schtscherban findet sich im vorhergehenden Kapitel zu den Oligarchen.

<sup>157</sup> Dieser Eingriff Kutschmas in das regionale Machtgefüge wurde möglich, nachdem eine Verfassungsänderung dem Präsidenten das Recht zur Ernennung der Gouverneure gab. Schtscherban war noch in direkten Wahlen als Gouverneur bestimmt worden.

Einfluss auf die regionale Politik verloren. Die Interessen des Kohlebergbaus wurden damit auf der politischen Ebene neutralisiert, lange bevor es dem Zentrum gelang, die Protestbewegung der Bergleute zu stoppen.<sup>158</sup>

1997 als Lazarenko als Ministerpräsident entlassen wurde, verlor auch seine regionale Seilschaft ihren Einfluss. Neben Julia Tymoschenko war Poljakow ein weiteres prominentes Opfer. Als seinen Nachfolger ernannte Kutschma Wiktor Janukowitsch zum Gouverneur von Donetsk. Janukowitsch gelang es, die Konflikte innerhalb der Donetsker Elite zu beenden. In der neuen regionalen Seilschaft verloren die roten Direktoren und die Händler ihre Bedeutung. Sie wurden durch die Holdings der aufstrebenden Donetsker Oligarchen ersetzt. Eine Folge dieser Entwicklung war, dass die Regionalverwaltung nun die Integration von Kohlezechen in die Holdings befürwortete.

In diesem Zusammenhang wandelte sich auch die Position der Regionalverwaltung zur Kohlereform. Während die roten Direktoren unter Zwjahilskij Zechenschließungen prinzipiell abgelehnt hatten, waren die neuen regionalen Eliten unter Janukowitsch durchaus bereit, unprofitable, für die Metallindustrie nicht relevante Zechen zu schließen. Auf diese Weise würden staatliche Subventionen vorrangig den oligarchen-nahen Kohlebetrieben zugute kommen. Im Konzept der Donetsker Regionalverwaltung sollte der Staat den Kohlevertrieb an industrielle Abnehmer organisieren und durch Subventionen niedrige Verkaufspreise gewährleisten.<sup>159</sup>

Der Einflussverlust der Kohledirektoren in der regionalen Seilschaft zugunsten der Holdings hatte gleichzeitig zur Folge, dass die Regionalverwaltung Proteste der Bergarbeiter nicht unterstützte. Die protestierenden

---

<sup>158</sup> Zur politischen Rolle der regionalen Elite von Donetsk 1994–96 siehe: Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbas, in: Tatur, Melanie (Hg.): The making of regions, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–248, hier: S.270–272 und 274–294; Varfolomeyev, Oleg: Rival clans mix business, politics, and murder, in: Transition 04 April 1997.

<sup>159</sup> Das Konzept der Regionalverwaltung von Donetsk wurde formuliert in: Bajsarov, L.V. u.a. (Hg.): Privlečenie investicij v ugol'nuju promyšlennost' Ukrainy. Sostojanie, problemy i puti rešenija, Kiew 2002, S.24–27 [Einer der Herausgeber ist Janukowitsch. Unter den Autoren finden sich führende Vertreter der staatlichen Verwaltung der Kohleindustrie.] Janukovič, V.F.: Ugol'naja promyšlennost' v sisteme rynočnych preobrazovanij bazovych otraslej regiona, in: Ugol' Ukrainy 6/1999, S.3–6 und Grinev, V. / Vovčenko, A.: Ugol'naja otrasl' Doneckoj oblasti na puti k rynočnym otnošenijam, in: Ekonomika Ukrainy 8/1999, S.79–81 [Wowtschenko war zum Zeitpunkt der Publikation Leiter der Abteilung für Kohlebergbau und Energiewirtschaft in der Regionalverwaltung von Donetsk].

Bergarbeiter konnten so auf der politischen Ebene keine Verbündeten gewinnen, was der Regierung die Inkorporation der gemäßigten Bergarbeitergewerkschaft erleichterte. Gleichzeitig erlaubte die neue Position zur Kohlereform der Regionalverwaltung von Donetsk die Kooperation mit Präsident Kutschma.

Als Kutschma 1999 im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen darauf angewiesen war, seine Machtbasis über die Dnipropetrowsker und Kiewer Seilschaften hinaus auszuweiten, gelang es der Donetsker Regionalverwaltung und den Donetsker Oligarchen in ihrer Region einen erfolgreichen Wahlkampf für Kutschma zu organisieren. Trotz der pro-kommunistischen Orientierung der altindustriellen Region erhielt Kutschma im zweiten Wahlgang in Donetsk die Stimmenmehrheit. Janukowitsch und seine Donetsker Seilschaft erhielten auf diese Weise einen ersten Zugang zum Präsidenten. Seit 1999 waren sie in mehreren Beratungsgremien vertreten.

2002 gelang dann der neugegründeten Partei der Donetsker Eliten, der Partei der Regionen, der Einzug ins nationale Parlament als Mitglied des präsidenten-nahen Wahlblocks. Aufgrund des Wahlerfolges in der Region Donetsk, in der 10% der ukrainischen Bevölkerung leben, erreichte die Partei 8% der Stimmen im Parlament. Damit war die Grundlage geschaffen, für den erneuten Aufstieg der Donetsker Seilschaft in die nationale Politik. Im November 2002 wurde Janukowitsch von Kutschma zum Ministerpräsidenten ernannt. In Folge seiner Ernennung erhielten Vertreter seiner Donetsker Seilschaft einflussreiche Posten in Kiew. Im Gegensatz zu Zwjahilskij, der 1993 die Donetsker Seilschaft nach Kiew gebracht hatte, vertritt Janukowitsch aber nicht die Interessen der Kohledirektoren. Seine Kohle-Connection konzentriert sich vielmehr auf die Interessen der Kohleverbraucher aus der Donetsker Metallindustrie.<sup>160</sup>

## 6.5 Die Übernahme der nationalen Regierung

In der nationalen Regierung war direkt nach der Unabhängigkeit ein Staatskomitee für die Kohleindustrie verantwortlich. 1994 wurde das Komitee zum Kohleministerium umgewandelt. 1999 wurde das Kohleministerium dann in das Energieministerium eingegliedert. Das Komitee bzw.

---

<sup>160</sup> Zur politischen Rolle der Donetsker Eliten seit 1997 siehe: Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbas, in: Tatur, Melanie (Hg.): The making of regions, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348, hier: S.272–273.

Ministerium mit Zuständigkeit für den Kohlebergbau wurde grundsätzlich von einem stellvertretenden Ministerpräsidenten koordiniert.

Obwohl es also immer ein Regierungsorgan mit direkter Verantwortung für den Kohlebergbau gab, haben auch andere Organe der Exekutive Einfluss auf die Kohlepolitik genommen. Das Finanzministerium hatte Einfluss auf den Umfang der Kohlesubventionen im Staatshaushalt. Das Industrie- bzw. Wirtschaftsministerium hatte im Rahmen der Strukturpolitik Kompetenzen, die auch den Kohlebergbau betrafen. Der Fond für Staatsvermögen erhielt Verantwortung für die Privatisierung von Kohlebetrieben. Alle diese Regierungsorgane unterstehen formal dem Ministerpräsidenten, welcher wiederum vom Präsidenten abhängig ist. Gleichzeitig mussten wichtige Aspekte der Kohlepolitik, wie etwa der Umfang der Subventionen im Staatshaushalt, vom Parlament genehmigt werden.

Das Parlament wurde aber regelmäßig umgegangen. Die Organisationsstruktur des Kohlebergbaus wurde durch Regierungsverordnungen geregelt. Kohlesubventionen, die als Teil des Staatshaushaltes vom Parlament genehmigt werden mussten, wurden in den meisten Jahren nicht entsprechend der Vorgaben des Haushalts sondern entsprechend der autonomen Entscheidung der Regierung ausgezahlt.

De facto wurde die Kohlepolitik deshalb grundsätzlich von der Regierung gestaltet. Hierbei kam dem Kohle- bzw. Energieministerium eine zentrale Rolle zu. Die endgültige Entscheidung lag jedoch beim Ministerpräsidenten, der sich in den meisten Fällen aktiv am Entscheidungsfindungsprozess beteiligte. Präsident Kutschma hat wiederholt klargestellt, dass er die Kohlereform als Aufgabe der Regierung und des Ministerpräsidenten persönlich sieht. Auf diese Weise hat Kutschma einerseits zeigen können, dass er die Kohlereform wichtig nimmt, andererseits aber eine direkte Übernahme von Verantwortung für die Kohlekrise abgelehnt.

In den 1990er Jahren wurde das Kohleministerium von der Kohlelobby aus dem Donbas dominiert. Alle sechs Kohleminister haben ihre Karriere im Kohlebergbau des Donbas gemacht. Fünf kamen aus Donetsk, einer aus Luhansk. Bis auf einen hatten in den späten 1980er Jahren alle die Position eines Zechendirektors erreicht. Drei hatten bereits in der sowjetischen Staatsverwaltung des Kohlebergbaus gearbeitet.<sup>161</sup> Dementsprechend befürwortete das Kohleministerium die Subventionierung der Branche und

---

<sup>161</sup> Einen Überblick über die Amtsinhaber gibt Tabelle 6.5. Die biographischen Informationen stammen aus den dort angegebenen Quellen.

lehnte marktwirtschaftliche Reformen ab. Als mit dem Amtsantritt von Präsident Kutschma innerhalb der Regierung die Opposition zu dieser Position wuchs, „wurde die Hauptbeschäftigung des Kohleministeriums die Organisation von Bartergeschäften und die Bombardierung des Finanzministeriums und des Regierungskabinetts mit Forderungen nach zusätzlichen Investitionsmitteln und Subventionen.“<sup>162</sup> Der stellvertretende Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Energiefragen hielt sich aus der Kohlepolitik heraus, so dass der Einfluss der Kohlelobby von der Position des Ministerpräsidenten abhing.

Tabelle 6.5: Regierungsmitglieder mit direkter Zuständigkeit für die Kohleindustrie 1992–2004

Minister	Stellvertretender Ministerpräsident
Mykola Surgai (1990 – 1994)	Oleh Slepitschew (1991 – 1992)
	Wasil Jewtuchow (1992 – 1994)
Wiktor Poltawec (1994 – 1995)	Anatolij Djuba (1994 – 1995)
Serhij Poljakow (1995 – 1996)	Wasil Jewtuchow (1995 – 1996)
Jurij Rusanow (1996 – 1997)	Wasil Durdinec (1996 – 1997)
Stanislaw Janko (1997 – 1998)	Anatolij Holubtschenko (1997 – 1999)
Serhij Tulub (1998 – 2000)	Wolodimir Kurattschenko (1999)
	Anatolij Kinach (1999)
Serhij Jermilow (2000 – 2001)	Julia Tymoschenko (1999 – 2001)
Stanislaw Staschewskij (2001)	Oleh Dubyna (2001 – 2002)
Witalij Hajduk (2001 – 2002)	
Serhij Jermilow (2002 – 2004)	Witalij Hajduk (2002 – 2003)
Serhij Tulub (2004)	Andrij Kljuev (2003 – 2004)

Anmerkung: Surgai (1990–94) war nicht Minister sondern Komiteevorsitzender.

Quelle: Chto e chto w Ukrainy, Kiew 1997, 2001 und 2003.

Als nach dem Bergarbeiterstreik 1993 Zwjahilskij zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, erhielt seine Donetsker Seilschaft dementsprechend die volle Kontrolle über die ukrainische Kohlepolitik. Die Folgen zeigten sich sofort. Die Kohlesubventionen wurden verdoppelt und ein Regierungsprogramm für die Kohleindustrie wurde entwickelt, das die Branche als zentralen Bereich für staatliche Investitionen und Wirtschaftsförderung definierte.

<sup>162</sup> Lovei, Laszlo: Coal industry restructuring in Ukraine, Viewpoint 170 (1998), S.5 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)).

Mit dem neuen Präsidenten Kutschma übernahm jedoch schon 1994 eine Dnipropetrowsker Seilschaft die Position des Ministerpräsidenten. Die Donetsker Kohle-Connection verlor ihren Einfluss auf die nationale Politik. Stattdessen erhielten nun Maschinenbau und Rüstungsindustrie aus Dnipropetrowsk eine staatliche Vorzugsbehandlung. Um die Kontrolle über die Kohleindustrie zu vergrößern, wurde das Staatskomitee aus Donetsk nach Kiew verlegt und in ein Ministerium umgewandelt. Das Kohleministerium erhielt die Aufgabe, ein marktwirtschaftlich orientiertes Reformprogramm zu entwickeln. Um hierfür Unterstützung innerhalb der Regierung zu mobilisieren, wurden Verhandlungen mit der Weltbank aufgenommen. Die Weltbank bot umfangreiche Kredite für eine Kohlereform an und konnte gleichzeitig als Sündenbock für die Reformpolitik herhalten, deren Druck der nationalen Regierung eine Fortführung der alten Subventionspolitik unmöglich mache. 1995 wurden die Kohlesubventionen drastisch reduziert.<sup>163</sup> 1996 einigte sich die Regierung mit der Weltbank auf ein Reformprogramm für den Kohlebergbau.<sup>164</sup>

Das Programm stieß aber auf den Widerstand der Kohlelobby. Innerhalb der Regierung boykottierte das Kohleministerium die Reformen. Die Bergleute begannen eine Serie von Massenstreiks und Protestaktionen. Die Direktoren der Kohlebetriebe und die Regionalverwaltung von Donetsk versuchten alles, um die Umsetzung des Programms zu erschweren. Der Widerstand der Kohlelobby führte zu Verzögerungen bei der Umsetzung und schließlich zur Verwässerung des Programms. 1996 und 1997 wurden die Kohlesubventionen wieder deutlich erhöht.

Nur schrittweise konnte die Regierung den Widerstand gegen die Kohlereform aufbrechen. Die Regionalverwaltung von Donetsk wurde 1996 durch die Ernennung eines neuen Gouverneurs neutralisiert. Die Kohledirektoren wurden durch staatlichen Druck teilweise diszipliniert. Die Bergleute schließlich wurden 1998 durch die Inkorporation der gemäßigten Gewerkschaft geschwächt. Im Jahre 2000 wurde dann abschließend das Kohleministerium als Vertreter der Kohlelobby ausgeschaltet.

Der reformorientierte neue Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko machte nun die Energiepolitik zu einem Schwerpunkt seiner Regierungsarbeit. Das Kohleministerium wurde in das Energieministerium eingegliedert. Der für den Kohlebergbau zuständige Minister war damit kein Vertreter der

---

<sup>163</sup> Siehe Tabelle 6.2.

<sup>164</sup> Die Rolle der Weltbank wird im folgenden Abschnitt ausführlicher dargestellt.

Kohlelobby mehr. Die von 2000 bis 2003 amtierenden Energieminister hatten vor ihrer Ernennung alle keinen Bezug zum Kohlebergbau. Gleichzeitig wurde der stellvertretende Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Energiefragen von allen anderen Aufgaben befreit, so dass er sich aktiv in die Reform des Energiesektors einbringen konnte.<sup>165</sup>

Mit der Schwächung der Kohlelobby unternahm die Regierung einen erneuten Anlauf zur Reform der Branche. Der Druck zur Begleichung überfälliger Schulden wurde erhöht. Soziale Infrastruktur wurde von den Kohlebetrieben an die Kommunen übergeben. Zwei Zechen wurden privatisiert. Kohlesubventionen wurden reduziert. Mit der Weltbank wurden Verhandlungen über eine erneute finanzielle Unterstützung der Kohlereform aufgenommen. Die Reformmaßnahmen der Regierung provozierten jedoch zunehmend Widerstand. Als die stellvertretende Ministerpräsidentin mit Zuständigkeit für den Energiesektor, Julia Tymoschenko, im Januar 2001 entlassen wurde, machte sie die Kohlelobby für ihre Entlassung verantwortlich.<sup>166</sup> Vier Monate später sprach das Parlament mit einer Koalition aus Oligarchen-Parteien und Kommunisten der Regierung von Ministerpräsident Juschtschenko das Misstrauen aus.

Die folgende Regierung von Anatolij Kinach stoppte umgehend die Verhandlungen mit der Weltbank. Stattdessen entwickelte sie ein Programm zur verstärkten Förderung der Kohleindustrie bis 2010.<sup>167</sup> Sie war jedoch nicht in der Lage zusätzlich Finanzmittel für den Kohlebergbau zu mobilisieren. Das Ergebnis war erneut eine richtungslose Politik der Notlösungen. Eine durchgreifende Restrukturierung war nicht gewünscht, die vollständige Finanzierung der nicht reformierten Kohlezechen war nicht möglich. Während das Regierungsprogramm so für 2002 über 700 Millionen US-Dollar für den Kohlebergbau forderte, waren im Staatshaushalt nur knapp 350 Millionen US-Dollar vorgesehen.

Zu diesem Zeitpunkt begann der Aufstieg der neuen Donetsker Seilschaft von Janukowitsch in die nationale Politik. Witalij Hajduk, der seine Karriere in der Donetsker Regionalverwaltung gemacht hatte und Mitbegründer der Industrial Union of Donbas war, wurde Ende 2001 zum

---

<sup>165</sup> Einen Überblick über die Amtsinhaber gibt Tabelle 6.5. Die biographischen Informationen stammen aus den dort angegebenen Quellen.

<sup>166</sup> Aslund, Anders: Why has Ukraine returned to economic growth?, IER Working Paper 15 (2001), S.8 (im internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)).

<sup>167</sup> Programm „Ukrainske wuhillja“, von der Regierung verabschiedet am 19. September 2001.

Energieminister befördert.<sup>168</sup> Etwa ein Jahr später wurde der Donetsker Gouverneur Janukowitsch zum Ministerpräsidenten berufen und Hajduk wurde stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Energiesektor. Ende 2003 wurde Hajduk durch Andrij Kljuev ersetzt, der unter Janukowitsch in der Donetsker Regionalverwaltung tätig gewesen war und vorher im Kohlebergbau gearbeitet hatte. 2004 wurde dann der aus dem Donetsker Kohlebergbau stammende Serhij Tulub zum Energieminister ernannt. Damit war nach 1993 zum zweiten Mal eine regionale Seilschaft aus Donetsk alleine verantwortlich für die nationale Kohlepolitik.

Dieses Mal repräsentierte sie jedoch nicht primär die Interessen des Kohlebergbaus sondern die Interessen der regionalen Metallholdings. Dementsprechend war die Regierung nicht prinzipiell gegen eine Restrukturierung des Kohlebergbaus und konnte die Verhandlungen mit der Weltbank wieder aufnehmen. Gleichzeitig wollte sie jedoch im Interesse der Kohleabnehmer Kohlepreise niedrig halten und die Finanzkraft der holdingnahen Zechen verbessern. Die Regierung beeinflusste deshalb weiter die Preispolitik auf dem Kohlemarkt und erhöhte die Kohlesubventionen. Eine durchgreifende Reform der Kohlepolitik kam deshalb nicht zustande.

## 6.6 Die Weltbank als externes Gegengewicht

Aufgrund ihrer satzungsgemäßen Bestimmung fördert die Weltbank marktwirtschaftliche Reformen und konnte deshalb im Falle des ukrainischen Kohlebergbaus nur eine drastische Restrukturierung nicht jedoch die von der ukrainischen Kohlelobby geforderte Subventionspolitik unterstützen. Dementsprechend konnte die Ukraine Verhandlungen mit der Weltbank über eine Kooperation in der Kohlepolitik erst aufnehmen, als die Repräsentanten der Kohlelobby ihren Einfluss verloren hatten. Dies war der Fall im Sommer 1994, als die Donetsker Seilschaft durch den neu gewählten Präsidenten Leonid Kutschma aus der Regierung entlassen wurde. Für die politischen Kräfte in der Ukraine, die eine Restrukturierung des Kohlebergbaus anstrebten, war die Unterstützung der Weltbank von großer Bedeutung. Erstens versprach die Weltbank hohe Vorzugskredite für Programme zur Milderung der sozialen und ökologische Konsequenzen umfangreicher Zechenschließungen. Zweitens konnte die Weltbank in der

---

<sup>168</sup> Kuzio, Taras: Ukraine begins looking to the post-Kuchma era, in: RFE/RL Newline 8. Januar 2002. Biographische Informationen zu Hajduk finden sich in *Khto e khto v Ukrainy*, Kiew 2003.

innenpolitischen Debatte zum Sündenbock für die unpopulären Reformmaßnahmen gemacht werden, indem die Kohlereform nicht als eigener Entschluss sondern als Folge internationalen Drucks präsentiert wurde.

Anfang 1995 nahm die Weltbank mit der Ukraine Verhandlungen über einen „Kredit zur Anpassung des Kohlebergbaus“ (Coal SECAL) auf. Die Weltbank analysierte die Situation im ukrainischen Kohlebergbau und legte ein umfassendes Reformprogramm vor.<sup>169</sup> Die Studien der Weltbank gaben der Regierung eine alternative Sicht auf den Kohlebergbau und verringerten so den Einfluss der Kohlelobby. Adam Swain fasst das Ergebnis wie folgt zusammen: „Auf diese Weise war die Weltbank in der Lage, eine kleine Gruppe zentraler Akteure innerhalb der Regierung für das Reformprogramm zu gewinnen und gleichzeitig die verantwortlichen Bürokraten im Kohleministerium auf ihre neue Aufgabe vorzubereiten, bevor sie sich mit der Opposition zu ihrem Programm auseinandersetzen musste.“<sup>170</sup>

Im Mai 1996 genehmigte die Weltbank einen Kohlepilotprojekt-Kredit von 15,8 Million US-Dollar, der die Schließung von drei unrentablen Kohlezechen finanzieren sollte. Im Dezember 1996 wurde dann auch der eigentliche Restrukturierungskredit, der Coal SECAL in Höhe von 300 Million US-Dollar, bereitgestellt, der in zwei Tranchen ausgezahlt werden sollte. Das Kreditabkommen zwischen Weltbank und ukrainischer Regierung sah eine Reihe von Bedingungen vor, die vor der für Mitte 1997 vorgesehenen Auszahlung der zweiten Tranche erfüllt sein mussten.

Wie bereits dargestellt, wurde die Umsetzung der Kohlereform in den folgenden Jahren erheblich verzögert. Hierfür lassen sich drei zentrale Probleme verantwortlich machen. Erstens wurde die Umsetzung der Reform von den Regionalverwaltungen, den Betriebsdirektoren und den Gewerkschaften blockiert. Zweitens stand die ukrainische Regierung selber nicht voll hinter dem Weltbankprogramm. Stattdessen wurde die Kohlereform instrumentalisiert, um die Donetsker Seilschaft in der nationalen und regionalen Politik zu schwächen. Gleichzeitig wurden anscheinend Weltbankgelder entgegen der Absprachen nicht nur für soziale und ökologische Programme verwendet, sondern auch benutzt, um ausstehende Lohnzah-

---

<sup>169</sup> Der Bericht der Weltbank wurde später veröffentlicht als: World Bank: Ukraine. Coal industry restructuring sector report, Report No. 15056-UA, Washington 1996 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)).

<sup>170</sup> Swain, Adam: Institutions and regional development. Evidence from Hungary and Ukraine, Sussex European Institute Working Paper 28 (1998), S.20.

lungen zu leisten.<sup>171</sup> Drittens gab es auch eine Reihe organisatorischer und technischer Probleme bei der Umsetzung der Kohlereform.<sup>172</sup>

Als Folge dieser Probleme wurde die Umsetzung der Kohlereform erheblich verzögert und der ursprüngliche Reformplan wurde grundlegend geändert. Mitte 1997, als die zweite Tranche des Kredites ausgezahlt werden sollte, waren nur drei der acht im Kreditvertrag vorgesehenen Bedingungen erfüllt. Die Weltbank beschloss daraufhin, die zweite Tranche des Kredites in vier Teile zu zerlegen, die jeweils nach einigen Fortschritten bei der Erfüllung der Bedingungen ausgezahlt werden sollten. Gleichzeitig wurden die Bedingungen erheblich abgeschwächt.<sup>173</sup> Verhandlungen über einen weiteren Weltbankkredit für die ukrainische Kohlereform, der Modernisierungen zukunftsfähiger Kohlezechen finanzieren sollte, führten aufgrund der Probleme mit dem zweiten Kredit zu keinem Ergebnis.

Das von der Weltbank finanzierte Kohlereformprogramm wurde im Jahre 2000 abgeschlossen. Die Weltbank bewertete das Ergebnis als „zufrieden stellend“ und fasste zusammen: „Die drei Zechen im Pilotprojekt wurden erfolgreich stillgelegt, wobei darauf geachtet wurde, die vereinbarten ökologischen Maßnahmen vollständig umzusetzen. Während der Umsetzung des SECAL wurden mehr als 70 Zechen geschlossen (bis Ende 2000) und die schlimmsten sozialen Folgen wurden durch das Programm gemildert.“<sup>174</sup>

Die Weltbank stellte aber gleichzeitig fest, dass „es SECAL nicht gelungen ist, eine Lösung für die Instandhaltung der sozialen Infrastruktur zu entwickeln, die früher durch die jetzt stillgelegten Kohlezechen finanziert wurde. Auch ist es nicht gelungen, ausreichend neue langfristige Arbeitsplätze zu schaffen.“ Hinzu kam, dass „die politischen Bedingungen dazu geführt haben, dass die Regierung ihre Unterstützung für eine Kohlereform aufgegeben hat. Die neue Kohlepolitik lässt an der Nachhaltigkeit der Kohlere-

---

<sup>171</sup> Ukraine Investment News Weekly 7. März 2000; Eastern Economist Daily 22. November 2000.

<sup>172</sup> Eine kurze Zusammenfassung der organisatorischen und technischen Probleme gibt: Swain, Adam: Institutions and regional development. Evidence from Hungary and Ukraine, Sussex European Institute Working Paper 28 (1998), S.21–25.

<sup>173</sup> World Bank: Project performance assessment report. Ukraine. Coal pilot project and coal sector adjustment loan, Washington 2002, S.4–5 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)).

<sup>174</sup> ebd., S.1 (”Memorandum”).

form Zweifel aufkommen.<sup>175</sup> Dementsprechend wurde auch keine Einigung über weitere Unterstützung der Weltbank für die ukrainische Kohlepolitik erreicht.

Erst 2003, als die Regierung Janukowitsch ein neues Konzept für die Kohlepolitik entwickelte, bot die Weltbank erneut Unterstützung für die Restrukturierung des Kohlebergbaus an. Sie beauftragte ukrainische Experten mit der Erstellung einer Studie zur Lage der Branche.<sup>176</sup> Unter Bezugnahme auf diese Studie veröffentlichte die Weltbank 2003 ein Memorandum mit Ideen für die Fortsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen im ukrainischen Kohlebergbau. Die Weltbank konzentrierte sich dabei auf vier Themenfelder: Management, Preispolitik, Subventionen, soziale und ökologische Konsequenzen.<sup>177</sup>

Während die Weltbank sich 1995 zuerst mit der Regierung geeinigt hatte und das Programm dann den übrigen Akteuren als vollendete Tatsache präsentiert hatte, versuchte die Weltbank 2003 vor der Verabschiedung eines Programms die Unterstützung aller relevanten Akteure zu gewinnen. Im Sommer 2003 organisierte die Weltbank eine Reihe von Gesprächen bei denen Weltbankspezialisten aus Kiew und Washington mit Vertretern der betroffenen Regional- und Kommunalverwaltungen, der Betriebsleitungen, der Gewerkschaften und verschiedener sozialer Gruppen diskutierten. Erst nach diesen Konsultationen erstellte die Weltbank einen konkreten Vorschlag für die Verhandlungen mit der Regierung.<sup>178</sup> Aufgrund der Dominanz der Donetsker Seilschaft innerhalb der Regierung konnte jedoch bis zum Ende der Amtszeit Kutschmas keine Einigung erzielt werden.

## 6.7 Resümee: Viel Bewegung, wenig Reform

Im ersten Jahr der Unabhängigkeit der Ukraine mischte sich die nationale Regierung nicht in die Regulierung des Kohlebergbaus ein. Die Organisati-

---

<sup>175</sup> ebd., S.1–2.

<sup>176</sup> Die Studie wurde veröffentlicht als: Center for Economic Development, Coal Consulting Center, Donetsk Analytical Center: The major problems of development of the coal sector and the Donbass region, Concise report, draft version, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)).

<sup>177</sup> World Bank: The coal sector and mining communities of Ukraine. Advancing restructuring to the benefit of all, Washington 2003, S.2 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)).

<sup>178</sup> Pressemitteilung der Weltbank 29. Juli 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org.ua](http://www.worldbank.org.ua)).

onsstruktur der Branche blieb unverändert und die Unternehmen wurden vom Staatskomitee für die Kohleindustrie beaufsichtigt, das seinen Sitz in Donetsk hatte und infolge einer erfolgreichen legalen Vereinnahmungsstrategie von der Kohlelobby kontrolliert wurde. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise verschlechterte sich die Lage der Branche jedoch zunehmend.

In dieser Situation forderten alle Vertreter des Kohlebergbaus höhere Kohlesubventionen. Um diese zu erhalten, gingen Vertreter des Bergbaus zu einer Konfrontationsstrategie über. Der Streik der Bergleute im Sommer 1993 wurde so von den Betriebsleitern und der Regionalverwaltung von Donetsk unterstützt. Er brachte die regionale Elite in die nationale Regierung und gab ihr damit die Möglichkeit, die nationale Kohlepolitik zu ändern. Dies führte zu einer deutlichen Ausweitung der staatlichen Unterstützung für den Bergbau. Die Kohlesubventionen erreichten einen Umfang von fast 4% des BIP.

1995/96 nachdem der neue Präsident Leonid Kutschma seine Seilschaft in die nationale Regierung gebracht hatte, versuchte die Regierung, eine marktwirtschaftliche Restrukturierung des Kohlebergbaus durchzusetzen. Die Kohlesubventionen wurden drastisch gekürzt und mit der Weltbank wurden Verhandlungen über eine Unterstützung der Kohlereform aufgenommen.

Der Reformversuch stieß auf den Widerstand aller übrigen relevanten Akteure, die erneut auf eine Konfrontationsstrategie setzten. Genau wie 1993 wurden die Massenstreiks der Bergleute wieder von den Betriebsleitern und der Donetsker Regionalverwaltung unterstützt. Zwischen den Akteuren auf Seiten des Kohlebergbaus brachen jedoch immer wieder strukturelle Lücken auf. Aufgrund eines geringen Organisationsgrades und unterschiedlicher Vorstellungen über die Schwerpunkte staatlicher Förderung für die Kohleindustrie waren die Gegner der Kohlereform nicht in der Lage eine stabile Koalition zu bilden. Gleichzeitig war die nationale Exekutive in einer viel stärkeren Position als 1993. Erstens wurden die Autonomiebestrebungen in der Ostukraine nicht länger als ernste Bedrohung für die nationale Integrität der Ukraine gesehen. Die Bergarbeiterstreiks wurden deshalb nicht in den Kontext einer Bedrohung staatlicher Einheit eingeordnet, sondern wurden nur im Zusammenhang mit der Kohlereform gesehen. Zweitens hatte der Präsident die Vollmacht zur Einsetzung und Entlassung von Gouverneuren erhalten, die vorher direkt von der Bevölkerung gewählt

worden waren. Drittens hatten die Seilschaften aus Dnipropetrowsk ihre Kontrolle über die nationale Regierung konsolidiert und verfolgten eine konsistente Strategie zur Ausschaltung der Donetsker Seilschaft.

Dementsprechend war die nationale Exekutive in der Lage die Donetsker Regionalverwaltung durch die Ernennung eines neuen Gouverneurs zu neutralisieren und damit eine strukturelle Lücke innerhalb der Kohlelobby zu schaffen. Nach längeren Bemühungen gelang es der Regierung auch zwischen den beiden Gewerkschaften der Bergleute eine strukturelle Lücke zu stabilisieren, indem sie die gemäßigte Gewerkschaft inkorporierte. Es gab allerdings weiterhin Protestaktionen von Bergleuten und die Direktoren der Kohlezechen konnten aufgrund der politischen Machtkämpfe weitgehend unkontrolliert ihre Betriebe leiten. Das Ergebnis war eine Pattsituation. Die Kohle-Seilschaft konnte keinen Einfluss auf die nationale Kohlepolitik erringen und die nationale Regierung wiederum konnte ihre Kohlereform in der Praxis nicht durchsetzen. Reformen wurden deshalb in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verzögert und verwässert.

Eine vorübergehende Änderung dieser Situation ergab sich unter Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko, der die Reform des Energiesektors zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit machte. Die Regierung blieb jedoch nicht lange genug im Amt, um die Situation dauerhaft zu ändern. Eine neue Konstellation in der Kohlepolitik ergab sich vielmehr aus zwei anderen Entwicklungen. Erstens formierte sich mit den Metallholdings der Oligarchen eine neue Gruppe von Wirtschaftsakteuren mit Interesse am Kohlebergbau. Zweitens gelang es einer neuen Donetsker Seilschaft um Gouverneur Janukowitsch in die nationale Politik zurückzukehren.

Der Wechsel zwischen Konfrontationsstrategie und Vereinnahmungsstrategie ist für den Kohlebergbau auch in anderen Ländern typisch. In Polen etwa versuchte die Kohlelobby ebenfalls über Seilschaften Zugang zur nationalen Politik zu erhalten, um höhere Subventionen durchzusetzen und organisierte, wenn dieser Versuch scheiterte, Massenproteste der Bergleute. In Ländern, wo es der Kohlelobby nicht gelang, eine Seilschaft in die nationale Politik zu etablieren, wie etwa in Russland, wurde die Konfrontationsstrategie hingegen als einzige Lösung gesehen. Möglich ist dieser regelmäßige Rückgriff auf Protestaktionen nur durch die im osteuropäischen Vergleich einmalig hohe Protestbereitschaft der Bergleute. Diese

Protestbereitschaft war in allen Fällen die zentrale Ressource der Kohlelobby bei ihrem Versuch, nationale Politik zu beeinflussen.<sup>179</sup>

---

<sup>179</sup> Siehe dazu den Ländervergleich in Kapitel 3.

## 7. Fallstudie 3: Die Agrarlobby

Seit der Kollektivierung in den 1930er Jahren (bzw. für die vorher polnische Westukraine in den 1940er Jahren) war die ukrainische Landwirtschaft in agroindustriellen Großbetrieben, Kolchosen bzw. Sowchosen, organisiert. Ihre Zahl belief sich Ende der 1980er Jahre auf knapp 10.000, wobei jeder Betrieb im Durchschnitt etwa 500 Angestellte besaß. Die Mitarbeiter dieser Großbetriebe erhielten kleine Landparzellen zur individuellen Bewirtschaftung. Obwohl eigentlich nur für den privaten Verbrauch gedacht, wurden diese Parzellen für eine Reihe von landwirtschaftlichen Produkten zur zentralen Produktionsquelle und hatten einen Anteil von bis zu 25% an der Gesamtproduktion der sowjetischen Landwirtschaft.

Gesamtwirtschaftlich verlor die Landwirtschaft mit der forcierten Industrialisierung in der Sowjetunion an Bedeutung. Trotzdem galt der Agroindustrielle Komplex nach dem Militärisch-Industriellen Komplex als einflussreichste Lobby in der Sowjetunion. Im Rahmen der sowjetischen Planwirtschaft wurden die Preise für landwirtschaftliche Produkte so festgesetzt, dass die landwirtschaftlichen Betriebe genug finanzielle Mittel für einen geregelten Produktionsbetrieb erhielten. Neben der ineffizienten planwirtschaftlichen Produktionsstruktur war es vor allem die vergleichsweise geringe Technisierung, die die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion einschränkte. Folge der geringen Effizienz der sowjetischen Landwirtschaft waren regelmäßige Versorgungsengpässe.<sup>180</sup>

Aufgrund ihres fruchtbaren Bodens galt die Ukraine lange Zeit als „Kornkammer Europas“. Die Landwirtschaft hat dementsprechend in der ukrainischen Wirtschaft immer eine große Bedeutung gehabt. Viele Beobachter vermuteten deshalb Anfang der 1990er Jahre, dass die Landwirtschaft in der Ukraine nach dem Ende der ineffizienten Planwirtschaft einen Wirtschaftsaufschwung einleiten würde. Die Ukraine wurde als wichtiger neuer Lieferant auf den Weltmärkten gesehen.

Stattdessen stürzte die ukrainische Landwirtschaft jedoch Anfang der 1990er Jahre in eine tiefe Krise. Als Folge der Preisliberalisierung sank der

---

<sup>180</sup> Zur sowjetischen Landwirtschaft: Lerman, Zvi / Csaki, Csaba / Feder, Gershon: Land policies and evolving farm structures in transition economies, World Bank Working Paper Nr. 2794, Washington 2002, S.23–54; Miller, Robert F.: Agrarpolitik von Breshnew bis Tschernenko, in: Osteuropa 6/1985, S.405–424; Wädekin, Karl-Eugen u.a.: Die Stagnation der sowjetischen Agrarproduktion seit 1978, in: Osteuropa 6/1985, S.425–442; OECD: Agrarproduktion und Agraraußenhandel der UdSSR, Münster 1983.

Gegenwert der landwirtschaftlichen Produkte bis 1995 auf 20% seines Wertes von 1990. Durch den Zerfall der Sowjetunion brachen wichtige Absatzmärkte weg. Die finanzielle Krise führte zu einem deutlichen Rückgang der Produktivität vor allem aufgrund fehlender Investitionen in die technische Ausstattung der Betriebe und einem deutlichen Rückgang des Einsatzes von Düngemitteln. Im Ergebnis schrumpfte der Anteil der Landwirtschaft am ukrainischen BIP im Verlauf der 1990er Jahre von 25% auf 11%, bevor im Jahre 2000 eine leichte Erholung einsetzte.<sup>181</sup> Die Krise der Landwirtschaft hatte auch negative Folgen für einen großen Teil der Landbevölkerung, dessen soziale Lage sich deutlich verschlechterte.<sup>182</sup>

Der Staat reagierte mit einer Reihe von Unterstützungsmaßnahmen. So wurde das staatliche Vermarktungssystem beibehalten. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe verkauften in den 1990er Jahren einen großen Teil ihrer Produktion – vorrangig Getreide – an staatliche Handelsstrukturen. Über seine Preispolitik beim Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte konnte der Staat so die Landwirtschaft subventionieren. Weitere zentrale Mittel der Subventionierung waren Vorzugskredite und umfassende Steuererleichterungen für landwirtschaftliche Betriebe. Auch ein Moratorium auf Konkursverfahren für landwirtschaftliche Betriebe und staatliche Schuldenerlasse dienten der Unterstützung finanzschwacher Agrarbetriebe. Gleichzeitig

---

<sup>181</sup> Angaben des Institute for Economic Research and Policy Consulting (<http://www.ier.kiev.ua>). Siehe auch: Lissitsa, Aleksej / Odening, Martin / Babičeva, Tamara: 10 let ekonomičeskich preobrazovanij v sel'skom chozjajstve Ukrainy – Analiz effektivnosti i produktivnosti predpriajtij, IAMO Discussion Paper Nr.51 (2003), im Internet veröffentlicht unter [www.iamo.de](http://www.iamo.de) und Galushko, Victoria / Demyanenko, Serhiy / Brümmer, Bernhard: Farm efficiency and productivity growth in Ukrainian agriculture, IER Working Paper Nr.20 (2003), im Internet veröffentlicht unter <http://www.ier.kiev.ua>. Einen systematischen Überblick über Ursachen der Krise gibt: Kirsch, Ottfried C.: Ukraine. Landwirtschaftliche Genossenschaften im Transformationsprozess, FIA Diskussionschriften Nr. 62 (1997), im Internet veröffentlicht unter [www.sai.uni-heidelberg.de/abt/intwep/fia](http://www.sai.uni-heidelberg.de/abt/intwep/fia).

<sup>182</sup> Zu den sozialen Folgen der Agrarkrise siehe: Puškarenko, P.: Problemy social'nogo vozroždenija sela, in: *Ekonomika Ukrainy* 2/1993, S.58–63; Lerman, Zvi: Land reform and farm restructuring in Ukraine, in: *Problems of Post-Communism* 3/1999, S.42–55, hier: S.53–54. Eine ausführliche Fallstudie bietet: Klüsener, Sebastian: Entwicklung und Transformation im ländlichen Raum der Zentralukraine. Nachhaltige Lebenssicherungsanalyse in einer ehemals zuckerwirtschaftlichen Sowchose in der Oblast Poltava, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München Nr. 248, München 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.lrz-muenchen.de/~oeim/](http://www.lrz-muenchen.de/~oeim/)).

wurde der ausländischen Konkurrenz durch Schutzzölle der Zugang zum Binnenmarkt für landwirtschaftliche Produkte erschwert.<sup>183</sup>

Um die Bedeutung der Gesamtheit staatlicher Unterstützung für die Landwirtschaft quantifizieren zu können, hat die OECD ein System entwickelt, das den monetären Effekt aller staatlichen Maßnahmen bestimmt und anschließend in Bezug zum Marktpreis der gesamten landwirtschaftlichen Produktion setzt. Dieses Producer Support Estimate (PSE)<sup>184</sup> gibt an, welcher Teil der Brutto-Einnahmen landwirtschaftlicher Betriebe durch staatliche Maßnahmen direkt (etwa über Subventionen) oder indirekt (etwa über Preisregulierung) finanziert wurde. Die Werte für die Ukraine zeigt Tabelle 7.1.

Tabelle 7.1: Agrarsubventionen 1991–2003 (PSE in %)

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
61	- 52	9	5	- 40	- 5	18	16	- 2	0	4	- 5	1

Quelle: OECD: Agricultural Policies in OECD countries, Paris 2004, S.142.

Es wird deutlich, dass die weit reichende Subventionierung der sowjetischen Landwirtschaft mit der ukrainischen Unabhängigkeit völlig zusammenbrach. 1992 subventionierte die Landwirtschaft de facto andere Bereiche der Volkswirtschaft, insbesondere den Konsum privater Haushalte. In den folgenden Jahren schwankte der Effekt staatlicher Unterstützungsmaßnahmen. Eine Nettoförderung in größerem Umfang erhielt die Landwirtschaft jedoch nur 1997/98.

Beachtet werden muss zusätzlich, dass das ukrainische System der Agrarsubventionen äußerst ineffizient war. Zum einen mangelte es an Kooperation zwischen den verschiedenen für die Subventionierung zuständigen

<sup>183</sup> Institute for Economic Research and Policy Consulting: The implications of WTO-accession for Ukrainian agricultural policy, Advisory Paper S25, Kiew 2003, hier: S.10–11 (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua)). Ausführlicher: Striwe, Ludwig: Protektion der ukrainischen Agrarwirtschaft. Ein Rezept zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?, in: Cramon-Taubadel, Stephan von / Striwe, Ludwig: Die Transformation der Landwirtschaft in der Ukraine, Kiel 1999, S.28–48; OECD: Agricultural policies in emerging and transition economies, Paris 1998, S.143–145. Zur Frage der Steuerprivilegien: Demyanenko, Serhiy / Zorya, Serhiy: Taxation and Ukrainian agriculture after 2004, IER Working Paper Nr. 18 (2002), im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua).

<sup>184</sup> Führer von der OECD als Producer Subsidy Equivalent bezeichnet. Die Umbenennung nach 2002 ging mit einer Neuberechnung der Werte einher, die zu teilweise erheblichen Revisionen führte.

Akteuren auf nationaler und regionaler Ebene, zum anderen wurde ein beträchtlicher Teil der Mittel zweckentfremdet durch Korruptionsnetzwerke zwischen staatlichen Subventionsverteilern, staatlichen Handelsstrukturen und Betriebsdirektoren.<sup>185</sup>

Die ukrainischen Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft waren auch Gegenstand der Beitrittsverhandlungen mit der Welthandelsorganisation WTO, die Mitte der 1990er Jahre aufgenommen wurden. Dabei ging es zum einen um die Liberalisierung des Außenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten. Zum anderen ging es um Auflagen für die staatliche Subventionierung der ukrainischen Landwirtschaft. Die WTO-Verhandlungen berührten damit zentrale Aspekte der staatlichen Unterstützung. Die WTO-Verhandlungen führten jedoch im Untersuchungszeitraum nicht zu wesentlichen Reformmaßnahmen.<sup>186</sup>

Insgesamt lassen sich drei Akteursgruppen unterscheiden, die für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse bezüglich der Landwirtschaft von grundsätzlicher Bedeutung waren und die in den folgenden Abschnitten portraitiert werden sollen: (1) die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die weiterhin die kommerzielle landwirtschaftliche Produktion dominierten und die konservative Agrarlobby formten sowie die nationale politischen Entscheidungsträger in (2) Exekutive und (3) Legislative, die für einen großen Teil der staatlichen Regulierung und Unterstützung der Landwirtschaft zuständig waren.

## 7.1 Die landwirtschaftlichen Betriebe

Der rechtliche Rahmen für die Reorganisation der staatlichen agroindustriellen Großbetriebe wurde in der Ukraine 1992 festgeschrieben. Die Betriebe wurden in Genossenschaften ("Kollektive Landwirtschaftliche Betriebe") umgewandelt und der bewirtschaftete Boden ging in den kollektiven Besitz der Beschäftigten über. Diese erhielten das Recht, ihren Anteil am Boden aus der Genossenschaft herauszulösen und privatwirtschaftlich zu nutzen. Bis zum Ende der 1990er Jahre war diese Transformation der

---

<sup>185</sup> Fonkich, Kateryna: Rent Seeking and Interest Groups under Institutions of Transition: The Case of Ukraine, Konferenzpapier: International Conference on Institutions in Transition, Slovenia, 22.–24. Juni 2000, S.34–36.

<sup>186</sup> Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy: The implications of WTO-accession for Ukrainian agricultural policy, in: Burakovsky, Ihor / Handrich, Lars / Hoffmann, Lutz (Hg.): Ukraine's WTO accession, Heidelberg 2004, S.229–241.

Besitzverhältnisse weitgehend abgeschlossen. 80% der kommerziell bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes wurden nun von Genossenschaften bewirtschaftet, 12% von privatwirtschaftlichen Unternehmen (Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung), 6% von staatlichen Betrieben und 2% von Privatbauern, die mit ihrem Landtitel aus Genossenschaften ausgeschieden waren. Darüber hinaus gab es weiterhin individuelle Nebenerwerbswirtschaften ("Datschen"), die von Familien für den privaten Lebensmittelkonsum bewirtschaftet wurden.<sup>187</sup>

Die Genossenschaften stellten damit die zentrale Organisationsform in der ukrainischen Landwirtschaft dar. Aufgrund ihrer internen Struktur waren diese Genossenschaften mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. Erstens machte die Größe der Betriebe, die im Durchschnitt 500 Beschäftigte hatten, eine kollektive Entscheidungsfindung schwierig. Das Management der Genossenschaften war deshalb in der Regel nicht in der Lage, durchgreifende Restrukturierungen und Sparmaßnahmen durchzusetzen. Zweitens war die Frage des Landeigentums nicht eindeutig geregelt. Insbesondere das Herauslösen des eigenen Landes aus dem Betrieb und die Vererbung des Landtitels lagen in einer gesetzlichen Grauzone. Die Möglichkeit der Genossenschaftsmitglieder mit dem eigenen Landtitel auszuscheiden war deshalb in der Praxis begrenzt. Drittens sahen sich die Genossenschaften mit dem erheblichen Modernisierungsbedarf ihres Maschinenparks und der ländlichen Infrastruktur konfrontiert. Viertens war das wirtschaftliche Umfeld der Genossenschaften durch die Unsicherheiten der post-sowjetischen Transformation belastet. Die Betriebe waren abhängig von staatlichen Zulieferern, konnten aufgrund des Fehlens freier Märkte ihre Preispolitik nur begrenzt selbst bestimmen und waren mit Zahlungunsicherheiten aufgrund fehlender Möglichkeiten der Schuldeneintreibung konfrontiert. Dies wiederum schränkte auch die Möglichkeiten der Kreditaufnahme stark ein.

---

<sup>187</sup> Diese hatten einen Anteil von über 10% an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes und trugen aufgrund intensiver Bewirtschaftung überdurchschnittlich zur Agrarproduktion des Landes bei. Da sie aber für den privaten Verbrauch und nicht für den Markt produzierten und sich außerdem in keiner Weise organisierten, hatten sie keinen Einfluss auf agrarpolitische Entscheidungsprozesse und werden deshalb in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt. Die folgende Untersuchung beschränkt sich dementsprechend auf die kommerziellen Nutzer von landwirtschaftlichem Boden.

In Reaktion auf die geringe Effizienz der Genossenschaften wurde Anfang 2000 eine zweite Restrukturierung eingeleitet, bei der die Genossenschaften in privatwirtschaftliche Unternehmen überführt werden sollten. Dabei wurde zum einen das Recht der Genossenschaftsmitglieder gestärkt, mit ihrem Landtitel auszuschneiden. Zum anderen wurden die Genossenschaften gedrängt, ihre Rechtsform zu ändern. Im Ergebnis verschwanden bis zum Jahresende fast alle Genossenschaften. Nach der Regelung der Eigentumsfrage bei der Umwandlung von Genossenschaften betrug ihr Anteil an der kommerziell genutzten landwirtschaftlichen Nutzfläche Ende 2001 nur noch 1%. Hingegen wurden 73% des Bodens nun von privatwirtschaftlichen Unternehmen, in der Mehrheit in GmbHs überführte ehemalige Genossenschaften, bewirtschaftet. Der Anteil der Privatbauern an der kommerziell genutzten landwirtschaftlichen Nutzfläche war auf 9% gestiegen, während der Anteil staatlicher Betriebe mit 5% weitgehend unverändert geblieben war. 12% des Bodens wurden von Organisationen anderer Rechtsformen genutzt.<sup>188</sup>

Für die meisten Kolchosen und Sowchosen war der Übergang zu einer neuen Rechtsform ein rein formaler Akt. Das alte Management dominierte in der Regel den Entscheidungsprozeß aufgrund direkter und indirekter Einflussmöglichkeiten auf die Belegschaft und übernahm auch die Leitung des neu registrierten Betriebes. Die Möglichkeit der Angestellten agroindustrieller Betriebe, sich mit ihrem Land selbständig zu machen, war mit

---

<sup>188</sup> Zur Restrukturierung der agroindustriellen Großbetriebe siehe: Mansberger, Reinfried / Kučer, Oleh / Ivankiv, Jaroslav: Landwirtschaft, Landprivatisierung und Landadministration, in: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): Die Ukraine in Europa, Wien 2003, S.195–221; Kaneff, Deema / Yalcin-Heckmann, Lale: Retreat to the cooperative or to the household? Agricultural privatisation in Ukraine and Azerbaijan, in: Hann, Chris: The postsocialist agrarian question. Property relations and the rural condition, Münster 2003, S.219–255; Lerman, Zvi / Csaki, Csaba / Feder, Gershon: Land policies and evolving farm structures in transition economies, World Bank Working Paper Nr. 2794, Washington 2002, S.85–146; Puhachov, Mykola / Puhachova, Kateryna: Evolution of farm structures in Ukraine, in: Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy / Striwe, Ludwig (Hg.): Policies and agricultural development in Ukraine, Kiew 2001, S.190–200; Atta, Don van: Towards a more market-driven strategy for agricultural reform in Ukraine, in: ebd., S.71–85; Lerman, Zvi / Csaki, Csaba: Ukraine. Review of farm restructuring experiences, World Bank Technical Paper Nr. 459, Washington 2000; Perrotta, L.: Politics, confusion and practice. Landownership and decollectivisation in Ukraine, in: Abramson, A. / Theodossopoulos, D. (Hg.): Land, law and environment, London 2000, S.156–175; Lerman, Zvi: Land reform and farm restructuring in Ukraine, in: Problems of Post-Communism 3/1999, S.42–55; Schubert, Werner: Ukraine – Agrarstrukturen im Umbruch, in: Europa Regional 1/1997, S.15–24.

erheblichen praktischen Problemen verbunden. Sie benötigten sowohl technische als auch betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Startkapital zur Anschaffung der erforderlichen Maschinen. Die geringe Größe des gutgeschriebenen Landes erschwerte zusätzlich eine effiziente Bewirtschaftung. Außerdem konnten die Großbetriebe aufgrund ihres Einflusses auf Vertriebsstrukturen und lokale Behörden eine Diskriminierung der bäuerlichen Kleinbetriebe bewirken. Die meisten Angestellten verblieben deshalb in den Großbetrieben, die neben dem Arbeitsplatz auch einen großen Teil der sozialen Infrastruktur zur Verfügung stellten, und beschränkten sich auf die individuellen Nebenwirtschaften. Damit blieben sie jedoch vom Management der Großbetriebe abhängig, das dementsprechend in den meisten Fällen die Betriebe weiter kontrollieren konnte.<sup>189</sup> Bis 2003 war so erst in etwa 30% der ehemaligen Kolchosen das alte Management durch einen neuen Direktoren ersetzt worden.<sup>190</sup>

Über drei Viertel der landwirtschaftlichen Großbetriebe in der Ukraine wiesen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren einen Verlust aus. Nur einer kleinen Gruppe unter den insgesamt fast 13.000 landwirtschaftlichen Großbetriebe gelang es, nachhaltige Gewinne zu erwirtschaften. Mit dem einsetzenden Wirtschaftsaufschwung, steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte und der staatlichen Reform der Landwirtschaft verbesserte sich die Situation ab dem Jahre 2000 deutlich. Der Anteil der mit Verlust operierenden landwirtschaftlichen Großbetriebe sank auf ein Drittel. Insgesamt sind aber nur 10% der Betriebe in einer finanziell stabilen Lage. Bei den übrigen ist ein positives Betriebsergebnis nur in guten Erntejahren möglich und Altschulden belasten die Unternehmensfinanzen.<sup>191</sup>

## 7.2 Die konservative Agrarlobby

Die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Großbetriebe versuchte, ihre Geschäftssituation durch staatliche Unterstützung zu verbessern. Hierzu

---

<sup>189</sup> Dazu ausführlich: Lerman, Zvi: Land reform and farm restructuring in Ukraine, in: *Problems of Post-Communism* 3/1999, S.42–55.

<sup>190</sup> Treis, Dietrich: Was ist aus dem Brotkorb Europas geworden?, Kurzstudie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew, Kiew 2003, S.10 (im Internet veröffentlicht unter: [www.fesukraine.kiev.ua](http://www.fesukraine.kiev.ua)).

<sup>191</sup> Deržavnij Komitet Statistiki Ukraini: Statističnij ščornik Ukraini za 2001 rik, Kiew 2002, S.70, 72. Sowie Treis, Dietrich: Was ist aus dem Brotkorb Europas geworden?, Kurzstudie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew, Kiew 2003, S.7 (im Internet veröffentlicht unter: [www.fesukraine.kiev.ua](http://www.fesukraine.kiev.ua)).

instrumentalisierten die Betriebsleitungen ihre alten Netzwerke aus der sowjetischen Planwirtschaft. Gemeinsam mit ihren ehemaligen Partnern aus dem staatlichen Verwaltungsapparat für die Landwirtschaft formten sie die konservative Agrarlobby. Ihre vorrangigen wirtschaftspolitischen Ziele waren die Maximierung staatlicher Subventionen (bei gleichzeitiger Minimierung der Steuerbelastung), der Schutz vor ausländischer Konkurrenz und Verfügungsmacht über das Land ihrer Betriebe<sup>192</sup>. Diese Ziele begründeten sie vorrangig mit der Notwendigkeit, die soziale Stabilität auf dem Lande aufrecht zu erhalten.<sup>193</sup>

Die konservative Agrarlobby formierte sich in der Ukraine im „Gesamtukrainischen Komitee landwirtschaftlicher Genossenschaften“, das 1992 aus der sowjetischen Vereinigung der Kolchosen geschaffen wurde. Finanziert wurde das Komitee durch Sozialversicherungszahlungen der Beschäftigten der Landwirtschaft. Eine gesetzwidrige Zweckentfremdung der Sozialversicherungsleistungen, die aber nie einer Überprüfung unterzogen wurde. Das Komitee erhob für sich den Anspruch, die ukrainische Agrarpolitik in Kooperation mit dem Ministerium zu gestalten. Das Büro der sowjetischen Vorläuferorganisation des Komitees im Gebäude des Landwirtschaftsministeriums wurde beibehalten. Vertreter des Komitees nahmen regelmäßig an Arbeitssitzungen des Ministeriums und Beratungsgesprächen des Ministers mit dem Präsidenten teil. Vertreter anderer gesellschaftlicher Organisationen – wie etwa der Ukrainischen Vereinigung der Privatbauern – erhielten hingegen nur in seltenen Ausnahmefällen diese Möglichkeit.<sup>194</sup>

---

<sup>192</sup> Die rechtliche Regelung der Bodenfrage in den 1990er Jahren bedeutete zum einen, dass das Land unter der Verfügungsmacht der Betriebe (und damit ihrer Direktoren) stand und zum anderen, aufgrund des Fehlens eines liberalisierten Bodenmarktes, dass das Land im Schuldenfall nicht verpfändet werden konnte. In Anbetracht der desolaten Finanzsituation der meisten Agrarbetriebe war dieser Aspekt von erheblicher Bedeutung. Die neue Regelung des Eigentums an landwirtschaftlichem Boden ab 2000 reduzierte dann schrittweise die Kontrolle der Betriebsleitungen über den Boden, indem die Landtitel der Betriebsangehörigen festgeschrieben wurden, der Bodenmarkt liberalisiert wurde und Boden damit im Falle von Schulden gepfändet werden konnte. Ein Moratorium auf Konkursverfahren gegen landwirtschaftliche Betriebe neutralisierte aber für eine mehrjährige Übergangsphase die letztgenannte Bestimmung.

<sup>193</sup> Siehe dazu etwa: Artemenko, Aleksandr: O žitnice Evropy i ee kukušonke – agrarnom sektore, in: Zerkalo nedeli 12.07.2003, S.1, 9.

<sup>194</sup> Ein Portrait der Organisationsstruktur und inhaltlichen Positionen der konservativen Agrarlobby findet sich bei: Kubicek, Paul: Unbroken ties. The state, interest associations, and corporatism in post-Soviet Ukraine, Ann Arbor 2000, S.92–97.

Um ihre Interessen im Parlament zu vertreten, gründeten Mitglieder der konservativen Agrarlobby im Januar 1992 die Bauernpartei (Seljans'ka partija Ukrainy). Die Parteiführung bestand vorrangig aus Leitern von ehemals staatlichen landwirtschaftlichen Großbetrieben.<sup>195</sup> Die Partei stellte in den 1990er Jahren eine der größeren Parlamentsfraktionen und dominierte den Parlamentsausschuss für Landwirtschaft.<sup>196</sup>

Seit Mitte der 1990er Jahre wurde die Handlungsfähigkeit der konservativen Agrarlobby jedoch zunehmend durch interne Konflikte verringert. Zum ersten großen Bruch kam es im Sommer 1995, als einige Mitglieder aus der Fraktion der Bauernpartei ausschieden und mit „Agrarier für Reformen“ ihre eigene Abgeordnetengruppe schufen. Ende 1996 nutzten Vertreter des Landwirtschaftsministeriums diesen Bruch, um mit der Abgeordnetengruppe die Agrarpartei der Ukraine (Ahrarna partija Ukrainy) zu gründen. Die Agrarpartei unterschied sich in ihrer inhaltlichen Programmatik nicht wesentlich von der Bauernpartei.<sup>197</sup> Im Gegensatz zur Bauernpartei befand sie sich aber nicht in Opposition zu Präsident Kutschma. Ziel der Abspaltung war es offensichtlich, die konservative Agrarlobby aus ihrer Opposition zu Kutschma zu lösen. Stattdessen kam es zur Spaltung der konservativen Agrarlobby in zwei Parteien.<sup>198</sup> Gegen Ende der 1990er Jahre wurden Leiter landwirtschaftlicher Genossenschaften anscheinend durch die Polizei und die Steuerbehörde systematisch unter Druck gesetzt, um Unterstützung für Kutschma zu gewinnen.<sup>199</sup> Die konservative Agrarlobby verlor damit sowohl bezüglich ihrer Vertretung im Parlament als auch bezüglich ihrer Basis die Fähigkeit zu geschlossener Opposition gegen die Agrarpolitik der Regierung.

Die Agrarreformen des Jahres 2000, insbesondere die Reform der Genossenschaften und des Bodenrechts, sowie der einsetzende Wirtschaftsaufschwung führten zu einer wirtschaftlichen Differenzierung der konservati-

---

<sup>195</sup> Einen Überblick über Parteiführung und Parteiprogramm gibt: Andruščak, Grigorij u.a.: *Politični partii Ukrainy*, Kiew 1998, S.415–421.

<sup>196</sup> Ein Portrait der Partei findet sich weiter unten im Abschnitt „Aufstieg und Fall der Bauernpartei“.

<sup>197</sup> Einen Überblick über Parteiführung und Parteiprogramm gibt: Andruščak, Grigorij u.a.: *Politični partii Ukrainy*, Kiew 1998, S.15–30.

<sup>198</sup> Die Rolle der beiden Parteien im Parlament wird weiter unten im Abschnitt „Nationale Legislative“ analysiert.

<sup>199</sup> Darden, Keith A.: *Blackmail as tool of state domination. Ukraine under Kuchma*, in: *East European Constitutional Review* 2/2001, S.67–71.

ven Agrarlobby. Erstens fühlte sich die wachsende Zahl der Leiter restrukturierter, mit Gewinn operierender Betriebe den Zielen der konservativen Agrarlobby immer weniger verbunden. Zweitens gewannen Exportfirmen größeren Einfluss in der ukrainischen Landwirtschaft. Die nur begrenzte Liberalisierung des Exports landwirtschaftlicher Produkte in Kombination mit subventionierten Preisen auf dem Binnenmarkt bot Exporteuren seit Anfang der 1990er Jahre erhebliche Gewinnchancen. Der Produktion großer Überschüsse in den Jahren 2001/02 vergrößerte ihr Geschäft erheblich. Insbesondere Getreideexporteure gewannen über ihre Ukrainische Getreide-Assoziation auch politischen Einfluss. Sie konkurrierten mit den landwirtschaftlichen Betrieben um Anteile an den staatlichen Subventionen, denn je niedriger die staatlich (teil-)regulierten Produzentenpreise für landwirtschaftliche Produkte in der Ukraine waren, je größer war die Gewinnspanne der Exporteure.<sup>200</sup>

### 7.3 Die Übernahme des Agrarministeriums

Direkte Zuständigkeit für die Landwirtschaft besaß innerhalb der nationalen Regierung der Ukraine das Landwirtschaftsministerium unter Koordination eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Das Ministerium wurde dominiert von der konservativen Agrarlobby. Von den insgesamt zehn Ministern im Zeitraum 1992 bis 2004 kamen acht aus der sowjetischen Verwaltung, vorrangig mit Kompetenz für die Landwirtschaft, zwei aus landwirtschaftlichen Großbetrieben. Ab 1996, dem Jahr der Parteigründung, waren alle Landwirtschaftsminister Mitglieder der Agrarpartei. Die meisten der stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Kompetenz für die Landwirtschaft hatten auch einmal den Posten des Landwirtschaftsministers innegehabt. Die drei Ausnahmen kamen ebenfalls aus der sowjetischen Landwirtschaft und zwei von ihnen waren auch Mitglied der Agrarpartei.<sup>201</sup> Der stellvertretende Ministerpräsident schuf damit kein Gegengewicht zum Landwirtschaftsminister, sondern unterstützte diesen. Die Amtsinhaber zeigt Tabelle 7.2 im Überblick.

---

<sup>200</sup> Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy: Agricultural policy reform in Ukraine. Sequencing and results, in: Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy / Striewe, Ludwig (Hg.): Policies and agricultural development in Ukraine, Kiew 2001, S.20–31, hier: S.27–28; Bajura, Dmitrij: Zernotrejbery, in: Invest Gazeta 10.6.2003, S.13.

<sup>201</sup> Alle Angaben zu den Personen nach: Marčenko, Jurij / Telemko, Oleksandr: Chto e chto v Ukraini, Kiew 2001.

Gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Kompetenz für die Landwirtschaft vertrat das Landwirtschaftsministerium dementsprechend im gesamten Zeitraum inhaltlich die Interessen der konservativen Agrarlobby. Politisch vertrat das Landwirtschaftsministerium allerdings seit Mitte der 1990er Jahre nicht die Lobbyorganisationen der landwirtschaftlichen Großbetriebe, sondern die Agrarpartei, die die Position von Präsident Kutschma stützte.

Tabelle 7.2: Landwirtschaftsminister und stellv. Ministerpräsidenten mit Zuständigkeit für Agrarfragen

Landwirtschaftsminister	Stellv. Ministerpräsident für Agrarfragen
Wasil Tkatschuk 1992	Wolodimir Demjanow 1992–94
Jurij Karasyk 1992–95	
Pawlo Haiduckij 1995–96	Petro Sabluk 1994–96
Anatolij Chorischko 1996–97	Michailo Zubec 1996–97
Michailo Zubec 1997	
Jurij Karasyk 1997–98	--
Boris Supichanow 1998–99	Michailo Hladij 1999–2001
Michailo Hladij 1999	
Iwan Kyrilenko 2000–02	Leonid Kozatschenko 2001–02
Serhij Ryzhuk 2002–04	Ivan Kyrilenko 2002–
Wiktor Slauta 2004–	

Anmerkung: Von August 1997 bis Dezember 1998 war in der Regierung der Posten eines stellv. Ministerpräsidenten mit Kompetenz für die Landwirtschaft nicht vorgesehen.

Bei der Entwicklung konkreter inhaltlicher Regelungen konnte das Ministerium dementsprechend eng mit dem „Gesamtukrainischen Komitee landwirtschaftlicher Genossenschaften“ zusammenarbeiten, das die Position der konservativen Agrarlobby vertrat. Auf der politischen Ebene ergab sich aber eine Rivalität zwischen der Bauernpartei, als Lobbyorganisation der landwirtschaftlichen Großbetriebe, und der Agrarpartei als „Kopfgeburt“ des Ministeriums. Da beide Parteien die selbe inhaltliche Position vertraten und damit um die selbe Klientel warben, war dieser Konflikt nicht auflösbar, solange die Bauernpartei sich nicht auf eine Unterstützung des Präsidenten einließ. Im Ergebnis wurde das Landwirtschaftsministerium in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von einer Agrarpartei dominiert, die nicht einmal im Parlament repräsentiert war, während die im Parlament präsente Bauernpartei keinen direkten Einfluss auf den Landwirtschaftsminister hatte. Ab 2002 „normalisierte“ sich die Situation insofern als die Agrarpartei über ein

regierungsnahes Wahlbündnis den Einzug ins Parlament schaffte, während die Bauernpartei an der 4%-Hürde scheiterte.<sup>202</sup>

Die organisatorische Zweiteilung der konservativen Agrarlobby in Agrarpartei und Bauernpartei schränkte ihre Durchsetzungskraft in der Regierung erheblich ein. Zusätzlich behinderten seit Mitte der 1990er Jahre regelmäßige Führungswechsel die Schaffung einer starken Lobby-Position innerhalb der Regierung. Im Zeitraum 1995–2004 lag die durchschnittliche Amtszeit des Landwirtschaftsministers bei etwa einem Jahr. Auch wenn die Minister in der Regel durch Nachrücker aus dem eigenen Ministerium ersetzt wurden, so erschwerten die Wechsel doch die Etablierung persönlicher Kontakte innerhalb der Regierung.

Zentrale Akteure mit landwirtschaftlicher Kompetenz waren in der Regierung neben dem Landwirtschaftsministerium und dem zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten vor allem die Agrarabteilung im Büro des Ministerpräsidenten und die Agrarabteilung des Wirtschaftsministeriums. Zusätzlich gab es zeitweise eine interministerielle Kommission für Agrarreformen. Außerdem nahm der Präsident häufig direkten Einfluss auf die Agrarpolitik der Regierung. Er schuf sich hierzu seine eigene Kommission für Agrarpolitik. Sowohl der Ministerpräsident als auch der Präsident besaßen damit sowohl die politische als auch die inhaltliche Kompetenz, Agrarpolitik ohne Absprache mit dem Landwirtschaftsministerium zu gestalten. Reformen konnten so an der konservativen Agrarlobby vorbei verfügt werden. Die weit reichende Reform der landwirtschaftlichen Genossenschaften zum Beispiel wurde Ende 1999 von Präsident Kutschma ohne vorherige Konsultationen mit dem Landwirtschaftsministerium per Erlass verfügt.<sup>203</sup>

Während der präsidententreue Flügel der Agrarlobby, wie ihn die Agrarpartei repräsentierte, also im gesamten Untersuchungszeitraum ohne Unterbrechung das Landwirtschaftsministerium kontrollierte, hatte er doch keine wirkliche Kontrolle über die Agrarpolitik der staatlichen Exekutive, da sowohl der Ministerpräsident als auch der Präsident ohne Rücksicht auf das Landwirtschaftsministerium Agrarpolitik gestalten konnte. In dieser Kons-

<sup>202</sup> Die Rolle der beiden Parteien im Parlament wird weiter unten im Abschnitt „Nationale Legislative“ analysiert.

<sup>203</sup> Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy: Agricultural policy reform in Ukraine. Sequencing and results, in: Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy / Striwe, Ludwig (Hg.): Policies and agricultural development in Ukraine, Kiew 2001, S.20–31, hier: S.26.

tellation kam dem Einfluss der konservativen Agrarlobby im Parlament große Bedeutung zu. Denn über eine parlamentarische Mehrheit bestand die Möglichkeit die Politik der Exekutive zu korrigieren.

## 7.4 Aufstieg und Fall der Bauernpartei

Die konservative Agrarlobby wurde im ukrainischen Parlament zuerst durch die Bauernpartei vertreten, die bereits 1992 durch Einwerbung von Abgeordneten des 1990 gewählten Parlaments die Fraktion „Agrarier der Ukraine“ gründete. Im Frühjahr 1993 besaß die Fraktion 76 Mitglieder, was einem Stimmenanteil von 17% entsprach. Obwohl die Bauernpartei bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1994 nur 18 Mandate (entsprechend 5% der Abgeordneten) errang, konnte sie bis zum Frühjahr 1995 durch Einwerbungen ihre Fraktionsstärke auf 51 steigern und kontrollierte damit 13% der Abgeordnetenstimmen.

In ihrer Opposition zu einer Restrukturierung der Landwirtschaft konnte die Bauernpartei mit der Unterstützung der kommunistischen und sozialistischen Fraktionen rechnen. Auf diese Weise entstand eine Vetoposition gegen durchgreifende Reformen im Agrarbereich. Die linken Parteien dominierten auch den Agrarausschuss des Parlaments und hatten so direkten Einfluss auf entsprechende Gesetzesvorlagen.

Seit 1995 versuchte dann die Regierung unter Präsident Kutschma, die Dominanz des Bündnisses der konservativen Agrarlobby mit Kommunisten und Sozialisten in der Agrarpolitik aufzubrechen. Zentraler Ansatzpunkt hierfür wurde die Spaltung der Bauernpartei und die Schaffung der regierungsnahen Agrarpartei. Die Agrarpartei war de facto eine Gründung des Landwirtschaftsministeriums, um die konservative Agrarlobby aus ihrer Opposition zu Präsident Kutschma zu lösen. Dabei ging es nicht nur um die Auflösung der Reformblockade in der Agrarpolitik, sondern auch um die Schaffung einer präsidentennahen Mehrheit im Parlament.

Im Sommer 1995 schieden einige Mitglieder aus der von der Bauernpartei getragenen Fraktion „Agrarier der Ukraine“ aus und schufen mit „Agrarier für Reformen“ ihre eigene Abgeordnetengruppe. Die Fraktion „Agrarier der Ukraine“ schrumpfte dadurch auf 29 Abgeordnete, was einem Stimmenanteil von 7% entsprach. Die „Agrarier für Reformen“, die sich Ende 1996 in die Fraktion der neugegründeten Agrarpartei umwandelten, hatten von Herbst 1995 bis Frühjahr 1998 stabil 25 bis 28 Mitglieder im Parlament, was einem Stimmenanteil von 6% bis 7% entsprach. Die Agrarlobby

war damit im Parlament gespalten. Für eine Wende in der Agrarpolitik reichte dies nicht.

Da die Agrarpartei am Reißbrett konstruiert worden war, konnte sie jedoch keine Wählerbasis erschließen. Mit einem Stimmenanteil von 3,7% scheiterte die Agrarpartei bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1998 an der 4%-Hürde. Den acht Mitgliedern der Agrarpartei, die über Direktmandate ins Parlament gewählt wurden, gelang es nicht, eine Fraktion zu organisieren. Sie schlossen sich stattdessen der neugegründeten Präsidentennahen Fraktion „Regionale Wiedergeburt“ an.

In Reaktion auf die Konkurrenz durch die regierungsnahen Agrarpartei ging die Bauernpartei im Frühjahr 1997 ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei ein. Nur so war es möglich, die Mindestzahl von 25 Abgeordneten zu sichern, die damals für den Erhalt des Fraktionsstatus im Parlament erforderlich war. Die gemeinsame Fraktion von Sozialisten und Bauernpartei erreichte eine Stärke von 34 bis 40 Abgeordneten, entsprechend 9% bis 10% der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1998 errang der Wahlblock von Sozialisten und Bauern 34 Mandate, was einem Stimmenanteil von 8% im neu gewählten Parlament entsprach. Die Abgeordneten schlossen sich zur Fraktion „Linkes Zentrum“ zusammen. Nachdem Mitte 1998 die erforderliche Mindestanzahl von Abgeordneten für das Erlangen von Fraktionsstatus von 25 auf 14 gesenkt worden war, schuf die Bauernpartei wieder ihre eigene Fraktion mit 15 Mitgliedern, entsprechend 3% der Stimmen.

Die Bauernpartei hatte damit im neuen Parlament deutlich weniger Stimmen als vor dem Zusammenschluss mit den Sozialisten, das grundsätzliche Bündnis mit Sozialisten und Kommunisten im Bereich der Agrarpolitik blieb aber bestehen und sicherte weiter ein Veto gegen Reformversuche. Die Bedeutung der Bauernpartei zeigte sich deutlich, als ihr Vertreter, Oleksandr Tkatschenko, im Sommer 1998 zum Parlamentssprecher gewählt wurde. Ende 1998 gelang es der konservativen Agrarlobby dann, im Parlament weit reichende Steuerprivilegien für die Landwirtschaft durchzusetzen.<sup>204</sup>

---

<sup>204</sup> Haran<sup>3</sup>, Oleksij; Tkačenko – ein ukrainischer Lukašenko?, Aktuelle Analysen (BIOst) 9/1999; Demyanenko, Serhiy / Zorya, Serhiy: Taxation and Ukrainian agriculture after 2004, IER Working Paper Nr. 18 (2002), S.10, im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua).

Zu einer grundsätzlichen Kräfteverschiebung im Parlament kam es nach der Wiederwahl von Präsident Kutschma Ende 1999. Bis zum Frühjahr 2000 gelang es präsidentennahen Parteien in großer Zahl Abgeordnete aus dem linken Lager abzuwerben. Im Ergebnis verloren die linken Fraktionen ihre Vetoposition. Die Fraktion der Bauernpartei löste sich im Februar 2000 aufgrund zu niedriger Mitgliederzahl selbst auf. Die präsidentennahen Parteien nutzten ihre neue Mehrheit, um entgegen der Geschäftsordnung des Parlaments die linken Parteien aus den Ausschüssen zu verdrängen. Die Leitung des parlamentarischen Agrarausschusses ging so im Februar 2000 an Kateryna Vaschtschuk, die erste stellvertretende Vorsitzende der Agrarpartei, die sich der Fraktion „Regionale Wiedergeburt“ angeschlossen hatte.

Da die Agrarpartei aber durch ihre Abhängigkeit vom Präsidenten keine ernsthafte Opposition zur Agrarpolitik der Exekutive entwickeln konnte und ein Bündnis mit reformfeindlichen linken Fraktionen ausgeschlossen war, konnte die Agrarpartei im Gegensatz zur Bauernpartei keine Vetoposition aufbauen. Damit war der Weg frei für die Ende 1999 eingeleitete Agrarreform der Regierung.

Nach den Parlamentswahlen vom Frühjahr 2002 war die Bauernpartei nicht mehr im Parlament vertreten. Der Agrarpartei gelang jedoch als Teil eines präsidentennahen Wahlblocks der Einzug ins Parlament. Die Fraktion der Agrarpartei erreichte eine Stärke von 16 bis 18 Abgeordneten, was einem Stimmenanteil von 4% entsprach. Die Agrarpartei hatte damit sechs Jahre nach ihrer Gründung die Bauernpartei als Vertretung der konservativen Agrarlobby im Parlament verdrängt. Über die Hälfte der Fraktionsmitglieder der Agrarpartei ging in den Agrarausschuss und erreichte dort einen Stimmenanteil von etwa 40%. Bezeichnend für die Schwäche der Agrarpartei als Vertretung der konservativen Agrarlobby war aber die Tatsache, dass der Vorsitz des Ausschusses an die Oppositionspartei „Unsere Ukraine“ (Nascha Ukraina) ging, deren Vorsitzender, Wiktor Juschtschenko, die Agrarreform des Jahres 2000 als Ministerpräsident mitgestaltet hatte.<sup>205</sup>

---

<sup>205</sup> Zur Rolle von Bauern- und Agrarpartei im Parlament siehe: Ott, Alexander: Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine, Köln 1999, S.65–66, 73, 91; Ash, Timothy: Land and agricultural reform in Ukraine, in: Wegren, Stephen (Hg.): Land reform in the former Soviet Union and Eastern Europe, London 1998, S.62–86, hier: S.74–76; Atta, Don van: Towards a more market-driven strategy for agricultural reform in Ukraine, in: Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy / Striwe, Ludwig (Hg.): Policies and agricultural development in Ukraine, Kiew 2001, S.71–85, hier: S.79–80; Herron, Erik S.: Causes and consequences

Während die Bauernpartei also bis Ende 1999 durch ihr Bündnis mit den linken Fraktionen im Parlament eine Vetomacht gegen durchgreifende Agrarreformen selbst dann sicherstellen konnte, wenn die eigene Fraktion nur über einen sehr geringen Stimmenanteil verfügte, führte der Wechsel in den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen Anfang 2000 nicht nur zum Ende der Vetomacht sondern gleichzeitig zum Ende der Bauernpartei. Aufgrund ihrer Nähe zum Präsidenten war die Agrarpartei nicht in der Lage die Rolle der Bauernpartei als Vetomacht gegen Agrarreformen zu übernehmen. Die Bedeutung des Parlaments für die Agrarpolitik ging damit deutlich zurück und die Exekutive erhielt größere Spielräume.

## 7.5 Resümee

Mit dem Ende der Sowjetunion brach das planwirtschaftliche Unterstützungssystem für die ukrainische Landwirtschaft zusammen. Sinkende Produktivität aufgrund fehlender Investitionsmittel führte zu einer lang anhaltenden Krise und einem gesamtwirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft. Trotz dieser Krise gelang es der konservativen Agrarlobby als Interessenvertreter der unprofitabel arbeitenden landwirtschaftlichen Großbetriebe bis 1999 durchgreifende Agrarreformen zu verhindern. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe verblieben deshalb unter der Kontrolle des Managements aus sowjetischer Zeit.

Ihre Position auf der politischen Bühne sicherte die konservative Agrarlobby im Rahmen einer legalen Vereinnahmungsstrategie durch die de facto Übernahme des Landwirtschaftsministeriums und die Kooperation mit den linken Fraktionen im Parlament, die ihr dort eine Vetoposition sicherte. Wie die Agrarlobbys in vielen anderen Ländern auch bildete die konservative Agrarlobby in der Ukraine so eine Seilschaft mit dem Landwirtschaftsministerium und der Bauernpartei. Zusätzlich gewann die ukrainische Agrarlobby die linken Parteien als strategische Partner. Die Gegner der konservativen Agrarlobby hingegen waren jeweils weitgehend isoliert. Die bäuerlichen Privatwirtschaften erhielten keinen Zugang zur nationalen Politik. Die politischen Kontrahenten der Agrarlobby, die sowohl in der Regierung als auch im Parlament existierten, waren untereinander nicht vernetzt und

---

of fluid faction membership in Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/2002, S.625–639, hier: S.626. Besetzung des Agrarausschusses nach Parlamentsangaben ([www.rada.kiev.ua](http://www.rada.kiev.ua)).

aufgrund dieser strukturellen Lücke nicht zu abgestimmter Opposition in der Lage.

Da die am Anfang der 1990er Jahre gesetzten Regeln den Vorstellungen der konservativen Agrarlobby weitgehend entsprachen, reichte ihnen im Folgenden eine negative Regelsetzungskompetenz, das heißt die Möglichkeit Reformvorhaben zu blockieren. Hierzu wiederum war zu jedem beliebigen Zeitpunkt die entscheidungstreffende Mehrheit in nur einem der zwei offiziellen wirtschaftspolitischen Entscheidungsorgane (Exekutive und Legislative) ausreichend. Aufgrund ihrer politischen Kontakte konnte die Agrarlobby dies immer erreichen. Um selber konstruktiv Regeln zu setzen, hätte die Agrarlobby aber zu einem bestimmten Zeitpunkt beide staatlichen Entscheidungsorgane dominieren müssen. Dies gelang ihr nur in Ausnahmefällen, etwa Ende der 1990er Jahre als sie weit reichende Steuerprivilegien für die Landwirtschaft durchsetzen konnte. Dies ist damit auch der einzige Zeitraum, in dem die Landwirtschaft in großem Umfang staatliche Subventionen erhielt.<sup>206</sup>

Neben dem häufig blockierten politischen Entscheidungsfindungsprozess war ein weiteres zentrales Problem der ukrainischen Agrarpolitik die begrenzte Umsetzung durch die verantwortlichen staatlichen Akteure. Regionale Gouverneure erließen so etwa in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre regelmäßig regionale Beschränkungen des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten, die weder mit ihren Kompetenzen noch mit der nationalen Agrarpolitik in Einklang standen, aber trotzdem nicht aufgehoben wurden. Die für Getreidekäufe zuständige staatliche Firma Chlib Ukrainy verfolgte zeitweise ihre eigene Preispolitik.<sup>207</sup>

Die Seilschaft der konservativen Agrarlobby, die von 1992 bis 1999 sehr stabil geblieben war, wurde Anfang 2000 entscheidend geschwächt. Zentrale Ursache hierfür war die Bildung einer präsidentennahen Mehrheit im Parlament, die die Koalition der Bauernpartei ihrer Vetomehrheit beraubte. Als Folge des politischen Umschwungs verlor die Bauernpartei sogar ihre Repräsentation im Parlament und besaß damit als Lobbyinstrument keine Bedeutung mehr. Stattdessen erhob nun die vom Landwirtschaftsministeri-

---

<sup>206</sup> Zahlen zeigt Tabelle 7.1.

<sup>207</sup> Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy: Agricultural policy reform in Ukraine. Sequencing and results, in: Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy / Striewe, Ludwig (Hg.): Policies and agricultural development in Ukraine, Kiew 2001, S.20–31, hier: S.24–25.

um gesteuerte Agrarpartei den Anspruch, die Interessen der konservativen Agrarlobby zu vertreten. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Regierung besaß die Agrarpartei aber nur begrenzte Handlungsspielräume und konnte im Parlament keine Vetokoalition aufbauen.

Die nationale Exekutive erhielt damit zum Jahresanfang 2000 die Möglichkeit, Agrarpolitik ohne Rücksicht auf das Parlament gestalten zu können. Sowohl der Präsident als auch der Ministerpräsident besaßen dabei die formale Kompetenz, Agrarreformen auch ohne Mitwirkung des Landwirtschaftsministeriums, also unter Umgehung der dort repräsentierten konservativen Agrarlobby, vorzunehmen. Aufgrund eigener Agrarabteilungen stand ihnen auch die erforderliche inhaltliche Kompetenz zur Verfügung.

Während also die strukturellen Lücken zwischen den relevanten Akteuren auf staatlicher Seite geschlossen wurden, sah sich die Seilschaft der Agrarlobby mit einer strukturellen Lücke zwischen Agrarpartei und linken Parteien konfrontiert. Da die Seilschaft der Agrarlobby außer der Loyalität ihrer Mitglieder keine relevanten Ressourcen besaß, war sie nicht in der Lage die Verschlechterung ihrer Netzwerkposition zu verhindern. Insbesondere fehlte ihr die Möglichkeit, Massenproteste zu organisieren und über eine Konfrontationsstrategie die Rückkehr in den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu erzwingen, wie dies etwa im ukrainischen Kohlebergbau von den Betriebsdirektoren versucht wurde und wie es die Agrarlobbies in Polen und der Tschechischen Republik zumindest mit Teilerfolgen praktizierten.<sup>208</sup>

Direkte Folge des Einflussverlustes der konservativen Agrarlobby war eine weit reichende Restrukturierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die die Position der ehemals sowjetischen Betriebsleiter einschränkte. Die soziale Basis der konservativen Agrarlobby wurde damit geschwächt. Gleichzeitig wurde eine Reihe weiterer Agrarreformen, etwa im Bereich des Bodenrechts, durchgesetzt. Die Auflösung der Reformblockade wurde von vielen Kommentatoren als entscheidende Ursache für die folgende deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft gesehen.

Obwohl sich die politische Konstellation im Bereich der Agrarpolitik in den folgenden Jahren nicht wesentlich änderte, wurde der nun vorhandene Handlungsspielraum von der Exekutive ab 2001 nicht für weitere Reformen genutzt. Ursache hierfür war der Sturz der reformorientierten Regierung

---

<sup>208</sup> Siehe dazu den Ländervergleich in Kapitel 3 („Die Ukraine im osteuropäischen Kontext“).

unter Wiktor Juschtschenko. Aufgrund ihrer programmatischen Position entschieden sich die folgenden Regierungen bewusst gegen eine Fortsetzung der Agrarreformen. Die neuerliche Reformblockade seit 2001 ist deshalb weniger auf den Einfluss der konservativen Agrarlobby zurückzuführen als vielmehr auf eine bewusste und weitgehend eigenständige Entscheidung von Präsident und Ministerpräsident.



## **8. Resümee: Informelle Einflussnahme, Demokratie und politische Kultur**

Wie die Fallstudien gezeigt haben, ist informelle Einflussnahme ein zentraler Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse in der Ukraine. Abschließend soll deshalb in diesem Kapitel eine Bestandsaufnahme der Formen informeller Einflussnahme, der beteiligten Akteure und der Ergebnisse vorgenommen werden. Bei der Einschätzung der Ergebnisse wird dabei die in der Einleitung vorgestellte Hellman-These wieder aufgegriffen, die die frühen Reformgewinner für Blockaden politischer Entscheidungsfindung und daraus resultierende Reformstaus verantwortlich macht.

Darüber hinaus soll die informelle Einflussnahme auch bezüglich ihrer Bedeutung für das politische System bewertet werden. Unter welchen Bedingungen und inwieweit informelle Einflussnahme demokratische Entscheidungsfindung untergräbt, ist eine der zentralen Fragen für die Einschätzung des politischen Systems unter Präsident Kutschma als demokratisch oder autoritär.

Ausgehend von der Bestandsaufnahme informeller Einflussnahme und der Einschätzung ihrer Wirkung im politischen System soll dann unter Bezugnahme auf den im dritten Kapitel entwickelten analytischen Rahmen die Stabilität der entstandenen Formen informeller Einflussnahme untersucht werden. Da der Grad der Stabilität der zentrale Indikator für die Reformierbarkeit des Systems ist, erlaubt er eine vorsichtige Prognose möglicher Entwicklungen in der näheren Zukunft.

### **8.1 Der Einfluss von Wirtschaftsakteuren auf die ukrainische Politik**

Eine Zusammenfassung der Wirtschaftsakteure, die in der Ukraine auf informelle Weise Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen, bringt ein für entwickelte Industriegesellschaften durchaus nicht ungewöhnliches Bild. Neben Großunternehmern („Oligarchen“) sind Vertreter staatlich subventionierter Branchen (Agrarlobby und Kohlelobby) sowie Gewerkschaften von größter Bedeutung.

Bei näherer Betrachtung zeigen sich aber erhebliche Abweichungen zwischen dem ukrainischen Fall und westlichen Industriegesellschaften. Drei Aspekte sind dabei besonders augenfällig. Erstens ist in der Ukraine die Zahl der tatsächlich politisch einflussreichen Wirtschaftsakteure auf der nationalen Ebene extrem gering. Im Zeitraum 1992 bis 2004 lassen sich insgesamt

nur ein halbes Dutzend Oligarchen, die in der Agrarlobby zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen Großunternehmer, die zwei Gewerkschaften der Bergleute und mit erheblichen Abstrichen noch die Direktoren der Kohlebetriebe als politisch relevant einstufen. Während also in der Ukraine etwa ein Dutzend individuelle und kollektive Akteure Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen erhalten, sind in westlichen Industriegesellschaften unzählige Interessenvertreter in fast jedem Politikfeld einflussreich vertreten.<sup>209</sup>

Zweitens ist der Organisationsgrad der ukrainischen Wirtschaftsakteure extrem niedrig. Keine der oben aufgeführten Gruppen hat es geschafft, über mehr als einige Jahre eine handlungsfähige kollektive Interessenvertretung aufrecht zu erhalten. Sowohl die Gewerkschaften der Bergleute als auch die Agrarlobby wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durch geschickte Manipulationen der Regierung gespalten und damit weitgehend marginalisiert. Unter Präsident Kutschma wurde so die individuelle Interessenvertretung einzelner Oligarchen im Rahmen regionaler Seilschaften das Erfolgsmodell politischer Einflussnahme. Großunternehmer schufen also keinen gemeinsamen Verband sondern verbündeten sich jeweils mit ausgewählten politischen Akteuren und gehörten damit bei der politischen Einflussnahme regelmäßig rivalisierenden Lagern an.

Drittens ist die Bedeutung einzelner Strategien der Einflussnahme im ukrainischen Fall anders als in westlichen Industriegesellschaften. Auffällig ist vor allem die große Bedeutung der illegalen Vereinnahmungsstrategie. Diese ist – wie der Ländervergleich im dritten Kapitel gezeigt hat – auch im post-sozialistischen Kontext in der Ukraine überrepräsentiert. Auf der nationalen Ebene ist dies vor allem auf die Rolle der Oligarchen zurückzuführen. Die Vertreter des Kohlebergbaus und die Agrarlobby verfolgen hingegen – ähnlich wie die entsprechenden Branchenvertreter in vielen westlichen Industriestaaten – eine Konfrontationsstrategie bzw. eine legale Vereinnahmungsstrategie.

Eine wesentliche Ursache für die Unterschiede zu westlichen Industriestaaten ist eindeutig das sozialistische Erbe fehlender zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Die meisten nicht-staatlichen Organisationen mussten nach dem Ende des Sozialismus Anfang der 1990er Jahre völlig neu geschaf-

---

<sup>209</sup> Einen Überblick über die Interessenvertretung in westeuropäischen Staaten gibt: Reutter, Werner / Rütters, Peter (Hg.): *Verbände und Verbandsysteme in Westeuropa*, Opladen 2001.

fen werden. Ihnen fehlten damit in den meisten Fällen alle erforderlichen Ressourcen, da sie weder eine Mitgliederbasis, noch ausreichende finanzielle Mittel noch organisatorische Kompetenz besaßen. Im Ergebnis sind nicht-staatliche Organisationen auch auf Seiten der Wirtschaft weiterhin vergleichsweise schwach entwickelt.

Anfang der 1990er Jahre besaßen deshalb in der Ukraine nur solche Organisationen Einfluss auf die Politik, die bereits in der Sowjetunion relevante Ressource erworben hatten. Dies war zum einen die Agrarlobby, die fast nahtlos ihre Lobbyarbeit fortsetzte – wie die Fallstudie im fünften Kapitel gezeigt hat bis hin zur Beibehaltung von Büros im Landwirtschaftsministerium. Zum anderen war dies der Kohlebergbau, der neben der sowjetischen Interessenvertretung der Betriebsdirektoren seit den Reformen der späten 1980er Jahre auch auf eine Massenbasis in Form protestbereiter Bergarbeiter setzen konnte, die mit der staatlichen Gewerkschaft eine – wenn auch reformbedürftige – organisatorische Form besaßen.

In der Ukraine ebenfalls existierende Unternehmerverbände hingegen konnten weder eine für erfolgreiche Politikbeeinflussung hinreichende organisatorische Kompetenz noch eine Massenbasis erreichen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gewannen vielmehr die Oligarchen als individuelle Akteure an Einfluss, weil sie über ihre unternehmerische Tätigkeit erhebliche finanzielle Mittel angehäuft hatten, die sie nun in politischen Einfluss investierten. Sie benutzten diese finanziellen Mittel, um das Fehlen von organisatorischer Kompetenz und Massenbasis zu kompensieren. Sie integrierten sich dank ihrer Wirtschaftskraft in Seilschaften der regionalen Politik, die auf die Unterstützung der Regionalverwaltung und ähnliche „administrative Ressourcen“ zurückgreifen konnten. Mit der Übernahme politischer Parteien seit Ende der 1990er Jahre erwarben die Oligarchen dann auch ein im politischen Prozess ausreichendes Substitut für eine Massenbasis.

Die Schwäche der nicht-staatlichen Akteure, die sich in ihrer geringen Zahl und ihrem niedrigen Organisationsgrad äußert, fördert damit gleichzeitig die illegale Vereinnahmungsstrategie. Wenn Massenbasis und organisatorische Kompetenz fehlen, ist das „Kaufen“ von Politikern häufig der einzige Weg, politische Entscheidungsprozesse erfolgreich zu beeinflussen. Die geringe Zahl der Interessengruppen führt gleichzeitig dazu, dass der Einfluss auf die Politik von wenigen Oligarchen monopolisiert werden

kann. Zivilgesellschaftliche Gruppen sind zu schwach, um sich gegen die korrupten Seilschaften durchzusetzen.

In diesem Sinne ist auch die mit der illegalen Vereinnahmungsstrategie verbundene politische Korruption eine Folge der aus dem Sozialismus resultierenden Schwäche nicht-staatlicher Interessengruppen. Wie der Ländervergleich im dritten Kapitel gezeigt hat, ist das Ausmaß der politischen Korruption in der Ukraine aber auch für post-sozialistische Länder überdurchschnittlich.

Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die ukrainische Führung unter Präsident Kutschma die Oligarchen systematisch gefördert hat, während sie organisierte Interessenvertretungen anderer Wirtschaftsakteure aus dem politischen Leben verdrängt hat. Die Gewerkschaften der Bergleute und die Agrarlobby, die beide weitgehend legale Strategien der politischen Einflussnahme verfolgten, wurden durch die Regierung marginalisiert. Die im vierten Kapitel geschilderten zunehmenden autoritären Tendenzen verhinderten gleichzeitig das Aufkommen neuer unabhängiger Interessengruppen. Die Stärke der autoritären Tendenzen unter Kutschma zeigte sich also im Fehlen einflussreicher unabhängiger zivilgesellschaftlicher Interessengruppen.

Die Schwäche der autoritären Tendenzen unter Kutschma zeigte sich gleichzeitig darin, dass der Präsident trotzdem nicht in der Lage war, ohne die Unterstützung der Oligarchen und ihrer regionalen Seilschaften seinen Machterhalt zu sichern. Erst die Wahlkampfunterstützung der finanzstarken Oligarchen sicherte seine Wiederwahl und erst die Übernahme von politischen Parteien durch Oligarchen ermöglichte es dem Präsidenten, im Parlament eine Mehrheit zu gewinnen. Der Versuch seinen Wunschkandidaten als seinen Nachfolger zu etablieren, offenbarte dann in der Krise um die Präsidentschaftswahl 2004 endgültig die Grenzen des politischen Einflusses von Kutschma.

Diese Abhängigkeit des Präsidenten von der Unterstützung der Oligarchen scheint die in der Einleitung vorgestellte Hellman-These eindrucksvoll zu bestätigen. Hellman hatte argumentiert, dass „Krisengewinnler“ aus der Wirtschaft versuchen würden, Einfluss auf die Politik zu gewinnen, um weitergehende Reformen zu verhindern und damit eine Überwindung der post-sozialistischen Wirtschaftskrise unmöglich machten. Die ukrainischen Oligarchen können eindeutig als Krisengewinnler im Sinne Hellmans betrachtet werden, da sie von staatlicher Bevorzugung in einem chaotischen

Markt profitierten. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gelang es ihnen, Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Präsident Kutschma, der mit dem Ziel weit reichender Wirtschaftsreformen angetreten war, führte diese nicht durch. Der Sturz des reformorientierten Ministerpräsidenten Juschtschenko durch eine Parlamentsmehrheit aus Fraktionen der Kommunisten und Oligarchen wurde dann 2001 als endgültiger Beweis für die reformfeindliche Politik der Oligarchen gewertet. Der ukrainische Reformstau wurde dementsprechend bis zum Ende der Amtszeit Kutschmas im Jahre 2004 nicht aufgelöst.

Eine wesentliche Einschränkung der Hellman-These liefert der ukrainische Fall allerdings. Hellman geht davon aus, dass der von den Oligarchen provozierte Reformstau zwangsläufig zu einer schlechten Wirtschaftsentwicklung führt. Hier ist die Ukraine ein gutes Gegenbeispiel, das belegt, wie fragwürdig monokausale Erklärungen von Wirtschaftswachstum sind. Nachdem die Oligarchen Ende der 1990er Jahre ihren politischen Einfluss konsolidiert hatten, begann in der Ukraine eine Phase dynamischen Wirtschaftswachstums. In der zweiten Amtszeit Kutschmas von 1999 bis 2004 wuchs die ukrainische Wirtschaft um über ein Drittel. Den geringen Zusammenhang zwischen politischem Reformstau und Wirtschaftswachstum hat neuerdings auch eine Reihe international vergleichender Studien bestätigt.<sup>210</sup> Informelle Einflussnahme gegen marktwirtschaftliche Reformen und resultierender Reformstau führen also nicht automatisch zu einer Wirtschaftskrise.

## 8.2 Informelle Einflussnahme und Demokratie

Neben den wirtschaftlichen Folgen aus informeller Einflussnahme resultierender politischer Reformstaus ist auch die Auswirkung informeller Einflussnahme auf das politische System von Bedeutung. Die Frage nach der Effizienz politischer Entscheidungsfindung ist dabei von der Frage der demokratischen Legitimität politischer Entscheidungsfindung zu trennen. Einerseits kann demokratische Entscheidungsfindung durchaus ineffizient sein und durch die gegenseitige Blockade demokratisch legitimierter Entscheidungsträger zu Reformstaus führen. Eine Konstellation, die für westli-

---

<sup>210</sup> Siehe etwa: Hausmann, Ricardo / Pritchett, Lant / Rodrik, Dani: Growth accelerations, NBER Working Paper Nr.10566 (2004) oder Ricardo Glaeser, Edward u.a.: Do institutions cause growth?, NBER Working Paper Nr.10568 (2004). Beide im Internet veröffentlicht unter: [www.nber.org/papers](http://www.nber.org/papers)

che Demokratien seit den 1990er Jahren vermehrt diskutiert wird, und die mit einem vom Parlament unabhängigen Präsidenten an der Spitze der Exekutive auch in der demokratischen Verfassung der Ukraine angelegt ist.

Andererseits können autoritäre Tendenzen, also demokratisch nicht legitimierte politische Entscheidungen, durchaus effizient sein und zur Auflösung von Reformstaus führen. In einzelnen Politikfeldern zeigte sich das Potential autoritärer Tendenzen zur Auflösung von Reformstaus auch in der Ukraine unter Kutschma. Die – durchaus nicht völlig demokratische – Marginalisierung der Gewerkschaften der Bergleute und der Agrarlobby in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, eröffnete Möglichkeiten für Reformen. Die Tatsache, dass diese Möglichkeiten nur begrenzt genutzt wurden, lag nicht in der Natur der autoritären Tendenzen sondern in den Interessen der relevanten staatlichen Akteure. Dies wiederum verdeutlicht das Risiko autoritärer Tendenzen. Staatliche Akteure erhalten Spielräume, die sie unkontrolliert nach eigenem Gutdünken nutzen können.

Im Folgenden soll deshalb die Beziehung zwischen informeller Einflussnahme und demokratischer Legitimität am Beispiel der post-sozialistischen Ukraine näher untersucht werden. Informelle Einflussnahme beschreibt dabei Formen der Beteiligung an politischer Entscheidungsfindung, die in der formellen, d.h. verfassungsmäßigen politischen Ordnung nicht vorgesehen sind. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich dabei auf die informelle Einflussnahme durch Wirtschaftsakteure. Bezogen auf die demokratische Legitimität dieser informellen Einflussnahme gibt es in der politikwissenschaftlichen Literatur zwei grundlegende Bedenken.

Der erste Einwand ist die fehlende demokratische Legitimierung der Wirtschaftsakteure. Im Rahmen des Korporatismus-Ansatzes etwa wurde argumentiert, dass einflussreiche Wirtschaftsakteure den Zugang zur politischen Entscheidungsfindung monopolisiert haben und damit ohne demokratisches Mandat erheblichen Einfluss auf die Politik besitzen, während andere nicht-staatliche Akteure keinen Zugang zur Politik finden.<sup>211</sup> Auch wenn dieses Bild mittlerweile differenziert wurde, bleibt der grundsätzlich Einwand gültig, dass unterschiedliche gesellschaftliche Interessen unterschiedlich gut organisiert sind und deshalb unabhängig von

---

<sup>211</sup> Richtungsweisend hierfür war: Schmitter, Philippe: Still the century of corporatism?, in: Pike, Fredrich / Stich, Thomas (Hg.): The new corporatism. Social-political structure in the Iberian World, Paris 1974, S.85–131.

ihrer demokratischen Legitimität unterschiedlich starken Einfluss auf politische Entscheidungsfindung haben.<sup>212</sup>

In westlichen Demokratien und vor allem auf der Ebene der Europäischen Union wird in Reaktion auf dieses Problem zunehmend versucht, die Interessenvertretung mächtiger Akteure zu reglementieren und zu kontrollieren sowie die Interessenvertretung schwacher Akteure zu fördern. Auf diese Weise soll ein Interessenpluralismus erzeugt werden, der möglichst allen Interessen gleiche Zugangschance zu politischen Entscheidungsfindungsprozessen ermöglicht.<sup>213</sup>

In der Ukraine ist ein derartiger Ansatz jedoch aufgrund der Schwäche der meisten Interessengruppen auf absehbare Zeit auch nicht annähernd realisierbar. Etliche Beobachter sahen deshalb in der Ukraine einen klassischen Fall von Korporatismus, einem Interessenkartell zwischen politischer Führung und einigen wenigen einflussreichen Interessengruppen.<sup>214</sup> Durch die autoritären Tendenzen unter Präsident Kutschma wandelte sich jedoch der Charakter der politischen Einflussnahme informeller Akteure, so dass eine schwerwiegendere Bedrohung der demokratischen Legitimität zu konstatieren war.

Dieser zweite Einwand gegen die demokratische Legitimität informeller Einflussnahme zielt nicht auf die beteiligten Akteure sondern auf die verwendeten Mittel. Aus dieser Sicht ist informelle Einflussnahme dann bedenklich, wenn sie gegen die formellen Regeln verstößt. Dies ist in der Ukraine der Fall bei der illegalen Vereinnahmungsstrategie der Oligarchen. Die Oligarchen setzten durch politische Korruption den verfassungsgemäßen demokratischen Entscheidungsfindungsprozess teilweise außer Kraft.

Eine derartige anti-demokratische Wirkung informeller Einflussnahme wird – wie das Beispiel der Ukraine zeigt – möglich, wenn gesellschaftliche Interessengruppen unterentwickelt sind und die politische Führung auf eine formelle Demokratie mit starken autoritären Manipulationen setzt. Dann findet sich auf der Seite informeller Akteure kein pluralistischer, zivilgesellschaftlicher Lobbyismus sondern die durch Oligarchen weitgehend mono-

---

<sup>212</sup> Klassisch ist diese These formuliert worden bei: Olson, Mancur: *The logic of collective action*, Cambridge/MA 1965.

<sup>213</sup> Einen Überblick geben die Beiträge in: Reutter, Werner / Rütters, Peter (Hg.): *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen 2001.

<sup>214</sup> Am ausführlichsten vertritt diese Position: Kubicek, Paul: *Unbroken ties. The state, interest associations, and corporatism in post-Soviet Ukraine*, Ann Arbor 2000.

polisierte Vereinnahmung politischer Akteure mit starker illegaler Komponente. Auf der Seite des Staates existiert dann ein schwacher Autokrat, der statt direkt von den Wählern direkt von Oligarchen abhängig ist. In der Transformationsliteratur ist ein solches System, das demokratische formelle Regeln der Machtvergabe mit anti-demokratischer informeller Entscheidungsfindung kombiniert, als „defekte Demokratie“ bezeichnet worden.<sup>215</sup>

Die illegale Vereinnahmungsstrategie und die daraus resultierende Konstellation ist aber nur eine Variante anti-demokratischer informeller Einflussnahme. Lauth unterscheidet in diesem Zusammenhang vier Formen der informellen Partizipation: Klientelismus, Korruption, Putschdrohung und ziviler Widerstand.<sup>216</sup> Diese vorrangig aus der Analyse lateinamerikanischer Staaten gewonnene Typologie macht deutlich, dass die anti-demokratische informelle Einflussnahme in der Ukraine spezifische Züge aufweist. Diese weisen auf eine – zumindest im Vergleich zu Lateinamerika – größere Stabilität des politischen Systems in der Ukraine hin, da der gewaltsame Systemwechsel über einen Putsch hier keine relevante Option ist und der zivile Widerstand, wie der Konflikt um die Präsidentschaftswahl 2004 gezeigt hat, auf friedliche Proteste zielt.

### 8.3 Zur Kulturabhängigkeit informeller Einflussnahme

Um einschätzen zu können, wie stabil die hier beschriebenen Grundmuster der Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure auf wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse sind, sollen abschließend organisatorische Kontinuitäten, die Persistenz formeller Rahmenbedingungen sowie vorhandene Pfad- und Kulturabhängigkeiten betrachtet werden. Organisatorische Kontinuitäten bezeichnen die Stabilität konkreter Organisationen aufgrund vorhandener Infrastruktur und Mitglieder. Die Persistenz formeller Rahmenbedingungen beschreibt das Fortbestehen formeller Regeln. Pfadabhängigkeit wird im Sinne von North verstanden als Verharrungsvermögen etablierter informeller Regeln.<sup>217</sup> Kulturabhängigkeit soll hier bedeuten, dass die

<sup>215</sup> Siehe etwa: Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2000,

<sup>216</sup> Lauth, Hans-Joachim: Informelle Institutionen politischer Partizipation, in: Lauth, Hans-Joachim / Liebert, Ulrike (Hg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratien-Vergleich, Opladen 1999, S.61–84.

<sup>217</sup> ”Although formal rules may change overnight as the result of political or judicial decisions, informal constraints embodied in customs, traditions and codes of conduct are much more

spezifischen Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster einer sozialen Gruppe bestimmte Entwicklungen fördern oder hemmen.<sup>218</sup> Der Begriff der Kulturabhängigkeit geht damit in zweierlei Hinsicht über den Begriff der Pfadabhängigkeit hinaus. Erstens erfasst er nicht nur Regeln, sondern auch zugrunde liegende Denk- und Wahrnehmungsmuster, die unter Umständen auch mit verschiedenen Ausformulierungen konkreter Regeln kompatibel sind. Zweitens erfasst der Begriff der Kulturabhängigkeit nicht nur etablierte Regeln als retardierendes Moment für Wandel, sondern sieht gleichzeitig das innovative Potential kultureller Faktoren (unabhängig von normativen, etwa pro-demokratischen Einstellungen des Analytikers). Kulturabhängig können auf externe Herausforderungen spezifische Antworten entwickelt werden.

In der Ukraine wurde die Akteurskonstellation auf staatlicher Seite vorrangig durch die formellen Regeln des politischen Systems bestimmt, wie sie 1996 in der neuen Verfassung festgeschrieben wurden und bis zum Ende der Präsidentschaft Kutschmas 2004 im wesentlichen bestehen blieben. Damit ist weitgehende organisatorische Kontinuität und Persistenz formeller Regeln zu konstatieren.

Die Verteilung der strukturellen Lücken zwischen staatlichen Akteuren hat sich aber in der Ukraine mehrfach erheblich verändert. Dominierte direkt nach der Unabhängigkeit unter dem ersten Präsidenten Krawtschuk noch der Konflikt zwischen Präsident und Ministerpräsidenten, gelang es Kutschma schnell diese strukturelle Lücke zu schließen. Stattdessen führte die strukturelle Lücke zwischen Exekutive und Legislative zunehmend zu Entscheidungsblockaden und Konflikten. Mit der Bildung einer Parlamentsmehrheit durch die Oligarchen-Parteien konnte diese strukturelle Lücke zu Beginn der zweiten Amtszeit Kutschmas im Jahre 2000 deutlich reduziert werden. Gleichzeitig gab es innerhalb der Exekutive immer wieder strukturelle Lücken, wie etwa zwischen Kohleministerium und Ministerpräsident nach der Annahme des Weltbank-Programms Mitte der 1990er Jahre oder wie zwischen Agrarministerium und Präsident zu Beginn der Agrarreform 1999/2000. Im Parlament entstanden in der präsidentennahen

---

impervious to deliberative policies. These cultural constraints not only connect the past with the present and the future, but provide us with a key to explaining the path of historical change.” (North, Douglass: *Institutions, institutional change and economic performance*, Cambridge 1990, S.6).

<sup>218</sup> Ausführlicher dazu die konzeptionellen Beiträge in: Höhmann, Hans-Hermann (Hg.): *Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation*, Bremen 1999.

Mehrheit aufgrund der Rivalitäten der beteiligten Oligarchen immer wieder strukturelle Lücken, die etwa zum Scheitern der 2003/04 geplanten Verfassungsreform führten. Die Handlungsfähigkeit einzelner staatlicher Akteure im politischen Entscheidungsprozess ist also kurzfristig variabel in Abhängigkeit von ihrer Machtposition und ihren Machtsicherungsstrategien.

Anders sieht es bei der Konstellation der nicht-staatlichen Akteure aus. Ihre Rolle im politischen Entscheidungsprozess unterliegt nur sehr begrenzt formellen Regeln. Welche nicht-staatlichen Akteure sich formieren, um Einfluss auf Wirtschaftspolitik zu nehmen, wird also von informellen Regeln bestimmt und ist durchaus pfadabhängig. In der post-sozialistischen Ukraine dominierten so mit der Agrar- und der Kohlelobby in den ersten Jahren Wirtschaftsakteure, die auch in der Sowjetunion einflussreich gewesen waren und über ihre alten Seilschaften auf organisatorische Ressourcen zurückgreifen konnten. Gleichzeitig wirkte die in der Planwirtschaft übliche enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen auch nach dem Ende des Sozialismus fort.

Insgesamt ist festzustellen, dass ein Verbändesystem zur Zeit des Systemwechsels nur sehr begrenzt existierte. Die Organisation von Interessenverbänden braucht aber Zeit und setzt eine aktive Klientel voraus. Dementsprechend spielen organisatorische Kontinuitäten und Pfadabhängigkeiten zumindest anfangs eine große Rolle. Bereits existierende Organisationsformen bestehen fort – wenn auch in gewandelter Form. Dort wo – wie etwa bei den Unternehmensverbänden – völlig neue Formen geschaffen werden mussten, konnten kollektive Interessen nur sehr begrenzten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse erreichen. Stattdessen setzten sich individuelle Akteure in Form der Oligarchen durch.

Darüber hinaus ist aber auch argumentiert worden, dass die Schwäche nicht-staatlicher Akteure in politischen Entscheidungsprozessen post-sozialistischer Staaten kulturabhängig ist. Das hieße, dass die Ursache nicht allein in der organisatorischen Herausforderung (und den informellen Regeln aus dem alten System) liegt, sondern vielmehr in der kulturbedingt geringen Bereitschaft der relevanten Akteure, sich zum Zwecke der Einflussnahme zu organisieren. Die geringe Organisationsbereitschaft wird dabei zurückgeführt auf die Erfahrung mit Zwangsmitgliedschaften im sozialistischen System, auf die normative Ablehnung der öffentlichen Verfolgung von Partikularinteressen und auf die positive Erfahrung mit

individuellen Strategien.<sup>219</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Proteste gegen die Manipulation der Präsidentschaftswahl Ende 2004 spontan waren und nicht zur Bildung einer dauerhaften Organisation führten.

Auch die Wahl der Mittel der Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure kann als kulturabhängig bezeichnet werden. Kulturelle Faktoren beeinflussen dabei weniger die Ausgestaltung der Mittel als vielmehr ihre Häufigkeit und Erfolgsaussichten. Ein auffälliger Faktor ist dabei die geringe Protestneigung der Bevölkerung, die Konfrontationsstrategien zur Ausnahme macht.<sup>220</sup> Ein weiterer Faktor ist die Rolle illegaler Vereinnahmungsstrategien. „Der Blick auf die Formen der Interessenvermittlung noch zu autoritären Zeiten hilft hier, die Wurzeln jener innerstaatlichen Systeme des Lobbying und der Interessenaushandlung zwischen wichtigen bürokratischen und wirtschaftlichen Gruppen sowie informeller, teils klientelistischer und korrupter Netzwerke freizulegen, die [...] auch in den intermediären Teilregimen junger Demokratien [...] noch immer ‚wesentlich effektivere Kanäle der Interessenartikulation bieten‘ (Sebastian Heilmann) als formelle Verbändestrukturen.“<sup>221</sup>

Die größere Bedeutung illegaler Vereinnahmungsstrategien, wie sie für die Ukraine im dritten Kapitel dokumentiert wurde, hat dabei nicht nur eine quantitative Dimension. Die häufigere Verwendung derartiger Strategien besitzt vielmehr, vor allem wenn sie in der Öffentlichkeit diskutiert wird, qualitative Folgen. Insbesondere verfestigt sie das oben angeführte kulturelle Wahrnehmungsmuster, dass die Organisation zur Vertretung eigener Interessen sich nicht lohne, da informelle Einflussnahme durch „Oligarchen“ die Politik bestimme. Gleichzeitig wird die Verfolgung von Partikularinteressen durch die Assoziation mit Korruption grundsätzlich in die Nähe von Straftatbeständen gerückt und damit moralisch verwerflich.

---

<sup>219</sup> Siehe etwa: Greskovits, Bela: *The political economy of protest and patience*, Budapest 1998; Kraus, Peter: *Assoziationen und Interessenrepräsentationen in neuen Demokratien*, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden in Transformationsprozessen*, Opladen 1999, S.23–44.

<sup>220</sup> Dazu: Greskovits, Bela: *The political economy of protest and patience*, Budapest 1998.

<sup>221</sup> Croissant, Aurel / Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard: *Verbände und Verbändesysteme im Transformationsprozeß. Ein zusammenfassender Vergleich*, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden in Transformationsprozessen*, Opladen 1999, S.329–355, hier: S.340.

Zusammenfassend lässt sich damit für die Ukraine folgendes konstatieren. Die Zahl der für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse relevanten Interessenverbände ist vergleichsweise gering. Ihre Einflussmöglichkeiten sind sehr begrenzt. Ausnahmen existierten vor allem dort, wo bereits im sozialistischen System Einflussmöglichkeiten vorhanden waren und somit auf organisatorische Kontinuitäten zurückgegriffen werden konnte, konkret bei der Agrarlobby und im Kohlebergbau. Erfolgreiche Einflussnahme nicht-staatlicher Akteure außerhalb von Verbänden erfolgt vorrangig über individuelle Vereinnahmungsstrategien mit einer starken illegalen Komponente.

Das Einflusspotential nicht-staatlicher Akteure hängt wesentlich von der Akteurskonstellation auf staatlicher Seite ab. Aufgrund ihrer schwachen Entwicklung haben nicht-staatliche Akteure geschlossen agierenden staatlichen Akteuren wenig entgegenzusetzen, wie in der Ukraine sowohl die Kohle- als auch die Agrarlobby erfahren mussten. Im Falle von strukturellen Lücken zwischen staatlichen Akteuren können die nicht-staatlichen Akteure jedoch unter Umständen erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Wenn also auch Art, Zahl und Strategien der nicht-staatlichen Akteure in starkem Maße kulturabhängig und damit über die Zeit relativ stabil sind, so ist ihr Einfluss aufgrund der kurzfristig variablen Akteurskonstellation auf staatlicher Seite doch erheblichen Schwankungen unterworfen. Für die Ukraine bedeutet dies, dass informelle Einflussnahme auf Wirtschaftspolitik längerfristig von Oligarchen dominiert werden wird, die auf illegale Vereinnahmung setzen. Eine starke Exekutive, die strukturelle Lücken zwischen staatlichen Akteuren systematisch schließt, kann sich jedoch illegaler Vereinnahmung widersetzen und weitgehend unabhängig Politik gestalten. Voraussetzung dafür ist allein die Unabhängigkeit von der Wahlkampfunterstützung der Oligarchen. Diese kann erreicht werden entweder durch manipulierte Wahlen oder durch einen Wahlsieg aufgrund persönlicher Popularität.

Zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass die Spitze der ukrainischen Exekutive zur Sicherung des Machterhaltes drei Alternativen zur Auswahl hat: (1) ein Bündnis mit den Oligarchen und ihren regionalen Seilschaften, wie es sich unter Präsident Kutschma entwickelt hat, (2) weitgehender Verzicht auf die formellen Regeln demokratischer Machtvergabe, wie etwa im Falle von Belarus und (3) ein Bündnis mit den Wählern, das unabhängig

von der Unterstützung der Oligarchen Wahlsiege sichert, wie es etwa dem russischen Präsidenten Putin gelungen ist.

Während die erste Option für das derzeitige hybride Regime der Ukraine steht und die zweite – wohl kaum realistische – Option ein autoritäres Regime bedeutet, ist die dritte Option nicht automatisch identisch mit einer Demokratisierung. In Abwesenheit einer pluralistischen, zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf Politik kann ein Bündnis mit den Wählern schnell populistische Züge annehmen und durch autoritäre Tendenzen, insbesondere die Einschränkung der Medienfreiheit und die Behinderung oppositioneller Organisationen, gefestigt werden, wie das Beispiel des russischen Präsidenten Putin zeigt. Für die Ukraine bedeutet dies, dass eine formell wie informell funktionierende, stabile Demokratie kurzfristig nur durch eine außergewöhnliche Politikerpersönlichkeit an der Spitze der Exekutive forciert werden könnte, während längerfristig die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Partizipation den selben Effekt haben sollte.



## 9. Auswahlbibliographie

### 9.1 Post-sowjetische Entwicklung im Überblick

- Bester-Dilger, Juliane (Hrsg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven , Wien 2003
- Harasymiw, Bohdan: Post-Communist Ukraine. Toronto and Edmonton: Canadian Institute of Ukrainian Studies Press 2002
- Jordan, Peter / Kappeler, Andreas / Lukan, Walter / Vogl, Josef (Hrsg.): Ukraine, Frankfurt/M. 2001
- Kravchuk, Robert S.: Ukrainian Political Economy, Palgrave 2002
- Kuzio, Taras: Ukraine: Perestroika to Independence, New York 2000
- Lindner, Rainer / Meissner, Boris (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation, Köln 2001
- Simon, Gerhard (Hg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991 – 2001), Köln 2002
- Wittkowsky, Andreas: Fünf Jahre ohne Plan: die Ukraine 1991 – 1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten, Hamburg 1998
- Wolchik, Sharon L. / Zviglyanich, Volodymyr: Ukraine. The search for a national identity, Lanham 2000

### 9.2 Politisches System

- Birch, Sarah: Electoral systems, campaign strategies and voter choice in the Ukrainian parliamentary and presidential elections of 1994, in: Political Studies 1/1998, S.96–114
- Birch, Sarah: Nomenklatura Democratization. Electoral clientelism in post-Soviet Ukraine, in: Democratization 4/1997, S.40–62
- Birch, Sarah: The likely effects of electoral reform in Ukraine, in: Ukrainian Review 1/1997,S.12–29.
- Birch, Sarah: The Presidential Elections in Ukraine, October 1999, in: Electoral Studies 2000, S.339–363
- Bos, Ellen: das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S.469–514
- Brown, Trevor / Wise, Charles: Constitutional courts and legislative-executive relations. The case of Ukraine, in: Political Science Quarterly 1/2004, S. 143–69

- Craumer, Peter R. / Clem, James I.: Ukraine's emerging electoral geography. A regional analysis of the 1998 parliamentary elections, in: *Post-Soviet Geography and Economics* 1/1999, S.1–26
- Curry, Jane Leftwich / Urban, Joan Barth: *The left transformed. The cases of East-Central Europe, Russia and Ukraine*, Lanham 2003
- D'Anieri, Paul: Democracy unfulfilled. The establishment of electoral authoritarianism in Ukraine, in: *Journal of Ukrainian Studies* 2001
- D'Anieri, Paul: Leonid Kuchma and the personalization of the Ukrainian presidency, in: *Problems of Post-Communism* 5/2003, S.58–65
- Darden, Keith: Blackmail as a tool of state domination. Ukraine under Kuchma, in: *East European Constitutional Review* 2/2001, S.67–71.
- Diuk, Nadia / Gongadze, Myroslava: Post-election blues in Ukraine, in: *Journal of Democracy* 4/2002, S.157–166
- Druker, Jeremy / Cox, Dean: Under assault. Ukraine's news media and the 2004 presidential elections. Freedom House Special Report, Update June 2004 (im Internet veröffentlicht unter <http://www.freedomhouse.org/research/specereports/ukmedia604.pdf>)
- Durkot, Jurij: Ukrainische Parlamentswahl als Demokratie-Test. Sieg des Reformbündnisses – eine Initialzündung für Reformen?, in: *Osteuropa* 5/2002, S.564–575
- Frenzke, Dietrich: Die Entwicklung des ukrainischen Verfassungsrechts von 1978 bis 1995, in: *Osteuropa Recht* 4/1995, S.338–397
- Futey, Bohdan: Comments on the law on the constitutional court of Ukraine, in: *Harriman Review* 1/1997, S.15–23
- Futey, Bohdan: Comments on the constitution of Ukraine, in: *East European Constitutional Review* 2/1996, S.29–34
- Haran', Oleksandr: Die linken Parteien in der Ukraine, Bericht des BIOst Nr. 27/2000
- Harasymiw, Bohdan: *Post-communist Ukraine*, Edmonton 2002, S.35–79
- Helmerich, Martina: *Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie*, Berlin 2003, S.71–76
- Herron, Erik S.: Causes and consequences of fluid faction membership in Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/2002, S.625–640
- Herron, Erik S.: Political actors, preferences and election rule re-design in Russia and Ukraine, in: *Democratization* 2/2004, S.41–59

- Hesli, Vicki L. / Reisinger, William M. / Miller, Arthur H.: Political party development in divided societies. The case of Ukraine, in: *Electoral Studies* 2/1998, S.235–256
- Hinich, Melvin J. u.a.: Ukraine's 1998 parliamentary elections, in: *Post-Soviet Affairs* 2/1999, S.149–186
- Hinich, Melvin J. / Khmelko, Valeri / Ordeshook, Peter C.: Ukraine's 1999 presidential election. A spatial analysis, in: *Post-Soviet Affairs* 3/2002, S.250–69
- Klobucar, Thomas F. / Miller, Arthur H. / Erb, Gwyn: The 1999 Ukrainian presidential election. Personalities, ideology, partisanship, and the economy, in: *Slavic Review* 2/2002
- Kubicek, Paul: Unbroken ties. The state, interest associations, and corporatism in post-Soviet Ukraine, Ann Arbor 2000
- Kubicek, Paul: Civil society, trade unions and post-Soviet democratisation. Evidence from Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/2002, S.603–624
- Kubicek, Paul: The limits of electoral democracy in Ukraine, in: *Democratization* 2/2001, S.117–139
- Kudrjačenko, Andrij: Das Institut der Präsidentschaft in der Ukraine, in: *Osteuropa Recht* 4/1997, S.329–340.
- Kuzio, Taras: Kravchuk to Kuchma. The Ukrainian presidential elections of 1994, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 2/1996, S.117–144
- Kuzio, Taras: Radical nationalist parties and movements in contemporary Ukraine before and after independence. The right and its politics 1989–1994, in: *Nationalities Papers* 2/1997, S.211–241
- Kuzio, Taras u.a. (Hg.): State and institution building in Ukraine, New York 1999
- Kuzio, Taras: The 2002 parliamentary elections in Ukraine. Democratization or authoritarianism?, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 2-2003, S.24–54
- Luchterhandt, Otto: Präsidentialismus in den GUS-Staaten, in: Luchterhandt, Otto (Hg.): *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS*, 2. Auflage, Berlin 2002, S.255–372
- Nikolayenko, Olena: Press freedom during the 1994 and 1999 presidential elections in Ukraine: a reverse wave?, in: *Europe-Asia Studies* 5/2004, S.661–686

- Ott, Alexander: Die politischen Parteien in der Ukraine, Bericht des BIOst Nr. 13/1995
- Ott, Alexander: Die gegenwärtige Parteienlandschaft in der Ukraine, Aktuelle Analysen (BIOst) 4/1996
- Ott, Alexander: Der Kampf um die neue Verfassung in der Ukraine, Aktuelle Analyse (BIOst) 60/1996
- Ott, Alexander: Wer hat die reale Macht in der Ukraine?, Berichte des BIOst 31/1997
- Ott, Alexander: Die politischen Parteien in der Ukraine vor den Parlamentswahlen, Berichte des BIOst 45/1997
- Ott, Alexander: Die Ukraine vor und nach den Parlamentswahlen 1998, Berichte des BIOst 2/1999
- Ott, Alexander: Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998, Köln 1999
- Ott, Alexander: Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1999, Aktuelle Analysen (BIOst) 53/1999
- Ott, Alexander: Die politischen Parteien in der Ukraine. Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments, Bericht des BIOst 10/2000
- Ott, Alexander: Die Ukraine auf dem Weg zu einem autoritären Präsidialherrschaft?, Berichte des BIOst 17/2000
- Papadoulis, Konstantinos: Institutional relationships in Ukraine. A stable polity?, in: Communist and Post-Communist Studies 4/2004, S.547–562
- Pigenko, Vladimir u.a.: Elite attitudes and democratic stability. Analysing legislators' attitudes towards the separation of powers in Ukraine, in: Europe-Asia Studies 1/2002, S.87–107
- Pleines, Heiko: Die Nationalbewegung als politische Kraft in der Ukraine, in: Osteuropa 1997, S.1053–1065
- Potichnyi, Peter J.: The multi-party system in Ukraine, Berichte des BIOst 3/1992
- Prizel, Ilya: Populism as a political force in postcommunist Russia and Ukraine, in: East European Politics and Societies 2/2002, S.54–63
- Protsyk, Oleh / Wilson, Andrew: Centre politics in Russia and Ukraine. Patronage, power and virtuality, in: Party Politics 6/2003, S.703–729
- Protsyk, Oleh: Troubled semi-presidentialism. Stability of the constitutional system and cabinet in Ukraine, in: Europe-Asia Studies 7/2003, S.1077–1095

- Protsyk, Oleh: Ruling with decrees. Presidential decree making in Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 5/2004, S.637–660
- Rjabčuk, Mykola: Die Ukraine am Scheideweg, in: *Osteuropa* 1/2005, S.4–14
- Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine, Wiesbaden 2005, in Vorbereitung
- Simon, Gerhard: Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange, in: *Osteuropa* 1/2005, S.16–33
- Trautmann, Ljuba: Die Wahlen in Dnipropetrovs'k, *Aktuelle Analysen (BIOst)* 17/1998
- Vorndran, Oliver: Die Entstehung der ukrainischen Verfassung, Berlin 2000
- Wachsmuth, Ralf / Fiebrig, Sebastian: Die Ukraine sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen. Die Reform der ukrainischen Verfassung. Eine endlose Geschichte?, Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2004
- Way, Lucan: The sources and dynamics of competitive authoritarianism in Ukraine, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 1/2004, S.143–161.
- Whitmore, Sarah: *State Building in Ukraine: The Ukrainian Parliament 1990–2003*, London 2004
- Wilson, Andrew / Bilous, Artur: Political parties in Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/1993, S.693–703
- Wilson, Andrew / Birch, Sarah: Voting stability, political gridlock. Ukraine's 1998 parliamentary elections, in: *Europe-Asia Studies* 6/1999, S.1039–1068
- Wilson, Andrew: Ukraine's 2002 elections. Less fraud, more virtuality, in: *East European Constitutional Review* 3/2002, S.91–98
- Wise, Charles R. / Brown, Trevor L.: The separation of powers in Ukraine, in: *Communist and Post-Communist Studies* 1/1999, S.23–44
- Wolczuk, Katarina: The new Ukrainian constitution. In pursuit of a compromise, CERT Working Paper 10/1997
- Wolczuk, Kataryna: *The moulding of Ukraine. The constitutional politics of state formation*, Budapest 2002
- Wolczuk, Kataryna: The politics of constitution making in Ukraine, in: Kuzio, Taras (Hg.): *Contemporary Ukraine*, Armonk 1998, S.118–138.

- Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass, in: Tatur, Melanie (Hg.): The making of regions, Wiesbaden 2004.
- Zimmer, Kerstin: Wahlen als Business. Betrachtungen zur Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 60 (2004), S.35–40
- Zimmer, Kerstin: Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebiets Donec'k, in: Osteuropa 1/2005, S.34–49

### 9.3 Korruption

- Čábelková, Inna / Hanousek, Jan: The power of negative thinking: corruption, perception and willingness to bribe in Ukraine, in: Applied Economics 4/2004, S. 383–397
- Darden, Keith A.: Blackmail as a tool of state domination. Ukraine under Kuchma, in: East European Constitutional Review 2–3/2001, S.67–71
- Fonkich, Kateryna: Rent seeking and interest groups under institutions of transition: The case of Ukraine, Konferenzpapier: International Conference on Institutions in Transition, Slovenia, 22.–24. Juni 2000
- Lewschin, Alexander: Die Korruption in der Ukraine – Bremse der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Wostok 4/2000, S.41–45
- Markovskaya, Anna / Pridemore, William / Nakajima, Chizu: Laws without teeth. An overview of the problems associated with corruption in Ukraine, in: Crime, Law & Social Change 2003 (39), S.193–213
- Mel'nyk, Mykola, 2000: The authorities and corruption in Ukraine: Who will take the upper hand?, in: National Security & Defence 5/2000, S.64–71
- Miller, William L. / Grødeland, Åse B. / Koshechkina, Tatyana Y.: A culture of corruption? Coping with government in post-communist Europe, New York 2001
- Shelley, Louise I.: Organized Crime and Corruption in Ukraine: Impediments to the Development of a Free Market Economy, in: Demokrati-zatsiya 4/1998, 648–664
- Wittkowsky, Andreas: The Ukrainian disease. Rent seeking, the debt economy, and chances to harden budget constraints, GDI, Berlin 2000
- Wittkowsky, Andreas: Regional, sectoral and state actors in Ukraine. The struggle against hard budget constraints, in: Segbers, Klaus (Hg.): Explaining post-Soviet patchworks, vol.3, Aldershot 2001, S.246–264

## 9.4 Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik

- Aslund, Anders / Menil, Georges de (eds.): Economic reform in Ukraine, Armonk/NY 2000
- Aslund, Anders: Why Has Ukraine Returned to Economic Growth?, IER Working Paper No. 15, Kiev 2002 (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- Barisitz, Stefan: Ukraine – wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel und Reformen seit der Unabhängigkeit, in: Jordan, Peter u.a. (Hg.): Ukraine, Frankfurt/M. 2001, S.751–782
- Becker, Helmut / Dutka, Juri: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine. Zwischen Reformstau und Fortschritt, in: Osteuropa Wirtschaft 2/2002, S.135–148
- Burakovsky, Ihor / Handrich, Lars / Hoffmann, Lutz (Hg.): Ukraine's WTO accession, Heidelberg 2004
- Clement, Herrmann: Wirtschaftspolitische Strategie der EU gegenüber den EU-Outs in Osteuropa im Rahmen des Erweiterungsprozesses, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers) Nr. 238 (2002) (im Internet veröffentlicht unter [www.lrz-muenchen.de/~oeim](http://www.lrz-muenchen.de/~oeim))
- Clement, Hermann: Wirtschaftswachstum in Russland und der Ukraine: Stand und Perspektiven Osteuropa-Institut München, Working Papers Nr. 250 (2004)
- Cramon-Taubadel, Stephan von / Akimova, Iryna: Fostering Sustainable Growth in Ukraine, Heidelberg 2002
- Dodonov, Boris / Hirschhausen, Christian von / Opitz, Petra u.a.: Efficient infrastructure supply for economic development in transition countries. The Case of Ukraine, in: Post-Communist Economies 2/2002, S.149–167
- Hoffmann, Lutz / Vincentz, Volkhart: Ukraine. Wachstum in einer virtuellen Wirtschaft, in: Osteuropa 4/2002, S.461–475
- Schnytzer, Adi / Andreyeva, Tatiana: Company performance in Ukraine. Is this a market economy?, in: Economic Systems 2/2002, pp.83–98
- Thiessen, Ulrich: Powerless against the shadow economy? The case of Ukraine, in: Economic Bulletin (DIW) 2/2002 (im Internet veröffentlicht unter [www.diw-berlin.de](http://www.diw-berlin.de))
- Whitefield, Stephen: The Political Economy of Welfare Reform and Poverty Alleviation in Ukraine, in: Post-Soviet Affairs 1/2002, S.71–84

## 9.5 Fallstudie Energiesektor

- Bagratian, Hrant / Gürgen, Emine: Payment arrears in the gas and electric power sectors of the Russian Federation and Ukraine, IMF Working Paper Nr. 97/162, Washington 1997
- Balmaceda, Margarita: Gas, Oil and the Linkages Between Domestic and Foreign Policies. The Case of Ukraine, in: *Europa-Asia Studies* 2/1998, S.257–286
- Balmaceda, Margarita: Ukraine's persistent energy crisis, in: *Problems of Post-Communism* 4/2004
- D'Anieri, Paul J.: Economic interdependence in Ukrainian-Russian relations, New York 2000
- Dodonov, B. u.a.: How much do electricity tariff increases in Ukraine hurt the poor?, in: *Energy Policy* 7/2004, S.855–863
- Fritz, Verena, 2001: Zwischen Reformen und Oligarchisierung. Zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine, in: *Osteuropa* 9/2001, S.1022–1035
- Heinrich, Andreas: The European natural gas market in the next decades, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 4/1999, S.526–542
- Institute for Economic Research: Is the Ukrainian-Russian gas consortium in the economic interest of Ukraine?, Advisory Paper S33, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- Institute for Economic Research: Is the Ukrainian-Russian gas consortium in the economic interest of Ukraine?, Advisory Paper S33, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- Institute for Economic Research: Ukrainian steam coal. Not competitive or just mismanaged?, Advisory Paper T19, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- International Energy Agency (IEA): Energy Policies of Ukraine, Paris 1996
- Klid, Bohdan: Caspian Sea Oil and Ukraine's Quest for Energy Autonomy, in: *Geopolitics of Energy* 10/1998, S.6–12
- Kupchinsky, Roman: Naftohaz Ukrainy. A study in state-sponsored corruption, RFE/RL Organized Crime and Terrorism Watch, fünfteiliger Bericht, Prag Juli/August 2003
- Legeida, Nina: Implicit subsidies in Ukraine, IER Working Paper 10 (2001) (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- Marin, Dalia / Kaufmann, Daniel / Gorochowiskij, Bogdan: Barter in Transition Economies. Competing Explanations Confront Ukrainian

- Data, WDI (William Davidson Institute) Working Paper Nr. 287, Washington 2000
- Mnatasakanian, R.: Environmental Legacy of the Former Soviet Republics, Edinburgh 1992
- Opitz, Petra: Energy Politics in Ukraine, in: Altmann, Franz-Lothar / Lampe, John (Hg.): Energy and the Transformation Process in Southeast Europe, Gütersloh 2000, S.214–216
- Pleines, Heiko: Energy in Ukraine, London 1998
- Puglisi, Rosaria: Clashing agendas? Economic interests, elite coalitions and prospects for co-operation between Russia and Ukraine, in: Europe-Asia Studies 6/2003, S.827–845
- Sagers, Matthew J.: Turkmenistan's Gas Trade. The Case of Exports to Ukraine, in: Post-Soviet Geography and Economics 2/1999, S.142–149
- Saprykin, Volodymyr: The Energy Sector, in: Bester-Dilger, Juliane (Hrsg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven, Wien 2003, S.163–194
- Saprykin, Vladimir: Subjekt oder Objekt? Die Ukraine und der Gastransit in die EU, in: Osteuropa 9–10/2004, S.250–262

## 9.6 Oligarchen und Clans

- Fritz, Verena, 2001: Zwischen Reformen und Oligarchisierung. Zur Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine, in: Osteuropa 9/2001, S.1022–1035
- Kovaleva, Elena: Regional Politics in Ukraine's Transition: Donetsk Elites, Konferenzpapier: Confronting Change: North East England and East European Coalfields, Newcastle, 12.–14. November 2001
- Kowall, Tina: Eine Oligarchie unter Kutschma? Der Einfluss von Wirtschaftseliten auf die Politik, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa 42 (2002), S.5–20
- Lyakh, Olexandr: The Donbas: Actors, Agendas and Strategies in Regional Policy, in: Tatur, Melanie (Hg.): The Challenge of Regional Policies. Actors and Institutions on the Local and Regional Level in Post-Socialist Europe, Eschborn 1999, S.147–159
- Oosterbaan, Gwynne: Clan based politics in Ukraine and the implications for democratization; in: Micgiel, John S. (Hg.): Perspectives on political and economic transitions after communism, New York 1997, S.213–234

- Puglisi, Rosaria: The rise of the Ukrainian oligarchs, in: *Democratization* 3/2003, S.99–123
- Varfolomeyev, Oleg: Rival clans mix business, politics, and murder, in: *Transition* 4. April 1997
- Zimmer, Kerstin: ‚Einheit, Eintracht und Wiedergeburt‘. Zur Rolle und Relevanz des ‚Donecker Clans‘, in: *Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa* 42 (2002), S.22–49
- Zimmer, Kerstin: ”Region Capture” Strategie der regionalen Transformation in der Ukraine?, in: *Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse. Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 36* (2002), S.45–49
- Zimmer, Kerstin: Das ukrainische Donbass in den stählernen Fesseln der Schwerindustrie, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hg.): *Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas. Konzeptionelle Entwicklungen – Empirische Befunde*, Bremen: Edition Temmen 2001, S.236–251
- Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass, in: Tatur, Melanie (Hg.): *The making of regions*, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348
- Zimmer, Kerstin: Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebiets Donec’k, in: *Osteuropa* 1/2005, S.34–49

## 9.7 Kohlebergbau und Kohlelobby

- Bogatov, Oleg: Recent developments in the Donbass’ coal industry, analysis for the University of Sunderland, Kiew 2001 (im Internet veröffentlicht unter [www.sunderland.ac.uk/~os0hva/bog.htm](http://www.sunderland.ac.uk/~os0hva/bog.htm))
- Center for Economic Development, Coal Consulting Center, Donetsk Analytical Center: The major problems of development of the coal sector and the Donbass region, Concise report, draft version, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))
- Crowley, Stephen: Between class and nation. Worker politics in the new Ukraine, in: *Communist and Post-Communist Studies* 1/1995, S.43–69
- Crowley, Stephen: *Hot coal, cold steel*, Ann Arbor 1997
- Dodonov, Boris: Can trade unions protect Ukrainian miners’ rights?, in: *RFE/RL (Un)Civil Societies* 4. September 2002 (im Internet veröffentlicht unter [www.rferl.org](http://www.rferl.org))

- Haney, Michael / Shkaratan; Maria: Mine Closure and its Impact on the Community. Five Years After Mine Closure in Romania, Russia and Ukraine, World Bank Policy Research Working Paper No. 3083, Washington 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))
- Institute for Economic Research and Policy Consulting: Price distortions in the Ukrainian coal sector and how to overcome them, Policy Advice Paper O21, Kiew 2001 (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- Institute for Economic Research and Policy Consulting: Ukrainian steam coal. Not competitive or just mismanaged?, Advisory Paper T19, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))
- Kubicek, Paul: Civil society, trade unions and post-Soviet democratisation. Evidence from Russia and Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 4/2002, S.603–624
- Lovei, Laszlo: Coal industry restructuring in Ukraine, *Viewpoint* 170 (1998) (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))
- Mykhnenko, Vlad: State, society and protest under post-communism. Ukrainian miners and their defeat, in: Kopecký, Petr / Mudde, Cas (Hg.): *Uncivil society? Contentious politics in post-communist Europe*, London 2003, S.93–113
- Swain, Adam: Institutions and regional development. Evidence from Hungary and Ukraine, *Sussex European Institute Working Paper* 28 (1998)
- Wittkowsky, Andreas u.a.: *Neue Wege geberfinanzierter Arbeitsmarktpolitik in der Ukraine*, Berichte und Gutachten des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Berlin 2000 (im Internet veröffentlicht unter [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de))
- World Bank: Ukraine. Coal industry restructuring sector report, Report No. 15056-UA, Washington 1996 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))
- World Bank: Project performance assessment report. Ukraine. Coal pilot project and coal sector adjustment loan, Washington 2002 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))
- World Bank: The coal sector and mining communities of Ukraine. Advancing restructuring to the benefit of all, Washington 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org))

Zimmer, Kerstin: The captured region. Actors and institutions in the Ukrainian Donbass, in: Tatur, Melanie (ed.): The making of regions, Bd.2, Wiesbaden 2004, S.231–348

## 9.8 Landwirtschaft und Agrarlobby

Ash, Timothy: Land and agricultural reform in Ukraine, in: Wegren, Stephen (Hg.): Land reform in the former Soviet Union and Eastern Europe, London 1998, S.62–86

Cramon-Taubadel, Stephan von / Striewe, Ludwig: Die Transformation der Landwirtschaft in der Ukraine, Kiel 1999

Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy / Striewe, Ludwig (Hg.): Policies and agricultural development in Ukraine, Kiew 2001

Cramon-Taubadel, Stephan von / Zorya, Sergiy: The implications of WTO-accession for Ukrainian agricultural policy, in: Burakovsky, Ihor / Handrich, Lars / Hoffmann, Lutz (Hg.): Ukraine's WTO accession, Heidelberg 2004, S.229–241

Demyanenko, Serhiy / Zorya, Serhiy: Taxation and Ukrainian agriculture after 2004, IER Working Paper Nr. 18 (2002), (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))

Galushko, Victoria / Demyanenko, Serhiy / Brümmer, Bernhard: Farm efficiency and productivity growth in Ukrainian agriculture, IER Working Paper Nr.20 (2003), (im Internet veröffentlicht unter <http://www.ier.kiev.ua>)

Institute for Economic Research and Policy Consulting: The implications of WTO-accession for Ukrainian agricultural policy, Advisory Paper S25, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.ier.kiev.ua](http://www.ier.kiev.ua))

Kaneff, Deema / Yalcin-Heckmann, Lale: Retreat to the cooperative or to the household? Agricultural privatisation in Ukraine and Azerbaijan, in: Hann, Chris (Hg.): The postsocialist agrarian question. Property relations and the rural condition, Münster 2003, S.219–255

Kirsch, Ottfried C.: Ukraine. Landwirtschaftliche Genossenschaften im Transformationsprozess, FIA Diskussionschriften Nr.62 (1997), (im Internet veröffentlicht unter [www.sai.uni-heidelberg.de/abt/intwep/fia](http://www.sai.uni-heidelberg.de/abt/intwep/fia))

Klüsener, Sebastian: Entwicklung und Transformation im ländlichen Raum der Zentralukraine. Nachhaltige Lebenssicherungsanalyse in einer ehemals zuckerwirtschaftlichen Sowchose in der Oblast Poltava, Arbeiten

- aus dem Osteuropa-Institut München Nr.248, München 2003 (im Internet veröffentlicht unter [www.lrz-muenchen.de/~oeim/](http://www.lrz-muenchen.de/~oeim/))
- Kubicek, Paul: Unbroken ties. The state, interest associations, and corporatism in post-Soviet Ukraine, Ann Arbor 2000
- Lerman, Zvi: Land reform and farm restructuring in Ukraine, in: Problems of Post-Communism 3/1999, S.42–55
- Lerman, Zvi / Csaki, Csaba: Ukraine. Review of farm restructuring experiences, World Bank Technical Paper Nr. 459, Washington 2000
- Lerman, Zvi / Csaki, Csaba / Feder, Gershon: Land policies and evolving farm structures in transition economies, World Bank Working Paper Nr. 2794, Washington 2002
- Mansberger, Reinfried / Kučer, Oleh / Ivankiv, Jaroslav: Landwirtschaft, Landprivatisierung und Landadministration, in: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): Die Ukraine in Europa, Wien 2003, S.195–221
- OECD: Agricultural policies in emerging and transition economies, Paris 1998
- Perrotta, L.: Politics, confusion and practice. Landownership and decollectivisation in Ukraine, in: Abramson, A. / Theodossopoulos, D. (Hg.): Land, law and environment, London 2000, S.156–175
- Schubert, Werner: Ukraine – Agrarstrukturen im Umbruch, in: Europa Regional 1/1997, S.15–24
- Lain Shuker: Achieving Ukraine's Agricultural Potential. Stimulating Agricultural Growth & Improving Rural Life, Washington (World Bank) 2004
- Treis, Dietrich: Was ist aus dem Brotkorb Europas geworden?, Kurzstudie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew, Kiew 2003 (im Internet veröffentlicht unter: [www.fesukraine.kiev.ua](http://www.fesukraine.kiev.ua))



## 10. Anhang: Daten und Fakten

## 10.1 Wirtschaftsentwicklung

Tabelle 10.1: Entwicklung der ukrainischen Volkswirtschaft 1991–2003

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<i>Produktion</i>													
BIP (Veränderung zum Vorjahr)	-9%	-10%	-14%	-23%	-12%	-10%	-3%	-2%	0%	6%	9%	5%	9%
Industrie- produktion (Veränderung zum Vorjahr)	-5%	-6%	-9%	-27%	-12%	-5%	0%	-1%	4%	13%	14%	7%	16%
Agrar- produktion (Veränderung zum Vorjahr)	-13%	-8%	1%	-17%	-4%	-10%	-2%	-10%	-7%	10%	10%	1%	-10%
<i>Geld und Finanzen</i>													
Inflationsrate (Verbraucher- preise)	161%	2.730%	10.155%	401%	182%	40%	10%	20%	19%	26%	6%	-1%	8%
Saldo des kon- solidierten Staatshaushalts (in % des BIP)	-14%	-29%	-10%	-8%	-5%	-5%	-7%	-3%	-2%	-1%	-2%	1%	0%
Auslandsver- schuldung (in % des BIP)	k.A.	k..A.	11%	21%	22%	21%	19%	27%	39%	33%	26%	25%	17%
Wechselkurs zum US-Dollar	--	0,002	0,05	0,32	1,47	1,83	1,86	2,45	4,13	5,44	5,37	5,33	5,33

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<i>Außenwirtschaft</i>													
Exporte (in Mrd. US-Dollar)	50,0	11,3	12,8	11,4	13,2	14,4	14,2	12,6	11,6	14,6	16,3	18,0	22,3
Importe (in Mrd. US-Dollar)	53,4	11,9	15,3	15,6	16,1	17,6	17,1	14,7	11,8	14,0	15,8	17,0	21,9
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	k.A.	k.A.	- 2%	- 3%	- 3%	- 3%	- 3%	- 3%	5%	5%	4%	8%	6%
Ausländische Direktinvestitionen (in Mrd. US-Dollar)	k.A.	k.A.	k.A.	0,2	0,3	0,5	0,6	0,7	0,5	0,6	0,8	0,7	1,4
<i>Soziales</i>													
Arbeitslosenquote (offiziell)	k.A.	k.A.	0,4%	0,4%	0,6%	1,5%	2,7%	4,3%	5,5%	4,3%	4,2%	3,7%	3,6%
Arbeitslosenquote (ILO-Methode)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	5,6%	7,6%	8,9%	11,3%	11,9%	11,7%	11,1%	10,1%	k.A.
Durchschnittslohn (US-Dollar pro Monat)	k.A.	33	33	25	50	76	85	71	47	42	58	71	94

Quellen: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik; Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew; International Labour Organization; Economist Intelligence Unit.

Tabelle 10.2: Die ukrainische Volkswirtschaft im internationalen Vergleich (2001)

	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
<i>Produktion</i>				
BIP in Mrd. US-Dollar	38	310	176	1.846
BIP in Mrd. US-Dollar (Kaufkraftparität)	213	1.028	365	2.087
BIP pro Kopf in US-Dollar (Kaufkraftparität)	4.350	7.100	9.450	25.350
BIP-Wachstumsrate 1990–2001, pro Jahr	- 7,4%	- 3,5%	4,4%	1,2%
<i>Geld und Finanzen</i>				
Durchschnittliche Inflationsrate 1990–2001	200%	86%	23,1%	2,2%
Staatsausgaben für Bildung (als Anteil am BIP)	4,4%	4,4%	5,0%	4,6%
Staatsausgaben für das Gesundheitswesen (als Anteil am BIP)	2,9%	3,8%	4,2%	8,0%
<i>Außenwirtschaft</i>				
Exporte (als Anteil am BIP)	56%	37%	29%	35%
Importe (als Anteil am BIP)	54%	24%	33%	33%
Ausländische Direktinvestitionen (als Anteil am BIP)	2,1%	0,8%	3,2%	k.A.
Erhaltene Entwicklungshilfe (in Mio. US-Dollar)	519	1.110	966	0
Anteil an den weltweiten Rüstungsexporten (1998–2002)	2,9%	22,4%	0,3%	5,4%

	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
<i>Ökologie</i>				
Anteil am weltweiten CO <sup>2</sup> -Ausstoß	1,6%	6,1%	1,3%	3,3%
Stromverbrauch pro Kopf (in kWh)	2.293	4.181	2.511	5.963
Energieverbrauch pro BIP-Einheit (Kaufkraftparität)	0,7	0,6	0,25	0,16
<i>Forschung und Technik</i>				
Ausgaben für Forschung & Entwicklung (als Anteil am BIP)	0,9%	1,0%	0,7%	2,5%
Anteil der Internet-Nutzer an der Bevölkerung	1%	3%	10%	37%
<i>Soziales</i>				
Arbeitslosenquote	10,1%	9,0%	18,2%	7,3%
Bevölkerungsanteil mit einem Geseinkommen von weniger als 4 US-Dollar (1996–99)	25%	53%	10%	0%
Anteil der reichsten 10% am Gesamtkonsum	23%	36%	25%	28%
<i>Gesundheit</i>				
Lebenserwartung	69,2	66,6	73,6	78,0
Bevölkerungsanteil mit gutem Zugang zu Medikamenten	50–79%	50–79%	80–94%	95–100%
Anteil der Tuberkulose-Kranken an der Bevölkerung	0,057%	0,093%	0,023%	0,005%

Quelle: UNDP Human Development Report 2003

Tabelle 10.3: Die ukrainische Landwirtschaft 1990–2003

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anteil der Landwirtschaft am BIP	23%	21%	22%	15%	15%	13%	12%	11%	11%	11%	12%	14,7%	13,4%
Agrarproduktion (Veränderung zum Vorjahr)	- 13%	- 8%	1%	- 17%	- 4%	- 10%	- 2%	- 10%	- 7%	10%	10%	1%	- 10%
Agrarproduktion (in Mrd. US-Dollar)	35,9	34,2	35,4	29,3	28,7	21,2	19,3	17,3	16,0	16,9	19,1	19,2	17,3
Davon Privatwirtschaft	21%	26%	27%	30%	32%	49%	45%	49%	52%	k.A.	53%	k.A.	k.A.
Beschäftigte in der Landwirtschaft (in Mio.)	4,8	4,9	4,9	4,7	5,3	4,9	4,9	5,0	4,9	5,0	5,0	k.A.	k.A.
Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung	20%	20%	20%	21%	22%	21%	22%	23%	23%	24%	25%	k.A.	k.A.
Ländliche Bevölkerung (in Mio.)	16,8	16,8	16,8	16,6	16,5	16,4	16,3	16,1	16,0	15,9	15,9	15,7	15,6
Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	32%	32%	32%	32%	32%	32%	32%	32%	32%	33%	33%	33%	33%

Quelle: Ukrainischen Staatliches Komitee für Statistik; Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiev.

Tabelle 10.4: Industrieproduktion nach Branchen 1990–2000

Branche	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Stromwirtschaft	7,3%	7,7%	8,5%	9,9%	12,6%	14,4%	15,9%	15,9%	16,0%	16,7%	15,5%
Öl- und Gaswirtschaft	9,5%	9,9%	8,4%	7,7%	9,8%	10,4%	10,8%	10,6%	11,3%	10,1%	8,5%
Kohlebergbau	7,0%	6,6%	7,8%	8,3%	10,2%	10,3%	10,1%	11,5%	12,1%	11,5%	10,8%
Stahlindustrie	14,4%	13,6%	15,0%	14,6%	15,6%	18,3%	21,8%	25,1%	24,5%	25,8%	28,2%
Maschinenbau	29,9%	30,3%	28,7%	27,8%	18,8%	14,1%	10,0%	9,1%	9,6%	8,3%	9,4%
Lebensmittelindustrie	14,0%	14,0%	13,4%	14,4%	17,0%	17,5%	17,0%	13,6%	12,7%	13,2%	13,5%
Sonstige	17,9%	17,9%	18,1%	17,3%	16,1%	14,9%	14,3%	14,2%	13,8%	14,4%	14,0%
Industrie gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Nachrichtlich: Index der Industrieproduktion	100	87,9	73,0	57,5	39,2	32,8	28,1	27,5	26,6	26,3	28,5

Quelle: Ukrainian-European Policy and Legal Advice Centre, Kiev.

Tabelle 10.5: Der ukrainische Kohlebergbau 1990–2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Kohleproduktion Brutto (Mio. t.)	165	136	134	116	95	84	71	77	77	82	81	83	82
Kohleproduktion Netto (Mio. t.)	131	109	105	91	76	66	57	63	60	63	62	62	59
Anteil an der Industrie- produktion	7%	7%	8%	8%	10%	10%	10%	12%	12%	12%	11%	10%	k.A.
Beschäftigte im Kohlebergbau (in Tsd.)	626	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	561	467	436	416	412	407	391	367
Davon Bergleute (in Tsd.)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	419	378	344	324	315	303	253	240
Staatliche Subventionen für den Kohlebergbau (in Mio. US- Dollar)	k.A.	k.A.	625	1 241	1 215	259	760	990	900	410	348	348	348
Staatliche Subventionen als BIP-Anteil	k.A.	k.A.	2.6%	3.8%	3.2%	0.7%	1.6%	2.0%	2.1%	1.3%	1.1%	0.9%	0.9%

Quellen: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik; Ukrainian-European Policy and Legal Advice Centre, Kiew; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Weltbank-Büro Kiew; Ukrainisches Ministerium für Brennstoffe und Energie

Tabelle 10.6: Die Regionen der Ukraine (2002)

Region	Fläche (Tsd. km <sup>2</sup> )	Bevölkerung (in Tsd.)	Anteil am BIP	BIP pro Kopf (in US-Dollar)
Charkiw	31,4	2887,9	5,7%	666,7
Cherson	28,5	1161,4	1,6%	472,4
Chmelnytskij	20,6	1414,9	2,0%	467,6
Dnipropetrowsk	31,9	3532,8	8,9%	848,8
Donetsk	26,5	4774,4	12,5%	873,7
Iwano-Frankiwsk	13,9	1403,7	2,1%	513,2
Kirowohrad	24,6	1115,7	1,7%	519,6
Kiew (Region)	28,1	1808,3	3,5%	652,9
Kiew (Stadt)	0,8	2621,7	17,0%	2224,2
Krim	26,1	2018,4	3,0%	501,1
Krim-Sewastopil	0,9	378,5	0,7%	587,3
Luhansk	26,7	2507,3	4,1%	540,0
Lwiw	21,8	2611	4,0%	515,5
Mykolajiw	24,6	1251,5	2,4%	637,2
Odessa	33,3	2448,2	5,2%	715,6
Poltawa	28,8	1609,4	3,6%	752,9
Riwne	20,1	1168,3	1,7%	504,5
Sumy	23,8	1279,9	2,3%	586,4
Ternopil	13,8	1134,2	1,3%	381,4
Tscherkassy	20,9	1386,6	2,0%	473,9
Tschernihiw	31,9	1225,2	1,9%	517,7
Tscherniwzi	8,1	918,5	1,0%	375,2
Winnyzja	26,5	1753,9	2,7%	523,7
Wolyn	20,2	1054,7	1,6%	503,2
Zakarpattja	12,8	1253,9	1,5%	411,2
Zaporizhja	27,2	1909,3	4,4%	766,1
Zhytomyr	29,9	1373,9	1,7%	422,5
Ukraine gesamt	603,7	48003,5	100,0%	701,3

Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik

## 10.2 Politische Akteure

Tabelle 10.7: Die Präsidenten der Ukraine 1991–2004

Präsident	Herkunft	Amtszeit
Leonid Krawtschuk	Nationaler Flügel der Kommunistischen Partei	12/1991 – 7/1994
Leonid Kutschma	Dnipropetrowsk / Rüstungsindustrie	7/1994 – 10/2004
Wiktor Juschtschenko	National-demokratische Opposition	1/2005 –

Tabelle 10.8: Die Ministerpräsidenten der Ukraine 1990–2004

Ministerpräsident	Herkunft / Seilschaft	Amtszeit
Witold Fokin	Kommunistische Nomenklatura	10/1990 – 9/1992
Leonid Kutschma	Dnipropetrowsk / Rüstungsindustrie	10/1992 – 9/1993
Juchym Swjahilsky	Donetsk / Kohlebergbau	9/1993 – 6/1994
Witalij Massol	Ex-kommunistische Nomenklatura	6/1994 – 3/1995
Jewhen Martschuk	Kiew / Geheimdienst	3/1995 – 5/1996
Pawlo Lasarenko	Dnipropetrowsk / Energiewirtschaft	5/1996 – 7/1997
Walerij Pustowoitenko	Dnipropetrowsk	7/1997 – 12/1999
Wiktor Juschtschenko	Nationalbank / ohne Seilschaft	12/1999 – 5/2001
Anatolij Kinach	Rüstungsindustrie / Unternehmerverband	5/2001– 11/2002
Wiktor Janukowytsch	Donetsk / Schwerindustrie	11/2002 – 12/2004
Julia Tymoschenko	National-demokratische Opposition	1/2005 –

Tabelle 10.9: Ergebnisse der Präsidentenwahl 1994

Kandidaten	Partei/Position	1. Wahlgang 26.6.1994	2. Wahlgang 10.7.1994
Leonid Krawttschuk	Amtsinhaber/„Partei der Macht“/ Nationaldemokraten	37,7%	45,1%
Leonid Kutschma	Dnipropetrowsker Clan/ehemaliger Premierminister	31,3%	52,1%
Oleksandr Moros	Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Ukraine/ Parlamentsvorsitzender	13,0%	
Wolodymyr Lanowyj	Libérale Partei der Ukraine/ „Reformer“/Ehemaliger Wirtschaftsminister	9,3%	
Walery Babytsch	sozial-liberaldemokratisches Lager/ „Reformer“	2,4%	
Iwan Pljuschtsch	„Partei der Macht“/ Nationaldemokraten/ehemaliger Parlamentsvorsitzender	1,3%	
Wahlbeteiligung		70,4%	71,7%

Anmerkung: Kandidaten mit weniger als 1% der Stimmen werden nicht aufgeführt.

Quelle: Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.56

Tabelle 10.10: Ergebnisse der Präsidentenwahl 1999

Kandidaten	Partei/Position	1. Wahlgang 31.10.1999	2. Wahlgang 14.11.1999
Leonid Kutschma	Parteilos/Amtsinhaber	36,5%	56,3%
Petro Simonenko	Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Ukraine	22,2%	37,8%
Oleksandr Moros	Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Ukraine	11,3%	
Natalia Witrenko	Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine	11,0%	
Jewhen Martschuk	Parteilos/ehemaliger Ministerpräsident	8,1%	
Juri Kostenko	Ruch-Vorsitzender (UNR)/früher Umweltminister	2,2%	
Hennadij Udowenko	Ruch-Vorsitzender (UNR)/früher Außenminister	1,2%	
Wahlbeteiligung		70,2%	73,8%

Anmerkung: Kandidaten mit weniger als 1% der Stimmen werden nicht aufgeführt.

Quelle: Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S. 457; Helmerich, Martina: Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie, Berlin 2003, S.140.

Tabelle 10.11: Ergebnisse der Präsidentenwahl 2004

Kandidaten	Partei/Position	1. Wahlgang 31.10.2004	2. Wahlgang 21.11.2004	Wiederholung 26.12.2004
Wiktor Janukowitsch	Partei der Regionen, Ministerpräsident	39,3%	49,5% <sup>1</sup>	44,2%
Wiktor Juschtschenko	Vorsitzender der Partei „Unsere Ukraine“	39,9%	46,6% <sup>1</sup>	51,2%
Oleksandr Moros	Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Ukraine	5,8%		
Petro Simonenko	Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Ukraine	5,0%		
Natalia Witrenko	Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine	2,0%		
Wahlbeteiligung		74,6%	80,4% <sup>1</sup>	75,0%

<sup>1</sup> – Das Oberste Gericht der Ukraine untersagte am 25.11.2004 nach einer Klage des unterlegenen Kandidaten Wiktor Juschtschenko wegen Wahlfälschungen die Bekanntgabe des Endergebnisses der Wahlkommission als amtliches Endergebnis. Mit Urteil vom 3.12.2004 ordnete es eine Wiederholung des zweiten Wahlgangs an.

Anmerkung: Kandidaten mit weniger als 1% der Stimmen werden nicht aufgeführt.

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, [www.cvk.gov.ua](http://www.cvk.gov.ua)

Tabelle 10.12: Ergebnisse der Parlamentswahl 1994

Parteien / Wahlblöcke	Gewonnene Direktmandate	Stimmenanteil im Parlament	Wahlergebnis
<b>Linkes Lager</b>			
Kommunisten (KPU)	86	25,4%	12,7%
Bauernpartei (SelPU)	19	5,3%	2,7%
Sozialisten (SPU)	14	4,1%	3,1%
<b>Zentrum</b>			
Demokratische Wiedergeburt (PDVU)	4	1,2%	0,8%
Arbeitspartei (PPU)	4	1,2%	0,4%
Sozialdemokraten (SDPU)	2	0,6%	0,4%
<b>Rechtes Lager</b>			
Ruch	20	5,9%	5,2%
Republikaner (URP)	8	2,4%	2,5%
Kongress Ukrainischer Nationalisten	5	1,5%	1,3%

Demokratische Partei (DPU)	2	0,6%	1,1%
Hromada	2	0,6%	0,3%
<b>Rechtes Lager (Fortsetzung)</b>			
Ukrainische Konservative Republikaner (UKRP)	2	0,6%	0,3%
Ukrainische Nationalversammlung (UNIAN)	1	0,3%	0,5%
Christdemokraten (ChDPU)	1	0,3%	0,4%
Unabhängige	168	49,7%	66,5%
Insgesamt	338	100%	100%

Anmerkung: Aufgeführt werden nur Parteien, die mindestens einen Parlamentssitz errungen haben.

Quelle: Birch, Sarah: The likely effects of electoral reform in Ukraine, in: Ukrainian Review 1/1997, S.12–29, hier: S.14–15.

Tabelle 10.13: Ergebnisse der Parlamentswahl 1998

Parteien/Wahlblöcke	Liste		Direktmandate	Sitze insgesamt
	Stimmen in %	Sitze		
<b>Linkes Lager</b>				
Kommunistische Partei (KPU)	24,7	84	37	121
Progressive Sozialistische Partei (PSPU)	4,0	14	2	16
Wahlblock der Sozialistischen Partei (SPU) und der Bauernpartei (SelPU)	8,6	29	6	35
<b>Zentrum</b>				
Partei der Grünen (PZU)	5,4	19	-	19
Volksdemokratische Partei (NDPU)	5,0	17	12	29
Hromada (VOH)	4,7	16	8	24
Vereinigte sozialdemokratische Partei SDPU(o)	4,0	14	3	17
Agrarpartei der Ukraine (APU)	3,7	-	9	9
Wahlblock „Werktätige Ukraine“ (TU)	3,1	-	1	1
Partei „Reformen und Ordnung“ (PRP)	3,1	-	4	4
Wahlblock „Zusammen“ (Razom)	1,9	-	2	2
Wahlblock „Vorwärts Ukraine“ (VU)	1,7	-	4	4
Christlich-demokratische Partei (CDPU)	1,3	-	1	1

Tabelle 10.13: Ergebnisse der Parlamentswahl 1998 (Fortsetzung)

Parteien/Wahlblöcke	Liste		Direktmandate	Sitze insgesamt
	Stimmen in %	Sitze		
<b>Zentrum (Fortsetzung)</b>				
Wahlblock „Volksmacht, Wirtschaft, Ordnung“ (NEP)	1,2	-	2	2
Partei der national-wirtschaftlichen Entwicklung (PNERU)	0,9	-	1	1
Partei der regionalen Wiedergeburt (PRVU)	0,9	-	3	3
Wahlblock „Sozial-Liberale Vereinigung“ (SLOn)	0,9	-	1	1
Allukrainische Partei der Werktätigen	0,8	-	1	1
<b>Rechtes Lager</b>				
Ruch	9,4	32	14	46
Wahlblock „Nationale Front“	2,7	-	6	6
Sozial-Nationale Partei (SNPU)	0,2	-	1	1
<b>Unabhängige</b>				
„Gegen alle“	5,3	-	97	97
Summe		225	217	442

Anmerkung: Aufgeführt werden nur Parteien, die mindestens einen Parlamentssitz errungen haben.

Quelle: Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.471

Tabelle 10.14: Ergebnisse der Parlamentswahl 2002

Parteien/Wahlblöcke	Liste		Direktmandate	Sitze insgesamt
	Stimmen in %	Sitze		
<b>Linkes Lager</b>				
Kommunistische Partei (KPU)	19,9	59	7	66
Sozialistische Partei (SPU)	6,9	20	3	23
<b>Zentrum</b>				
Wahlblock „Für die Einheit der Ukraine“	11,8	35	66	101
Vereinigte sozialdemokratische Partei SDPU(o)	6,3	19	5	24
Wahlblock Demokraten	0,9	-	4	4
Einheit	1,1	-	3	3

Tabelle 10.14: Ergebnisse der Parlamentswahl 2002 (Fortsetzung)

Parteien/Wahlblöcke	Liste		Direktmandate	Sitze insgesamt
	Stimmen in %	Sitze		
<b>Zentrum (Fortsetzung)</b>				
Ukrainische Meerespartei	0,1	-	1	1
Partei der nationalen Entwicklung	-	-	1	1
<b>Rechtes Lager</b>				
Unsere Ukraine (NU)	23,6	70	42	112
Tymoschenko Block	7,3	22	-	22
Sozial-Nationale Partei (SNPU)	0,2	-	1	1
<b>Unabhängige</b>			93	93
<b>„Gegen alle“</b>	2,5	-	-	-
<b>Summe</b>		225	225	450

Anmerkung: Aufgeführt werden nur Parteien, die mindestens einen Parlamentsitz errungen haben.

Quelle: Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S.495.

Tabelle 10.15: Fraktionen und Abgeordnetengruppen im ukrainischen Parlament (1993–2004)

	März 1993	Dez. 1994	Mai 1996	Feb. 1998	Nov. 1998	März 2000	Juli 2002	April 2004	Feb. 2005
<b>Linkes Lager</b>									
Bauernpartei (SelPU)	76	36	25	--	15	--	--	--	--
Kommunisten (KPU)	--	91	87	79	122	115	63	59	59
Progressive Sozialisten (PSPU)	--	--	--	--	14	--	--	--	--
Sozialisten (SPU)	--	31	28	40	25	20	21	20	24
Sonstige linke Fraktionen	98	--	--	--	--	--	--	--	--
<b>Zentrum</b>									
Agrarpartei (APU)	--	--	25	27	--	--	16	16	33
Arbeitspartei (TU)	--	--	--	--	--	36	38	29	--
Demokratische Initiative	--	--	--	--	--	--	16	17	14
Europäische Wahl	--	--	--	--	--	--	15	--	--
Für eine vereinigte Ukraine	--	--	--	--	--	--	32	--	22
Grüne Partei (ZP)	--	--	--	--	26	17	--	--	--
Liberaler Partei (LPU)	--	--	26	25	--	--	--	--	--
Partei der regionalen Wiedergeburt (PRV)	--	33	26	32	--	36	--	--	--
Reformen (PRP)	--	31	31	30	--	--	--	--	--
Regionen der Ukraine	--	--	--	--	--	--	35	66	54
Vereinigte Sozialdemokraten (SDPUo)	--	--	--	--	23	34	34	37	23
Volksdemokratische Partei (NDPU)	--	38	28	52	77	25	18	14	10
Volksmacht	--	--	--	--	--	--	17	18	15
Sonstige Fraktionen der Mitte	47	--	--	--	--	69	--	17	31

Tabelle 10.15: Fraktionen und Abgeordnetengruppen im ukrainischen Parlament (1993–2004) (Fortsetzung)

	März 1993	Dez. 1994	Mai 1996	Feb. 1998	Nov. 1998	März 2000	Juli 2002	April 2004	Feb. 2005
<b>Rechtes Lager</b>									
Hromada	--	37	28	33	45	--	--	--	--
Kongress der national-demokratischen Kräfte	39	--	--	--	--	--	--	--	--
Ruch	49	27	29	25	48	38	--	--	--
Tymoschenko-Block	--	--	--	--	--	--	23	19	18
Unsere Ukraine (NU)	--	--	--	--	--	--	110	100	101
Volkssrat	90	--	--	--	--	--	--	--	--
Zentrum	--	--	--	--	--	--	--	17	12
Übrige	89	81	82	69	53	50	9	19	33
Insgesamt	488	405	415	412	448	440	447	448	449

Anmerkung: Die Daten wurden so gewählt, dass sie zentrale Veränderungen in den Fraktionsgrößen erfassen. Dezember 1994 gibt das konsolidierte Bild nach den Parlamentswahlen vom Frühjahr 1994. Mai 1996 erfasst erste Fluktuationen zwischen den Fraktionen. Februar 1998 gibt die Zusammensetzung des Parlaments vor den Neuwahlen wieder. November 1998 zeigt dann die nach den Wahlen konsolidierten Fraktionen. März 2000 verdeutlicht die Schaffung einer präsidentennahen Mehrheit durch Abwerbung von oppositionellen Abgeordneten durch Oligarchen-finanzierte Parteien. Juli 2002 zeigt die nach den Parlamentswahlen konsolidierten Fraktionen. April 2004 erfasst die Fluktuationen zwischen den Fraktionen nach dem Scheitern der Verfassungsreform der pro-präsidentiellen Mehrheit. Februar 2005 zeigt die Umgruppierung nach der Wahl von Viktor Juschtschenko zum Präsidenten.

Quellen: Harasymiw, Bohdan: Post-Communist Ukraine, Alberta 2002, S.248; Ott, Alexander: Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998, Köln 1999, S. 130–131; Bos, Ellen: Das politische System der Ukraine, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.465; Wilson, Andrew: Ukraine's 2002 elections. Less fraud, more virtuality, in: East European Constitutional Review 3/2002, Tabellen 2 und 5; Internetseite des ukrainischen Parlaments ([www.rada.gov.ua](http://www.rada.gov.ua)).

### 10.3 Wirtschaftsakteure

Tabelle 10.16: Die Unternehmensholdings der Oligarchen (2004)

(Holding in *Kursivschrift*)

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
<b>„Dynamo Kiew“</b>			
<b>Gastronomie</b>			
Hotel „Premjer-Palaz“	Hotelbranche	5,7	>12%
Hotel „Intourist-Zakarpattja“	Hotelbranche	0,3	15%
Hotel „Podillja“	Hotelbranche	0,3	12%
<b>Lebensmittelindustrie</b>			
Slawutitsch	Brauerei	3,4	k.A.
Schpolanskyj Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	1,2	56%
Wilchowedschij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	k.A.	k.A.
Zawod Moloko	Milchproduktion	k.A.	29%
<b>Massenmedien</b>			
Inter	Fernsehsender	k.A.	k.A.
TET	Fernsehsender	k.A.	k.A.
1+1	Fernsehsender	k.A.	k.A.
„Kiewskie Wedomosti“	Tageszeitung	k.A.	k.A.
<b>Industrial Union of Donbas (ISD)</b>			
<b>Schwerindustrie</b>			
Dzerschinskij Metallkombinat, Dnipropetrowsk	Eisen- und Stahlindustrie	556,8	k.A.
Metallkombinat Altschewsk	Eisen- und Stahlindustrie	369,5	k.A.
Petrowskij Metallwerk, Dnipropetrowsk	Eisen- und Stahlindustrie	209	k.A.
Energomaschspezstal	Eisen- und Stahlindustrie	29,2	k.A.

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
Röhrenwerke Dnipropetrowsk	Eisen- und Stahlindustrie	18,5	k.A.
Kujbyschew Metallkombinat, Kramatorsk	Eisen- und Stahlindustrie	5,1	k.A.
Altschewskij Kokschemiefabrik	Koksproduktion	103,7	k.A.
<b>Maschinenbau</b>			
Azowmasch	Maschinenbau	199,6	13%
Ukruglemasch	Fördertechnik	189,0	k.A.
Drushkowskij Maschinenfabrik	Maschinenbau	35,3	k.A.
Krasnolutschskij Maschinenfabrik	Maschinenbau	14,8	k.A.
Kramatorskij Schwermaschinenfabrik	Maschinenbau	12,3	k.A.
Kamenskij Maschinenfabrik	Maschinenbau	8,3	k.A.
Slawjanskij Schwermaschinenfabrik	Maschinenbau	6,5	k.A.
Horizont	Bergrettungs- technik	4,5	k.A.
Sneshnjanskchimmasch	Maschinenbau	2,3	k.A.
<b>Landwirtschaft / Lebensmittelindustrie</b>			
BAS	Landwirtschaft	4,9	k.A.
Fleischfabrik Horliwka	Lebensmittel- industrie	4,7	k.A.
Hühnerfarm Dianowsk	Landwirtschaft	2,3	k.A.
Investagroservice	Agrarfinanzierung	1,8	k.A.
Agrarfirma „Zarja“	Landwirtschaft	1,7	k.A.
Agrarfirma „Olga“	Landwirtschaft	0,3	k.A.
Getreidewerk Karansk	Landwirtschaft	0,2	k.A.
<b>Sonstige</b>			
Fabrik Pantelejmonow	Feuerschutztechnik	13,6	k.A.
Hotelkomplex „Jalta-Intourist“	Hotelbranche	5,3	k.A.

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
<i>Interpipe</i>			
<b>Metallindustrie</b>			
Nikopolskij Fabrik für Eisenlegierungen	Eisen- und Stahlindustrie	272,4	k.A.
Nyžhnedneprovskij Röhrenwerke	Eisen- und Stahlindustrie	249,9	k.A.
Dneprospecstal	Eisen- und Stahlindustrie	150,5	k.A.
Nikopolskij Röhrenwerke 1 (Nico Tube)	Eisen- und Stahlindustrie	49,6	k.A.
Novomoskovs'kij Röhrenwerke	Eisen- und Stahlindustrie	47,8	k.A.
Nikopolskij Röhrenwerke 2	Eisen- und Stahlindustrie	36,0	k.A.
Nikopolskij Röhrenwerke 3	Eisen- und Stahlindustrie	22,1	k.A.
Dnipropetrowsker Hüttenwerk Komintern	Eisen- und Stahlindustrie	21,8	k.A.
<b>Maschinenbau</b>			
Traktorwerk Charkowsk	Fahrzeugbau	37,5	k.A.
Mähdrescherwerk Cherson	Fahrzeugbau	10,3	k.A.
Reparaturwerkstatt Nikopol	Reparatur	4,1	k.A.
Dnepropress	Pressmaschinen	3,8	k.A.
<b>Lebensmittelindustrie</b>			
Sumsko-Stepanivskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	1,7	k.A.
Voronezhskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	0,7	k.A.
Pivnenkivskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	1,9	k.A.
Burynskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	2,2	k.A.

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
Nyzovskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	1,5	k.A.
<b>Massenmedien</b>			
ICTV	Fernsehsender	k.A.	k.A.
STB	Fernsehsender	k.A.	k.A.
Novij Kanal	Fernsehsender	k.A.	k.A.
M1	Fernsehsender	k.A.	k.A.
Fakty	Tageszeitung	k.A.	k.A.
<i>Privatbank</i>			
<b>Schwerindustrie</b>			
Petrovskij Metallkombinat	Eisen- und Stahlindustrie	191,5	35%
Zaporiszhkij Fabrik für Eisenlegierungen	Eisen- und Stahlindustrie	135,8	>51%
Stachanowskij Fabrik für Eisenlegierungen	Eisen- und Stahlindustrie	46,5	k.A.
Dniprokoks	Eisen- und Stahlindustrie	14,3	30%
Juzhnyj GOK	Eisenerzgewinnung	155,8	>50%
Marganezkyj GOK	Eisenerzgewinnung	137,3	>50%
Ordzhonikidze GOK	Eisenerzgewinnung	102,5	>50%
Sucha balka	Eisenerzgewinnung	33,5	>50%
Dniprodzerzhinskij KKhZ	Koksproduktion	16,5	16%
Baglejkoks	Koksproduktion	18,5	k.A.
<b>Erdölindustrie</b>			
Ukrnafta	Nationales Erdölunternehmen	384,1	30%
Neftechimik Prikarpatja	Raffinerie	k.A.	17%
Zhytomyrneftoprodukt	Vertrieb von Erdölprodukten	32,8	70%
Sumyneftoprodukt	Vertrieb von Erdölprodukten	30,8	85%

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
Mykolajiwneftoprodukt	Vertrieb von Erdölprodukten	25,7	60%
Tschernihiwnefto- produkt	Vertrieb von Erdölprodukten	20,1	97%
Tscherniwzinefto- produkt	Vertrieb von Erdölprodukten	19,9	76%
Chmelnizkijnefto- produkt	Vertrieb von Erdölprodukten	15,1	60%
Kirowogradnefte- produkt	Vertrieb von Erdölprodukten	k.A.	60%
<b>Chemische Industrie</b>			
Dniproazot	Chemiefabrik	82,4	>50%
Ukrchimenergo	Chemiefabrik	1,4	k.A.
<b>Lebensmittelindustrie</b>			
Teofipolskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	8,4	k.A.
Gnidasskij Sacharnyj Zawod	Zuckerproduktion	6,6	k.A.
Bozhedarovskij Elevator	Getreide- verarbeitung	2,1	19%
Brahinskyj Elevator	Getreide- verarbeitung	0,2	85%
Buskij Molokosawod	Milchproduktion	k.A.	40%
Chmelnizkij Kombinat Chleboproduktov	Brotproduktion	k.A.	21%
<b>Sonstige</b>			
Balcem	Bauindustrie	31,6	>50%
Ukrainische Radiosysteme (Wellcom)	Telekommuni- kation	3,9	>50%
Nachrichtenagentur UNIAN	Massenmedien	k.A.	k.A.

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
<i>System Capital Management</i>			
<b>Schwerindustrie</b>			
Azowstal	Eisen- und Stahlindustrie	708,5	48%
Jenakiewskij Metallfabrik	Eisen- und Stahlindustrie	105,9	64%
Charzyskyj Röhrenwerk	Eisen- und Stahlindustrie	44,0	24%
Silur	Eisen- und Stahlindustrie	39,3	>50%
Kerntschenskij Metallkombinat	Eisen- und Stahlindustrie	k.A.	25%
Danko	Kohlevertrieb	397,0	k.A.
Avdejewskij KKhZ	Koksproduktion	245,6	57%
Markochim	Koksproduktion	109,2	>50%
Zaporozhkok	Koksproduktion	83,0	20%
Sewernyj GOK	Eisenerz- produktion	146,0	k.A.
Zentralnyj GOK	Eisenerz- produktion	80,1	40%
<b>Lebensmittelindustrie</b>			
Sarmat	Bierbrauerei	38,6	98%
Dnepr	Bierbrauerei	3,8	>50%
Poltawpiwo	Bierbrauerei	4,4	90%
Kiewskij Piwowarennyj Zawod	Bierbrauerei	k.A.	>87%
Luhanskij Piwowarennyj Zawod	Bierbrauerei	k.A.	90%
Krim	Sektkeltereie	11,8	94%
Donetskij Kombinat Chleboproduktov	Brotfabrik	k.A.	25%
Donetskij Chlebozawod	Brotfabrik	k.A.	46%

Unternehmen	Branche	Jahresumsatz (in Mio. US-Dollar)	Kontrollierter Anteil
<b>Sonstige</b>			
Wostokenergo	Elektrizitäts- wirtschaft	396,1	k.A.
Azowmasch	Maschinenbau	199,6	13%
Ukruglemasch	Fördertechnik	189,0	k.A.
„Cifrowaja sotowaja swjaz Ukrainy“ (DCC)	Tele- kommunikation	29,7	51%
Schachter Donetsk	Fußballverein	3,3	99%
Hotel „Donbass Palaz“	Hotelbranche	k.A.	99%
Atlant	Hotelbranche	k.A.	50%
<b>Massenmedien</b>			
Ukraina	Rundfunksender	k.A.	98%
Segodnja	Verlag	k.A.	>85%

Quelle: InvestGazeta Top100, Kiew 2003 und 2004, eigene Überarbeitung und Aktualisierung.  
Siehe auch die Portraits der Oligarchen in Kapitel 5 und die dort aufgeführte Literatur.

Tabelle 10.17: Streiks in der Ukraine 1991–2002

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Streiks	239	2.239	462	1.638	247	1.269	1.162	687	290	76	31	97
Zahl der Streikteilnehmer (in Tsd.)	176	182	260	126	58	171	116	99	42	21	7	9
Zahl der verlorenen Arbeitstage (in Tsd.)	1.873	866	2.676	353	202	2.134	1.229	1.311	443	280	37	k.A.

Quelle: International Labour Organization.

Tabelle 10.18: Die Streiks der Bergleute im ukrainischen Vergleich 1994–2001

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Teilnehmende Bergleute in Tausend	24	48	109	49	51	25	19	5
Anteil am ukrainischen Gesamtwert	19%	83%	64%	42%	52%	60%	90%	71%
Verlorene Arbeitsstunden im Bergbau in Tausend	568	1.424	12.712	5.567	6.831	2.819	2.161	183
Anteil am ukrainischen Gesamtwert	20%	88%	74%	57%	65%	80%	96%	62%
Produktionsausfall im Kohlebergbau (in Mio. US-Dollar)	5	15	77	51	47	15	6	1
Anteil am ukrainischen Gesamtwert	27%	98%	89%	91%	93%	96%	99%	87%

Quelle: Ukrainisches Staatskomitee für Statistik, eigene Berechnungen.

Tabelle 10.19: Zentrale Protestaktionen der Bergleute 1992–2003

Datum	Protestaktion	Teilnehmerzahl (laut Medienberichten)
Juni 1993	Massenstreik	300.000
Oktober/November 1995	Massenstreik	100.000
Februar 1996	Generalstreik	400.000
Juli 1996	Massenstreik, Blockade von Eisenbahnstrecken	140.000
Februar 1997	Demonstrationen in Kiew	2.000
Mai 1997	Demonstrationen im Donbas	20.000
Juni 1997	Massenstreik, Demonstrationen in Kiew	100.000
Dezember 1997	Streik	15.000
Mai/Juni 1998	Massenstreik, Protestmärsche nach Dnipropetrowsk und Kiew, Demonstrationen in Kiew	90.000
September 1998	Streik, Protestmarsch nach Donetsk	20.000
November 1998	Streik, Demonstrationen in Kiew und Donetsk	16.000
Januar 1999	Blockade von Zechen (Streik unter Tage), 2 Selbstmorde aus Protest	75
Februar/März 1999	Einstellung der Kohlleieferungen	130 Zechen
Juli 1999	Protestmarsch nach Luhansk	1.000
September 1999	Einstellung der Kohlleieferungen an Kraftwerke	130 Zechen
Februar 2000	Einstellung der Kohlleieferungen an Kunden mit Zahlungsrückständen	120 Zechen
Mai 2000	Streik	40.000
Oktober 2001	Einstellung der Kohlleieferungen	140 Zechen
November 2001	Blockade des Parlamentsgebäudes in Kiew	1.000
Juni/Juli 2002	Hungerstreik auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew	90
Juli 2002	Blockade des Energieministeriums und mehre- rer Straßen in Kiew	900
Oktober 2002	Einstellung der Kohlleieferungen	130 Zechen
März 2003	Einstellung der Kohlleieferungen, Protestmärsche, Blockade des Energieministeriums	20 Zechen

Anmerkung: In Tabelle 10.17 sind nur die Teilnehmer an angemeldeten Streiks erfasst. Die Zahlen sind deshalb teilweise niedriger als die Zahlen in dieser Tabelle, weil wilde Streiks und andere Protestaktionen (wie Demonstrationen) nicht berücksichtigt werden. Außerdem können die hier als Quelle verwendeten Medienberichte die Teilnehmerzahl überschätzen, während die in Tabelle 10.17 verwendete offizielle Statistik die Teilnehmerzahl unterschätzen könnte.

Quellen: Medienberichte nach BBC Monitoring ([www.newsbaseworldmonitoring.com](http://www.newsbaseworldmonitoring.com)); NewsBase Digests ([www.newsbase.com](http://www.newsbase.com)); Radio Free Europe/Radio Liberty Nachrichtendienste ([www.rferl.org](http://www.rferl.org)).